Werner Onken

MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung

Band 1

Online-Version 2019/2020
Kapitel 7

oekom

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung

Werner Onken

Kapitel 7 (von 15)

Im Schatten von Neoklassik und Marxismus - Alternativen zu Kapitalismus und Kommunismus

Oldenburg 2019 / 2020

1. Online-Auflage November 2019
© Werner Onken
https://www.werner-onken.de/
onken@sozialoekonomie.info

PrePress / Online:
Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice

7 Im Schatten von Neoklassik und Marxismus - Alternativen zu Kapitalismus und Kommunismus

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichteten das Großbürgertum und die Arbeiterbewegung jeweils eigene ökonomische Theoriegebäude, die sich nur in einer, allerdings sehr wesentlichen Hinsicht nahe waren: nämlich in der gemeinsamen Überzeugung, dass die Akkumulation und Konzentration von Kapital die zentrale Voraussetzung für die Nutzung des technischen Fortschritts zur fortwährenden Erhöhung des materiellen Wohlstands war. Im Hinblick auf die Verteilung dieses Wohlstands standen sich die Theoretiker der Neoklassik und der Arbeiterbewegung jedoch unversöhnlich gegenüber. Während die Neoklassik die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft als beste aller Welten rechtfertigte und ihre Ungerechtigkeit und innere Instabilität mit realitätsfernen Gleichgewichtsmodellen verdeckte, wollten die Theoretiker der Arbeiterbewegung die kapitalistische Marktwirtschaft auf parlamentarischen oder revolutionären Wegen überwinden und sie durch eine staatliche Zentralverwaltungswirtschaft ersetzen, die die Wirtschaft an den menschlichen Bedürfnissen statt am Profit ausrichtet. Dazwischen entstanden mit dem Institutionalismus in der Ökonomie und mit den Werken von Simmel, Weber und Sombart soziologische Analysen des Kapitalismus, aus denen sich trotz kritischer Ansätze keine generellen Zweifel an der Richtigkeit der Kapitalakkumulation und - konzentration und auch keine praktischen Konsequenzen in die Richtung eines Systemwandels ergaben. Zu groß war offenbar die Befürchtung, sich mit einer energischeren Kapitalismuskritik den Denkmustern anzunähern, die Marx & Engels im „Kommunistischen Manifest" und im Band 1 des „Kapital" angelegt hatten.

Dabei hätte es in den Zwischenräumen zwischen der Neoklassik und dem Marxismus Möglichkeiten gegeben, an die mehr am Leitbild einer Dezentralisierung ausgerichtete Kapitalismuskritik der Frühsozialisten sowie von Proudhon und Mill anzuknüpfen, außerdem geldkritische Gedanken aus den Bänden 2 und 3 des „Kapital" von Marx & Engels aufzugreifen und dann noch einmal neu zu überlegen, weshalb sich die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft von Beginn an so weit vom ursprünglichen Ideal einer bürgerlichen Marktgesellschaft entfernt hat, dass der falsche Eindruck entstehen konnte, dass Markt, Geld und Wettbewerb per se kapitalistisch seien. Was sowohl die Historische Schule und der Institutionalismus als auch die Soziologen versäumten, leisteten in allerersten Ansätzen zwei Autodidakten außerhalb von Ökonomie und Soziologie: die beiden Sozialreformer Henry George (1839-1897) und Silvio Gesell (1862-1930) machten nicht die arbeitsteilige Warenproduktion, das Geld und die Freiheit der Märkte als solche für den Kapitalismus verantwortlich, sondern die Verfälschung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs durch Privilegien des privaten Bodeneigentums (George) bzw. durch Privilegien des Privateigentums an konzentriertem Geld- und Realkapital sowie am privaten Bodeneigentum (Gesell). Nicht Arbeitsteilung, Geld

und Wettbewerb an sich haben eine gleiche wirtschaftliche Freiheit aller Menschen unmöglich gemacht und eine ungleiche Laissez-faire-Macht der Stärkeren über die Schwächeren hervorgerufen, sondern deren Verfälschung durch wettbewerbsbeschränkende Privilegien. Ohne eine dadurch sowohl bei konservativen als auch bei revolutionären Kapitalismuskritikern geweckte Angst vor der Freiheit und ohne eine antiliberale Voreingenommenheit wollten George und Gesell nicht das liberale Kind mit dem kapitalistischen Bad ausschütten, sondern sie wollten die wirtschaftliche Freiheit in eine gerecht geordnete Bahn einer von Privilegien und Monopolen freien „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" leiten. Darin sollten alle Menschen einen gleichen Zugang zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen des Bodens, der Ressourcen, des Geldes und der Produktionsmittel erhalten.

Im Schatten der beiden großen ökonomischen Orthodoxien der Neoklassik und des Marxismus legten George und Gesell Grundsteine für eine zugleich liberale *und* soziale Alternative zur kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft. Allerdings sahen sie noch nicht alles, was zu einer gerechten Ordnung der Wirtschaft gehört, und sie waren auch nicht deren einzige Wegbereiter. Besonders im Bereich der Schaffung einer gerechten Ordnung für den Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen gab es mit Franz Oppenheimer und Gustav Landauer weitere bedeutende Vordenker eines liberalen bzw. libertären Sozialismus. Außerdem gab es Bestrebungen, das politische Bemühen um eine solche gerechte Ordnung auch mit praktischen Modellversuchen zu verbinden. Statt wie die Arbeiterbewegung einen Klassenkampf mit dem Kapital um die Verfügungsmacht über konzentriertes Kapital oder zumindest um eine Beteiligung an dieser Macht zu führen, wollten Menschen in der Bodenrechtsreformbewegung schon inmitten der kapitalistischen Verhältnisse beginnen, dem Kapitalismus einzeln oder in Gemeinschaften den Rücken zu kehren, ihr Leben vorbildlich zu erneuern und die übrige Gesellschaft zur Nachahmung anzuregen. Auf der Suche nach der verlorenen Einheit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Verbindung mit der Natur wollten Boden- und Lebensreformer zum Teil in Anknüpfung an die Frühsozialisten mit ländlichen Genossenschaftssiedlungen und Gartenstädten neue dezentrale Formen des Lebens, Wohnen und Arbeitens entwickeln. In solchen sich bereits innerhalb des Kapitalismus, aber außerhalb von großen Städten allmählich ausbreitenden Keimzellen einer zukünftigen menschlichen Gesellschaft sollte das Leben von Grund auf erneuert werden - in den Bereichen der Ernährung, Kleidung und Medizin ebenso wie im Bereich der Bildung. Und ganz besonders sollten auch Handwerker, Kunsthandwerker, Architekten und Künstler an dieser Erneuerung mitwirken.[1] Freilich stellten sich ihnen auch Hindernisse in den Weg, weil die Bodenrechts- und Lebensreformer entweder nicht oder zu spät mit bedachten, dass zusätzlich zur Bodenfrage auch die Geld- und Kapitalfrage einer Lösung bedurfte.

---

[1] Vgl. Wolfgang Krabbe (1975); Diethart Kerbs & Jürgen Reulecke (1998).

7.1 Henry George und die Single-Tax-Bewegung

Wie Proudhon war Henry George zunächst Schriftsetzer, bevor er Journalist und Chefredakteur großer Zeitungen in San Francisco sowie der Arbeiterzeitung „The Standard" wurde. Mit besonderem Interesse verfolgte er die soziale Entwicklung der US-amerikanischen Westküstenstaaten, welche nach seiner Ansicht innerhalb weniger Jahre alle jene Stadien durchlief, für die die Alte Welt und die Staaten an der Ostküste Jahrzehnte oder noch länger gebraucht hatten. Nachdem die Generation der Pioniere noch von der Hoffnung auf eine bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen beseelt gewesen war, hatte sich schon bald eine Schere zwischen Reichen und Armen geöffnet. In den Westküstenstaaten beobachtete George den Zustrom immer größerer Menschenmassen und die Okkupation des bis dahin freien Landes durch eine skrupellose Minderheit von Spekulanten und Eisenbahngesellschaften, welche der Mehrheit der Bevölkerung den gleichberechtigten Zugang zu Land versperrte und sie ihrer Not überließ. Noch stärker erschütterte ihn ein Besuch der Stadt New York, die er bis dahin für ein Sinnbild der modernen Zivilisation mitsamt ihrer segensreichen Wirkungen des technischen Fortschritts gehalten hatte. Neben einem modernen Wohlstand und sogar unvorstellbarem Luxus sah George in New York auch eine hohe Kindersterblichkeit und Prostitution, eine die Unterschichten versklavende Arbeit sowie Korruption und Kriminalität. „Der Typus der modernen Entwicklung ist die große Stadt. Hier sind der größte Reichtum und die tiefste Armut zu finden."[2]

Dieser schroffe Gegensatz zwischen „Fortschritt und Armut" - so der Titel seines 1879 erschienenen Hauptwerks - „ist das Rätsel, welches die Sphinx des Schicksals unserer Zivilisation aufgibt und dessen Nichtbeantwortung Untergang bedeutet. Solange die ganze Zunahme der Güter, welche der moderne Fortschritt mit sich bringt und nur dazu dient, große Vermögen aufzuhäufen, den Luxus zu vermehren und den Kontrast zwischen dem Haus des Überflusses und der Hütte des Mangels zu verschärfen, so lange ist der Fortschritt kein wirklicher und kann nicht dauernd sein. ... Der Turm neigt sich auf die Seite und jedes neue Stockwerk beschleunigt nur die endliche Katastrophe."[3] Was könnte die tiefere Ursache dieses Widerspruchs zwischen Fortschritt und Armut sein und wie könnte sie sich beheben lassen?

Gemeineigentum vs. Privateigentum am Boden

Henry George beobachtete, wie soziale Nöte besonders dort auftraten, wo eigensüchtige Minderheiten von Bodeneigentümern den Boden und die Schätze der Natur monopolisierten. Weil jedoch alle Menschen gleichermaßen von der Erde genommen sind und wieder zu Erde werden, sind sie alle gleichermaßen „Kinder

---

[2] Henry George (1879/2017), S. 440 (Großstädte).

[3] Henry George (1879/2017), S. 10 - 11 (Fortschritt und Armut) und 366 (Prostitution usw.).

des Bodens, so wahr wie der Grashalm oder die Feldblume". Deshalb haben auch alle Menschen ein gleiches natürliches Recht auf den Zugang zur Erde. Den Boden und die Ressourcen betrachtete George als Gaben der Natur an alle Menschen zu gleichen Teilen. Weil sie nicht durch menschliche Arbeit erzeugt oder vermehrt werden können, dürften auf sie von Minderheiten keine Sonderansprüche erhoben werden. „Sind wir alle hier durch die gleiche Erlaubnis des Schöpfers, so sind wir auch alle hier mit dem gleichen Rechtstitel auf den Genuss seiner Gaben, mit einem gleichen Recht auf den Gebrauch von allem, was die Natur so unparteiisch darbietet. Dies ist ein Recht, das natürlich und unveräußerlich ist", und zwar ein elementares Recht aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion, das nicht durch Sonderrechte einzelner Privilegierter eingeschränkt werden darf. „Keine Macht auf Erden kann rechtmäßiger Weise ausschließlichen Grundbesitz verleihen. Wenn sich auch alle vorhandenen Menschen darüber einigten, ihre gleichen Rechte wegzugeben, so könnten sie doch nicht das Recht ihrer Nachkommen weggeben. Denn was sind wir anderes als nur Nutznießer für einen Tag? Haben wir die Erde geschaffen, dass wir den Rechten derer vorgreifen dürften, die nach uns darauf wohnen werden? Der Allmächtige hat alle Generationen der Menschenkinder durch ein auf der Verfassung aller Dinge geschriebenes Dekret zur Erbfolge bestimmt. ... Die natürliche Gerechtigkeit kann einem Menschen kein Recht auf den Besitz und Genuss von Land zuerkennen, das nicht gleichzeitig auch das Recht aller seiner Mitmenschen wäre. ... Die große Ursache in der Ungleichheit der Güterverteilung ist die Ungleichheit im Grundbesitz. Der Grundbesitz ist die große fundamentale Tatsache, welche schließlich die soziale, die politische und folglich auch die intellektuelle und moralische Lage des Volkes bestimmt. ... Das gleiche Recht aller Menschen auf den Gebrauch des Landes ist so klar wie ihr gleiches Recht, die Luft zu atmen."[4]

Diesen Grundgedanken entfaltete George in seinem Hauptwerk „Progress and Poverty" (1879), das durch Übersetzungen in viele Sprachen weltberühmt wurde, und in weiteren Büchern, darunter „Soziale Probleme" (1885), „Schutz oder Freihandel" (1887) und in einem Offenen Brief an Papst Leo XIII „Die Erlösung aus sozialer Not" (1893). Durch sein ganzes Werk zieht sich seine leidenschaftliche Empörung über die Kluft zwischen dem Reichtum und der „schmutzigen seelenmörderischen Armut", die ihm angesichts des technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ebenso unverständlich wie unnötig erschien.[5]

Der Kerngedanke eines Grundrechts aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe am Erdboden und an den natürlichen Ressourcen war nach Überzeugung von George ursprünglich in allen Religionen der Welt vorhanden - sowohl im Judentum, Christentum und Islam als auch im Buddhismus oder in den Überlieferungen der „roten Indianer" in Nordamerika und der Farbigen in Afrika. Sie alle „haben ein

---

[4] Henry George (1879/2017), S. 242 - 243 (Ungleichheit, Menschen als Kinder des Bodens), 278 (gleiches Recht auf Land und Luft) - 280; vgl. auch S. 284.

[5] Henry George (1885/1967), S. 96 (schmutzige seelenmörderische Armut).

Herz und einen Kern, in welchem sie übereinstimmen, ein Etwas, das den mannigfach verzerrten Auffassungen einer ursprünglichen Wahrheit gleichsieht."[6]

Den Grund für den Niedergang der griechischen und römischen Antike und anderer älterer Hochkulturen erblickte George in der rechtlichen Verfestigung von Privilegien des privaten Bodeneigentums, wodurch die Gleichheit aller Menschen vor Gott und seiner Erde als ihrer gemeinschaftlichen Lebensgrundlage aufgehoben wurde. Dieser Verstoß gegen das elementarste aller Menschenrechte war für George die Wurzel der sozialen Ungleichheit und der Spaltung der Menschen in Reiche und Arme. „Es war der Kampf zwischen der Idee der gleichen Rechte am Boden und der Tendenz, denselben in persönlichem Besitz zu monopolisieren, welcher die inneren Konflikte Roms und Griechenland verursachte. Der Damm, der gegen diese Tendenz errichtet wurde - in Griechenland durch Einrichtungen wie die Lykurgs und Solons und in Rom durch das Licianische Gesetz und die danach eintretenden Landverteilungen - brachte beiden Staaten eine Zeit der Kraft und des Ruhms, und es war der schließliche Triumph dieser Tendenz, der beide zerstörte. Große Güter richteten Griechenland zugrunde wie nachher große Güter Italien verdarben. ... Die Barbarei, die Rom überwältigte, kam nicht von außen, sondern von innen."[7]

Eine historische Fehlentwicklung war es George zufolge auch, dass im Zuge von Renaissance, Humanismus und Aufklärung der von Feudalherren angeeignete Boden nicht den modernen Rechtsstaaten übereignet und von ihnen an die Menschen zur privaten Nutzung verliehen wurde, sondern dass er als Privateigentum in unzählige große, mittlere und kleine Teile aufgesplittert wurde, mit denen sich Handel treiben und spekulieren ließ. Nachdem die uralte Vorstellung vom Boden als gemeinschaftlicher Lebensgrundlage aller Menschen im Feudalismus zugunsten der Feudalmächte pervertiert worden war, war nunmehr die „Entwicklung der modernen Zivilisation seit der Feudalzeit ... auf den Umsturz ... der ursprünglichen Ansichten vom Kollektivbesitz an Grund und Boden gerichtet. So paradox es scheinen mag, das Auftauchen der Freiheit aus den Fesseln des Lehenswesens war von einer Tendenz begleitet, auf den Grund und Boden diejenige Besitzform anzuwenden, welche die Versklavung der arbeitenden Klassen involviert." Die private Verfügungsmacht von Bodeneigentümern über mehr oder weniger große Teile der gemeinschaftlichen Erde empfand George genauso als eine Form der Leibeigenschaft und Sklaverei wie die private Verfügungsmacht über ‚freie' Lohnarbeiter, die sich in einer „virtuellen Sklaverei in den Formen der Freiheit" befinden. „Das Privateigentum an Grund und Boden ist ein ganz ähnliches Unrecht wie der Sklaven-

---

[6] Henry George (1879/2017), 284, 431 und 466 (gleicher wahrer Kern der Religionen); S. 271, 277 und 279 (Christentum); 243, 294, 305, 378, 382 und 399 (Buddhismus) und 324, 405 und 408 (Indianer). - In diesem Zusammenhang bezog sich George auf S. 306 u.a. auf das Buch „Primitive Property" des belgischen Ökonomen und Völkerrechtlers Emile de Laveleye (1822-1892; Paris 1874; dt. Übers. unter dem Titel „Das Ureigentum", 1879).

[7] Henry George (1879/2017), S. 307 - 309, 402 (innerer sozialer Verfall) und 430 (Aufstieg und Niedergang der Antike).

besitz." Beide Formen der Versklavung des Bodens und von Menschen stellten für George eine „Leugnung der natürlichen Gleichheit der Menschen" dar. „Wenden wir unseren Blick in die Vergangenheit, so können wir überall ... sehen, dass alle Völker in ihren ersten Anschauungen den gemeinschaftlichen Besitz an Grund und Boden anerkannt haben und dass der Privatgrundbesitz eine Usurpation, eine Schöpfung der Gewalt und des Truges ist." Letztlich führte diese soziale Ungleichheit - wie Europa seit Jahrhunderten und die USA in ihrem Bürgerkrieg von 1861-1865 leidvoll erlebten - auch zu unzähligen kriegerischen Gewaltausbrüchen.[8]

Korrektur der klassischen Ökonomie und Rückgriff auf die französische Physiokratie

Wie schon Adam Smith und andere Klassiker der Ökonomie führte auch Henry George den Wohlstand bzw. das Sozialprodukt auf den Einsatz der drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital zurück. Jedoch kritisierte er die Ökonomie als eine unzulängliche „traurige Wissenschaft", weil sie - statt die Öffentlichkeit über die „Ungerechtigkeit des privaten Grundbesitzes" aufzuklären - die Verteilung des Sozialprodukts als Lohn an die Arbeiter, als Bodenrente an die privaten Bodeneigentümer und als Zins an die Eigentümer des Kapitals rechtfertigte, obwohl schon Adam Smith erkannt hatte, dass die Bodenrente ein leistungsloses, zu Lasten des Arbeitslohns und des Kapitalzinses gehendes Monopoleinkommen darstellt. „Damit wird das Grundgesetz der Natur verletzt, das bestimmt, dass der Genuss der Gaben der Natur durch den Menschen seiner Arbeit entsprechen soll. Der eine empfängt, ohne zu arbeiten; die anderen arbeiten, ohne zu empfangen. Der eine wird wider alles Recht bereichert, die anderen werden beraubt. ... Das beständige Anwachsen der Bodenrente ist der Preis, den die Arbeit für die Bodennutzung bezahlen muss. Die Bodenrente beraubt die vielen der Güter, die sie gerechter Weise verdienen, und häuft sie in den Händen der wenigen an, die nichts tun, um sie zu verdienen." Dem fügte George noch den Hinweis zu, dass für den Wert des Bodens häufig nicht seine Fruchtbarkeit, sondern seine Lage ausschlaggebend sei: „Der wertvollste Grund und Boden, derjenige, der die höchste Rente ergibt, ist nicht Grund und Boden von außerordentlicher natürlicher Fruchtbarkeit, sondern solcher, dem durch die Bevölkerungszunahme eine außerordentliche Nutzbarkeit verliehen wurde" - besonders in Lagen mit öffentlich finanzierten Infrastrukturen, aber auch in räumlicher Nähe zu Ressourcenvorkommen.[9]

- Als Gipfel der verteilungspolitischen Blindheit der Ökonomie gegenüber der Bodenrente empfand George die von Thomas Robert Malthus verfochtene Theorie,

---

[8] Henry George (1879/2017), S. 313 und 317 (Feudalismus), 287 - 296 (Versklavung des Bodens und der Arbeit), besonders S. 291 (virtuelle Versklavung der ‚freien' Lohnarbeit), 422 (Krieg) und 433 (natürliche Gleichheit der Menschen).

[9] Henry George (1879/2017), S. 129, 134 und 182 (drei Produktionsfaktoren); 138 (Bodenrente als Monopolpreis), 198 (Lagevorteile), 278 und 296 (Ungerechtigkeit des privaten Bodenbesitzes) sowie 462 (traurige Wissenschaft).

wonach Armut und Hunger eine ‚natürliche' Folge der rasanten Zunahme der Bevölkerung und des Umstandes seien, dass die Erde bei wachsender Bevölkerung nicht genügend Güter für alle Menschen bereit halten könne. Am Beispiel der großen Hungersnot in Irland, die die Hälfte der Bevölkerung in den Tod oder zur Auswanderung trieb, veranschaulichte George, dass nicht ein übermäßiges Bevölkerungswachstum und die Kartoffelfäule zu Hunger und Elend geführt hatten, sondern die „gewissenlose Habgier ... einer unbarmherzigen Horde von Gutsbesitzern", die trotz Hunger und Elend weiterhin Lebensmittel exportierten. „Selbst noch während der Hungersnot wurden Korn und Fleisch, Butter und Käse für die Ausfuhr auf Landstraßen entlanggeführt, die mit Verhungernden besetzt waren und in deren Gräben die Toten aufgeschichtet lagen."[10]

Generell widersprach George der „vollkommen unhaltbaren" Überbevölkerungstheorie von Malthus mit dem Argument, dass es nur darauf ankomme, die ausreichend vorhandenen Güter gerecht auf alle Menschen zu verteilen. „Zweck des Buches von Malthus war es, die bestehende Ungleichheit zu rechtfertigen. ... Es liefert eine Philosophie, mit welcher der schwelgende Reiche das Bild des an seiner Tür hinsinkenden Lazarus von sich fernhält. ... Ich behaupte, dass die Ungerechtigkeit der Gesellschaft, nicht die Kargheit der Natur die Ursache des Mangels und Elends ist, welche die herrschende Theorie der Überbevölkerung zuschreibt."[11]

- Da sich die Klassiker der Ökonomie und auch ihre Kritiker aus der Arbeiterbewegung im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und mehr auf das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital konzentrierten und dabei den Boden allmählich aus den Augen verloren, erinnerte George mit Nachdruck an die Erkenntnis der französischen Physiokraten um Francois Quesnay und Anne Robert Turgot, dass neben der Arbeit vor allem der Boden bzw. die Natur die materiellen Grundlagen für das menschliche Leben bereit stellt. Und unter dem Grund und Boden bzw. dem Land verstand er nicht nur die Erdoberfläche mit ihren Grundstücken für Zwecke des Wohnens und Arbeitens, sondern auch die Luft und das Wasser sowie alle unterhalb der Erdoberfläche befindlichen natürlichen Ressourcen, also die „ganze materielle Schöpfung mit Ausnahme des Menschen selbst ... , alle natürlichen Stoffe, Kräfte und Vorteile".[12]

Dass George auch „letzte Grenzen von Erde, Luft, Wasser und Sonnenschein" ahnte, bedeutete allerdings nicht, dass er auch schon wie vor ihm John Stuart Mill an einen späteren Übergang des wirtschaftlichen Wachstums in ein stationäres Wirtschaften gedacht hätte. Im Gegenteil - mit seiner sozialen Forderung nach einem „gleichen Recht aller Menschen auf den Gebrauch des Landes" ging noch keine Befürchtung einher, dass die „Grenzen des Erdballs" sich später einmal als

---

[10] Henry George (1879/2017), S. 101 - 105, hier: S. 102 (Irland).

[11] Henry George (1879/2017), S. 73 - 123, hier: S. 78, 81, 85 und 116 (Kritik an Malthus' Bevölkerungslehre).

[12] Henry George (1879/2017), S. 34 (Land im umfassenden Sinn), 66, 351 - 352 und 359 (Physiokraten).

natürliche Grenzen des Wachstums der Wirtschaft erweisen könnten. Die menschlichen Bedürfnisse waren für George noch unbegrenzt; er hielt den Menschen für „das einzige Wesen, dessen Wünsche in dem Maße zunehmen, wie sie befriedigt werden". Mit Hilfe von durch den technischen Fortschritt ermöglichten „arbeitssparenden Maschinen" hätte „der Mensch seinen Fuß auf die erste Stufe einer unendlichen Leiter gesetzt. ... Dass der Mensch die Naturkräfte nicht erschöpfen oder vermindern kann, folgt aus der Unzerstörbarkeit des Stoffes und der Beständigkeit der Kraft. Produktion und Konsumtion sind bloß relative Ausdrücke. Absolut gesprochen, produziert der Mensch weder noch konsumiert er. Das ganze Menschengeschlecht, und wenn es bis in alle Ewigkeit arbeitete, könnte diese rollende Kugel nicht um ein Atom schwerer oder leichter machen."[13]

- Neben der besonderen Hervorhebung der Bedeutung des Bodens bzw. der Natur für die wirtschaftliche Produktion und der zeitbedingten Unterschätzung ihrer natürlichen Grenzen kritisierte George die klassische Ökonomie auch, weil sie die die menschliche Arbeit entwürdigende Lohnabhängigkeit als ganz normale Form der Arbeit rechtfertigte. Die Akkumulation von leistungslosen Bodenrenten führte ihm zufolge jedoch in zweifacher Hinsicht zu einer Deformation der Arbeitswelt: zum einen ermöglichte sie eine Konzentration von Produktionsmitteln, d.h. von Realkapital, in den Händen von privilegierten Minderheiten und zum anderen machte die Schmälerung des Arbeitslohns durch die Bodenrente es den Arbeitern unmöglich, eigenes Realkapital zu bilden und selbstständig statt fremdbestimmt zu arbeiten. „Im Herzen unserer Zivilisation ... gibt es ... große Klassen" von reichen Boden- und Kapitalbesitzern und armen Arbeitern mit einem „Antagonismus von Interessen. ... Unter solchen Umständen ... wird der Mensch ein Sklave, eine Maschine, eine Ware, eine Sache. ... Inmitten der Aufklärung" gerät er in eine „virtuelle Sklaverei bei politischer Freiheit".[14]

Seine in seinem Hauptwerk „Fortschritt und Armut" nur angedeutete Kritik an der Lohnabhängigkeit der Arbeitenden führte George in seinen späteren Werken noch weiter aus. Als schwere Fehlentwicklung erschien ihm, dass „die Arbeiter zu Hunderten und Tausenden in den Dienst einzelner Personen und Firmen gestellt" wurden, dass ihre Arbeitskraft zu einer handelbaren Ware wurde und dass große Unternehmen kleine und mittlere Unternehmen vom Markt verdrängten. „Die kleinen Krämer und Kaufleute werden zu Gehilfen und Verkäufern größerer Geschäftshäuser. Wir haben bereits Aktiengesellschaften, deren Einnahmen und Ausgaben diejenigen der größten Staaten erreichen. ... Die Wirkung aller neueren industriellen Fortschritte geht auf Großproduktion, schärfste Arbeitsteilung und Verleihung überwältigender Vorteile an den Besitz des großen Kapitals. Selbst Erfindungen wie das Telefon und der Typenschreiber dienen zur Konzentration des

---

[13] Henry George (1879/2017), S. 108 - 109 (Grenzenlosigkeit der Produktion trotz Grenzen der Erde), 110 (wachsende Bedürfnisse, unendliche Leiter), 134 - 135, 204 (Maschinen) und 279 (gleiches Recht).

[14] Henry George (1879/2017), S. 187 (Antagonismus der Interessen), 234 - 236 und 291 - 292 (virtuelle Sklaverei bei politischer Freiheit, Arbeit als Ware) sowie 386.

Reichtums. ... Überall liegt es zu Tage, dass der unabhängige Handwerker ein Arbeiter wird, der Krämer ein Verkäufer in einem Magazin, der kleine Kaufmann Gehilfe oder Buchhalter und dass Leute, die unter dem alten System unabhängig waren, in den Dienst großer Firmen und Gesellschaften gepfercht werden." Diesen Prozess der Kapitalkonzentration mitsamt seiner Tendenz zur Großtechnik und der Verdrängung kleinerer und mittlerer Unternehmen vom Markt beobachtete George in allen Zweigen der Wirtschaft und sogar schon in der Landwirtschaft. „Die große Fabrik vernichtet die kleinen. ... Die Erfindungen und Entdeckungen ... konzentrieren das Kapital und vermehren die Macht dieser Konzentrationen zur Monopolisierung und Unterdrückung; sie machen den Arbeiter abhängiger ..., fesseln seinen Geist und verkümmern und entnerven in vielen Fällen seinen Körper."[15]

Zusätzlich zum Interessengegensatz zwischen dem privaten Bodeneigentum und der Arbeit schlich sich also noch ein Ungleichgewicht zwischen dem Kapital und der Arbeit in die vermeintlich natürliche Ordnung des Wirtschaftens ein, das dem Kapital die Möglichkeit gab, sich sowohl die Arbeitenden als auch die Arbeitslosen untertan zu machen. „Warum ist nicht die Konkurrenz der Arbeitgeber, Arbeitskräfte zu erhalten, ebenso groß wie die Konkurrenz der Arbeiter, Beschäftigung zu finden? ... Gegenwärtig genießt in jedem Streite zwischen Kapital und Arbeit das Kapital den ungeheuren Vorteil, besser warten zu können."[16] Und als große Gefahr erschien es George schließlich, dass diese „Kräfte der neuen Ära ... einen erblichen Stand bilden" und wie ihre feudalen Vorgänger eine „Verewigung der großen Vermögen" anstreben könnten.[17]

- Aufgrund der Monopolisierung des Bodens und der Naturressourcen sowie des Realkapitals wird das von den klassischen Ökonomen so hoch gepriesene ‚freie Spiel' der wirtschaftlichen Kräfte auf ‚freien' Märkten de facto zu einer „einseitigen Konkurrenz", bei der die Eigentümer von Boden, Ressourcen und Realkapital die Stärkeren sind und die schwächeren Lohnarbeiter beherrschen. „In der modernen Gesellschaft hat die Konkurrenz freies Spiel, um aus dem Arbeiter das Äußerste zu pressen, das er geben kann. Und mit welcher fürchterlichen Gewalt sie verfährt, kann man aus der Lage der niedrigsten Klassen in den Zentren des Reichtums und der Industrie ersehen."[18]
- Die zu Lasten der Arbeitenden gehende Akkumulation und Fehlallokation der Bodenrente in den Händen einer besitzenden Minderheit und die Spekulation mit dem Boden waren für George schließlich auch die tiefere Ursache dafür, dass es in

---

[15] Henry George (1885/1967), S. 13 (Konzentration in Aktiengesellschaften und Verdrängungswettbewerb), 33 (Förderung der Konzentration durch den technischen Fortschritt), 35 (Bonanza-Farmen in der Landwirtschaft), 42 - 43, 96 (Arbeitskraft als Ware) und 129 - 131 (technischer Fortschritt und Kostenvorteile der industriellen Massenproduktion). - Die Entstehung von Aktiengesellschaften führte George auf die Interessen großer Grundbesitzer zurück; vgl. ders. (1879/2017), S. 331.

[16] Henry George (1885/1967), S. 121 und 125.

[17] Henry George (1885/1967), S. 44 - 45 (Vererbbarkeit großer Vermögen). - Vgl. auch ders. (1879/2017), S. 258.

[18] Henry George (1879/2017), S. 263 (einseitige Konkurrenz) und 294.

der „industriellen Pyramide", die „unstreitig auf dem Grund und Boden ... ruht" und von einer „wachsenden Kompliziertheit und gegenseitigen Abhängigkeit" aller Teile geprägt ist, immer häufiger zu Verwerfungen im Verhältnis zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kam. „Offensichtlich liegt die Störung darin, dass Erzeugung und Verbrauch sich nicht entgegenkommen und befriedigen können." Die Folge dieser Inkongruenz von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage führt von Zeit zu Zeit zu einer „industriellen Lähmung" mit einem mehr oder weniger stark ausgeprägten „erzwungenen Nichtstun. ... Es ist eine sonderbare und unnatürliche Sache, dass Menschen, die zu arbeiten wünschen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, keine Gelegenheit dazu finden können."[19] Die von der klassischen Ökonomie geleugneten krisenhaften Ungleichgewichte der Wirtschaft und die unfreiwillige Arbeitslosigkeit entstanden nach Auffassung von George nicht durch Überproduktion von Waren oder deren Unterkonsumtion und auch nicht durch ein Bevölkerungswachstum oder technische Produktionssteigerungen, sondern sie entstanden, weil die private Vereinnahmung der Bodenrente zu einer strukturellen Fehlallokation der Ressourcen führte und diese das Angebot und die Nachfrage nicht gesamtwirtschaftlich zur Deckung kommen ließ.

Von der Kritik am privaten Bodeneigentum zur Forderung nach einer Reform des Bodenrechts

Die entscheidende fehlerhafte soziale Einrichtung, die der von den klassischen Ökonomen behaupteten Harmonie der wirtschaftlichen Interessen von Arbeit, Boden und Kapital als Hindernis im Weg stand, war für George das private Eigentum am Boden bzw. die private Aneignung der Bodenrente, die zudem parallel zum Bevölkerungswachstum, zum Wachstum von Städten und zur Schaffung von neuer Infrastruktur (Straßen, Bahnlinien usw.) Erwartungen ihres weiteren Anstiegs weckt und zeitweise zur spekulativen Hortung von Boden verleitet. „Indem wir die Monopolisierung der Naturgaben zuließen, welche die Natur allen gleichmäßig darbietet, haben wir das fundamentale Gesetz der Gerechtigkeit ... , das höchste Weltgesetz, missachtet." Früher oder später muss deshalb „die moderne Zivilisation ... zur Barbarei hinab sinken. ... Das soziale Gebäude kann nicht bestehen, wenn dessen Grundlagen nicht auf Gerechtigkeit beruhen. ... Dies verbieten die ewigen Gesetze der Welt. ... Etwas Größeres als das Wohlwollen, etwas Erhabeneres als die Mildtätigkeit - die Gerechtigkeit verlangt von uns, dieses Unrecht zu sühnen."[20]

Dabei hielt es George für unmöglich, die durch die Monopolisierung des Bodens und der Ressourcen entstandenen „sozialen Missverhältnisse" durch Streiks der

---

[19] Henry George (1879/2017), S. 217 - 231 (Krisen), hier: S. 217 (Kompliziertheit), 222 - 223 (industrielle Pyramide, unfreiwillige Arbeitslosigkeit, 228 (industrielle Lähmung)

[20] Henry George (1879/2017), S. 436 (Niedergang der Zivilisation), 449 (Gerechtigkeit als Weltgesetz) und 452 - 453.

Gewerkschaften für höhere Löhne oder durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse oder durch staatliche Interventionen in die strukturell vermachteten Märkte zu überwinden. Hierin sah er nur ungeeignete Ersatzlösungen für die einzig notwendige Entmonopolisierung des Bodens und der Ressourcen. Was die Gewerkschaften, die Genossenschaften und der in die monopolisierten Märkte intervenierende Staat mit ihren jeweiligen nur Symptome bekämpfenden Mitteln nicht zu erreichen vermochten - nämlich die Schaffung einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts - , wollte George mit einer die tiefere Ursache der Ungerechtigkeit an ihrer Wurzel bekämpfenden Maßnahme erreichen, d.h. er wollte den Boden im Wege einer Bodenrechtsreform der privaten Monopolisierung entziehen und die bislang privat vereinnahmte Bodenrente in die Hände der Allgemeinheit übertragen. „Es gibt nur einen Weg, ein Übel zu entfernen, und der ist, dessen Ursache zu beseitigen. ... Alles, was für die soziale Wiedergeburt nötig ist, ist in dem Motto enthalten: Land und Freiheit! ... Dies ist also das Heilmittel für die ungerechte und ungleiche Güterverteilung der modernen Zivilisation und für all die Übel, die daraus entspringen: Wir müssen den Grund und Boden zum Gemeingut machen." Und weil die Bodenrente einen „Wert darstellt, den die ganze Gesellschaft geschaffen hat", sollte sie auch der ganzen Gesellschaft und nicht nur den Bodeneigentümern zugutekommen. Auf diese Weise sollte das Geschehen auf freien Märkten in eine bodenrechtliche Rahmenordnung eingebettet werden, welche mit den harmonischen Gesetzen der Natur und des ganzen Weltalls und mit der Gerechtigkeit als „höchstem Gesetz" übereinstimmt. Zusammen mit einer von Machteinflüssen befreiten Freiheit könne dann „der Fortschritt der Gesellschaft auf Gleichheit gerichtet sein. ... Die Ungleichheiten, die bestehen blieben, wären diejenigen der Natur, nicht die künstlichen Ungleichheiten, welche durch die Verleugnung des Naturgesetzes geschaffen werden."[21]

Die natürlichen Unterschiede zwischen den Menschen hielt George für sehr viel unbedeutender als die durch die Monopolisierung des Bodens entstandene künstliche Ungleichheit zwischen ihnen. Damit stellte sich George übrigens nicht nur gegen die klassische Ökonomie, die die monopolistische Konkurrenz als ‚freie Konkurrenz' zwischen vermeintlich gleichen Wettbewerbern verbrämte, sondern auch gegen die Evolutionstheorie und ihre Erweiterungen zu sozialdarwinistischen und rassistischen Ideologien. „Ob sich der Mensch stufenweise aus dem Tier entwickelte oder nicht, braucht nicht untersucht zu werden", weil solche Kontroversen einschließlich der Überbewertung der Rolle der Vererbung nur von der Frage nach der Ursache der sozialen Ungleichheit ablenkten und die Fehldeutung des Lebens als Kampf ums Dasein begünstigten. Auch könnten sie den Aufstieg und

---

[21] Henry George (1879/2017), S. 81, 113, 123, 237 und 366 (soziale Missverhältnisse), 250 (komplizierte Regierung) sowie 257 - 258 (Streiks), 261 (Genossenschaften) und 263 - 264 (staatlicher Dirigismus). Vgl. auch ders. (1887/1968), S. 268 - 269 (Streiks). - Ders. (1879/2017), S. 270 - 271, 277 und 281 (Boden als Gemeingut, Bodenreform in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Natur und des Weltalls, Gleichheit als Fortschritt, Gerechtigkeit als höchstes Gesetz); 301 (gesellschaftliche Hervorbringung der Bodenrente) und 374 (natürliche vs. künstliche Gleichheit).

Niedergang von Zivilisationen nicht erklären. Und besonders hielt George im Widerspruch zu rassistischen Ideologien an der „großen Lehre" fest, dass „die menschliche Natur über die ganze Erde hinweg gleich ist. ... Die Annahme einer physischen Rassenvervollkommnung ... ist durch nichts verbürgt und ... geradezu widerlegt."[22]

Bodenreform durch Einführung einer „Single Tax"

Allerdings war sich Henry George auch der Tatsache bewusst, dass die Forderung nach einer Überführung des privaten in gemeinschaftliches Bodeneigentum von Seiten der Privilegierten „in dem gegenwärtigen Gesellschaftszustand die erbittertste Gegnerschaft hervorrufen wird". Außerdem war die gegenwärtige Generation der Bodeneigentümer auf der Basis geltender Gesetze durch Kauf oder Erbschaft zu ihrem privaten Bodeneigentum gekommen. Wenn sie nicht willkürlich zwangsenteignet werden sollte, musste sie angemessen entschädigt werden. Abgesehen von der ungewissen Finanzierbarkeit einer Vergesellschaftung des gesamten Bodens befürchtete George, dass eine finanzielle Entschädigung der Bodeneigentümer deren privilegierte Stellung in der Wirtschaft perpetuiert. „Ihr ungerechter Vorteil würde erhalten und der ungerechte Nachteil der Nichtgrundbesitzer fortgesetzt werden."[23]

Aus diesem Grund und auch weil eine solche „große Reform" eine „unnötige Erschütterung der bestehenden Gebräuche und Denkgewohnheiten bedeuten" würde, erschien es George als ein klügerer „Grundsatz der Staatskunst ..., dass große Veränderungen am besten unter alten Formen zuwege gebracht werden können. ... Ich schlage vielmehr vor, dieselbe Sache auf einfachere, leichtere und ruhigere Weise zu vollbringen als durch formelle Beschlagnahme allen Landes und durch formelle Verpachtung an die Meistbietenden." Statt einer möglicherweise in Gewalt endenden Revolution hielt George also eine evolutionäre Veränderung in behutsameren Schritten für das zu beachtende „Gesetz des sozialen Wachstums" und für eine Form der „sozialen Intelligenz", die notwendig seien, um Gewaltausbrüche wie in der Pariser Kommune zu vermeiden.[24]

Anders als die frühen europäischen Bodenreformer wie Thomas Spence (1750-1814), die schon im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus dafür eingetre-

---

[22] Henry George (1879/2017), S. 388 (geringe natürliche Unterschiede), 393 - 404 (Evolutionstheorie), 411 (weltweite Gleichheit der menschlichen Natur) und 415 - 417 (Kritik am Rassismus).

[23] Henry George (1879/2017), S. 271 und 338 (Widerstand gegen eine Bodenreform) und 298 (Probleme bei der Entschädigung).

[24] Henry George (1879/2017), S. 335 (große Veränderungen unter alten Formen). - Ders. (1885/1967), S. 3 (soziale Intelligenz) und 5 (Pariser Kommune). „Wir dürfen nicht vergessen, dass im zivilisierten Menschen noch immer der Wilde lauert." (1885/1967, S. 6). Vgl. auch ders. (1885/1967), S. 77. - „Die soziale Reform ist nicht mit Lärmen und Freudengeschrei, mit Klagen und Anklagen, durch Parteibildungen oder Revolutionen herbeizuführen, sondern durch die Erweckung des Denkens und den Fortschritt der Ideen. Ehe man nicht richtig denkt, kann man nicht richtig handeln." (1885/1967, S. 225)

ten waren, den vormals von Feudalherren okkupierten Boden ohne Umweg über dessen Privatisierung gleich in ein öffentliches und unveräußerliches Eigentum zu überführen und dann entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung zu vergeben, empfahl George, das private Eigentum am Boden nicht anzutasten, sondern lediglich die bislang privat vereinnahmte Bodenrente zugunsten der Allgemeinheit steuerlich abzuschöpfen. „Ich schlage weder vor, den Privatbesitz an Grund und Boden zu kaufen noch ihn zu konfiszieren. Das erstere würde ungerecht, das Letztere nutzlos sein." Dem Privateigentum am Boden „können wir ruhig die Schale lassen, wenn wir den Kern nehmen. ... Es ist nur nötig, die Rente einzuziehen", d.h. die Bodenrente als den von der ganzen Gesellschaft geschaffenen ökonomischen Wert des Bodens zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern und für „öffentliche Zwecke" zu verwenden. „Auf diese Weise kann der Staat der allgemeine Grundherr werden, ohne sich so zu nennen und ohne eine einzige neue Funktion zu übernehmen. Der Form nach würde der Grundbesitz genauso wie jetzt bleiben. ... Da die Rente vom Staat in Steuern genommen wird, würde das Land, gleichviel auf wessen Namen es lautet oder in welchen Parzellen es gehalten wird, faktisch Gemeingut sein und jedes Mitglied des Gemeinwesens würde an den Vorteilen seines Besitzes teilnehmen. Da nun die Besteuerung der Rente oder der Landwerte um so viel, wie wir andere Steuern abschaffen, notwendig erhöht werden muss, können wir die Sache in eine praktische Form bringen durch den Vorschlag, alle Besteuerung außer der auf Grundwerte abzuschaffen."[25]

In diesem Sinn gab George der Besteuerung der Bodenrente die Bezeichnung „Single Tax" und hielt sie im Gegensatz zur herkömmlichen Besteuerung der menschlichen Arbeit und des Kapitals für die „gerechteste und gleichmäßigste aller Steuern". Sie könne „die Produktion nicht im Geringsten hemmen" und biete obendrein noch „auf Seiten der Beamten die geringstmögliche Gelegenheit zu Tyrannei oder Korruption und auf Seiten der Steuerzahler die geringstmögliche Versuchung zu Gesetzesübertretungen und Umgehungen".[26]

Strukturwandel des demokratischen Rechtsstaates im Sinne der Unabhängigkeitserklärung der USA von 1776

Von der Einführung einer „Single Tax" und der gleichzeitigen Abschaffung anderer Steuerarten erwartete George eine Grundsanierung der ungerechten Wirtschaftsordnung. Auf diesem zu einer gerechten Verteilung des Einkommens führenden Weg kämen alle Menschen in die Lage, vom vollen Ertrag ihrer eigenen Arbeit zu leben, und keiner hätte dann noch das Privileg, ein leistungsloses Einkommen auf Kosten anderer Menschen zu beziehen. Für George war es eine unzweifelhafte „Wahrheit, dass der Fortschritt in dem Maße vor sich geht, wie die Gesellschaft zu

---

[25] Henry George (1879/2017), S. 337 (Single Tax).

[26] Henry George (1879/2017), S. 339 (Auswirkungen der Single Tax auf den Staat und die Steuerzahler), 342 (nicht durch Steuern gehemmte Produktion) und 348 (gerechteste Steuer).

enger Vereinigung und größerer Gleichheit hinstrebt" - und zwar nicht nur zu politischer Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch zu wirtschaftlicher Gleichheit der Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen. „Die Gleichheit der politischen Rechte bietet keinen Ersatz für die Verweigerung der gleichen Rechte auf die Gaben der Natur."[27]

Eine Erweiterung der politischen um eine wirtschaftlich-soziale Gleichheit war für George eine entscheidende Voraussetzung für die Erneuerung der Vereinigten Staaten von Amerika als eine bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen und im Sinne ihrer politischen Gründungsideale als demokratisch-republikanischer Rechtsstaat. Ohne die Schaffung von wirtschaftlich-sozialer Gleichheit war - so seine feste Überzeugung - vorgezeichnet, dass die „subtile Alchemie ... aus politischer Freiheit politischen Despotismus schmiedet und bald demokratische Institutionen in Anarchie verwandeln muss. ... Diese Umwandlung einer volkstümlichen Regierung in eine Despotie der niedrigsten und gemeinsten Art ... hat in den Vereinigten Staaten schon begonnen und schreitet in unseren Augen mit Riesenschritten voran." Unter den Bedingungen der wirtschaftlich-sozialen Ungleichheit falle die politische Macht den „am lautesten blökenden Demagogen" zu und „die Macht des Geldes nimmt laufend zu. ... Vertreter von Privatinteressen" würden „in den Vorzimmern der Parlamente umherschleichen. ... Dies alles sind Zeichen des politischen Verfalls." Mit großer Besorgnis um die Demokratie verwies George auf die „Gefahr einer allmählichen Umwandlung der Regierung in etwas von dem Volke Unabhängiges und außerhalb des Volkes Stehendes. ... Der große Reichtum unterstützt stets die in der Macht befindliche Partei, sei sie so verderbt, wie sie wolle. ... Die demokratischen Formen können bleiben, aber unter demokratischen Formen können sich eben so viel Tyrannei und Missregierung verbergen wie in allen anderen - ja sie bieten sich gerade am bereitwilligsten der Tyrannei und Missregierung dar."[28]

Sobald „die Grundlagen der Gesellschaft wieder gerecht geordnet" sind und der Staat nicht mehr als Reparateur der komplizierten wirtschaftlichen Unordnung gebraucht werde, könne er sich als liberaler Rechtsstaat auf seine klassischen Aufgaben als unparteiischer Garant der bürgerlichen Freiheiten in Wirtschaft und Gesellschaft sowie als Garant der inneren und äußeren Sicherheit konzentrieren. „Die legislativen, richterlichen und vollziehenden Funktionen der Regierung würden auf diese Weise ungemein vereinfacht werden. Ebenso kann ich mir nicht denken, dass die öffentlichen Schulden und stehenden Armeen ... noch lange nach der Wiedereinsetzung des alten Gedankens, dass der Boden eines Landes durch Gemeinrecht dem Volk desselben gehört, übrig bleiben würden. ... Die Gesellschaft

---

[27] Henry George (1879/2017), S. 432 (Gleichheit) und 450 (Unabhängigkeitserklärung).

[28] Henry George (1879/2017), S. 250 (Verselbstständigung der Regierung gegenüber dem Volk, Geld in der Politik), 324 (USA), 355 (Lobbyismus), 437 - 440 (‚freie' politische Tyrannei, Demagogen, Macht des Geldes) und 453 (subtile Alchemie). - Ders. (1885/1967), S. 11 - 14 (Gefahren für die Demokratie), S. 63 (soziale Krankheit incl. Prostitution), S. 78 (natürliche Ordnung), 86 - 87 (Unabhängigkeitserklärung) und 119 (Obdachlosigkeit und Vagabundentum).

würde sich dergestalt dem Ideal der Demokratie von Jefferson, dem verheißenen Lande Herbert Spencers, der Abschaffung der Regierung nähern. Aber nur der Regierung als einer dirigierenden und unterdrückenden Macht."[29]

Im Laufe einer breiten Streuung von selbst erarbeitetem Eigentum und Wohlstand könnten „Wohltätigkeitsgesellschaften überflüssig" werden. Außerdem erwartete George davon einen Rückgang von Kriminalität und Korruption. „Das Steigen der Löhne und das Erschließen von Möglichkeiten für alle, behaglich und angenehm zu leben, wird die Zahl der Diebe, Schwindler und anderer Verbrechergruppen, die eine Folge der ungerechten Güterverteilung sind, sofort verringern. ... Gefängnisse und Armenhäuser werden unnötig. ... Die Strafrechtspflege mit all ihrem notwendigen Zubehör an Polizisten, Detektiven, Gefängnissen und Zuchthäusern wird aufhören, die Lebenskraft und die Aufmerksamkeit der Gesellschaft so stark zu beanspruchen wie jetzt."[30]

Wenn der Staat von seinem widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaat befreit und dann auf den „Grundsatz der lokalen Selbstregierung" verpflichtet wird, wollte George seine Aufgaben als demokratischer Rechtsstaat jedoch nicht nur im Sinne des klassischen Liberalismus auf die Gewährleistung von Recht und Sicherheit beschränken, sondern dieser Rechtsstaat sollte auch ein breites Spektrum von öffentlichen Gütern bereitstellen und auf eine freiheitlich-zwanglose Weise „den Traum des Sozialismus verwirklichen. ... Alle diese Vereinfachungen und Aufhebungen der gegenwärtigen Regierungsfunktionen würden die Übernahme gewisser anderweitiger Funktionen ermöglichen, die jetzt zur Anerkennung drängen. Die Regierung könnte die Beförderung von Telegrammen genauso gut übernehmen wie die von Briefen, sie könnte Eisenbahnen wie gewöhnliche Landstraßen bauen und verwalten." Wirtschaftsbereiche wie die Energieversorgung (Gas, Elektrizität, Wärme und Wasser), das Verkehrswesen (Straßen und Eisenbahnen) und das Kommunikationswesen (Post, Telefon und Telegraf), in denen sich wegen ihrer Größe keine Konkurrenz herstellen lasse und die darum nach Auffassung von George „ihrer Natur nach vollständige Monopole sind, werden füglich zu Funktionen des Staates. Wenn sich die Gesellschaft entwickelt, muss der Staat diese ihrer Natur nach kooperativen Funktionen übernehmen, um die gleichen Rechte und die Freiheit aller sicher zu stellen."[31]

Anders als Proudhon, dessen Staats- und Steuertheorie ihm unbekannt blieb, wollte George die Bodenrente nicht nur teilweise, sondern vollständig zugunsten der Allgemeinheit besteuern. Deshalb und aufgrund einer starken Vereinfachung des gerecht geordneten Rechtsstaates reiche das Steueraufkommen aus der „Single Tax" zur Finanzierung der Staatsaufgaben aus, so dass sich der Staat nicht länger verschulden bräuchte. „Dieses aus dem Gemeingut erwachsende Einkom-

---

[29] Henry George (1879/2017), S. 377 (Vereinfachung des Staates, Ideal der Demokratie).

[30] Henry George (1885/1967), S. 8 (Wohltätigkeitsgesellschaften, Gefängnisse und Armenhäuser).

[31] Henry George (1879/2017), S. 377 - 378 (öffentliche Güter). - Ders. (1885/1967), S. 160 (Grundsatz der lokalen Selbstregierung), 162 - 163 und 166 (Verkehrswesen), 174 (Gas, Wasser, Wärme und Elektrizität, Post, Telefon und Telegraf), und ders. (1887/1968), S. 277.

men könnte zum allgemeinen Besten verwendet werden. ... Wir könnten öffentliche Bäder, Museen, Bibliotheken, Gärten, Leseräume, Musik- und Tanzhallen, Schießstände, Spielgründe, Turnanstalten etc. errichten. Hitze, Licht und motorische Kraft ließen sich so gut wie Wasser auf öffentliche Kosten durch unsere Straßen führen; unsere Wege könnten mit Fruchtbäumen bepflanzt, Entdecker und Erfinder belohnt, wissenschaftliche Forschungen unterstützt und öffentliche Einkünfte auf tausenderlei Weise den Bemühungen für das Allgemeinwohl dienstbar gemacht werden. ... Die Regierung würde ihren Charakter ändern und die Verwaltung einer großen Produktivgenossenschaft werden. Sie würde nur die Agentur werden, durch welche das allgemeine Eigentum zum gesellschaftlichen Besten verwaltet würde."[32]

Seine Forderung nach einem öffentlichen Bildungswesen begründete George mit dem Argument, dass „die Vereinigung der Kinder von Reich und Arm, Jude und Heide, Protestant und Katholik, Republikaner und Demokrat von unschätzbarem Werte ... ist ... für die Brechung von Vorurteilen und für die Ausrottung des Kastengeistes".[33] Und nicht zuletzt war George der Überzeugung, dass ein gerecht geordnetes Gemeinwesen mit einem Minimum an militärischem Schutz für seine äußere Sicherheit auskommen könne, was den Staatshaushalt nochmals sehr entlaste. Wenn überhaupt Militär, dann „ist alles, was wir brauchen, eine kleine Truppe von Grenzsoldaten, wie sie in Australien und Kanada gehalten wird. Stehende Flotten und stehende Heere sind dem Geiste der Demokratie feindlich und es sollte unser Stolz sein, wie es unsere Pflicht ist, der Welt zu zeigen, dass die große Republik beider entbehren kann." Das vom europäischen Adel übernommene hierarchische System des Militärs „ist ein Hohn auf die Demokratie und sollte beseitigt werden."[34]

Strukturwandel der Wirtschaft - Von der einseitigen zu einer wechselseitigen Konkurrenz und zu einer egalitären Arbeitswelt

Parallel zur Entstehung eines öffentlichen Sektors erwartete George von der Reform des Bodenrechts auch einen tief greifenden Strukturwandel der Privatwirtschaft. Sein Ziel war es letztlich, die „einseitige Konkurrenz" mit ihrer strukturellen Macht von Boden-, Ressourcen- und Kapitaleigentümern über die Lohnabhängigen - er sprach von einer „allgemeinen Unterwerfung der vielen unter die wenigen" - in eine gegenseitige, gemäßigte Konkurrenz zwischen ebenbürtigen Anbietern und Nachfragern umzuwandeln. „Die Konkurrenz würde nicht mehr eine einseitige sein wie jetzt. Statt dass die Arbeiter miteinander um Beschäftigung kon-

---

[32] Henry George 1879/2017), S. 377 - 378 (öffentliche Güter). - Vgl. auch ders. (1885/1967), S. 162 - 163 und 166 (Verkehrswesen), 174 (Gas, Wasser, Wärme und Elektrizität, Post, Telefon und Telegraf), und ders. (1887/1968), S. 277.

[33] Henry George (1885/1967), S. 175.

[34] Henry George (1885/1967), S. 158 - 159.

kurrieren und dabei die Löhne auf den Punkt des bloßen Unterhalts hinunter drücken, würden überall die Arbeitgeber um Arbeiter konkurrieren und die Löhne bis annähernd auf den Ertrag der Arbeit steigen. ... Die Arbeitgeber würden nicht bloß gegeneinander zu bieten haben ... , sondern auch gegen die Fähigkeit der Arbeiter, ihr eigener Arbeitgeber zu werden."[35]

Die Entmonopolisierung des Bodens und der Ressourcen sowie die Vergesellschaftung der Bodenrente würden zu einer Überwindung von konjunkturellen Krisen führen, indem sie das gesamtwirtschaftliche Angebot und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zur Übereinstimmung bringen. Die durch den technischen Fortschritt eintretende Steigerung der Arbeitsproduktivität käme dann *allen* Menschen in Gestalt einer Anhebung des allgemeinen Wohlstands zugute.[36] Nach und nach würden dann die Arbeitenden in die Lage kommen, entweder eigene Produktionsmittel zu erwerben und sich mit kleineren Betrieben selbstständig zu machen oder sich durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen „in der Gleichheit" mit anderen Arbeitenden zu mittleren und größeren „Produktivassoziationen" zusammenzuschließen. In beiden Fällen werde - so Georges Erwartung in seinem Hauptwerk „Fortschritt und Armut" - „die gleichmäßigere Güterverteilung den Kapitalisten und den Arbeiter in derselben Person vereinigen" - in kleinen privaten Unternehmen, in mittleren genossenschaftlichen Unternehmen oder auch in größeren staatlichen Unternehmen. In allen Bereichen werde „die Industrie ... eine Assoziation von Gleichgestellten". Unter der Gesamtleitung einer staatlichen Zentralbank konnte sich George übrigens die einzelnen Geschäftsbanken sowohl in privaten als auch in staatlichen Formen vorstellen.[37]

Dadurch, dass die Arbeitenden dann in allen Wirtschaftsbereichen sowohl an leitenden als auch an ausführenden Arbeiten teilhaben, werden sie nicht mehr von sich selbst und ihren Arbeitserzeugnissen „entfremdet" (Marx) sein, sondern sie werden zu „runden Menschen". Und überhaupt werde sich ihre Einstellung zur Arbeit grundsätzlich verändern. „Nicht die Arbeit an sich ist dem Menschen zuwider; nicht die natürliche Notwendigkeit zur Anstrengung ist ein Fluch. Aber die Arbeit ... , von der er das Ergebnis nicht sehen kann, ist es. Tag für Tag sich abzumühen und doch nur das Allernotwendigste des Lebens zu erlangen, ist fürwahr hart. ... Aber von dieser Notwendigkeit erlöst, würden die Menschen härter und besser arbeiten, denn dann könnten sie arbeiten, wie ihre Neigungen es ihnen eingeben. Dann würden sie wirklich etwas für sich oder für andere tun. War Hum-

---

[35] Henry George (1879/2017), S. 263 (einseitige Konkurrenz), 288 (allgemeine Unterwerfung), 363 (Wandel der Arbeitswelt). - Vgl. auch ders. (1885/1967), S. 198 - 199 (Ein solcher von Monopolen und jeglichen Privilegien befreiter Wettbewerb sei kein „wilder Kampf um die Existenz mehr", in dem „die Menschen einander niedertreten, in der wahnsinnigen Furcht, niedergetreten zu werden.")

[36] Henry George (1879/2017), S. 359 (steigende Arbeitsproduktivität) und 363 (Überwindung der Krisen).

[37] Henry George (1879/2017), S. 263 (Dezentralisierung der Produktionsmittel, Produktivassoziationen), 387 (Vereinigung in der Gleichheit, Kapitalisten bzw. Unternehmer und Arbeiter in einer Person) und 431 (Gleichheit). - Ders. (1885/1967), S. 80 (Recht und Gerechtigkeit), 165 (private Banken) und 172 (staatliche Banken).

boldts Leben ein müßiges? ... Malte Michelangelo für Nahrung und Kleidung?" Im Gegensatz zur fremdbestimmten Lohnarbeit werde die selbstbestimmte Arbeit nicht mehr „getan, um den Lebensunterhalt zu gewinnen. ... Es ist keine Arbeit von Sklaven. ... Es ist die Arbeit von Menschen, die sie um ihrer selbst willen vollbringen" und die dabei auch „höheren Anrieben folgen". Die technische Steigerung der Arbeitsproduktivität „würde auch keine Eintönigkeit und kein Schrumpfen der Fähigkeiten des Arbeiters mit sich bringen, sondern die Arbeit würde durch kurze Dauer, durch Änderung und Abwechslung geistiger und körperlicher Arbeit erleichtert werden."[38]

Fairer Wettbewerb und Kooperation

Entgegen dem rücksichtslosen Egoismus und der „Gier nach Gewinn" in der „einseitigen Konkurrenz" auf monopolistisch vermachteten Märkten war George fest davon überzeugt, dass neben dem Eigennutzstreben auch ein „Gerechtigkeitsgefühl tief im menschlichen Geiste" verwurzelt ist und dass die Menschen in Wirklichkeit „gesellig" veranlagt sind. Unter den Bedingungen eines selbstbestimmten Arbeitens innerhalb einer monopolfreien gegenseitigen Konkurrenz werde ihre „der Gleichheit entsprießende Brüderlichkeit an die Stelle der jetzt die Menschen aufeinander hetzenden Eifersucht und Furcht" treten. „Nennt es Religion, Vaterlandsliebe, Mitgefühl, Begeisterung für Menschlichkeit oder Liebe zu Gott ... - es gibt eine Kraft, die die Selbstsucht bezwingt und vertreibt, eine Kraft, welche die Elektrizität des moralischen Weltalls ist. ... Bedauernswert der Mensch, der sie nie gesehen und gefühlt hat."[39]

Für George gab es auch keinen Zweifel an der „Wahrheit, dass der Fortschritt in dem Maße vor sich geht, wie die Gesellschaft zu engerer Vereinigung und größerer Gleichheit hinstrebt. ... Das Gesetz des menschlichen Fortschritts, was ist es anderes als das Gesetz der Moral? Allein in dem Maße, wie die sozialen Einrichtungen die Gerechtigkeit befördern, die Gleichheit der Menschenrechte anerkennen, jedem die volle, nur durch die gleiche Freiheit jedes anderen beschränkte Freiheit sichern, muss die Zivilisation voranschreiten." Unter solchen Umständen könne die „intellektuelle und sittliche Natur" der Menschen „reifen" und sich durch Selbsterziehung eine „Veredelung ihrer persönlichen Eigenschaften" vollziehen. In einem herrschaftsfreien, fairen Wettbewerb könnten sich dann auch Formen der Kooperation entwickeln. „Zivilisation ist Kooperation. ... Das Gesetz der Gesellschaft ist: Einer für alle sowie alle für einen."[40]

---

[38] Henry George (1879/2017), S. 382 (höhere Antriebe), 386 - 389 (selbst- statt fremdbestimmte Arbeit, runde Menschen).

[39] Henry George (1879/2017), S. 275 (Gerechtigkeitsgefühl), 378 (Gier nach Gewinn), 381 (Selbstlosigkeit), 383 (moralisches Weltall), 420 (Geselligkeit des Menschen) und 455 (Gleichheit als Quelle der Brüderlichkeit).

[40] Henry George (1879/2017), S. 255 (Reifung der intellektuellen und sittliche Natur), 361 (Gesetz der Gesellschaft), 432 und 434 (Kooperation als Zivilisation, Gesetz der Moral).

Wie eine wechselseitige Ergänzung von Wettbewerb und Kooperation zwischen Gleichberechtigten aussehen könnte, hat George allerdings noch nicht in Einzelheiten dargestellt. Zumindest genügte ihm nicht ein ins Soziale gewendetes kapitalistisches Unternehmertum, wie es von Rockefeller, Carnegie oder anderen Unternehmerkapitalisten praktiziert wurde. „Wer für jene Anerkennung der Gerechtigkeit kämpft, welche jedem sein Eigentum sichert und es unnötig machen wird, von dem einen für den anderen Almosen zu erbetteln, tut ein größeres und höheres Werk als der, welcher Kirchen erbaut, Hospitäler beschenkt oder Universitäten und Bibliotheken stiftet."[41]

In diesem Zusammenhang hat George übrigens auch die zwei Jahrzehnte später von Thorstein Veblen formulierte Kritik am Status- und Prestigekonsum der „müßige Klassen der feinen Leute" vorweggenommen. Aber anders als Veblen, der die ungerechte Verteilung des Bodeneigentums und die Privatisierung der Bodenrente nicht als strukturellen Untergrund der gesellschaftlichen Hierarchie und der demonstrativen „Schaustellung des Reichtums" der „feinen Leute" erkannte, dachte George bereits über Veblens bloße Beschreibung der kapitalistischen Zustände hinaus. Er verwies nämlich darauf, dass die Neigung zum luxuriösen Prestigekonsum im Laufe eines Übergangs zu einer „ausgeglichenen Güterverteilung" abnehmen werde. „Mit dieser Beseitigung des Mangels und der Furcht vor dem Mangel würde die Anbetung des Reichtums dahinschwinden, und die Menschen würden die Achtung und die Anerkennung ihrer Mitbürger auf andere Weise suchen als durch die Erwerbung und Entfaltung von Reichtum. ... Allen Klassen Muße, Behaglichkeit und Unabhängigkeit, den Anstand und die Verfeinerungen des Lebens, die Gelegenheiten zu geistiger und moralischer Entwicklung geben - das wäre Wasser in eine Wüste leiten."[42] -

Alles in allem stellte sich George die Wirtschaft als eine von jeglichen Monopolen befreite Marktwirtschaft mit einem größeren öffentlichen Sektor vor. Auf den Märkten sollten viele kleinere, mittlere und auch größere Unternehmen in einem privilegienfreien Leistungswettbewerb miteinander stehen. „Dies ist die natürliche Ordnung" des Wirtschaftens, in der alle Menschen „nur beschränkt durch die gleiche Freiheit aller anderen" durch eigene Arbeit und nicht durch Vorrechte zu Einkommen, persönlichem Eigentum und Wohlstand gelangen können. Als Gleiche stehen sie miteinander in einem freien, d.h. auch von Machtgebilden freien wirtschaftlichen Wettbewerb und ihre Kräfte halten sich selbsttätig in einem Gleichgewicht.[43] Allerdings war Georges Blick auf die Geschlechterverhältnisse nicht so kritisch wie der von John Stuart Mill und Harriet Taylor. Zwar hielt er eine Vergesellschaftung der Bodenrente durch die „Single Tax" auch für einen Ausweg aus der Prostitution; aber ansonsten blieb seine Vorstellung von den Geschlechter-

---

[41] Henry George (1885/1967), S. 81.

[42] Henry George (1879/2017), S. 368 (ausgeglichene Güterverteilung),382 (Rückgang des Statuskonsums) und 389 (Wasser in Wüste). Vgl. auch S. 429 (Prunksucht; Tempel, Paläste und Pyramiden).

[43] Henry George (1885/1967), S. 78 (natürliche Ordnung) und 86 - 87 (Unabhängigkeitserklärung).

rollen noch konservativ und es waren in erster Linie die Männer, denen er zu gleichen Chancen im wirtschaftlichen Leben verhelfen wollte.[44]

Davon abgesehen hatte George also ähnlich wie Proudhon und Mill das Ziel einer freiheitlichen Überwindung des Frühkapitalismus vor Augen - nicht im Sinne einer Rückkehr zu einer feudalen Ständeordnung oder eines Voranschreitens zu einer proletarischen Staatsmacht, die die Wirtschaft zentral verwaltet und dabei die Freiheit der Menschen zerstört. „Das Ziel des Sozialismus ist groß und edel. ... Aber eine solche Gesellschaftsverfassung kann nicht künstlich geschaffen werden, sie muss wachsen. Die Gesellschaft ist ein Organismus, keine Maschine", deren Abläufe sich vom Staat planen ließen. „Sie kann nur durch das individuelle Leben ihrer Teile leben. Und auf der freien und natürlichen Entwicklung aller Teile beruht die Harmonie des Ganzen."[45] Nicht die Arbeitsteilung und die dezentrale Selbstordnung der Märkte, nicht den Wettbewerb und das Geld als solche machte George für den Frühkapitalismus mit seiner Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme verantwortlich, sondern deren Verfälschung durch monopolistische Privilegien des privaten Bodeneigentums bzw. der privaten Aneignung der Bodenrente. Deren Vergesellschaftung war für ihn ein wichtiger Schritt auf dem Weg vom sich selbst überlassenen Laissez-faire des Frühkapitalismus zu einer von einem demokratisch-republikanischen Rechtsstaat errichteten Rahmenordnung für eine nachkapitalistische Marktwirtschaft. George wollte also nicht wie Marx & Engels den wirtschaftlichen Wettbewerb abschaffen, sondern umgekehrt Beschränkungen des Wettbewerbs durch monopolistische Machtgebilde aufheben und allen Menschen gleiche Chancen für die Teilnahme am wirtschaftlichen Wettbewerb verschaffen. „Der Sozialismus sieht nicht ein, dass das, was er für die Übelstände der Konkurrenz hält, in Wirklichkeit bloß jene Missstände sind, welche durch die Einschränkung der Konkurrenz entstehen."[46]

Auch wenn George die Konzentration wirtschaftlicher Macht nur erst aus der Anhäufung von leistungslosen Bodenrenten in den Händen von Minderheiten erklärte und die Kapitalproblematik noch nicht sah, so kritisierte er dennoch diese Machtkonzentration als einen Fremdkörper in der von der klassischen Ökonomie postulierten natürlichen Ordnung der Wirtschaft, der den wirtschaftlichen Wettbewerb verfälscht und die Fähigkeit der Wirtschaft zu ihrer dezentralen Selbststeuerung beeinträchtigt. Anders als Marx & Engels und ihre Epigonen warf George das Vertrauen der liberalen Klassik in die Selbstordnungskräfte freier Märkte also nicht über Bord. Es erschien ihm jedoch unerlässlich, die monopolistisch vermach-

---

[44] Henry George (1879/2017), S. 366 (Prostitution). - Ders. (1885/1967), S. 129 („mütterliche Pflichten" der Frauen). Offenbar wandelten sich George's Vorstellungen von den Geschlechterrollen nach dem Erscheinen seines Buches „Progress and Poverty", denn sechs Jahre später erhob er in seinen „Social Problems" die Forderung, auch „die Frauen für die öffentlichen Geschäfte zu interessieren". (1885/1967, S. 226)

[45] Henry George (1879/2017), S. 264 (freiheitlicher Sozialismus).

[46] Henry George (1893/1981), S. 55. Vgl. auch Henry George (1887/1968), S. 269 - 272 (staatlich reglementierter Sozialismus).

teten Märkte von der Monopolstellung des Bodens und des durch die private Akkumulation von Bodenrenten monopolisierten Kapitals zu befreien und damit eine Voraussetzung für die Selbstordnung der Märkte zu schaffen. In einem von jeglichen monopolistischen Machtgebilden befreiten wirtschaftlichen Wettbewerb sah George das „elastischste und feinste System des Zusammenwirkens" in der Wirtschaft, von dem wir „die gleichmäßige Ordnung der Industrie und die wirtschaftliche Verwendung aller Kräfte erwarten dürfen." Und er hielt einen entmonopolisierten Markt auch für einen Weg zur Versöhnung eines vom „extremen Individualismus" befreiten nachkapitalistischen Liberalismus mit einem freiheitlichen „vernünftigen Sozialismus", der nicht mehr glaubt, eine gerechte Verteilung mit einem „staatlichen Betrieb aller Produktionen und allen Austausches" erreichen zu können. „Individualismus und Sozialismus sind in Wahrheit nicht feindlich, sondern zusammengehörig."[47]

Mit seiner Forderung, die Bodenrente für die Finanzierung der Aufgaben eines demokratischen Rechtsstaates zu verwenden, unterschied sich Henry George von anderen Bodenreformern, die ebenfalls ein gleiches Grundrecht eines jeden Menschen auf den Boden forderten, aber im Unterschied zu George die Bodenrente nicht zur Finanzierung der Staatsaufgaben heranziehen, sondern sie in gleichen pro-Kopf-Beträgen als eine Art Grundeinkommen an die Bevölkerung zurückverteilen wollten[48] - was dem Menschenrecht auf eine gleiche Teilhabe aller an den gemeinschaftlichen Lebensgrundlagen näher läge als die Single Tax, was aber freilich auch die Frage nach einer anderen Finanzierungsquelle für den Staatshaushalt aufgeworfen hätte.

Davon abgesehen erkannte George die elementare Bedeutung eines gerechten Zugangs für alle Menschen nicht nur zu Grundstücken für Wohn- und Arbeitszwecke, sondern ausdrücklich auch zu den Ressourcen schon zu einer Zeit, als der insbesondere auf der Verfügung über Erdöl beruhende Aufstieg der modernen Industriegesellschaft noch in seinen ersten Anfängen steckte. Allerdings ging es bei seinen Überlegungen zur praktischen Handhabung der Single Tax[49] nur um die Schaffung eines gleichen Zugangs zu Grundstücken für Wohn- und Arbeitszwecke und noch nicht um die Schaffung eines gleichen Zugangs zu dem Ressourcen.

Durch freien und gerechten Welthandel zum Weltfrieden

Einen solchermaßen freiheitlichen Sozialismus betrachtete George als wirtschaftliche Grundlage für den sozialen Frieden innerhalb einzelner Länder. Und dementsprechend sah er auch im Handel mit Menschen in anderen Ländern einen „gro-

---

[47] Henry George (1887/1968), S. 271 (staatlicher Betrieb von Produktion und Austausch) und 274.

[48] Thomas Spence (1775/1904) und Thomas Paine (1798/2013). Vgl. hierzu Heinrich Niehuus (1910), S. 17 - 30 (Thomas Spence) und 47 - 57 (Thomas Paine); Heinrich Wehberg (1913); Michael Silagi (1973). S. 62 - 67 (George und die Arbeiterbewegung) und S. 67 - 82 (Flürscheim); Elisabeth Meyer-Renschhausen (1999), Bernadette Felsch (2010) und (2017) sowie Gerhard Senft (2013), S. 37 - 54.

[49] Henry George (1879/2017), S. 139 - 151.

ßen Zivilisator und Erzieher. ... Der Handel, der an und für sich eine Form der Vereinigung oder des Zusammenwirkens ist, befördert die Zivilisation nicht nur direkt, sondern auch dadurch, dass er dem Krieg entgegengesetzte Interessen erzeugt."[50]

Diese Aufgabe könne der freie Welthandel allerdings solange nicht oder nur unzureichend erfüllen, als er noch nicht auf der Grundlage einer gleichen Freiheit und eines gleichen Rechts aller Menschen sowohl innerhalb einzelner Länder als auch weltweit stattfinde. So wie sich einzelne Menschen innerhalb einzelner Länder bislang noch nicht als ökonomisch Gleichberechtigte begegnen, sondern sich als Stärkere und Schwächere in der strukturellen Schieflage einer „einseitigen Konkurrenz" befinden, so stehen auch Staaten noch nicht als Rechtsstaaten auf gleicher Augenhöhe nebeneinander. Stattdessen ringen sie wie Großbritannien und seine früheren, unabhängig gewordenen Kolonien in Nordamerika sowie die europäischen Nationalstaaten als in sich widersprüchliche Rechts- und Machtstaaten miteinander um Macht und um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt. Sie erheben Importzölle oder gewähren Exportsubventionen und schaffen andere tarifäre Handelshemmnisse, um ihre eigenen monopolistisch vermachteten Märkte vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Solche sog. Schutzzölle betrachtete George als einen gefährlichen Nährboden für Handelskriege zwischen den Staaten, welche leicht in militärisch geführte Kriege übergehen können. „Die Theorie des Schutzzolls heiligt den Nationalhass; sie bedingt einen universellen feindseligen Tarifkrieg; sie lehrt die Völker, ihr Wohlstand sei von der Beschränkung der Arbeit anderer Völker abhängig; und anstatt der christlichen Lehre von der Brüderschaft aller Menschen macht sie den Fremdenhass zu einer Bürgertugend."[51]

Im Glauben an eine allseitige Wohlstandssteigerung durch den Freihandel trat Henry George für eine Befreiung des Welthandels von jeglichen Schutzzöllen ein. Schon Adam Smith habe bewiesen, „dass Schutzzölle die Produktion der Güter schädigen". Aber er habe es ebenso wie andere Klassiker und vor allem Richard Cobden als Verfechter eines manchesterliberalen Freihandels versäumt, die unerlässliche Voraussetzung eines von Zöllen freien Welthandels einzufordern: nämlich die Befreiung der internationalen Konkurrenz von den monopolistischen Privilegien des privaten Eigentums am Boden und an den Ressourcen. „Wir müssen die Ungleichheit der gesetzlichen Rechte am Land abschaffen und allen ihre natürlichen und gleichen Rechte am gemeinsamen Erbteil wieder verschaffen. ... Um das individuelle Eigentumsrecht am Produkt der Arbeit sicherzustellen, müssen wir die Elemente der Natur als gemeinsames Eigentum behandeln. ... Der Freihandel in seinem wahren Sinne erfordert nicht bloß die Abschaffung des Schutzes, sondern auch die Beseitigung aller ... Beschränkungen der Einfuhr oder Ausfuhr mit Ausnahme derer, die im Interesse der öffentlichen Gesundheit oder Moral auferlegt werden. ... Um dies zu herbeizuführen, muss das Monopol des Grund und Bodens gebrochen und durch die Behandlung des Landes als Gemeineigentum im

---

50 Henry George (1879/2017), S. 422 (Krieg und Frieden). - Ders. (1885/1976), S. 201.

51 Henry George (1887/1968), S. 254 (einseitige Konkurrenz), und ders. (1893/1981), S. 9.

Nießbrauch des gesamten Volkes das gleiche Recht aller an dem Gebrauche der natürlichen Elemente hergestellt werden."[52] Wenn dann die soziale Hierarchie von stärkeren und schwächeren Menschen sowie von mächtigen und ohnmächtigen Staaten in ein Neben- und Miteinander von gleichermaßen machtlosen Rechtsstaaten übergeht, entfällt jegliche Schutzbedürftigkeit - sowohl das Bestreben von überlegenen Staaten, ihre Vorrangstellung gegen schwächere, womöglich aufstrebende Staaten zu verteidigen, als auch das Bestreben schwächerer Staaten, sich vor der Überlegenheit von stärkeren Staaten zu schützen. „Der Geist des Protektionismus ... ist der Geist der nationalen Feindschaft und des Kampfes. Der Geist des Freihandels ist der Geist der Brüderlichkeit und des Friedens." So könne ein gerecht geordneter Freihandel die der Menschheit durch Schutzzölle geschlagenen Wunden heilen und zur Entstehung eines „Bundes der Menschheit" beitragen.[53]

Unbedarfte Haltung zum Kapital und zum Kapitalzins

Rund 100 Jahre nach Adam Smith's „Wealth of Nations" wollte Henry George angesichts der Fehlentwicklungen des Liberalismus zum Frühkapitalismus mit seinem Hauptwerk „Progress and Poverty" den kritischen Blick von Smith und auch von Mill auf die Bodenrente noch einmal schärfen. Damit wollte er verhindern, dass die Ökonomen seiner Zeit dieses die Menschheit spaltende Unrecht des privaten Bodeneigentums resp. der privaten Aneignung der Bodenrente aus ihren Theorien verdrängen und damit die soziale Spaltung der Gesellschaft zementieren.

Es gab jedoch noch eine zweite große Desorientierung von Klassik und Neoklassik, zu deren Korrektur George leider nicht beitrug. Wie die Klassik und Neoklassik sah auch er im Geld „nur das Mittel des Austausches" und noch kein Mittel zur Ausübung von struktureller Macht über die Märkte. Dieses „allgemeine Tauschmittel" hielt George für eine lediglich dienende und darum unverdächtige „flüssige Masse". Obwohl er beobachtete, dass „es bisweilen leichter ist, Geld gegen irgendeine andere Art von Gütern als Güter einer spezielleren Art gegen Geld auszutauschen" und dass sich Geld manchmal „rar ... macht", erkannte er noch nicht dessen Sonderstellung auf den Märkten.[54]

Auch bestand für George wie für die Klassiker das Kapital noch nicht aus Geldkapital, sondern allein aus Realkapital im Sinne von produzierten Produktionsmitteln. „Das Kapital besteht ... aus Gütern, die zur Beschaffung von mehr Gütern benutzt werden." Dementsprechend nahm er den Zins gegen das weit verbreitete

---

[52] Henry George (1887/1968), S. 8 - 9 (Adam Smith über die Wohlstandssteigerung durch freien Welthandel und seine fehlenden Voraussetzungen), 247 und 249 (gleiches Recht am gemeinsamen Erbteil der Menschen), 255 und 258 (Aufhebung aller Beschränkungen des Im- und Exports), und ders. (1887/1968), S. 290 (über Richard Cobden, der George zufolge differenzierter dachte als andere Manchesterliberale).

[53] Henry George (1887/1968), S. 293 - 295.

[54] Henry George (1879/2017), S. 52 (Geld als flüssige Masse) und 221 (Geld als bloßes Tauschmittel).

„Gefühl" in Schutz, dass er „ein Raub an der Erwerbstätigkeit sei", und rechtfertigte ihn wie die Klassik und Neoklassik als ein durch die Organisationsarbeit der Kapital besitzenden Unternehmer gerechtfertigtes Entgelt für die Nutzung von Realkapital. Deshalb gebe es keinen von Marx behaupteten Klassengegensatz zwischen der Arbeit und dem Kapital, sondern einen Gegensatz zwischen den Arbeitern und Unternehmern/Kapitalisten auf der einen Seite, die er beide als Arbeitende betrachtete, und den sich Bodenrenten ohne Arbeit privat aneignenden Bodeneigentümern auf der anderen Seite. „Die gegenüberstehenden Parteien sind ... nicht die Arbeit und das Kapital. Es sind die Arbeiter auf der einen und die Grundbesitzer auf der anderen Seite."[55]

Gleichwohl trat George einer pauschalen Rechtfertigung des Unternehmergewinns durch die Klassik und Neoklassik und seiner pauschalen Verurteilung als Profit durch Marx entgegen und unterschied zwischen berechtigten und zweifelhaften Bestandteilen des Unternehmergewinns. Zwar konnte es ihm wegen seiner unkritischen Haltung zum Kapital und Zins noch nicht wie bei Marx & Engels im Band 3 des „Kapital" um eine Unterscheidung zwischen dem Unternehmerlohn als Arbeitseinkommen und dem Zins als leistungslosem Einkommen gehen; aber er machte sehr viel deutlicher als die Klassik, dass mit der Bodenrente ein leistungsloses Element im Unternehmensgewinn enthalten ist und auch in die Bildung von Marktpreisen einfließt. „Überall, wo das Land einen Tauschwert hat, gibt es Bodenrente. ... Die Rente steckt auch im Verkaufspreis. Wird Land gekauft, so ist der Kaufpreis des Eigentumsrechts oder des Rechts auf immerwährende Benutzung eine umgewandelte oder kapitalisierte Bodenrente." Wer ein Grundstück für Produktionszwecke erwirbt, wird den Anschaffungspreis in die Kalkulation der Kosten seiner Produkte einbeziehen. Und wer auf einem bereits eigenen Grundstück produzieren kann, rechnet eine kalkulatorische Bodenrente in die Preise seiner Produkte ein. „Überall wo Land, das einen Wert besitzt, genutzt wird, sei es vom Eigentümer oder Pächter, da gibt es faktische Rente. Wo es nicht genutzt wird, aber doch Wert hat, da ist die Rente latent vorhanden. Diese Fähigkeit eine Rente einzubringen, macht den Wert des Landes aus."[56]

Alles in allem erkannte Henry George also nur die eine ansonsten meist übersehene Hälfte des ungelösten gesellschaftlichen Grundkonflikts in der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft, nämlich die mit dem privaten Bodeneigentum und der privatisierten Bodenrente zusammenhängende Hälfte, während er die andere Hälfte dieses Grundkonflikts, nämlich den problematischen Kapitalcharakter von Geld und Produktionsmitteln, noch übersah. Sehr zu Recht beklagte er also den Interessengegensatz zwischen dem Bodeneigentum und der Arbeit bzw. zwischen der privaten Bodenrente und dem Arbeitslohn, aber er versäumte es, auch den

---

[55] Henry George (1879/2017), S. 11, 145 - 146 und 155 - 156 (Zins kein Raub), sowie S. 30 - 42, 66 (Kapital als Realkapital) und S. 55 (Antagonismus der Interessen), 235 (Naturzustand vs. soziale Spaltung in Klassen) und 258 (kein Konflikt zwischen Arbeit und Kapital).

[56] Henry George (1879/2017), S. 137 - 138 (Bodenrente in den Preisen).

zweiten Konflikt zwischen dem Kapital und der Arbeit bzw. zwischen dem Zins und dem Lohn als tiefere Ursache des Gegensatzes zwischen dem Fortschritt und der Armut zu erkennen und Wege zu seiner Überwindung zu suchen.

Abwertende Kritik von Marx & Engels

Wie vor ihm Proudhon geriet auch Henry George zwischen die Fronten der großen Orthodoxien von Klassik/Neoklassik und Marxismus. Zwar brauchte die Neoklassik seine unkritische Kapitaltheorie nicht zu fürchten; jedoch stand seine Forderung nach einer „Single Tax" dem Bestreben der Neoklassik im Wege, den Produktionsfaktor Boden/Natur durch seine Subsummierung unter das Kapital unsichtbar zu machen und die Privatisierung der Bodenrente als Ursache von Ungleichverteilung und Ungleichgewicht aus ihren Gleichgewichtstheorien heraus zu halten.[57]

Marx sah in George's Bodenreformkonzept wegen dessen unzureichender Kapitaltheorie nur einen „sozialistisch verbrämten Versuch, die Kapitalistenherrschaft zu retten". Die Produktion von Mehrwert habe George nicht verstanden und er habe auch die Lohnarbeit nicht abschaffen wollen.[58] Während George sich anlässlich des Todes von Karl Marx respektvoll über dessen Werk äußerte, betrachtete Engels George als einen „echten Bourgeois", der „wohl eine meteorartige Rolle spielen wird. ... Meister George ist ein ziemlicher Wirrkopf. Und da er ein Yankee ist, hat er sein eigenes, nicht gerade sehr großartiges Heilmittel; aber seine Konfusion ist ein sehr deutlicher Ausdruck des augenblicklichen Entwicklungsstandes im Denken der angloamerikanischen Arbeiterklasse." Der Boom, den George's „Single Tax" ausgelöst habe, werde sich schnell wieder verflüchtigen und George in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.[59]

Die Geld-, Zins- und Kapitaltheorie von Henry George war tatsächlich falsch. Insofern war die Kritik von Marx & Engels nicht ganz unberechtigt. Aber sie haben ihm Unrecht getan mit der Behauptung, er habe die Lohnarbeit unkritisch hingenommen. „Wenn wir die Menschen in Maschinen verwandeln", schrieb George im Hinblick auf ihre Reduktion auf einzelne Handgriffe in der industriellen Massenproduktion, „verschwenden wir die höchsten Kräfte", nämlich ihre geistigen Fähigkeiten und beschränken die Löhne obendrein auf das Existenzminimum.[60]

Mit seiner „Single Tax" bereitete George zudem einen Weg zu einem gerechten Umgang mit dem Boden und mit den Ressourcen, der der von Marx & Engels ge-

---

[57] Vgl. hierzu John Bates Clark (1893) und Alfred Marshall (1893) sowie Bernadette Julia Felsch (2018), S. 16 - 17, und das Kap. 6.2 im vorliegenden Buch).

[58] Karl Marx (1881/1967), in: MEW 35, S. 199 - 200.

[59] Henry George: "In the life and in the teachings of Karl Marx there were the recognition of two profound truths, for which his memory deserves to be held in special honor. ... Karl Marx has gone, but the work he has done remains; whatever may have been in it of that error inseparable from all human endeavor will in turn be eliminated, but the good will perpetuate itself." (1883) - Friedrich Engels (1884/1967), in: MEW 36, S. 88, sowie ders. (1886/1967), in: MEW 36, S. 570.

[60] Henry George (1885/1967), S. 75 und 96.

forderten entschädigungslosen Enteignung des Bodens und seiner anschließenden kollektivistischen Bewirtschaftung deutlich überlegen war. Damit leistete er zugleich einen bedeutenden Beitrag zu dem von Marx & Engels als kleinbürgerlich bekämpften Ziel der Frühsozialisten sowie von Mill und Proudhon, die bürgerlichen Freiheiten von ihrer Verfälschung durch kapitalistische Privilegien zu befreien. Henry George knüpfte an deren Ziel einer vom frühkapitalistischen Wildwuchs befreiten, gerecht geordneten Marktwirtschaft an und brachte Proudhons Gedanken, private Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Boden rechtsstaatlich zu garantieren, seiner praktischen Realisierbarkeit näher.

In seinen letzten Lebensjahren könnte George seine Geld-, Zins- und Kapitaltheorie selbst als unbefriedigend empfunden haben. In längeren Gesprächen mit dem deutschen Bodenreformer Michael Flürscheim (1844-1912) habe Flürscheim ihm Zweifel an seiner klassisch-neoklassischen Geld-, Zins- und Kapitaltheorie vorgetragen. Dem Boden- und Geldreformer Silvio Gesell berichtete Flürscheim, „dass aus seinen Gesprächen mit George klar hervorgegangen sei, wie unsicher er sich auf dem Gebiete des Kapitalzinses fühlte und dass es nur an dem Mangel an fremder Kritik gelegen habe, dass Henry George nicht auch das Zinsproblem umfassend behandelt habe."[61] Zu einer Revision seiner Geld-, Zins- und Kapitaltheorie kam es jedoch nicht mehr.

Nachwirkungen

Bei der Wahl zum Bürgermeister von New York 1886 kandidierte Henry George für die Arbeiterorganisationen. Er erzielte mehr Stimmen als der Republikaner Theodore Roosevelt, der später Präsident der USA wurde, unterlag aber dennoch einem demokratischen Gegenkandidaten. Elf Jahre später stellten ihn die Arbeiterorganisationen nochmals als Kandidaten auf. Den Strapazen des Wahlkampfes war George aber nicht mehr gewachsen; kurz vor der Wahl erlag er einem Schlaganfall.

Vor allem sein Buch „Progress and Poverty" wirkte weiter, so dass Henry George nach John Stuart Mill der einflussreichste Vorkämpfer für eine Reform des Bodenrechts wurde. Auf lokaler Ebene wurde sie in den US-amerikanischen Gemeinden Fairhope/Alabama und Arden/Delaware eingeführt. Georges Reformvorschlag verbreitete sich im gesamten angelsächsischen Sprachraum und in zahlreichen weiteren Ländern. Innerhalb der neoklassischen Ökonomie wurde sein Einfluss jedoch von John Bates Clark und Alfred Marshall zurückgedrängt. Schon bald nach dem Erscheinen von Henry George's Hauptwerk hatte Marshall in Oxford Vorträge über die „Single Tax" gehalten, aber nicht - worauf Keynes später hinwies - in seinen Vorlesungen an der Universität, sondern nur in öffentlichen Abendvorträgen. „Apart from his regular classes he gave a number of public evening lectures, including a series on Henry George's 'Progress and Poverty'." Während einer Vor-

[61] Silvio Gesell (1923/1993c), S. 373 (Gespräche zwischen George und Flürscheim).

tragsreise durch England sei George auch Marshall in Oxford persönlich begegnet. In einer öffentlichen Veranstaltung hätten die beiden kontrovers diskutiert.[62] Auch die bodenreformerischen Ambitionen von Leon Walras hielten bedeutende Ökonomen wie Vilfredo Pareto und Joseph A. Schumpeter einfach nur - wie sich später Paul Samuelson erinnerte - für „simply silly". Nur noch Pigou sah es anders.[63]

Gleichwohl behielt George außerhalb der Ökonomie zahlreiche namhafte Anhänger. Zu ihnen gehörten der Philosoph und Pädagoge John Dewey, der mit seinem Werk über „Demokratie und Erziehung" einen großen Einfluss auf die Reformpädagogik des frühen 20. Jahrhunderts gewann und der George als „one of the world's great social reformers" würdigte. Der weltberühmte Physiker Albert Einstein schrieb am 8.10.1931 in einem Brief aus Caputh bei Potsdam: „Ich habe das Buch von Henry George zum größten Teil mit außerordentlichem Interesse gelesen und glaube, dass es in der Hauptsache einen unanfechtbaren Standpunkt vertritt, insbesondere was die Ursache der Armut betrifft. Die in diesem Buch vertretenen Ansichten stimmen, soweit ich es beurteilen kann, vollkommen mit den Resultaten des zeitgenössischen Professors Franz Oppenheimer überein, der sie offenbar selbstständig herausgefunden hat." Und Einstein betonte noch ganz besonders: „Nicht einverstanden bin ich mit der Theorie des Zinses" (von Henry George). Auch die Dichter Leo Tolstoi, Mark Twain und Aldous Huxley sowie der legendäre Theologe Martin Luther King brachten George ihre hohe Wertschätzung entgegen.[64]

In den frühen 1960er Jahren erinnerte der Ökonom Paul Samuelson noch einmal daran, dass Henry George für John Dewey der „greatest economist America had ever produced" gewesen war. Dennoch fand George während mehrerer Jahrzehnte keine Beachtung mehr in der Ökonomie. Erst in neuerer Zeit erinnerten sogar Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften wie William Vickrey und Joseph Stiglitz wieder an die Bedeutung seiner „Single Tax".[65]

---

[62] John Maynard Keynes (1933/1972), S. 177, 179 und 242 (Marshall über George). - Vgl. hierzu auch Mason Gaffney (2018).

[63] Vgl. das Kap. 6.2 im vorliegenden Buch, bes. die Anm. 28, und Paul Samuelson (1962), S. 3 (Pareto und Schumpeters über die Bodenreform), und Arthur Pigou (1928), S. 168 - 174.

[64] Albert Einstein (1931). Vgl. auch Albert Einstein (1934). - Zur Wirkungsgeschichte von Henry George vgl. Paula Gutzeit (1907). - Heinrich Wehberg (1913). - Michael Silagi (1973) und Robert Andelson (2000). - Vgl. außerdem John Dewey (1927). - Bernadette Julia Felsch (2018), S. 11 - 18, bes. S. 11 (Georges Anhänger) und 13 (Fairhope und Arden). - Leo Tolstoi (1974), S. 551f, 583 und 643 - 647. - Zur Beziehung zwischen George und Tolstoi vgl. Edward Dodson (1999). - Vgl. auch Bernadette Julia Felsch (2018), S. 11 - 18. - Aus dem zuletzt von Klaus Lichtblau am 31.12.2014 bearbeiteten Verzeichnis des sich im „Zionistischen Zentralarchiv" in Jerusalem befindenden Nachlasses von Franz Oppenheimer (Abteilung A 161) geht hervor, dass Oppenheimer Manuskripte über Henry George und die „Single Tax" hinterlassen hat (Nr. 44 und 45) und dass er im Laufe des Jahres 1929 im Haus von Albert Einstein bei Potsdam einen unveröffentlicht gebliebenen Vortrag über „Die Siedlungsverfahren" gehalten hat. Dieses Nachlassverzeichnis ist einsehbar auf der Website http://www.fb03.uni-frankfurt.de/53737354/CZA_Oppenheimer_Nachlass_31_12_2014.pdf (Zugriff: 27.10.2019)

[65] Paul Samuelson (1962), S. 15. - William Vickrey (1991) und (2001). - Joseph Stiglitz (2014), S. 281 - 282.

7.2 Entgeltliche Nutzungsrechte statt privater Eigentumsrechte am Boden und bodenreformerische Siedlungsprojekte

Neben Henry George's Variante der Bodenrechtsreform, die das Privateigentum am Boden nicht antastete, sondern ‚nur' die Bodenrente durch die „Single Tax" vergesellschaften sollte, erhielt eine andere Variante der Bodenrechtsreform durch Michael Flürscheim und durch den britischen Evolutionsforscher Alfred Russel Wallace (1823-1913) einen erneuten Auftrieb. Sie wollte ebenfalls auf parlamentarisch-demokratischem Weg ‚von oben' eine gesetzliche Regelung herbeiführen, den Boden nach und nach gegen eine Entschädigung der bisherigen Eigentümer in die Hand des Staates zu überführen. Der Staat sollte dann im Wege von Erbpacht und Erbbaurecht entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung des gemeinschaftlichen Bodens vergeben. Zunächst sollte der Staat diese Bodennutzungsentgelte für den Ankauf weiteren Landes und später für soziale Zwecke verwenden.[66]

Die Schwierigkeiten, parlamentarische Mehrheiten für eine solche ‚Bodenreform von oben' zu erreichen, führten schließlich noch zur Entstehung einer ‚Bodenreform von unten'. Insbesondere der österreichisch-ungarische Journalist Theodor Hertzka (1845-1924) und in Deutschland der libertäre Kulturphilosoph Gustav Landauer (1870-1919) sowie der Arzt und Soziologe Franz Oppenheimer (1861-1943) warben sehr für praktische Modellversuche mit genossenschaftlichen Siedlungen, um der Allgemeinheit einen gerechteren Umgang mit dem Boden zeichenhaft vorzuleben und seine Richtigkeit praktisch unter Beweis zu stellen.[67]

7.2.1 Theodor Hertzkas Utopie einer Freilandsiedlung in Afrika

In seinem erstmals 1890 erschienenen und danach häufig neu aufgelegten Roman „Freiland - ein soziales Zukunftsbild" schilderte Hertzka seine Vorstellungen von einer bodenreformerischen Genossenschaftssiedlung „Edenthal", die er - mitgetragen von einer „Internationalen freien Gesellschaft" - fernab von den Zentren des Kapitalismus im Osten Afrikas verwirklichen wollte, und zwar in einer Region des heutigen Kenias, das damals britische Kolonie war. Auf der Grundlage eines „Friedens- und Freundschaftsvertrages" mit den dort lebenden Massai-Völkern sollte eine europäische Auswanderergemeinschaft ähnlich wie in Nordamerika den Grundstein für eine neue Welt legen. Auf einer verkehrstechnisch zu erschließenden Fläche von etwa 160 Quadratkilometern sollten nach und nach 15.000 Familienhäuser mit Gärten, öffentliche Gebäude und Plätze sowie eine Vielfalt von land-

---

[66] Vgl. Gerhard Senft (2013), S. 101 - 106 und 111 - 112 (Flürscheim und Wallace).

[67] Vgl. Gerhard Senft (2013), S. 113 - 115 (bodenreformerisches Siedeln), 125 - 126 (Hertzka) und 131 - 162 (Oppenheimer). - Elisabeth Meyer-Renschhausen (1999), S. 3 - 9.

wirtschaftlichen, handwerklichen und industriellen Arbeitsstätten entstehen. Die Gesamtfläche sollte von allen Siedlern gemeinschaftlich verwaltet werden. „Bei uns ist der Boden - sofern er nicht zu Wohnstätten, sondern als Produktionsmittel dient - gänzlich herrenlos, frei gleich der Luft; er gehört weder Einzelnen noch vielen. Jedermann, der Boden bebauen will, steht es frei, dies zu tun, wo es ihm beliebt." Eine privatisierbare Bodenrente gebe es deshalb nicht in Edenthal und auch keine Kapitalzinsen, weil das Kapital erstens allen gemeinsam gehöre und zweitens in großer Fülle vorhanden sei. „Jedermann steht zinsloses Kapital in Fülle zur Verfügung."[68]

Oberstes Leitbild für die Organisation der Arbeit in der Freilandsiedlung Edenthal war die Überwindung der kapitalistischen Lohnabhängigkeit. „Wir wollen das absolute, freie Selbstbestimmungsrecht der Individuen auch auf dem Gebiete der Arbeit an die Stelle der Jahrtausende hindurch geltenden Knechtschaftsverhältnisse setzen. Wir wollen den unter der Botmäßigkeit des Brotherrn stehenden Arbeiter zum selbstständigen, in freier Vereinbarung mit freien Genossen auf eigene Gefahr tätigen Produzenten umgestalten. ... Noch niemals haben die Arbeitenden den Versuch unternommen, ohne Herren als freie eigenberechtigte Männer und nicht als Knechte, dabei aber mit vereinten Kräften zu produzieren." Selbst die „Produktivassoziationen eines Schulze-Delitzsch" seien noch nicht frei gewesen von Relikten aus der Zeit der kapitalistischen Unterordnung von Arbeitern unter sogenannte Arbeitgeber, die die Produktion organisieren und die Arbeiter nach ihren Anforderungen disziplinieren. Ohne jede hierarchische Über- und Unterordnung sollten sich die Arbeitenden Hertzka zufolge zu genossenschaftlichen Assoziationen vereinigen und bei voller Transparenz gleichberechtigt an den Entscheidungen über den Einsatz der begrenzten und obendrein noch von Ort zu Ort unterschiedlichen Naturkräfte und über den Einsatz der durch menschliche Arbeit vermehrbaren Kapitalien beteiligt werden. Die Gemeinschaft sollte die ihr gehörenden Kapitalien „jedermann nach Wunsch zur Verfügung stellen, und zwar zinslos gegen Rückzahlung in gewissen Fristen". Selbstbestimmte Arbeiten bräuchten keine äußere Kontrolle, weil die „gegenseitige Anfeuerung und Überwachung Gleichberechtigter und Gleichinteressierter" viel wirksamer sei.[69]

Im Allgemeinen sollten die Männer von morgens um 5.00 - 10.00 Uhr und nachmittags von 16.00 - 18.00 Uhr arbeiten, während sich die Frauen um die Haushalte und Kinder kümmern. In Erntezeiten sollten ein bis zwei Arbeitsstunden hinzu kommen und die Sonntage grundsätzlich arbeitsfrei sein. Als eigenständige und freiwillig assoziierte Mitarbeiter sollten die Männer nicht mehr wie früher entweder Unternehmensgewinne oder Löhne und Gehälter bekommen, sondern alle gleichermaßen ihren nicht mehr durch Bodenrenten und Kapitalzinsen geschmälerten vollen Arbeitsertrag im Sinne einer leistungsgerechten, auf der Basis von

---

[68] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 35 - 36 (Vertrag mit den Massai-Völkern), 51 - 53 (räumliche Aufteilung), 202 (herrenloser Boden und Kapitalfülle) und 201 (Kapitalzins von Null).

[69] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 80 - 85.

Arbeitsstunden errechneten Beteiligung am jährlich Gesamtertrag einer Assoziation.[70]

Gleichwohl sah Hertzkas „Musterstatut" für die freien Assoziationen in Edenthal nicht nur die Freiheit des Ein- und Austritts für jedes Mitglied vor, sondern auch ein von der Generalversammlung zu wählendes und jederzeit abrufbares Direktorium. „Die untergeordneten Funktionäre der Geschäftsleitung werden von den Direktoren ernannt; doch geschieht die Feststellung des Gehalts dieser Funktionäre - bemessen in Arbeitsstunden - auf Vorschlag der Direktoren durch die Generalversammlung." Und ein jährlich neu zu wählender Aufsichtsrat sollte die Tätigkeit des Direktoriums kontrollieren.[71]

Dem Direktorium sollte einerseits ein „sehr hohes Ausmaß von Disziplinargewalt" zugestanden werden, das aber andererseits nicht mit der „ausbeuterischen Organisation des Arbeitsprozesses" im Kapitalismus vergleichbar sei, weil das Direktorium in Edenthal „der stets wachen Kontrolle durch die Arbeitsgenossen unterworfen ist, die ihrerseits unter der Kontrolle der gesamten öffentlichen Meinung Freilands stehen". Erst recht sei diese Disziplinargewalt des Direktoriums nicht mit einer kommunistischen Arbeitsorganisation vergleichbar, weil die „Gesamtheit aller Arbeitenden oberster Herr" ist und nicht etwa eine Partei, die im Namen des Proletariats einen unerbittlichen obrigkeitlichen Zwang ausübt.[72]

Weiterhin hielt Hertzka die Vorstellung für unbedenklich, der „obersten Verwaltung von Freiland" auch die Rolle einer Zentralbank zuzuweisen, bei der sämtliche Einzelpersonen ihre Privatkonten und die Assoziationen ihre Geschäftskonten unterhalten. „Ein in Wahrheit ‚alles' umfassendes Clearingsystem ermöglichte die Durchführung der zahllosen Geld- und Kreditoperationen beinahe ohne jeden Aufwand wirklichen Geldes, lediglich durch Zu- und Abschreibungen in den Büchern. Niemand zahlte bar, sondern gab Anweisungen auf sein Konto bei der Zentralbank, die ihm seine Forderungen gutschrieb, die Ausgaben zu seinen Lasten buchte und ihm allmonatlich mitteilte, mit welchem Betrage er bei ihr aktiv oder passiv sei." In der „Allgegenwart dieser Kontrolle" des gesamten Zahlungsverkehrs sah Hertzka keine Gefahr für die persönliche Freiheit der Menschen in Edenthal.[73]

Die Zentralbank sollte auch Konten für die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben einrichten. Da es nur noch gerecht verteilte Arbeitseinkommen und keine Vermögenseinkommen aus Bodenrenten und Kapitalzinsen mehr gibt, sollten die vollen Arbeitserträge proportional zu ihrer jeweiligen Höhe besteuert werden, und zwar in einer beträchtlichen Höhe von durchschnittlich etwa 30 - 35 Prozent, um umfangreiche öffentliche Aufgaben finanzieren zu können: dazu gehörten nach Hertzkas Vorstellungen die Bildung und die Kultur sowie das „Kommunikationswesen"

---

70 Theodor Hertzka (1890/1896), S. 70 (Arbeitszeiten), 105 (unterschiedliche Größe der Häuser je nach der Größe der Familien und Hotels für Alleinstehende), 106 (Frauen ohne Erwerbstätigkeit) und 103 (Arbeitsstunden als Berechnungsgrundlage für die Beteiligungen am vollen Arbeitsertrag).

71 Theodor Hertzka (1890/1896), S. 85 - 86 und 103 (Arbeitsstunden als Berechnungsgrundlage).

72 Theodor Hertzka (1890/1896), S. 88.

73 Theodor Hertzka (1890/1896), S. 100.

und ein umfangreiches „Versorgungswesen", das das „Recht auf auskömmlichen Unterhalt" für alle diejenigen Menschen sichert, die nicht außer Haus arbeiten sollen oder können. „Zu diesen gehören alle Frauen, alle Kinder, alle Männer über 60 Jahre und selbstverständlich alle Kranken oder Invaliden. Die Bezüge dieser verschiedenen Versorgungsberechtigten waren sämtlich so hoch bemessen, dass nicht bloß der dringenden Notdurft, sondern auch höheren Ansprüchen ... Genüge geschah." In der Schaffung eines solchen Versorgungswesens sah Hertzka die „rückhaltlose Anerkennung dieses guten Rechts jedes Angehörigen der menschlichen Familie. Denn unser eigenes Glück kann nicht gedeihen, wenn wir Geschöpfe, die unseresgleichen sind, entwürdigen, zu Not und Schmach verurteilen." Für diese nicht von außerhäuslicher Erwerbsarbeit lebenden Personenkreise stellte sich Hertzka einen „der Höhe des allgemeinen Reichtums billig entsprechenden Unterhalt" vor, allerdings meinte er entsprechend seinen noch sehr traditionellen Vorstellungen von der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern die Bezüge der Familienarbeit leistenden Frauen auf 75 % der Einkünfte von Männern beschränken zu sollen, „weil die Bedürfnisse des Weibes geringer sind als die des Mannes." Andererseits trat Hertzka bereits für ein gleiches politisches Wahlrecht von Männern und Frauen ein. Und trotz der fragwürdigen Beschränkung des Entgelts für die häusliche Familienarbeit ging es ihm auch bereits darum, den Frauen mit einer eigenen finanziellen Absicherung Möglichkeiten zu eröffnen, Liebes- statt Versorgungsehen einzugehen und sich nicht der Prostitution auszuliefern.[74]

Außer den beträchtlichen öffentlichen Ausgaben für Verwaltung, Soziales, Bildung und Kultur veranschlagte Hertzka keine Ausgaben für Justiz, Polizei und Militär. „Bei uns wurde nicht gestohlen, geraubt oder gemordet und wehrlos waren wir keineswegs." Für die Schlichtung etwaiger Streitigkeiten waren Schiedsgerichte vorgesehen.[75] In einem derart gerecht geordneten Gemeinwesen ist - so hielt Hertzka der damals aufkommenden Evolutionslehre entgegen - der wirtschaftliche Wettbewerb kein „gegenseitiger Kampf der Individuen. ... Auch wir kämpfen den Kampf ums Dasein, denn mühe- und arbeitslos fällt auch uns der Genuss nicht in den Schoß. Aber nicht gegeneinander, sondern miteinander stehen wir in unserem Streben, und gerade deshalb ist uns der Erfolg desselben niemals zweifelhaft."[76] Im Laufe der Zeit sollte der technische Fortschritt die Sicherung des Daseins sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk und in der Industrie erleichtern. Hertzka sah sogar schon die Notwendigkeit, mit der zunehmenden Industrialisierung für Vorkehrungen zu sorgen, die „der Vergiftung der Wässer durch industrielle Abfälle ein Ende machen".[77]

---

[74] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 113 - 115 (Versorgungswesen als Grundrecht aller Menschen, Versorgungsehen und Prostitution, politisches Wahlrecht für Männer und Frauen).

[75] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 102 - 103 (öffentliche Aufgaben).

[76] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 181 - 182.

[77] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 107 - 109 und 178 (technischer Fortschritt mit die Natur schonenden Vorkehrungen).

Ob sich seine Siedlungskonzeption in der Praxis bewährt hätte, lässt sich nicht sagen, denn die britische Kolonialverwaltung hat ihre Verwirklichung von vornherein verhindert. Unklar waren die Kriterien, nach denen Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Land vergeben werden und nach denen einzelne oder vereinigte Arbeitende das „Nutznießungsrecht der vorhandenen Produktivkapitalien" oder Kredite bekommen sollten. Zweifel sind auch hinsichtlich der Probleme angebracht, die sich aus der Berechnung von jährlichen Ertragsbeteiligungen und Funktionärsgehältern auf der Basis von wie auch immer bewerteten Arbeitsstunden ergeben hätten. Hertzka war sich selbst dessen bewusst, dass die Arbeitsproduktivität pro Stunde von Person zu Person unterschiedlich ist und dass sie sich insgesamt auch sehr durch technische Entwicklungen verändert. Deshalb zog er in Erwägung, „das Gold als Wertmesser" heranzuziehen, um für die Berechnungen der Ertragsanteile der Arbeitenden und der Funktionäre einen „festen und verlässlichen Maßstab" zu haben.[78] Aber war nicht auch der Wert des Goldes Veränderungen ausgesetzt?

Die Komplexität der selbstverwalteten Entscheidungsprozesse könnte Hertzka ebenso unterschätzt haben wie die Notwendigkeit, diese Komplexität zumindest teilweise durch eine dezentrale Selbstordnung der Märkte zu reduzieren und die Entscheidungsprozesse in den Assoziationen mit den Preisinformationen der Märkte zu verbinden. Die Verdrängung des Geldes durch das nahezu vollständige bargeldlose Clearingsystem der Zentralbank dürfte die Funktion der Marktpreise stark eingeschränkt haben.[79]

Unabhängig von solchen ungeklärten Fragen und Bedenken enthielt Hertzkas Konzeption deutliche - schon bei George festgestellte und danach auch bei Oppenheimer und Landauer wiederkehrende - Anhaltspunkte für die Annahme, dass es eine besondere Affinität zwischen den Ansätzen einer Bodenrechtsreform und einer genossenschaftlichen Organisation der Arbeit gibt, die die Hierarchie von leitenden und ausführenden Arbeiten aufhebt und die alle Mitarbeiter zu gleichen Teilhabern an den assoziativen Unternehmen macht.

7.2.2 Franz Oppenheimer und der liberale Sozialismus

Als Arzt in einem Berliner Arbeiterviertel war Franz Oppenheimer zu der Erkenntnis gekommen, dass es über die medizinische Behandlung einzelner Menschen hinaus noch einer weitergehenden Therapie der gesamten kapitalistischen Gesellschaft bedurfte, um krank machende Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu überwinden. Oppenheimer wollte also - ähnlich wie vor ihm Salomon Neumann und Rudolf Virchow - nicht nur die bei einzelnen Menschen auftretenden Krankheitsymptome kurieren, sondern den in eine kapitalistische Unordnung geratenen kranken sozia-

---

[78] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 196 - 197.

[79] Theodor Hertzka (1890/1896), S. 88 und 90 (Produktionsmittel gehören allen und niemandem), 93 (Kreditvergabe).

len Organismus als Ganzes therapieren.[80] Ähnlich wie homöopathische Ärzte überlegte er, welche tiefere Störung dem Gesamtbild von gesellschaftlichen Krankheitssymptomen zugrunde liegen könnte und welches anstelle von mehreren Mitteln zur Bekämpfung einzelner Symptome das *eine* Heilmittel sein könnte, das den sozialen Organismus in die Lage versetzt, eine gesunde innere Ordnung zu finden, in der sich wohlproportionierte wirtschaftliche Kräfte gegenseitig in einem stabilen Gleichgewicht halten. Dieses *eine* soziale Heilmittel erblickte Oppenheimer nicht wie Marx & Engels in einer völligen Verstaatlichung der Wirtschaft und ihrer quasi mechanisch-maschinellen Steuerung, die er für einen Ausdruck einer „Konstruktionsmanie" hielt. In kritischer Auseinandersetzung mit der damaligen Sozialdemokratie und in Anknüpfung sowohl an Adam Smith als auch an die Frühsozialisten konzipierte Oppenheimer stattdessen eine Reform des Bodenrechts und insbesondere eine Aufteilung von ostelbischen Großgrundbesitzungen als diejenige ‚Sozialmedizin', die dem kranken sozialen Organismus die Kraft geben sollte, marktbeherrschende Monopole aufzulösen und sich selbsttätig in einem Gleichgewicht monopolfreier Märkte zu stabilisieren. „In der Beseitigung des Privateigentums am Grund und Boden haben wir also die letzte Aufgabe sozialer Reformtätigkeit aufgefunden." Sie sollte die Voraussetzung schaffen für die Bildung eines weit verzweigten dezentralen Netzwerks von Siedlungsgenossenschaften und freien Märkten, in dem der soziale Organismus seine neue, ebenso freiheitliche wie gerechte innere Ordnung finden kann.[81]

Der neoklassischen Ökonomie trat Oppenheimer also mit der Überzeugung entgegen, dass die von ihr behauptete „Harmonie der Interessen" in der kapitalistischen Marktwirtschaft noch gar nicht entstehen konnte. Sie müsse in einer vom Bodenmonopol und davon abgeleiteten sekundären Monopolen befreiten Marktwirtschaft erst noch hergestellt werden. Und der damaligen Sozialdemokratie hielt Oppenheimer entgegen, dass Marx & Engels die „soziale Krankheit" und die Lohnabhängigkeit der Arbeiter zwar mit Recht kritisiert hätten, dass sie sie aber allzu einseitig im Blick auf das Industrieproletariat analysiert und die Landwirtschaft sowie die „Vernichtung des Mittelstandes" vernachlässigt hätten. Zudem hätte die Akkumulation und Konzentration von Kapital zu einem „ungeheuren Wachstum der großen Städte mit ihrer verderblichen Rückwirkung auf Gesundheit und Sittlichkeit" geführt. Die weitere Vermassung der Menschen und „Zersplitterung des Volkes in lauter isolierte wirtschaftliche Atome" lasse sich nicht durch die noch

---

[80] Schon der Arzt und Sozialreformer Salomon Neumann (1819-1908) hatte in seiner Denkschrift „Die öffentliche Gesundheitspflege und das Eigentum" (1847) geschrieben, dass „der größte Teil der Krankheiten nicht auf natürlichen, sondern auf gesellschaftlichen Verhältnissen beruht." (S. 64 - 65) Und der mit Neumann befreundete Arzt Rudolf Virchow, der in der 1848er Revolution für Freiheit und Demokratie kämpfte, trat nicht nur für eine öffentliche Gesundheitspolitik ein, sondern er kritisierte darüber hinaus auch die „unsinnige Aufhäufung von Kapital und Grundbesitz in den Händen einzelner". Virchow beteiligte sich an der Gründung einer „Gesellschaft kleiner Besitzender" und wies kommunistische Gedanken als „Wahnsinn" von sich. Vgl. hierzu Heinrich Schipperges (1994), S. 92 - 95.

[81] Franz Oppenheimer (1896), S. 2 - 16, 257 - 261, 432 (Konstruktionsmanie des Kommunismus, auch S. XV) und 567 (Aufhebung des Privateigentums am Boden).

stärkere Konzentration von Kapital in der Hand von proletarischen Staaten aufhalten - diese würde nur in die Sackgasse des Kollektivismus führen. Vielmehr bedürfe es genossenschaftlicher Zusammenschlüsse der atomisierten Individuen, auch wenn die Genossenschaftsbewegung bis dahin noch nicht ihr „weit gestecktes Ziel einer Hebung der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit" erreicht habe.[82]

Sodann stellte Oppenheimer die bisherige Entwicklung der Produktions- und Konsumgenossenschaften während des 19. Jahrhunderts ausführlich mit all ihren Stärken und Schwächen dar und erläuterte anschließend sein „Zukunftstraumbild" von Vereinigungen von Menschen, die zwischen den ungesunden, reizüberfluteten Großstädten und dem nicht genügend anregenden Land Siedlungsgenossenschaften bilden und auf privat genutztem gemeinschaftlichem Boden sowohl ihre landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Produktion als auch ihren Konsum gemeinschaftlich organisieren.

Vor allem in jenen Gegenden Deutschlands östlich der Elbe, in denen seit dem Dreißigjährigen Krieg der Großgrundbesitz vorherrschte, könnten neue Siedlungsgenossenschaften entstehen und viele von den ehemaligen Landarbeitern aufnehmen, die vormals aus Not vom Land in die Industriestädte geflüchtet und dort zu bloßen Proletariern geworden waren. Nur eine „enge soziale Mischung" der jeweiligen Vorteile des Stadt- und Landlebens unter Vermeidung ihrer jeweiligen Nachteile könne selbstbestimmte Bürger hervorbringen. „Aber auch rein wirtschaftlich bedeutet eine innige örtliche Mischung von Industrie und Landwirtschaft die vorteilhafteste Form der bürgerlichen Gemeinschaft". Neben landwirtschaftlichen Betrieben sollte es zwar auch größere industrielle Produktionsgenossenschaften geben, in denen die frei ein- und austretenden Mitglieder als „gleichberechtigte Genossen" für ihre Arbeit ihren vollen, nicht durch Profite gekürzten Arbeitsertrag erhalten. Aber die hoch konzentrierte „Großindustrie, das letzte Bollwerk des Kapitalismus" werde in kleinere und mittlere Genossenschaften übergehen. Und auch die etwas größeren Genossenschaften dürften nicht zu groß werden, weil sie sonst Gefahr laufen, dass „absolute Unterordnung und Lohnarbeit" in ihnen wie in den „Dinosauriern des Großbesitzes" zurückkehren. „Im durchgeführten genossenschaftlichen System ist also nur diejenige Verschiedenheit des Einkommens beseitigt, welche auf der schädlichen Aneignung gesellschaftlicher Vorteile beruht, und diejenige Verschiedenheit der Einkommen gewahrt, welche auf der nützlichen Entfaltung persönlicher Vorzüge beruht." Der volle Arbeitsertrag der genossenschaftlich verbundenen Arbeitenden werde dann nicht mehr durch Bodenrenten, Kapitalzinsen und Unternehmerprofite geschmälert. Allerdings stellte Oppenheimer wie schon Hertzka nicht klar, wie die städti-

[82] Franz Oppenheimer (1896), S. 5, 9, 11, 13, 550 - 551 (Harmonie der Interessen herstellen) und 566 (Kritik am kommunistischen Kollektivismus).

schen und ländlichen Bodenrenten letztlich „bis auf die letzte Spur verschwinden" und wie die Kapitalzinsen „auf null sinken" würden.[83]

Solche Überlegungen erübrigten sich für ihn, weil er die „Bodensperre" vornehmlich als Folge des Großgrundbesitzes und die Bodenrente als Folge einer Anwendung von außerökonomischer Gewalt betrachtete und nicht als Folge der natürlichen Knappheit des Bodens. Statt ein automatisches Verschwinden der Bodenrenten zu erwarten - das aufgrund der natürlichen Knappheit des Bodens unmöglich ist - , wäre es angebracht gewesen, wie George oder Flürscheim über einen praktikablen Weg zur Entprivatisierung der Bodenrente nachzudenken.[84]

Klarer als Hertzka sah Oppenheimer indessen die Notwendigkeit einer Vernetzung aller Siedlungsgenossenschaften durch eine geldvermittelte Bildung von Marktpreisen auf freien Märkten. Sobald keine Bodenrenten, Kapitalzinsen und Profite mehr in die Preiskalkulationen einfließen, würden die bisherigen negativen Seiten der Konkurrenz wie die „Preisdrückerei, die feindliche Unterbietung und der Kampf auf Tod und Leben" behoben und es bestünden dann nur die positiven Seiten der Konkurrenz weiter, nämlich „die Konkurrenz um die Kundschaft durch Güte und entsprechenden Preis der Ware." Treibende Kraft des Handelns von Genossenschaften werde dann der „auf Befriedigung der eigenen Bedürfnisse gerichtete Eigennutz ... verbunden mit edleren Trieben (Mitgefühl)". Überhaupt stimmte Oppenheimer mit Kropotkin darin überein, dass „auch die Menschenwelt viel stärker durch Sympathie und Gemeingefühl als durch den Kampf beherrscht" werde.[85]

Nach seinen Vorstellungen sollten die einzelnen Siedlungsgenossenschaften auch für den Handel und die Vergabe von Krediten zuständig sein. „All das ist zu erreichen auf dem Wege reiner Selbsthilfe, mit Ausnutzung der günstigen Kreditbasis; auf dem friedlichen Wege der Reform, ohne verfassungsmäßige Gesetzesänderungen, ohne gewaltsamen Umsturz, vollkommen entsprechend der geltenden Staats, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung."[86]

Innerhalb der bestehenden monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft sollten nach und nach immer mehr Siedlungsgenossenschaften entstehen, die den Verdrängungswettbewerb allmählich auf gewaltfreie evolutionäre Weise in einen

---

[83] Franz Oppenheimer (1896), S. 417 - 418 und 493 - 533, hier: S. 503 (gemeinschaftlicher Boden), 512 und 517 - 520 (voller Arbeitsertrag), 525 - 526 (gleichberechtigte Genossen), 537 (Wegfall von Bodenrente, Kapitalzins und Profit), 538 - 540 und 545 - 546 (Ende der kapitalistischen Großindustrie und Gefahr zu groß werdender Genossenschaften, Verschwinden der Bodenrenten und Zinsen), 549 (Siedlungsgenossenschaften an Stelle der bisherigen Großgrundbesitzungen), 555 und 558 (Privateigentum am Boden als „Wurzel allen Übels" vs. Nutzungsrechte), S. 615 (Wegfall der „arbeitsfreien" Einkommen aus Grundrente, Zins und Profit). Zum Großgrundbesitz vgl. S. 6 und Oppenheimers 1898 erschienenes Werk „Großgrundbesitz und soziale Frage", in: ders. (1898/1995), S. 1 - 280.

[84] Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 384 (Verschwinden der Bodenrente). - Später kritisierte der Frankfurter Rechtsanwalt Henry Oswalt gerade diese Lücke in Oppenheimers Begründung des Bodenmonopols; vgl. hierzu Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 105.

[85] Franz Oppenheimer (1896), S. 569 (Eigennutz und Mitgefühl), und ders. (1926), S. 147 und 149 (Übereinstimmung mit Kropotkin). Zu Kropotkin vgl. auch Franz Oppenheimer (1901/1995), S. 377 - 380.

[86] Franz Oppenheimer (1896), S. 508 (Handel und Kreditwesen).

qualitativ anderen, von jeglichen Monopolen freien Leistungswettbewerb zwischen den einzelnen Siedlungsgenossenschaften umwandeln. Oppenheimer verglich diesen Prozess mit der Besiedelung der US-amerikanischen Westküste. „Jedoch werden die verderblichen Auswüchse des Bodenwuchers, des unsittlichen Schankgewerbes und des Lumpenproletariertums hier nicht vorhanden sein. Es werden sich diejenigen dörflichen und ländlichen Industrien entwickeln, die wir von den Shakers, Rappisten und Perfektionisten kennen. ... Einzelne dieser Industrien werden sich zu Manufakturen und vielleicht Fabriken auswachsen und exportfähig werden. Dazwischen werden sich Gewerbetreibende, welche der Natur der Sache isoliert bleiben, also Künstler vom Kunsthandwerker höchster Staffel aufwärts, Schriftsteller, Lehrer, Ärzte usw. ansiedeln oder sich zu gemeinsamen Unternehmungen, z.B. Zeitungen, Schauspielvorstellungen, Schulen, genossenschaftlich vereinigen. Es werden öffentliche Gebäude, wahrscheinlich auch Kirchen der verschiedenen Konfessionen entstehen, Straßen gebaut, Verkehrsmittel angelegt werden. Die Phantasie hat hier die Möglichkeit zu freiestem Fluge in das Reich der Wahrscheinlichkeiten oder Möglichkeiten. Wer sich an solchen Bildern ergötzen will, mag Hertzkas ‚Freiland' oder Bellamys ‚Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887' lesen."[87]

Oppenheimer selbst beließ es bei der Erwartung, dass die Siedlungsgenossenschaften im Laufe der Zeit die Größenordnung einer „mittleren Stadt" erreichen würden, und wies sodann den Gemeindeverwaltungen eine Reihe von öffentlichen Aufgaben zu: die Erhebung von Steuern, den Aufbau einer Sozial- und Wirtschaftsstatistik sowie die Organisation des Bildungs- und Gesundheitswesens und einer öffentlichen Infrastruktur (Verkehr und Energieversorgung) und schließlich die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung durch eine Polizei.[88] Wie Hertzka erwartete auch Oppenheimer von der Reform des Bodenrechts eine gesellschaftliche Gesundung der Menschen im Sinne einer Abnahme von Kriminalität, Alkoholismus, Prostitution und Krankheiten sowie eine allgemeine Anhebung von Sitte und Moral.[89]

Anders als Hertzka, der weit entfernt von den Zentren des Kapitalismus in einer afrikanischen Kolonie mit der Erneuerung der Welt beginnen wollte, setzte Oppenheimer seine Hoffnungen zunächst auf eine praktische „Binnenkolonisation", um die Theorien über eine Aufhebung der monopolistischen „Bodensperre" innerhalb Deutschlands in „rettende Taten" umzusetzen. So war er maßgeblich an der Gründung von Siedlungsgenossenschaften in Eden bei Oranienburg (ohne deren lebensreformerische Ziele gutzuheißen) und Wenigenlupnitz bei Eisenach beteiligt und er wirkte auch bei Gartenstadt-Projekten mit, die seit der Wende vom 19. zum 20.

---

87 Franz Oppenheimer (1896), S. 526 - 527.

88 Franz Oppenheimer (1896), S. 530.

89 Franz Oppenheimer (1896), S. 590 (Verbrechen als Argumente für eine Änderung der ungerechten Ordnung) - 620.

Jahrhundert in und um Berlin unternommen wurden, zum Beispiel bei der Wohnungsbaugenossenschaft „Freie Scholle" in Berlin-Tegel.[90]

Darüber hinaus ergab sich für Oppenheimer auch noch eine Gelegenheit, bei einem Siedlungsprojekt in einem ferneren Teil der Erde mitzuwirken. Und zwar hatte der österreichisch-ungarische Publizist Theodor Herzl (1860-1904) in seinem Roman „Altneuland" (1902) ähnlich wie vor ihm Theodor Hertzka in dessen Roman „Freiland" einen Umgang mit dem Land gemäß bodenrechtsreformerischer Grundsätze propagiert. Die wegen des sich verstärkenden Antisemitismus in Europa - bezeichnend dafür war die Dreyfus-Affäre, bei der 1894 ein jüdischer Hauptmann von einem französischen Militärgericht zu Unrecht wegen Landesverrats verurteilt wurde - nach Palästina übersiedelnden Juden sollten dort eine „neue Gesellschaft auf altem Boden" und gleichsam ein soziales „Versuchsland für die Menschheit" aufbauen. Durch Bewässerungen, Aufforstungen und andere Infrastrukturmaßnahmen sollten sie ein „blühendes Land" schaffen. Herzl schilderte in seinem Roman, wie die Siedler kein Privateigentum am Boden haben, sondern ihre Grundstücke gemäß dem Hall- und Jobeljahr in den mosaischen Gesetzen ‚nur' für die Dauer von sieben mal sieben Jahren von der Gemeinschaft pachten. „Die Wertvermehrung des Bodens kommt nicht Einzelnen, sondern der Gesamtheit zustatten." Im Übrigen zog Herzl keine Abschaffung oder Reform des Geldes in Erwägung, sondern er war zuversichtlich, dass das Geld im Rahmen einer genossenschaftlich organisierten Wirtschaft nur noch seine positiven Wirkungen entfalten würde. Von Proudhon, dessen Gedanken ihm während eines Aufenthalts in Paris begegneten, übernahm er die Bezeichnung „Mutualismus" für ein genossenschaftliches Wirtschaften, aber nicht dessen Kritik am Königtum des Geldes und dessen Forderung nach zinslosen Krediten.[91]

Da Herzl sich nicht sicher war, wie sich die den mosaischen Gesetzen zugrundeliegenden Gedanken in eine zeitgemäße Rechtspraxis übertragen ließen, lud er Oppenheimer zum 6. Zionistischen Kongress 1903 nach Basel ein, um dort in einem Vortrag ein ökonomisches und vor allem bodenrechtliches Konzept für das spätere Siedeln in Palästina zu entwickeln. In Übereinstimmung mit Herzls Ziel, unter Wahrung einer religiösen Toleranz „mit allen anderen rechtschaffenen Menschen ... in Gerechtigkeit, Nächstenliebe und hohem Freisinn ... wetteifern" zu wollen, setzte sich auch Oppenheimer als „leitender Volkswirt" der zionistischen Bewegung von Beginn an für ein „nicht nur tolerantes, sondern geradezu brüder-

---

[90] Franz Oppenheimer (1932/1964), S. 155 (rettende Taten), 160 - 164 und 169 - 178. - Vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 41 - 42. - Bei der „Freien Scholle" in Berlin-Tegel arbeitete Oppenheimer u.a. mit dem Architekten Gustav Lilienthal zusammen, den er im Berlin-Friedrichshagener Dichterkreis kennengelernt hatte. Dessen Bruder Otto Lilienthal gehörte zu den Pionieren der Luftfahrt und führte für die Arbeiter in seinem Unternehmen frühzeitig eine 25%ige Gewinnbeteiligung ein.

[91] Theodor Herzl (1902/1933), S. 57 (Palästina als Versuchsland für die Menschheit), 72 (Antisemitismus in Europa) - 74 (Infrastrukturen), 85 (soziale Einrichtungen), 94, 100 und 109 - 110 (Mutualismus, Genossenschaften und Handel), 114 (Geld), 132 (blühendes Land) - 136 (Bodeneigentum) und 238 (Bodeneigentum). - Vgl. auch Alex Bein (1983), S. 157 (Herzls Ziel anhand eines Originalzitats aus seiner Rede am 8.11.1896 in Wien) und S. 271.

liches Verhältnis zu den Arabern" ein. Nach dem Vorbild der Schweiz sollte in Palästina ein „Netz von Bauernkolonien" mit jüdischen und arabischen Siedlern entstehen, zu dem auch Handwerker und Angehörige freier Berufe hinzukommen sollten. Das Land bleibt „für alle Zeiten im Eigentum der Gesamtheit" und Juden wie Araber sollten private Nutzungsrechte bekommen können. „Wir müssen im modernen Gewande die uralten Agrargesetze Israels wiederherstellen."[92]

Sieben Jahre nach Herzls Tod entstand 1911 unter Oppenheimers Mitwirkung nördlich von Haifa eine Siedlung Merchawja (Gottes Weite) mit größeren Betrieben, in denen die Arbeiter am Gewinn beteiligt wurden. Unter den Bedingungen eines Krieges zwischen Griechenland und der Türkei innerhalb des damaligen osmanischen Reiches und danach des Ersten Weltkriegs konnte die Siedlung Merchawja jedoch nicht gedeihen. Dennoch wirkten Oppenheimers Gedanken auf die spätere Kibbuz-Bewegung weiter.[93]

Vom Arzt zum Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler

Seine publizistischen Tätigkeiten als Vorkämpfer einer Reform des Bodenrechts und auch als Redakteur der Zeitung „Welt am Montag" nahmen einen so breiten Raum ein, dass Oppenheimer seine Tätigkeit als Arzt aufgab und ein Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften begann, um sich dann noch fundierter als ‚Arzt des kranken Sozialorganismus' betätigen zu können.

Im Spannungsfeld zwischen der Neoklassik und dem Marxismus nahm Oppenheimer Anregungen von der Historischen Schule der Ökonomie auf, ging aber in seinen geschichtsphilosophischen Studien bald eigene Wege, weil er die Geschichte von Wirtschaft und Staat nicht nur beschreiben, sondern auch ihre inneren Widersprüche aufdecken und überwinden wollte. Oppenheimer zufolge entstand der Staat nicht durch einen Gesellschaftsvertrag, wie Rousseau angenommen hatte. Er wünschte sich den Staat auch nicht wie Hobbes als Leviathan, wie die klassische Ökonomie als Nachtwächterstaat oder als Wohlfahrtsstaat. Von Anfang an

---

92 Theodor Herzl (1902/1933), S. 143 - 144 (heilige Stätten „in niemandes ausschließendem Besitz"), 273 - 274 (Friedenspalast in Jerusalem), 316 - 317 und 323. - Franz Oppenheimer (1932/1964), S. 165 - 168 und 212 (leitender Volkswirt) - 215 (Ablehnung von jeglichem jüdischen und nichtjüdischen Chauvinismus). Zu Oppenheimers Rede auf dem Zionistenkongress 1903 vgl. (1932/1964), S. 281 - 296, hier: S. 286 - 288. - Noch in einem Schreiben Oppenheimers an die Jüdische Pressezentrale in Zürich vom 18.12.1920 hieß es: „Ich habe meines Stellung zu dem Zionismus niemals geändert. ... Was mir vor allem am Herzen liegt, ist die Frage der Araber. Wenn die Juden es nicht über sich bringen, die Araber durchaus nicht nur als gleichberechtigt, sondern als Brüder zu behandeln, d.h. in alle Vorteile und Genossenschaften ohne weiteres aufzunehmen, rechtfertigen sie nachträglich alle Ausschreitungen des Antisemitismus und zerstören ihr eigenes Werk, wirtschaftlich und politisch. Wirtschaftlich, weil die Aufgabe darin besteht, keine Klasse ‚freier' Arbeiter im Lande zu dulden, vielmehr alle mit Produktionsmitteln auszustatten, und politisch, weil es sonst niemals Frieden und Ruhe im Lande geben wird." (Zitiert nach Volker Caspari & Klaus Lichtblau 2014, S. 69 und 73)

93 Zur weiteren Entwicklung des Umgangs mit dem Boden in Palästina und dem späteren Israel vgl. Efraim Orni (1973) und Christiane Busch-Lüty (1989). - Zu Debatten innerhalb des Zionismus über das Geld vgl. Adam Raz & Yigal Wagner (2014), S. 242 - 243.

war der Staat für ihn „fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger."[94]

Die Staaten einschließlich der modernen Verfassungsstaaten sah Oppenheimer also als Klassenstaaten an. Deren Entstehung habe mit der Unterwerfung von Bauernvölkern durch Hirtenstämme oder Seenomaden begonnen, bevor die Aneignung großer Ländereien durch feudale Herren zur Ausformung von zunächst primitiven und später höheren Feudalstaaten geführt habe. Während der Zeit von etwa 1000 - 1400 n.Chr. sei deren Einfluss vorübergehend durch das Aufkommen von „Gewerbestädten" zurückgedrängt worden. Danach konnten sich mit dem Rückgang der Geldwirtschaft nochmals feudale Herrschaftsverhältnisse ausbreiten, bevor schließlich mit dem Aufstieg der kapitalistischen Geldwirtschaft kapitalistische neben bzw. über die alten feudalistischen Herrschaftsverhältnisse traten. Trotz des beginnenden Wandels des Feudalstaates zum modernen demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat blieb der Staat noch immer ein Instrument der Aufrechterhaltung einer wirtschaftlichen Unterwerfung von Mehrheiten unter Minderheiten. Der Klassenkampf zwischen Feudalherren und Bauern wandelte sich im Laufe der zunehmenden „sozialen Differenzierung" und des Zerfalls der Gesellschaft in eine Vielzahl von Interessengruppen in einen „Parteienkampf". Parteien wurden fortan zu Instrumenten der Durchsetzung von Gruppeninteressen, wobei sich das Beamtentum zu einer über den Interessen stehenden, aber letztlich doch nicht neutralen Kraft entwickelt habe. „Der Klassenkampf wird in der Republik mit den gleichen Mitteln geführt wie in der Monarchie."[95]

Die moderne Demokratie betrachtete Oppenheimer deshalb noch nicht als die letztgültige Ausdrucksform von politischer Freiheit, weil sie noch immer von einer das Recht einschränkenden wirtschaftlichen Macht und Herrschaft durchsetzt sei. Diese machte er dafür verantwortlich, dass sowohl die Erhebung von Steuern als auch deren Verwendung mit strukturellen Ungerechtigkeiten einhergehen. Über die bisherige Volks*herrschaft* hinaus werde die Entwicklung des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates nach einer Überwindung des privaten Bodeneigentums und insbesondere einer Aufteilung des Großgrundeigentums noch weitergehen in die Richtung einer „Freibürgerschaft". Damit meinte Oppenheimer eine klassenlose Gesellschaft - aber anders als Marx keine vermeintlich klassenlose Gesellschaft, in der das Proletariat zur Macht gelangt, sondern eine *klassenlose bürgerliche Gesellschaft*, in der nach den Vorstellungen der aufgeklärten Philosophen sowie von Saint-Simon und anderen Frühsozialisten alle Menschen zu

---

[94] Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 312 - 313.

[95] Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 324 (früheste Formen von Staaten), 373 - 378 (Gewerbestädte und Geldwirtschaft), 379 - 381 (Parteienkampf und Beamtentum) und 384 (Zeit von 1000 bis 1400).

politisch und auch wirtschaftlich freien und gleich(berechtigt)en Bürgern werden, die nicht mehr als Personen voneinander abhängig sind, sondern nur noch auf sachlichen Ebenen aufeinander angewiesen sind. Als „Freibürger" sollten sie sich in allen Lebensbereichen selbst bestimmen und sich ähnlich wie in Proudhons Föderationen freiwillig zu einem politischen Gemeinwesen assoziieren, in dem weder Minderheiten noch Mehrheiten über die übrige Gesellschaft herrschen.

Sobald Macht und Herrschaft infolge einer Aufhebung der „Bodensperre" zurückgedrängt werden und sich an ihrer Stelle immer mehr ein *gleiches* Recht für *alle* Menschen ausbreitet, können die historisch gewachsenen feudalistischen und kapitalistischen „Oligokratien" auf dem Weg über die Demokratie allmählich in eine herrschaftsfreie Ordnung übergehen. In Abgrenzung zum Anarchismus bezeichnete Oppenheimer sie als „Akratie". „Bei voller Verwirklichung der Demokratie hört die Demokratie auf, Kratie zu sein, und wird - Akratie." Hierunter verstand Oppenheimer eine verfassungsgemäße, rechtsstaatliche Ordnung, welche die von wirtschaftlicher Ausbeutung befreiten Menschen sich geben werden, um ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu regeln. „Der klassenlose Staat der Zukunft, die ... ‚Freibürgerschaft' meiner Terminologie, wird die stärkste richterliche und administrative Autorität, Beamte mit allen Machtvollkommenheiten, derer sie bedürfen, Steuern und Leistungen, Strafrecht und Strafrichter - sie wird nicht im mindesten Anarchie und dennoch durchaus Akratie sein. ... Keine größere Gemeinschaft kann auskommen ohne ein gewisses Gemeineigentum, mindestens an Wegen, an Bildungsanstalten, an Schulen, vielleicht Kirchen. ... Solche Dinge müssen verwaltet und geschätzt werden; und dazu gehören Beamte, die man besolden muss, und dazu Steuern. Die kann man aus Gründen der Gerechtigkeit dort, wo es sich um allgemeine Interessen handelt, auch nur als Zwangsumlage von allen Beteiligten einziehen." Auch Kanäle und Deiche zählte Oppenheimer zu den gemeinschaftlichen Einrichtungen.[96]

Liberaler Sozialismus als Alternative zur Neoklassik und zum Marxismus

Im Januar 1909 wirkte Franz Oppenheimer zusammen mit Max Weber, Georg Simmel, Werner Sombart und anderen bei der Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie" mit. Als jemand, der gerade erst als Privatdozent an die Universität Berlin gekommen war, konnte er jedoch keinen größeren Einfluss auf die-

[96] Franz Oppenheimer (1914/1996), S. 415, 418 (Akratie im Unterschied zur Anarchie) -419 und 423. - Bereits in seinem Buch „Die Siedlungsgenossenschaft" betrachtete Oppenheimer die „wirtschaftliche Emanzipation" als die eigentliche Voraussetzung für eine „echte Demokratie", in der öffentliche Angelegenheiten ohne Interessen- und Parteipolitik rein sachlich geregelt werden. (1896, S. 623 - 627) - Oppenheimers Buch „Der Staat" erschien erstmals in der 1907 von dem jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber herausgegebenen „Sammlung sozialpsychologischer Meister". Wie Bubers späteres eigenes Werk „Pfade in Utopia" zeigt, war er außer von Oppenheimer auch sehr von Pierre Proudhon und Gustav Landauer beeinflusst.

se damals noch im Entstehen begriffene Wissenschaft entfalten. Zudem befand sich seine Vorstellung, dass eine universalgeschichtlich fundierte Soziologie auch politische Konsequenzen im Sinne einer Überwindung von wirtschaftlicher und politischer Macht haben sollte, im Widerspruch zu dem von Weber vertretenen Grundsatz der Wertfreiheit der Wissenschaft. Mit seinem differenzierten, aber letztlich negativen Werturteil über den modernen Kapitalismus stand Oppenheimer in den Anfängen der Soziologie noch allein.

In seinem Buch „Die soziale Frage und der Sozialismus" (1913) intensivierte Oppenheimer sein bereits in einem Dialog mit Eduard Bernstein begonnenes Bemühen, die führenden Theoretiker der Sozialdemokratie von der Fehlerhaftigkeit der Marxschen Analyse des Kapitals sowie von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen anderen Ausweg aus dem Kapitalismus zu suchen. Nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln an sich betrachtete Oppenheimer als ein Mehrwert heckendes Kapital, sondern der Boden und die Produktionsmittel würden erst dadurch zu Kapitalgütern, dass der Zugang zu ihnen durch eine Monopolisierung des Bodens beschränkt wird. Als Monopolgut werfe der Boden für eine Minderheit von Privateigentümern und Großgrundbesitzern eine leistungslose Bodenrente als Entgelt für die künstliche Verknappung des Bodens ab, wodurch diese die Möglichkeit erhalten, auch Produktionsmittel in ihren Händen zu monopolisieren, große Massen von Arbeitern - vorwiegend Landarbeitern - von sich abhängig zu machen und zuzüglich zur Bodenrente in ihren Unternehmen auch Kapitalprofite zu erzielen. „Das Klassen-Monopol beruht auf der Monopolisierung des Grund und Bodens. Es ist Boden-Monopol, und zwar ein durch Sperrung entstandenes Monopol: das Klassen-Monopol, das allein Mehrwert verursacht, beruht auf der Aussperrung des Bodens. Die Oberklasse hat die Unterklasse vom Boden ausgesperrt. ... Das moderne Großgrundeigentum ist die ... Schöpfung ‚außerökonomischer Gewalt' ..., der letzte Feudalrest in unserer im Übrigen ganz auf den freien Tausch gleichwertiger Gegenstände aufgebauten Wirtschaftsgesellschaft."[97]

Aus dieser Analyse des Kapitalismus zog Oppenheimer hinsichtlich seiner Überwindung andere Schlüsse als Marx & Engels. Statt die im Monopolkapitalismus bereits stark eingeschränkte Freiheit der Märkte vollends abschaffen und die gesamte Produktion einer staatlichen Zentralverwaltung unterstellen zu wollen, hoffte Oppenheimer auf das Verständnis insbesondere der Sozialdemokratie für seine Forderung, die monopolistische „Bodensperre", also den Großgrundbesitz, aufzuheben und damit einer von jeglichen Monopolen befreiten Marktwirtschaft den Weg zu ebnen. Darin sollten der Boden und die Produktionsmittel ihren Charakter als Mehrwert heckende Kapitalgüter verlieren.

Leider blieb Oppenheimer bei seiner Ansicht, dass die „Bodensperre" nichts mit der natürlichen Knappheit des Bodens zu tun habe, sondern allein auf einer ursprünglich gewaltsamen, zum Recht erklärten Beschränkung des Zugangs zu dem reichlich vorhandenen Boden beruhe, m.a.W. auf einer „außerökonomischen Stö-

[97] Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 13 und 62.

rung des normalen Wirtschaftsverlaufs". Diese lasse sich aufheben, indem der Großgrundbesitz - ohne oder besser noch mit Entschädigungen - in viele Flächen von etwa fünf Hektar aufgeteilt werde. Darauf könnten Bauernfamilien selbstständig wirtschaften. „In Ländern höherer Kultur reichen ... fünf Hektar pro Familie zu anständig-mittelständischer Existenz aus. ... Würde man also das Großbauernland verteilen, so würde man fast die gesamte Landarbeiterbevölkerung als mittelständische Bauernbevölkerung sesshaft machen können." Da etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland in der Landwirtschaft arbeitete, seien noch mehr als genug Flächen für Wohn- und Gewerbezwecke verfügbar.[98]

Auch den Kapitalcharakter von Geld und Produktionsmitteln und den Kapitalprofit - damit meinte Oppenheimer den Zins als „Frucht des Kapitals", ohne genauer zwischen dem Zins des Geld- und des Realkapitals zu unterscheiden – leitete er aus der „Bodensperre" ab. Dank ihrer Verfügung über leistungslose Bodenrenten hätten Großgrundbesitzer einen privilegierten Zugang nicht nur zum Boden, sondern auch zu Produktionsmitteln; sie könnten die arbeitenden Menschen vom Eigentum an den Produktionsmitteln trennen und in ihre Abhängigkeit bringen - das war auch für Marx & Engels ein wesentliches Kriterium für die Anfänge des Kapitalismus gewesen. Mit ihren akkumulierten, monopolisierten Kapitalgütern könnten Großgrundbesitzer weitere leistungslose Kapitalprofite erzielen und durch deren Investition weitere Kapitalgüter anhäufen. Das Privateigentum an den realen Kapitalgütern Boden und Maschinen betrachtete Oppenheimer also im Gegensatz zur Klassik und zur Neoklassik nicht oder nur zum geringen Teil als „Ergebnis wirtschaftlicher Tugenden" des Fleißes und des Sparens, sondern zum großen Teil als Resultat des Sparens und Investierens von leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen bzw. -profiten. „Wenn die Grundrente unmittelbare Folge der Bodensperre ist, so ist der Kapitalprofit ihre mittelbare, abgeleitete, sekundäre Folge. Auch der Kapitalprofit ist ein Klassen-Monopolgewinn, und zwar stammt er gleichfalls aus der Bodensperre, steht mit ihr und wird mit ihr fallen."[99]

Anstelle eines Vorworts stellte Oppenheimer seinem Buch „Die soziale Frage und der Sozialismus" einen Briefwechsel mit Karl Kautsky voran, der seiner Aufforderung zu einem Dialog mit der Bemerkung ausgewichen war, dass sein Buch „mir nichts anderes entlockt hat als ein verwundertes Lächeln. ... So einfach liegen die modernen Probleme der Ökonomie und des Sozialismus nicht, wie sie Ihnen erscheinen." Eine Diskussion hielt Kautsky nur zwischen Menschen für angebracht, die „auf gemeinsamem Boden" stehen. Das sei hier nicht der Fall, weshalb

---

[98] Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 14 - 31 (rechtliches statt natürliches Bodenmonopol), 17 und 33 (fünf Hektar für jede bäuerliche Familie), 74 (Bodensperre als außerökonomische Störung) und 80 (Entschädigungsfrage).

[99] Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 35 (Kapitalprofit als Folge der Bodensperre), 37 - 38 (Geld und Maschinen als Kapitalgüter; Zins als Kapitalprofit) und 40 (Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln).

eine weitere Diskussion nicht zu einer Verständigung führen werde, „sondern eher zu einer Erweiterung der Kluft."[100]

Oppenheimers Unterscheidung zwischen einer von ihm kritisch betrachteten monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und einer von ihm angestrebten monopolfreien Marktwirtschaft war für den die Märkte pauschal ablehnenden Kautsky nicht nachvollziehbar. Und die Tatsache, dass Oppenheimer wie schon vor ihm Henry George den Kapitalismus einzig und allein auf die ‚Bodenfrage' reduzierte, dass er ihn sehr viel stärker unter agrarischen als unter industriellen Gesichtspunkten analysierte, dass er auch Marx' Analyse der ursprünglichen Akkumulation anzweifelte und obendrein dem Geld- und Realkapital keinen eigenen primären Kapitalcharakter zubilligte, machte es für Kautsky und andere Theoretiker der Sozialdemokratie einfach, solche Zweifel an der Richtigkeit von Marx' Wert- und Mehrwerttheorie[101] und ihrem Verstaatlichungsprogramm abzuwehren.

Trotz unübersehbarer Schwächen ging der Weg, den Oppenheimer der Sozialdemokratie zeigen wollte, ansatzweise aber doch in die richtige Richtung einer Wiederverbindung der Arbeitenden mit einem entmonopolisierten Boden und mit entkapitalisierten Produktionsmitteln. Gegen den politischen Widerstand der konservativen Großagrarier sollte die „Bodensperre" durch eine „innere Kolonisation" aufgehoben werden, also durch eine Aufteilung des Großgrundbesitzes und durch die Schaffung vieler selbstständiger Bauernwirtschaften, zu denen dann in neuen ländlich-(klein)städtischen Siedlungsstrukturen eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Gewerbebetriebe hinzukommen würde. Sobald der Boden und die Produktionsmittel für alle Arbeitenden frei zugänglich werden, verflüchtigt sich ihr widersprüchlicher Doppelcharakter einerseits als Hilfsmittel der Produktion und andererseits als Mehrwert (Bodenrenten und Kapitalzinsen bzw. -profite) heckende Kapitalgüter, und die Spaltung der Gesellschaft in sich bekämpfende Klassen könnte überwunden werden. „Der feudale Fremdkörper, der Rest erobernder Gewalt, wird aus dem Organismus der auf Gleichheit aufgebauten freien Gesellschaft ... ausgestoßen." Vom Wegfall der Bodenrenten und Kapitalprofite erwartete Oppenheimer ein ansteigendes und sich auf mittlere Sicht gesamtgesellschaftlich ausgleichendes Lohn- bzw. Einkommensniveau und einen allmählichen Übergang in eine Arbeitswelt, die sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk und in der Industrie mehr und mehr auf Selbstständigkeit beruht und in der sich Arbeiter nicht mehr auf Gedeih und Verderb an Kapitalisten verkaufen müssen. „Auf Jahrzehnte hinaus ist eher eine Rückwanderung aus den Städten aufs Land als ein Abwanderung von Land in die Städte zu erwarten." Und sogar bei Kautsky fand Oppenheimer einmal eine Bestätigung für seinen Gedanken, dass Arbeiter, die sich nicht selbstständig machen wollen, in abhängiger Beschäftigung bleiben könnten, ohne die Unbarmherzigkeit von Kapitalisten fürchten zu müssen. „Die Kapitalisten

---

[100] Brief von Karl Kautsky an Franz Oppenheimer vom August 1912, in: Franz Oppenheimer (1913/1996), S.X.

[101] Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 106 - 124.

können da wohl fortfahren, Leiter der Fabriken zu sein, aber sie werden aufhören, ihre Herren und Ausbeuter zu sein." Es werde - so zitierte Oppenheimer zustimmend eine Äußerung von Kautsky - sogar Kapitalisten geben, die ihre Betriebe zum Verkauf anbieten, sobald sie nur noch kostendeckend produzieren und ihnen die Risiken zu groß werden.[102]

Unter solchen Umständen würden selbstständige Bauernfamilien und Gewerbetreibende ihre Erzeugnisse auf monopolfreien Märkten anbieten. „Wo kein Monopol besteht, da herrscht wirtschaftliche Vernunft und Gerechtigkeit, denn da tauscht sich Wert haarscharf gegen Wert. ... Da gibt es keinen Mehrwert auf der einen und keinen Minderwert auf der anderen Seite. Und zwar wird das bewirkt durch die arg verschriene ‚freie Konkurrenz'." Nach einer Befreiung des Wettbewerbs von Monopolen würden die Arbeitenden durch Schwankungen von Gewinnen und Verlusten um einen kostendeckenden Durchschnitt den gesellschaftlich erwünschten Tätigkeitsbereichen selbsttätig zugeordnet und dementsprechend würden sie im Durchschnitt auch ihre vollen, nicht durch einen Mehrwert geschmälerten Arbeitserträge erhalten. „Auf diese Weise bewirkt die verschriene freie Konkurrenz durch die Ausgleichung der Preise die Ausgleichung der Einkommen nach dem Werte der Arbeit."[103]

Über alle Unzulänglichkeiten seines Gedankengebäudes hinweg war es letztlich Oppenheimers Botschaft an die Sozialdemokratie und die übrige Arbeiterbewegung, dass nicht der Liberalismus und die freie Konkurrenz für die Not und das Elend der Menschen im Kapitalismus verantwortlich sind, sondern - im Gegenteil - die Beschränkung des Wettbewerbs durch Monopole, deren Inhaber die bürgerlichen Freiheiten für ihre Machtzwecke missbrauchen. „Wir brauchen weder auf die Freiheit noch auf die Gleichheit zu verzichten. Die Zukunft bringt uns beide vereint, den liberalen Sozialismus. ... Er ist Sozialismus, weil er ... das Streben auf eine von allem Mehrwert erlöste Wirtschaftsordnung ist, eine Ordnung ..., aus der Grundrente und Kapitalprofit verschwunden sind. Er ist liberaler Sozialismus, weil er dieses Ziel erreichbar hält nicht durch Beseitigung, sondern gerade erst durch die volle Entfesselung der zu Unrecht verschrienen freien Konkurrenz. Dadurch vor allem unterscheidet er sich von dem kollektivistischen Sozialismus, wie Marx ihn lehrte."[104]

Erster Weltkrieg und Kontroverse mit Schumpeter

Vom Beginn des Ersten Weltkriegs völlig überrascht, legte Oppenheimer in einigen Aufsätzen dar, weshalb er den Krieg aus ökonomischer Sicht für sinnlos hielt. Keine einzige der Kriegsparteien könne auf diesem Weg ökonomische Vorteile

---

[102] Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 90 - 96. Die betreffende Äußerung von Kautsky fand Oppenheimer in dessen Schrift „Die soziale Revolution" (Berlin 1907).

[103] Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 4.

[104] Franz Oppenheimer (1913/1996), S. 69 - 70, 96 und 99.

erreichen - im Gegenteil, der Krieg bewirke nur Rückschritte auf dem Weg aller Staaten in eine weltwirtschaftliche Integration und sei deshalb nicht mit einer großen Reinigung vergleichbar, sondern vielmehr mit einer schweren Krankheit, die ihren Ursprung im ungelösten gesellschaftlichen Grundkonflikt der Monopolisierung des Bodens habe.

Gleichwohl bot Oppenheimer der deutschen Regierung seine Dienste als wirtschaftspolitischer Berater an, übernahm im Rahmen der Kriegswirtschaft eine sozialpolitische Tätigkeit und engagierte sich außerdem in einem „Komitee für den Osten", in dem es um den Umgang des deutschen Militärs mit osteuropäischen Juden ging. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr verstärkte sich Oppenheimers auch in seiner Schrift „Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft" (1915) dargelegte Überzeugung, dass „wir die Form finden müssen, die über die Zersplitterung der Nationalstaaten fort zu größeren übernationalen Einigungen der europäischen Staaten führt, politische Integrationen, die der schon weithin vollzogenen wirtschaftlichen Integration entsprechen." Wenn das nicht gelinge, werde die „politische und kulturelle Vorherrschaft" in der Welt von Europa auf die Vereinigten Staaten von Amerika übergehen.[105]

Kurz nach Oppenheimers Ernennung zum Titularprofessor an der Universität Berlin (1917) kam es zu einer Kontroverse zwischen ihm und dem österreichischen Ökonomen Joseph Alois Schumpeter um das Bodenmonopol. Obwohl Schumpeter nach eigener Aussage die Einkommen aus der Bodenrente nicht unbedingt rechtfertigen wollte, trat er Opperheimers Ansicht entgegen, wonach der von einer Minderheit privat angeeignete Boden ein Monopolgut sei. „Wenn der Tatbestand der privaten Aneignung ausreiche, um eine Charakterisierung des Bodens als Monopolgut zu begründen, dann wären auch alle anderen privat angeeigneten wirtschaftlichen Güter Monopolgüter und es gäbe überhaupt keine andere als monopolistische Preisbildung und der jeder Betrachtung offenbare Unterschied zwischen Konkurrenz- und Monopolpreisbildung wäre verwischt." Auch Oppenheimers Hinweise darauf, dass der Boden nicht durch Arbeit vermehrbar ist und dass die Besitzlosen von den privaten Eigentümern großen und mittleren Grundbesitzes abhängig sind - Oppenheimer hatte von einer „einseitigen Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses" gesprochen - ließ Schumpeter nicht gelten. „Intensität der Nachfrage ist nicht gleichbedeutend mit Unentbehrlichkeit des nachgefragten Gutes an sich, sondern Resultante von Bedarf und Deckung. Ein ganz unentbehrliches Gut kann mit sehr geringer Intensität gefragt werden und ein recht entbehrliches mit großer, denn bekanntlich kommt es niemals auf die Bedeutung des Gutes als solches für die Konsumenten an ..., sondern auf die Bedeutung der konkreten einzelnen Teilmenge desselben."[106]

---

[105] Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 85 - 94, hier: S. 94 (Brief Oppenheimers an seinen Sohn Ludwig vom 25.1.1916). Vgl. auch Oppenheimers Aufsatz „Kriegswirtschaft" (1914) mit seiner irritierenden Sympathie für das „berauschende Gemeinschaftsgefühl ..., das alle Traurigkeiten dieses Weltbrandes und Weltgemetzels weit überwiegt" (1914/1998, S. 67 - 74, hier: S. 74).

[106] Joseph Alois Schumpeter (1917/18), S. 496 - 498.

Unausgesprochen enthielt Schumpeters Argument die Behauptung, dass auch Besitzlose ein existenziell unentbehrliches Gut wie den Boden nur mit sehr geringer Intensität nachfragen würden; sie war ein Hohn auf die tatsächliche Lebenslage vieler Menschen nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten. Aber Schumpeter unterstrich dieses Argument sogar noch mit der Bemerkung, dass „auch der größte private Besitz nur ‚ein Tropfen im Meer', korrekter gesagt, sehr klein im Verhältnis zum Gesamtangebot aus Grund und Boden ist". Und noch tendenziöser war seine Ansicht, dass es eine wechselseitige Abhängigkeit von Großgrundbesitzern einerseits und Arbeitern sowie Kreditgebern andererseits gebe. „Bei Grund und Boden wirkt Großbesitz sogar in einem dem Gedankengang Dr. Oppenheimers entgegengesetzten Sinn insofern, als Großgrundbesitz auf die Mitwirkung fremder Arbeit und fremden Kapitals viel mehr angewiesen ist als Kleinbesitz." Eine gleichmäßigere Verteilung des Bodens hätte jedenfalls keinerlei Auswirkung auf die Preisbildungs- und Verteilungsvorgänge auf den Märkten. Oppenheimers Einwände gegen diese Kritik ließ Schumpeter unbeantwortet.[107] Schumpeters Kritik an Oppenheimer hatte eine ähnliche Wirkung wie die Kritik von Clark an George. Beide trugen sie maßgeblich zur Verdrängung der Bodenfrage aus der Ökonomie bei. -

Wie zuvor schon Henry George und Theodor Hertzka unterschätzte auch Oppenheimer die Rolle des Geldes und des Kapitals als Mitverursacher der kapitalistischen Monopolisierung der Märkte. Zu Unrecht hielt er es für einen „unausrottbaren Irrtum, Geld sei irgendwie ‚Kapital'. ... Geld in noch so großen Massen, als Hort aufgeschatzt, bringt weder Profit noch Zins." Letzteres lässt sich nicht bestreiten, ist aber kein Beweis für die Unverdächtigkeit des Geldes, denn in ‚großen Massen' investiertes Geld ist sehr wohl zinstragendes Kapital. Vorschnell stellte Oppenheimer auch die schon von Proudhon beobachtete Sonderstellung des Geldes im Marktgeschehen in Abrede und teilte die klassisch-neoklassische Ansicht über das Geld. „Der Geldbesitzer, der Geld nicht essen, sich mit Geld nicht kleiden und Geld nicht als Werkzeug für seine Produktion verwenden kann", sei genauso auf den Tausch seines Geldes gegen Waren angewiesen wie umgekehrt der Warenbesitzer auf den Tausch seiner Waren gegen Geld. Deshalb lehnte es Oppenheimer auch kategorisch ab, „unser vermeintlich sozialschädliches Geld durch ein neues zu ersetzen."[108] Um den Kapitalismus zu überwinden, reiche es aus, allein die „Bodensperre" aufzuheben. „Mit dem Großgrundeigentum und der Grundrente verfällt der Kapitalismus."[109]

---

[107] Joseph Alois Schumpeter (1917/18), S. 500 - 501. - Zur Kontroverse zwischen Oppenheimer und Schumpeter vgl. Gerhard Senft (2013), S. 131 - 162. - Ein Briefwechsel zwischen Oppenheimer und Schumpeter ist möglicherweise in Oppenheimers Nachlass im „Zionistischen Zentralarchiv" in Jerusalem erhalten geblieben; vgl. Franz Oppenheimer (1943/2014), Nr. 66 und 67.

[108] Franz Oppenheimer (1914/1998), S. 38 und 41 - 42.

[109] Franz Oppenheimer (1907/1996), S. 385.

Ordnungspolitische Orientierung für den wirtschaftspolitischen Neubeginn in der Weimarer Republik

Unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg, als dessen tiefere Ursache ihm also weniger die Politik einzelner Staaten als die innere Unordnung der kapitalistischen Wirtschaft erschien, schaltete sich Oppenheimer mit drei Broschüren „Sozialismus oder Liberalismus?", „Der Ausweg - Notfragen der Zeit" und „Die soziale Forderung der Stunde" in die Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands ein. Um den „welthistorischen Kampf" zwischen dem kapitalistisch pervertierten Liberalismus des Manchestertums und dem auf staatlichem Zwang beruhenden kollektivistischen Sozialismus zu entschärfen, wandte sich Oppenheimer erneut an die Sozialdemokratie. Eingebettet in historische und politische Überlegungen, kritisierte er Hilferdings Ziel, die Kapitalkonzentration im Monopolkapitalismus so weit voranschreiten zu lassen, bis „ganz wenige Riesenbetriebe" die Konkurrenz weitgehend vernichtet haben und dann nur noch verstaatlicht werden bräuchten. Im Gegensatz zum ‚wissenschaftlichen Sozialismus' marxscher Provenienz lasse sich der ‚utopische Sozialismus' von Marx' frühsozialistischen Vorläufern in die Richtung einer „neuen Synthese" von Sozialismus und Liberalismus weiterentwickeln. „Der Sozialismus ist zu erreichen nicht durch die Beseitigung, sondern durch die Herstellung der freien Konkurrenz", in der der brutale kapitalistische Verdrängungswettbewerb in einen „friedlichen Wettbewerb" übergehen könne.[110]

In seinen Schriften „Der Ausweg - Notfragen der Zeit" und „Die soziale Forderung der Stunde" (1919) wiederholte Oppenheimer diese Grundzüge seiner ordnungspolitischen Neuorientierung und ging auch mehr auf den industriellen Kapitalismus ein. Abermals kritisierte er den „Pseudoliberalismus unserer kapitalistischen Bourgeoisie" und mahnte die in sich gespaltene Arbeiterbewegung, ihre Zuflucht nicht nach russischem Vorbild in einer proletarischen Diktatur und einer marktlosen, völlig bürokratisierten Wirtschaft zu suchen. „Es gibt einen Ausweg! Liberalismus und Sozialismus sind keine Gegensätze, wie die getäuschte Menschheit bisher geglaubt hat, sondern ein und dasselbe. Der zu Ende geführte Liberalismus ist der Sozialismus! Es gibt nur einen Weg zum Sozialismus: die wirklich ‚freie' Konkurrenz. ... Die Menschheit hat bisher noch niemals die ‚freie' Konkurrenz am Werke gesehen. Was sie irrtümlich so genannt hat, ist ihr Gegenpol, ist die ‚beschränkte Konkurrenz'. Und wenn sich die Nutznießer dieses Monopols, dieser beschränkten Konkurrenz ‚Liberale' genannt haben, so ist das nicht anders zu bewerten als wenn ein Piratenschiff unter einer ehrlichen Flagge fährt."[111]

---

[110] Franz Oppenheimer (1918/1996), S. 26 (Krieg als Folge des Kapitalismus), 27 (Manchestertum als Lakai des Kapitalismus), 28 - 29 (Hilferding und die Kapitalkonzentration in Riesenbetrieben), 38 und 41 (Synthese von Liberalismus und Sozialismus).

[111] Franz Oppenheimer (1919/1996a), S. 48 - 50.

In seiner Schrift „Die soziale Forderung der Stunde" legte Oppenheimer die Grundzüge des Liberalsozialismus ein weiteres Mal als ordnungspolitische Alternative dar - sowohl zur monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entgegen aller Sozialisierungsbestrebungen restauriert wurde, und zur kommunistisch verstaatlichten Wirtschaft, deren schon von Proudhon und Mill vorausgesehene Schattenseiten gerade im nachrevolutionären Russland offensichtlich wurden. Als Dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus empfahl Oppenheimer eine Befreiung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs von jeglichen monopolkapitalistischen Machtgebilden und stellte sich damit ‚zwischen die Stühle' der Neoklassik und des Marxismus. Die Neoklassik kritisierte er wegen ihrer Rechtfertigung des von Monopolen beherrschten Marktes als ‚freien Markt' und den an Marx orientierten Theoretikern der Arbeiterbewegung hielt er vor, dass sie nicht zwischen dem kapitalistisch vermachteten und einer monopolfreien Marktwirtschaft unterschieden und den Markt generell beseitigen wollten, statt ihn von den kapitalistischen Monopolen zu sich selbst zu befreien. „Noch nie hat die Menschheit die volle Wirtschaftsfreiheit am Werke gesehen. Was wir bisher als ‚freie Konkurrenz' bezeichnet haben, war nicht die freie, sondern die ‚beschränkte' Konkurrenz innerhalb einer von mächtigen Klassenmonopolen durchsetzten Wirtschaftsgesellschaft. ... Von freier Konkurrenz aber dürfen wir nur dort sprechen, wo keinerlei Monopol besteht; denn Monopol und freie Konkurrenz sind einander ausschließende Wechselbegriffe." Wenn die Arbeiterbewegung diesen wichtigen Unterschied zwischen dem „echten Liberalismus der Anfänge" und dem „Pseudoliberalismus des Großbürgertums" des real existierenden Frühkapitalismus erkenne, könne sich ihr ein anderer Ausweg aus dem Kapitalismus eröffnen, auf dem der Kapitalismus besser überwunden werden könne als durch eine Verstaatlichung der Wirtschaft - nämlich ein Weg zur „Herstellung der freien, der endlich wirklich freien Konkurrenz durch Beseitigung des Klassen bildenden Monopols der Bodensperrung." Mit dem vermeintlichen Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus werde bislang von der Arbeiterbewegung eine völlig falsche Front aufgebaut. „Liberalismus und Sozialismus, die Gefäße der beiden großen Kulturgedanken: Freiheit und Gleichheit, sind nicht unvereinbar wie der Kollektivismus glaubt" (und auch der Kapitalismus behauptet), „weil er die beschränkte Konkurrenz unter dem Monopolverhältnis für die freie Konkurrenz anschaut. Die uralte Antithese ... ist der Synthese fähig, ist versöhnbar. Wahrer Liberalismus und Sozialismus sind eins und dasselbe, die Freiheit führt zur Gleichheit und hält sie unerschütterlich aufrecht."[112]

Auch nach dem Ersten Weltkrieg blieb die Sozialdemokratie gegenüber Oppenheimers Liberalsozialismus weitgehend verschlossen. Lediglich Philipp Scheidemann, der am 9. November 1919 die deutsche Republik ausgerufen hatte, unterstützte seine Bestrebungen, den ostelbischen Großgrundbesitz aufzuteilen und sog. Heimstätten für die aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten einzurichten.

---

[112] Franz Oppenheimer (1919/1996b), S. 104 - 107.

Da die Abteilung Siedlungswesen im damaligen Reichsarbeitsministerium, in dem Scheidemann als Staatssekretär tätig war, und die Politik insgesamt andere Ziele verfolgten, konzentrierte sich Oppenheimer erneut auf eigene kleinere Siedlungsprojekte, deren Modellcharakter zur Nachahmung anregen sollte. Dank einer Schenkung konnte er 1920 auf dem ehemaligen Rittergut Bärenklau in der Nähe der Oranienburger Eden-Genossenschaft eine Siedlungsgenossenschaft gründen und bei der Gründung einer „Gemeinnützigen Siedlungs-Treuhandgesellschaft m.b.H." in Berlin mitwirken.[113]

Noch intensiver als diesen praktischen Projekten widmete sich Oppenheimer seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, nachdem er 1919 einen Ruf auf den von einem Frankfurter Kaufmann gestifteten Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Ökonomie an der Universität Frankfurt angenommen hatte. Als erster Inhaber einer Soziologie-Professur in Deutschland verfasste er in den frühen 1920er Jahren sein vierbändiges, insgesamt etwa 4000 Seiten umfassendes „System der Soziologie", mit dem Oppenheimer nicht nur andere Wege ging als die neoklassischen, historischen oder marxistischen Schulen innerhalb der Ökonomie, sondern er ging mit seiner interdisziplinären Betrachtung der Soziologie im Gesamtzusammenhang mit der Ökonomie, Geschichte, Philosophie, Rechts- und Staatswissenschaften und Psychologie auch eigenständige Wege gegenüber dem Werk von Max Weber, indem er sein mit friedlichen Mitteln anzustrebendes universalgeschichtliches Ziel einer klassenlosen Bürgergesellschaft noch sehr viel ausführlicher begründete als in seinem Buch „Der Staat". In seinem „System der Soziologie" stellte Oppenheimer in Anlehnung an Ferdinand Tönnies' Unterscheidung von Gesellschaft und Gemeinschaft die bestehende kapitalistische Klassengesellschaft als ein auf Monopolen beruhendes Herrschaftssystem der monopolfreien Konkurrenz zwischen Genossenschaften gegenüber. Dabei unterschied er zusätzlich noch zwischen Macht und Herrschaft einerseits und Führung andererseits, die nicht auf einem Machtanspruch, sondern auf fachlichen Eignungen in einzelnen Lebensbereichen beruhe. Außerdem enthielt das „System der Soziologie" auch Überlegungen zur Frage, wie traditionelle Gesellschaften mit ihrer „sozialen Statik" auf Wegen ihrer ‚höher' fortschreitenden Entwicklung zu „sozialer Dynamik" gelangt sein könnten.[114]

Mit alledem vermochte Oppenheimer bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1929 allerdings keine eigene Schule zu bilden, da er nach dem frühen Tod seiner zweiten Frau gesundheitlich beeinträchtigt war und seine Lehrtätigkeit aufgrund von Erkrankungen mehrfach vorübergehend unterbrechen musste. Zudem setzte Karl Mannheim, der seinen Lehrstuhl übernahm, andere inhaltliche Schwerpunkte. Fortan zog sich Oppenheimer zurück nach Lüdersdorf bei Wriezen an der Oder, wo

---

[113] Vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 95 - 98.

[114] Vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 129 - 145, hier: S. 136 und 144 (Unterschied zwischen Herrschaft und Führung), 137 (soziale Statik und Dynamik) und 142 - 143 (Ziel einer klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft).

er eine weitere Siedlungsgenossenschaft auf einem ehemaligen Rittergut gegründet hatte, und schrieb dort seine Lebenserinnerungen nieder. Außerdem beteiligte er sich am Kauf eines weiteren Guts Döben bei Gnadau.[115]

Weiteres Schicksal während der NS-Diktatur

Zu Oppenheimers politischen Ansichten gehörte auch eine Unterscheidung zwischen „dem guten Nationalgefühl und dem bösen Nationalismus, dem Rassenfimmel. ... Jedes Volk und jede Gruppe hat zu dem heutigen Reichtum der Menschheit beigetragen und hat ein Recht, dessen mit Stolz zu gedenken. Aber die Sache kommt sofort in Unordnung, wenn sich dieser Stolz angreiferisch gegen andere Völker und Gruppen wendet." Die im Oktober 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise empfand Oppenheimer als einen Niedergang ähnlich dem Zerfall des Römischen Reiches; er spürte das Brodeln „unterirdischer Kräfte" und die zunehmende Gefahr ihres Ausbrechens aus dem „sozialen Vulkan. ... Wir sind keineswegs sicher vor einem neuen, noch grauenhafteren Zusammenstoß der in Waffen klirrenden Mächte, vor einem Massenmord und einer Massenzerstörung."[116]

Nach der Ergreifung der politischen Macht durch die Nationalsozialisten veröffentlichte Oppenheimer eine Broschüre „Weder so noch so - Der Dritte Weg". Darin setzte er sich nicht ausführlicher mit den Ideologien der Konservativen Revolution (u.a. Arthur Möller van den Bruck, Othmar Spann und Carl Schmitt) und des Nationalsozialismus (Gottfried Feder) auseinander. „Der Nationalsozialismus hat überhaupt keine Theorie, abgesehen von einigen überaus bedenklichen und bestimmt nicht allgemein angenommenen Anschauungen vom Geldwesen und Geldverkehr." Mit dem Dritten Weg des Liberalsozialismus werden „Faschismus und Kommunismus abgetan". Die Aufhebung der Bodensperre und die Schaffung eines gerechten Zugangs zum Boden für alle Menschen betrachtete Oppenheimer zugleich als eine wirksame Vorbeugung gegen die Ideologien vom „Blut und Boden" und vom „Volk ohne Raum".[117]

Als die Nationalsozialisten Ende 1933 seine Altersbezüge halbierten und sich auch seine Hoffnungen auf eine Niederlassung in Frankreich nicht erfüllten, übernahm Oppenheimer eine Lehrtätigkeit in Jerusalem. Sein utopischer Roman „Sprung über ein Jahrhundert" (1934) enthielt als Vision für das Jahr 2032 die Vorstellung eines Vereinigten Europas, das aus einem Bund der ehemaligen Erzfeinde

---

[115] Übrigens hatte sich Oppenheimer 1909 bei Gustav Schmoller und Adolf Wagner als den beiden bedeutendsten Vertretern der Historischen Schule habilitiert; vgl. dazu Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 47 - 49 und S. 106 - 110 („System der Soziologie", persönliche Schicksalsschläge und Erkrankungen) sowie S. 128 und 153 (Lüdersdorf und Gnadau). -

[116] Franz Oppenheimer (1930/1996), S. 536 - 537, sowie ders. (1934/1996), S. 219.

[117] Franz Oppenheimer (1933/1996), S. 155. Das Titelblatt dieses Buches zeigte einerseits Hammer und Sichel und andererseits ein Hakenkreuz. Der Buchtitel „Weder so noch so - Der Dritte Weg" war also als „Weder Kommunismus noch Nationalsozialismus, sondern Liberalsozialismus" zu verstehen. Vgl. auch ders. (ca. 1932/1964), S. 143.

Frankreich und Deutschland hervorgehen könne, indem diese beiden Staaten zweisprachige neutrale Pufferstaaten zwischen sich schaffen. „So wird das seit zwei Jahrtausenden blutig umkämpfte Grenzland die Friedensbrücke der beiden großen Nachbarn." Über solche Pufferstaaten könnten sich nacheinander auch Tschechien, Polen und andere europäische Staaten diesem Staatenbund anschließen. Als noch in weiter Ferne liegendes Ziel hatte Oppenheimer sogar schon „Vereinigte Staaten der Erde" vor Augen.[118]

Unterdessen ging jedoch die reale politische Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland in die ganz andere Richtung der Autarkie- und gewaltsamen Eroberungspolitik. Deshalb hielt sich Oppenheimer 1935/36 in den USA auf, wo er wegen seines fortgeschrittenen Alters zwar keine Lehrtätigkeit mehr aufnehmen konnte, aber dennoch in der „American Sociological Society" mitarbeitete und das „American Journal of Economics and Sociology" mit begründete. Nach einem letzten Aufenthalt in Deutschland war die Reichspogromnacht am 9./10. November 1938 für ihn das Signal, Deutschland endgültig zu verlassen. Zusammen mit seiner Tochter emigrierte Oppenheimer über Marseille, Tokio und Shanghai nach Los Angeles, wo er Ende September 1943 verarmt starb.[119]

7.2.3 Gustav Landauers libertärer Sozialismus der Tat

Der Gedanke an genossenschaftliche Siedlungen fand auch in dem libertären Kulturphilosophen Gustav Landauer (1870-1919) einen begeisterten Verfechter. Schon während seines Studiums der Germanistik und Philosophie schloss er sich in Berlin dem Friedrichshagener Dichterkreis und dem Verein Unabhängiger Sozialisten an, bevor er selbst einen „Sozialistischen Bund" gründete, dem sich auch der Dichter Erich Mühsam und der Religionsphilosoph Martin Buber anschlossen. Im Organ dieses Bundes „Der Sozialist" publizierte Landauer ab 1909 Aufsätze mit einer anarchistisch-sozialistischen Ausrichtung, die deutliche Einflüsse von Proudhon und Kropotkin erkennen ließen. Er ermutigte auch zur Gründung von sozialistischen Genossenschaftssiedlungen, die die kapitalistische Gesellschaft nach und nach ‚von unten' auf friedlichem, gewaltfreien Weg verändern würden. Besonders ein Aufenthalt in der Siedlung Monte Verità bei Ascona im Tessin hatte Landauers Hoffnungen auf einen Sozialismus der Tat verstärkt und er teilte Oppenheimers anfängliche Zuversicht, dass sich die Bewegung der Siedlungsgenossenschaften „unwiderstehlich" ausbreiten werde.[120] In seinem Buch „Aufruf zum Sozialismus" (1911) stellte Landauer ähnlich wie Oppenheimer seine

---

[118] Franz Oppenheimer (1934/1996), S. 171 (Vereinigte Staaten der Erde), 185 (Grenzland als Friedensbrücke), 229 und 238 -240 (Frankreich, Deutschland und andere Nachbarn).

[119] Sein wissenschaftlicher Nachlass befindet sich im „Zionistischen Zentralarchiv" in Jerusalem; vgl. das Verzeichnis in: Franz Oppenheimer (1943/2014).

[120] Franz Oppenheimer (1896), S. 544. - Zu Monte Verità vgl. Harald Szeemann (1980) und Stefan Bollmann (2017).

Vorstellungen von sozialistischen Siedlungen dem Kapitalismus und dem Kommunismus als Dritten Weg gegenüber.

Ohne sich näher mit der neoklassischen Ökonomie auseinanderzusetzen, kritisierte Landauer den Kapitalismus vor allem wegen der Konzentration von Geld- und Realkapital in wenigen Händen und der damit einhergehenden Lohnabhängigkeit der vom Eigentum am Boden und an den Produktionsmitteln entblößten Arbeiter. „Die Erde und damit die Möglichkeit des Wohnens, der Werkstatt, der Tätigkeit; die Erde und damit die Rohstoffe; die Erde und damit die aus der Vergangenheit ererbten Arbeitsmittel sind im Besitz von Wenigen. Diese Wenigen drängt es nach wirtschaftlicher und persönlicher Macht in Gestalt von Bodenbesitz, Geldreichtum und Menschenbeherrschung." Die fremdbestimmte Lohnarbeit war für Landauer eine entseelte, sinnentleerte Fronarbeit - trotz mancherlei Erleichterungen durch die Technik, die auch selbst „ganz im Banne des Kapitalismus steht", die einer „Rentabilitätsnotwendigkeit" gehorcht und von einem „toten Diener des Menschen zum Herrn über den Menschen gemacht worden ist". Die in ungesunden Mietskasernen lebende „große Masse der Menschen ist von der Erde und ihren Produkten, von der Erde und den Arbeitsmitteln getrennt. ... Sie arbeiten Dinge, die zu ihrem Leben keine Beziehung haben. ... Ihr Leben hat keine oder verschrumpfte Beziehungen zur Natur." Und der Staat in Gestalt des damaligen deutschen Kaiserreichs stelle mit seinen Beamten und mit seinem Militär keine freie innere Ordnung der Gesellschaft her. Als ein „Surrogat des Geistes" halte er vielmehr die von Geld und Gewalt zerrissene Gesellschaft mit all ihrem Alkoholismus, ihrer Kriminalität und ihren Krankheiten, mit ihrer machtpolitischen Instrumentalisierung von Religion, Bildung, Wissenschaft und Kultur bis hin zur Prostitution nur mit einer äußeren Klammer zusammen.[121]

Vehement bestritt Landauer den Anspruch der marxistischen Arbeiterbewegung, einen menschenwürdigen Sozialismus an Stelle des Kapitalismus schaffen zu können. Marx habe „uns Wissenschaftsaberglauben an Stelle geisthaften Wissens, Politik und Partei an Stelle des Kulturwillens gebracht." Für dessen Kardinalfehler hielt Landauer die Erwartung, dass der Monopolkapitalismus mit seiner fortschreitenden Kapitalkonzentration infolge der von ihm selbst herbeigeführten Steigerung der technischen Produktivkräfte in einem revolutionären Akt in eine sozialistische Produktionsweise ‚hinüberwachsen' werde, in der dann ein proletarischer Staat den Prozess der Kapitalkonzentration schließlich auf die höchste Spitze treibt und ihm eine neue sozialistische Qualität verleihe. Auf diese Weise entstehe keine lebendige freiheitliche Gesellschaft, sondern nur eine auf Zwang beruhende und mechanisch konstruierte Gesellschaft. Die Hoffnung auf einen zentralistischen Zukunftsstaat mit „Fabrikkasernen" hielt Landauer für eine folgenschwere Verirrung, die nur in einen „Polizeisozialismus" führen könne. „Der Zukunftsstaat der Marxisten: die Blüte am Baum der staatlichen, der kapitalistischen, der techni-

[121] Gustav Landauer (1911/1967), S. 69 - 72 (Kapitalkonzentration und entfremdete Lohnarbeit) und 134 (Technik als Beherrscher statt als Diener des Menschen).

schen Zivilisation. ... Die Lehre des Marxismus führt aus dem Kapitalismus nicht heraus. ... Der Kapitalismus muss nicht in den Sozialismus umschlagen ..., denn Sozialismus hängt seiner Möglichkeit nach gar nicht von irgendeiner Form der Technik und der Bedürfnisbefriedigung ab. Sozialismus ist zu allen Zeiten möglich, wenn eine genügende Zahl Menschen ihn will."[122]

Im diametralen Gegensatz zu Marx' & Engels' Geringschätzung der kleinbürgerlichen und mittleren Schichten war Pierre Proudhon nach Landauers Ansicht bereits auf dem richtigen Weg gewesen, als er „den Menschen ... seiner Zeit, vorwiegend kleinen Bauern und Handwerkern, prachtvoll gezeigt hat, wie sie sofort, ohne erst den sauberen Fortschritt des Großkapitalismus abzuwarten, zum Sozialismus hätten kommen können." Nicht die Konzentration allen Eigentums in den Händen eines proletarischen Staates erschien Landauer in Anknüpfung an Proudhon als Ausweg aus dem Kapitalismus, sondern ein gegen Entgelt privat nutzbares Gemeinschaftseigentum am Boden und an den Ressourcen sowie eine Dezentralisierung von Geldvermögen und Produktionsmitteln. „Proudhon hatte durchaus recht, dass ihm die Zirkulation und die Abschaffung der Bereicherung durch Zins derjenige von den Angelpunkten aller Umgestaltung bedeutete, bei dem am schnellsten, gründlichsten und schmerzlosesten eingesetzt werden könnte." Landauer äußerte Sympathien sowohl für Proudhons seinerzeit unverwirklicht gebliebenes Tauschbankprojekt als auch für Silvio Gesells Vorschlag eines Freigeldes als Mittel, um den Götzen des Geld heckenden Geldes zu entthronen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich in einer nachkapitalistisch-sozialistischen Bürgergesellschaft Freie und Gleiche zu Genossenschaften assoziieren, dass sie sich im Sinne von Kropotkin gegenseitig helfen können und auf der Basis einer „Gleichheit der Bedingungen" und Gegenseitigkeit ihre Produkte austauschen können. „Silvio Gesell ist einer der ganz wenigen, die von Proudhon gelernt haben, seine Größe anerkennen und im Anschluss an ihn zu selbstständigem Weiterdenken gekommen sind."[123]

Damit ging Landauer über Oppenheimer hinaus, der den Kapitalismus allein mit einer Reform des Bodenrechts überwinden wollte. Und er widersprach indirekt auch Oppenheimers Ansicht, dass der Mensch die Natur nicht ausbeuten könne, „weil das nur gegenüber moralischen Wesen möglich" sei. Landauers Vorstellung von einem zukünftigen Sozialismus schloss nicht nur die Vorstellung eines in Genossenschaften breit gestreuten Geld- und Produktionsmitteleigentums ein, sondern ausdrücklich auch die Vorstellung von einem „Wiederanschluss an die Natur". Und zugleich mit dieser neuen Verbindung von dezentral wirtschaftenden

---

[122] Gustav Landauer (1911/1967), S. 61 (Marxismus als „Fluch der sozialistischen Bewegung"), 76, 99 (Fabrikkasernen), 101 und 107 - 109 (Kritik am Marxismus). „Der Sozialismus kommt nicht auf dem Weg der Weiterentwicklung des Kapitalismus und kommt nicht durch den Produzentenkampf der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus." (S. 137) sowie S. 167 (Polizeisozialismus).

[123] Gustav Landauer (1911/1967), S. 93, 116 (Gleichheit der Bedingungen), 144 (Tauschbank), 157 - 159 (Proudhon und Gesell) und 177 („Das Geld zeugt Geld und Geld und Geld; das Geld hat alle Kräfte der Welt.")

Menschen mit der Natur sollten gemäß den Vorstellungen Kropotkins „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, geistige und körperliche Arbeit, Unterricht und Lehrlingswesen wieder vereinigt werden." Unter solchen Umständen könne sich die menschliche Arbeit aus ihrer „kapitalistischen Verstrickung" lösen; die Lohnarbeit wandele sich nach und nach in selbstbestimmte Tätigkeiten, deren eigentliche Produktivität fortan nicht mehr durch eine Rentabilität des Kapitals fehlgeleitet werden könne.[124]

In einer solchen herrschaftsfreien Gesellschaft würden sowohl die Wirtschaft als auch der Staat dezentralisierte, föderativ aufgebaute „Bünde von Bünden" bilden. „Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbstständig wirtschaftenden und untereinander tauschenden Gemeinden." Landauer erhoffte sich eine „Wiedergeburt der Völker aus dem Geist der Gemeinde" und stellte sich vor, dass die gesamte Menschheit auf diesem Weg allmählich zu einer „die Volksschranken übersteigenden Erdgesellschaft" zusammenwachsen könnte, die letztlich aus einer „Republik von Republiken von Republiken" bestehen würde. „Da nur ist Freiheit und Ordnung, da ist nur Geist; ein Geist, welcher Selbstständigkeit und Gemeinschaft, Verbindung und Unabhängigkeit ist." Hinsichtlich des föderalen Aufbaus eines nicht mehr kapitalistischen Rechts- und Machtstaates tendierte Landauer zu einer Rätedemokratie anstelle einer repräsentativen Demokratie.[125]

Als Kulturphilosoph und Sozialreformer, der einen gewaltfreien Wandel der Gesellschaft hin zur Gerechtigkeit in Freiheit und zum Frieden mitgestalten wollte, lehnte Landauer den Ersten Weltkrieg konsequent ab. Und nach dem Ende dieses verheerenden großen Mordens ließ er in einem Vorwort zur Neuauflage seines „Aufrufs zum Sozialismus" vom Januar 1919 keinen Zweifel daran, „dass die marxistisch-sozialdemokratischen Parteien in ihren sämtlichen Tönungen unfähig zur politischen Praxis, zur Konstitution der Menschheit und ihrer Volkseinrichtungen, zur Begründung eines Reiches der Arbeit und des Friedens ... sind." Dies hätten sie „überall aufs Grässlichste, im Krieg, vor ihm und nach ihm, von Deutschland bis Russland ... gezeigt."[126]

Im April 1919 beteiligte sich Gustav Landauer zusammen mit Ernst Toller, Erich Mühsam und Ernst Niekisch an der libertären 1. Münchener Räterepublik und übernahm die Rolle des Volksbeauftragten für die Volksaufklärung. Als diese erste Räteregierung schon zehn Tage später durch eine zweite, kommunistische Räteregierung gestürzt wurde und auch diese wenig später durch Truppen der nach Bamberg ausgewichenen sozialdemokratischen Landesregierung Bayerns aufgelöst wurde, geriet Landauer am 1. Mai in Haft und kam in das Gefängnis Stadelheim. Dort schlugen Angehörige der Reichswehr und antirepublikanische Frei-

---

[124] Franz Oppenheimer (1914/1996), S. 418. - Gustav Landauer (1911/1967), S. 163 - 165 (Arbeitsproduktivität vs. Rentabilität des Kapitals), 178 (Wiederanschluss an die Natur) - 179.

[125] Gustav Landauer (1911/1967), S. 38 und 45 (Rätedemokratie an Stelle der repräsentativen Demokratie), 152 - 153 (Erdgesellschaft) und 166 (föderaler Aufbau von Wirtschaft und Staat).

[126] Gustav Landauer, Vorwort zur 2. Auflage seines „Aufrufs zum Sozialismus" am 3.1.1919, in: ders. (1911/1967), S. 47.

korps-Soldaten so bestialisch auf ihn ein, dass er am nächsten Tag seinen schweren Verletzungen erlag. Infolgedessen blieb auch Landauers Vorhaben unverwirklicht, gemeinsam mit Silvio Gesell, der in der 1. Münchener Räterepublik Volksbeauftragter für das Finanzwesen gewesen war, einen „Sozialistischen Freiheits-Bund" aufzubauen.[127]

Von den weiteren realen Entwicklungen in Deutschland und in Russland während der 1920er Jahre hätte sich Landauer vermutlich bestätigt gefühlt. Nicht zu Unrecht hat er die an Marx orientierten kommunistischen und sozialdemokratischen Zweige der Arbeiterbewegung vor einem bürokratischen Staatszentralismus gewarnt. Allerdings ließ auch seine Vision eines freiheitlichen Sozialismus noch viele Fragen der praktischen Umsetzung offen - nicht zuletzt die Frage, wie die private und/oder genossenschaftliche Nutzung von Boden und Ressourcen in der Praxis geregelt werden sollte. Und wie könnten einzelne Menschen schon vor einer gesamtwirtschaftlichen Änderung der Boden- und Geldordnung allein ‚von unten' „aus dem Kapitalismus austreten" und sich des äußeren Anpassungsdrucks erwehren, den die kapitalistische Umgebung auf die wenigen kleinen sozialistischen Wirtschaftsgemeinden ausübt? Und wie sollte der Tausch innerhalb einzelner Wirtschaftsgemeinden vonstattengehen?[128]

7.2.4 Gartenstädte als Wiederverbindung von Stadt und Land

Henry George und andere Bodenreformer hatten in ihren Werken auch den Gegensatz zwischen Stadt und Land als eine Folge des falschen Bodenrechts beklagt. „In unseren Städten sind die Leute so eng zusammengepfercht, dass sie schichtweise übereinander leben; auf dem Lande sind die Menschen so weit voneinander getrennt, dass sie alle Vorteile der Nachbarschaft verlieren."[129] Dennoch hatte George noch keine Vorstellungen von dezentralen Siedlungsformen, die den Gegensatz zwischen der Konzentration von Kapital und Menschen in (groß-)städtischen Ballungsräumen und der Entleerung ländlicher Regionen, den Friedrich Engels schon 1845 in seinem Buch „Zur Lage der arbeitenden Klassen in England" leidenschaftlich beklagt hatte, hätten überwinden sollen.

Zum Teil in Erinnerung an die dezentralen Siedlungskonzeptionen der Frühsozialisten und zum Teil auch in Verbindung mit einem lebensreformerischen „Zurück zur Natur" entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunächst in England und bald auch in Deutschland parallel zu siedlungsgenossenschaftlichen Bestrebungen eine Gartenstadtbewegung mit dem Ziel, in der Nähe von nicht umbaubaren Großstädten ganz neue kleine ländlich-städtische Gegenwelten zu den in

---

[127] Vgl. hierzu Silvio Gesell (1919/1991e), S. 302 - 305 (Sozialistischer Freiheits-Bund). - Zur Zusammenarbeit von Landauer und Gesell in der Münchener Räterepublik vgl. Werner Onken (2018), S. 8 - 18 und 43 - 47.

[128] Gustav Landauer (1911/1967), S. 165 (aus dem Kapitalismus austreten).

[129] Henry George (1885/1967), S. 114, und ders. (1885/1976), S. 218 - 221.

sich widersprüchlichen großstädtischen Ballungsräumen und entleerten ländlichen Räumen zu schaffen. Nachdem im Zuge der Industrialisierung die großen Städte mit ihren vornehmen Villenvierteln und krank machenden Mietskasernen in armseligen Arbeitervierteln zu architektonischen Spiegelbildern der sozialen Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft geworden waren, suchten Architekten und Städteplaner zusammen mit (Naturheil-)Ärzten und Hygienikern, jugendbewegten Lebensreformern und Sozialreformern nach neuen Siedlungsformen, in denen sich das Wohnen der Menschen und ihre verschiedenen Arbeitsbereiche wieder näher miteinander verbinden ließen. Zugleich sollten Gartenstädte neue Möglichkeiten einer Wiederverbindung von Menschen mit der Natur schaffen. Auf diese Weise sollten landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Betriebe in kleineren und mittleren Größenordnungen einander näher kommen und dadurch auch die Entfernungen zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten verringert werden.

Die frühe Gartenstadtbewegung wandte sich zwar gegen die kapitalistische Spekulation mit Boden und Wohnungen in den Großstädten und sie tendierte auch zur bodenreformerischen Vorstellung, dass die neuen Gartenstädte auf gemeinschaftlichem Land entstehen sollten, an dem für private Zwecke des Wohnens und Arbeitens entgeltliche Nutzungsrechte vergeben werden. Ihre besonderen Sympathien galten dem genossenschaftlichen Wohnungsbau und alles in allem stellte sie sich die neuen Gartenstädte als einheitliche soziale Gebilde vor, zu denen neben dem privaten und genossenschaftlichen Wohnen, Arbeiten und Konsumieren auch öffentliche Bildungs-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen gehören sollten. „Ideale Stadtgründungen sollten sie verkörpern, sowohl was die städtebauliche Anlage als auch was die auf humanitären Grundlagen aufgebaute soziale Gemeinschaft betraf."[130] Allerdings kamen die Protagonisten der Gartenstadtbewegung vielfach aus bürgerlichen oder gar konservativen Kreisen.[131] Der Arbeiterbewegung blieben sie wegen deren Fixierung auf den technischen Fortschritt und die Konzentration von Kapital in großen Städten fremd.

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts und nach dem 1. Weltkrieg entstanden in Deutschland mehrere Gartenstädte, die auch Kunsthandwerker und Künstler anzogen, u.a. in Karlsruhe-Rüppurr, im Augsburger Thelott-Viertel, in Nürnberg und anderen Städten. Die Gartenstadt Hellerau bei Dresden entwickelte sich zu einem bedeutenden Musterbeispiel.[132] In Berlin-Lichterfelde und für die Genossenschaft „Freie Scholle" in Berlin-Tegel entwarf der Architekt Gustav Lilienthal

---

[130] Sigrid Hofer (1999), S. 93 - 95, hier: S. 95. - Zum Selbstverständnis der frühen Gartenstadtbewegung vgl. Hans Kampffmeyer (1908).

[131] Während Ebenzer Howard in England sich die Gartenstädte ausdrücklich mit Einrichtungen für Menschen mit Krankheiten und Behinderungen vorstellte, stellte sich in Deutschland der völkisch eingestellte Theodor Fritsch die Gartenstädte als Orte der rassischen Erneuerung vor. Zu den Strömungen innerhalb der Gartenstadtbewegung vgl. Kristiana Hartmann (1998), S. 289 - 300. Ähnlich vielfältig und in sich widersprüchlich war auch die Siedlungsbewegung; vgl. hierzu Anne Feuchter-Schawelka (1998), S. 227 - 244, die leider Silvio Gesell zu Unrecht unterstellte, Siedlungen als Stätten der Rassenpflege befürwortet zu haben. (S. 233)

[132] Hans-Jürgen Sarfert (1999).

für Menschen aus der unteren Mittelschicht ‚naturnahe' Häuser und Siedlungen als Alternative zu den berüchtigten Mietskasernen. In Falkenberg und Frohnau bei Berlin entstanden weitere Gartenstädte. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg veröffentlichte der in der Künstlerkolonie Worpswede bei Bremen lebende Architekt Leberecht Migge sein Konzept eines „Sozialen Gartens" als „grünes Manifest". Auf dem berühmten Barkenhoff in Worpswede gründete zu jener Zeit der von den Ideen Proudhons, Fouriers, Landauers und Kropotkins begeisterte Jugendstilmaler, Grafiker und Architekt Heinrich Vogeler eine sich selbst versorgende und selbst verwaltende Kommune für ehemalige Kriegsgefangene, Intellektuelle und Künstler sowie eine Arbeitsschule, in der Kinder zu Trägern einer neuen herrschaftsfreien Gesellschaft herangebildet werden sollten. Die wirtschaftliche Krise mit ihrer galoppierenden Inflation und interne Meinungsverschiedenheiten machten jedoch die Hoffnungen auf einen Ausbau des Barkenhoffs zu einer Siedlung zunichte.[133]

Die Gartenstadtbewegung geriet nicht erst durch den Ersten Weltkrieg und die anschließende große Inflation ins Stocken. Von Anfang an gab es innerhalb der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft, in der übrigens auch Franz Oppenheimer und Gustav Landauer mitwirkten, ganz unterschiedliche konzeptionelle Orientierungen. Unterschätzt wurden auch die Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Siedlungsflächen, bei der Durchsetzung gegen spekulierende Terrain- und Baugesellschaften und vor allem auch die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der neu zu erbauenden Gebäude und Infrastrukturen. Besonders diese Finanzierungsprobleme führten in der Gartenstadtbewegung zu einer Aufweichung der ursprünglichen Ziele. Anstelle von Gartenstädten als eigenständigen sozialen Gemeinschaften entstanden nur noch Gartenvorstädte als naturnähere Vororte von Großstädten. „Kommunen, Genossenschaften und Privatunternehmer haben Gartenstädte begründet und diese nach ihren eigenen Vorstellungen arrangiert, wobei sozialreformerische Überlegungen zugunsten von pragmatischen häufig aufgegeben wurden." So hatte die Kruppsiedlung auf der Margaretenhöhe in Essen zwar noch Ähnlichkeiten mit der Bauweise von Gartenstädten, aber überhaupt keinen genossenschaftlichen Charakter mehr.[134] Statt die Konzentration von Kapital und Menschen in wachsenden Großstädten mit Villen- und Arbeitervierteln durch kleinere Gartenstädte umzukehren, verleibte sich das großstädtische Kapital die Gartenstädte ein und reduzierte sie für einen Teil der in den Großstädten arbeitenden Menschen auf ein schöneres Wohnen im Grünen. Zwar konnten die architektonischen Impulse der Gartenstadtbewegung vorerst noch in entpolitisierten Formen weiterwirken; aber auch sie traten im Laufe der Zeit hinter die von Architekten wie Le Corbusier bestimmte Moderne zurück, die viel mehr mit Stahl und Beton bauten als mit Holz

---

[133] Zur „Freien Scholle" vgl. Manuela Runge & Bernd Lukasch (2007), S. 229 - 241. - Leberecht Migge (1918/1999). - Heinrich Vogeler (1919/1973), S. 117 - 160 (Siedlungswesen und Arbeitsschule). Zu Vogeler vgl. auch Siegfried Bresler (2009), S. 70 - 93.

[134] Vgl. Sigrid Hofer (1999), S. 97 und 99.

und Steinen, um gemäß den Dimensionen des konzentrierten renditesuchenden Kapitals einförmig-funktionale Großbauten für die industrielle Massenproduktion und Verkehrsbauten sowie Hochhäuser für Büros und Wohnungen errichten zu können.

Letztlich sind die aus der Bodenreformbewegung hervorgegangenen Versuche, den Kapitalismus in kleinen Schritten von unten durch Gartenstädte und ländliche Siedlungsgenossenschaften in eine gerechtere Wirtschaftsordnung umzuwandeln, gescheitert, weil dabei noch nicht mit bedacht wurde, dass auch die Geld-, Zins- und Kapitalproblematik einer Lösung bedurft hätte.

7.3 Silvio Gesells Geld- und Bodenrechtsreform als Weg in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Um ein solches Bündel aus bodenrechts- und geldpolitischen Reformen ging es dem Kaufmann Silvio Gesell (1862 - 1930), der in der Region Eupen-Malmedy in einer katholisch und protestantisch gemischten Familie aufgewachsen war und sich durch Angehörige sowohl mit Deutschland als auch mit Frankreich verbunden fühlte. Nachdem er sich 1887 mit einem Geschäft für medizinische Artikel in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires selbstständig gemacht hatte, veranlassten dortige Wirtschaftskrisen und soziale Unruhen ihn, über die Ursachen von Inflation und Deflation sowie von massenhafter Arbeitslosigkeit nachzudenken.

Vor seiner Übersiedlung nach Argentinien hatte Gesell der von Bismarck mit Sozialistengesetzen unterdrückten Arbeiterbewegung nahegestanden.[135] Aber anders als Marx glaubte er nicht, dass die Wurzel der sozialen Probleme hauptsächlich im Privateigentum an den Produktionsmitteln liegen würde. Er führte die Krise auch nicht auf eine besondere Profitgier oder andere menschliche Schwächen von Unternehmern, Bankiers und Börsianern zurück, denn - hierin stimmte er mit Marx' Kritik an einer „Personifikation ökonomischer Kategorien" überein - diese handelnden Personen sind lediglich „soziale Geschöpfe der Verhältnisse".[136] Ansonsten erkannte Gesell als praktischer Kaufmann etwas, was sowohl Adam Smith und die ganze klassische Ökonomie als auch Marx & Engels und ihre Epigonen wie übrigens auch konservative, ständestaatlich orientierte Kapitalismuskritiker nicht gesehen hatten: dass nämlich das Geld in der 'unsichtbaren Hand' der Märkte nicht nur ein harmloses Tauschmittel ist, das allen Menschen gleichermaßen dient, sondern dass es zugleich auch ein Mittel ist, mit dem sich strukturelle wirtschaftliche Macht über Menschen und Märkte ausüben lässt.

---

135 Silvio Gesell (1891/1988), S. 64 (Kritik an Bismarcks Unterdrückung der Arbeiterbewegung).

136 Karl Marx (1867/1972), S. 16.

Störungen in der Zirkulation des herkömmlichen hortbaren Geldes ...

Gesell beobachtete - und empfand diese Erkenntnis selbst als eine „welterschütternde Entdeckung“[137] - , dass sich das Geld vorübergehend aus dem Wirtschaftskreislauf zurückziehen konnte, sobald die Renditen des Geld- und Realkapitals auf weniger als 3 bis 2,5 % sanken. Das Geld war offensichtlich vorübergehend hortbar, während die menschliche Arbeit darauf angewiesen war, möglichst kontinuierlich Abnehmer für die von ihr erzeugten Güter zu finden, denn Absatzstockungen konnten sie in existenzielle Nöte bringen. Zudem alterten noch nicht verkaufte Waren und mussten mit einem zusätzlichen Aufwand gelagert und instand gehalten werden. Das Geld saß also gewissermaßen am längeren Hebel und konnte zwar nicht dauerhaft, aber doch zeitweise warten, bis sich die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse wieder zugunsten des Geld- und Realkapitals und zulasten der Arbeit verschoben hatten und die Renditen wieder stiegen. „Das Geld kann dem Verkehr entzogen und demselben wieder zugeführt werden, wie es dem Besitzer desselben passt, ohne befürchten zu müssen, dass es faule oder verderbe. Kein Gegenstand eignet sich somit so vorzüglich zur Spekulation wie das Geld. ... Das Geld ist aber durch nichts zu ersetzen; niemand kann das Geld auch nur einen Tag entbehren. ... Es gibt in der Welt nicht eine Person, welche nicht die Unveränderlichkeit des Geldes benutzt hätte, um beim Kauf einer Ware kleine Vorteile zu erhaschen ..., welche nicht täglich 10 mal Spekulation mit ihrem Gelde treibt. ... Und so geht es Tag für Tag, jahraus, jahrein, seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden. Immer hat der Geldinhaber dem Wareninhaber denselben kleinen Vorteil voraus, dass das Geld nicht verdirbt.“ Mögen sich diese „kleinen täglichen Vorteile“ in den Anfängen der „Krankheit der sozialen Missverhältnisse“ beim Austausch von Waren gegen Geld und von Geld gegen Waren noch nahezu ausgeglichen haben - wie bei einer schleichend fortschreitenden Krankheit sammelten sich jedoch allmählich größer werdende Vorteile bei zunächst wohlhabend und dann reich gewordenen Gesellschaftsschichten an, während die übrigen Gesellschaftsschichten anfangs noch unmerklich benachteiligt wurden und dann nach und nach in ein verarmtes Proletariat herabsanken. Häufen sich diese „kleinen täglichen Vorteile“ nicht nur in der Tausch-, sondern auch noch in der Kreditsphäre in den Händen von Minderheiten an, „machen sie mit der Zeit große kolossale Summen aus und bilden den Grund zu den riesigen Kapitalanhäufungen, denen wir heute begegnen.“[138] Damit ging die arbeitsteilige Wirtschaft aus einer egalitären Form, in der freie und unabhängige Produzenten und Konsumenten nur sachlich aufeinander angewiesen waren, allmählich in eine qualitativ andere hierarchische Form über, in der neben das wechselseitige sachliche Aufeinanderangewiesensein auch persönliche Abhängigkeiten und Unfreiheiten entstanden.

---

[137] Silvio Gesell (1891/1988), S. 55.

[138] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 106 - 107 und 110 (soziale Missverhältnisse und Kapitalanhäufungen).

Gesell spürte, dass das Geld eine folgenschwere Ausnahmestellung im Leben aller Menschen ohne Unterschied ihrer Herkunft und Religion einnahm. In der Natur befand sich alles in stetiger Bewegung – „panta rhei", „alles fließt" hatte schon der antike Philosoph Heraklit erkannt. Und Marcel Mauss zufolge zeichneten sich archaische Gesellschaften noch durch einen unaufhörlichen stetigen Strom von Gaben und Gegengaben aus, der ihre innere Balance gewährleistete. Aber im modernen Kapitalismus konnte das Geld bzw. konnten größere Teile der Geldmenge den immerwährenden Kreislauf von ineinander greifenden Käufen und Verkäufen von Waren sowie den Kreislauf des Sparens und Investierens zumindest zeitweise unterbrechen und sich damit vorübergehend seiner Aufgabe entziehen, die Wirtschaft und die Gesellschaft in ihrem Innersten zusammenzuhalten. Mit dem Horten meinte Gesell, nebenbei bemerkt, nur den vorübergehenden Stillstand von Geld und nicht etwa das Sparen, bei dem bei Banken gespartes Geld zwischenzeitlich verliehen, woanders investiert und zurückgezahlt wird.[139]

Im Gegensatz zur Sichtweise der klassischen und neoklassischen Ökonomie erwies sich das Geld also keineswegs nur als ein harmloses Mittel der „Verkehrserleichterung", sondern vielmehr als ein in sich widersprüchliches Medium, das den wirtschaftlichen Verkehr je nach Situation entweder erleichterte oder behinderte. Seine gleichmäßige Bewegung innerhalb des Wirtschaftskreislaufs war also keineswegs genauso selbstverständlich wie die stetige Bewegung des übrigen wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Diese Beobachtung führte Gesell zu der Schlussfolgerung, dass die Bewegung des Geldes als ein den Menschen und Märkten dienendes Tausch- und Kreditmittel und als ein Mittel der gesellschaftlichen Integration davon abhängig ist, dass es ‚angemessen' mit Zins und Zinseszins bedient wird. Auf diese Weise lässt sich Zeit zu Geld und aus Geld mehr Geld machen. „Das heutige Geldwesen ist eine ungerechte Einrichtung. ... Es ist der Despot, der die Menschheit an der Nase herumführt wie Narren. ... Und um einen solchen Götzen tanzen die Menschen seit Jahrtausenden." Hierbei ist der Zins übrigens nicht etwa ein Ergebnis eines willkürlichen ‚erpresserischen' Verhaltens von Geldbesitzern, sondern Ausdruck und Folge der im herkömmlichen hortbaren Geld wurzelnden strukturellen Schieflage der „Marktverhältnisse". Von diesen strukturell ungleichen Kräfteverhältnissen sind alle wirtschaftenden Menschen auf komplexe Weise als Anbieter und als Nachfrager unterschiedlich betroffen und es ist diese Schieflage, die den Ausgleich ihrer wirtschaftlichen Kräfte verzerrt.[140]

Mit einem Geld also, das nicht gleichmäßig und verlässlich als Tausch- und Kreditmittel durch den Wirtschaftskreislauf zirkuliert, sondern zeitweise im Stillstand verharren kann oder mit Zinsen in den Kreislauf gelockt werden muss, geraten das Geben und Nehmen im Einzelfall und die Wirtschaft insgesamt in eine innere Un-

---

[139] Diese sachliche Unterscheidung zwischen dem Horten und dem Sparen verwischte Gesell leider zuweilen sprachlich, z.B. mit dem Hinweis, das Geld sei „nicht gemacht, damit es gespart werden könnte". (1920/1991a), S. 197 und 201 - 202) Dadurch entstand der falsche Eindruck, dass das Sparen von Geld nach einer Reform des Geldes nicht mehr möglich sein solle.

[140] Silvio Gesell (1891/1988), S. 66, und ders. (1920/1991a), S. 324 - 336 (Urzins).

ordnung. Es kommt nicht nur zu Inkongruenzen von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage mit der Folge von periodischen Krisen, Arbeitslosigkeit und Kaufkraftschwankungen, sondern auch zu einem Prozess der chronischen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen. „Die jetzigen sozialen Missverhältnisse sind sämtlich ohne Ausnahme auf organische Fehler des Geldwesens zurückzuführen. ... Wer die Ursache der heutigen sozialen Krankheit finden will", sollte sie nicht in äußeren Erscheinungen wie dem Privateigentum an den Produktionsmitteln oder in Entwicklungen der Technik suchen, sondern „sehen, dass der Reichtum ... aus den kleinen molekularen Vorteilen besteht, welche der heutige Geldinhaber über den Wareninhaber hat. ... Dieser Vorteil des Geldinhabers ist das Molekül, woraus die Kapitalanhäufungen bestehen. Dieser kleine Vorteil erklärt die Macht des Kapitals."[141]

Von Bedeutung ist, dass Gesell den Zins nicht pauschal verurteilte oder ihn gar abschaffen wollte, wie ihm zuweilen unterstellt wurde, sondern dass er zwischen seinen berechtigten und fragwürdigen Bestandteilen unterschied. In erster Linie kritisierte er den sog. „Urzins" - also gleichsam die Belohnung für den Verzicht auf die Zweckentfremdung des Geldes als Hortungs- und Wertaufbewahrungsmittel - und auch den im Zins enthaltenen Inflationsausgleich, während er die Bankgebühr und die Risikoprämie für gerechtfertigt hielt.[142] Bei seiner Erklärung des „Urzinses" hatte Gesell allerdings mehr die Tauschsphäre vor Augen als die Kreditsphäre, obwohl die „kleinen molekularen Vorteile" in der Kreditsphäre mit der zunehmenden Größe der verleihbaren Summen entsprechend mehr Gewicht bekamen als in der Tauschsphäre.

Davon abgesehen waren es gewissermaßen die frühen feinen Risse im Gesamtgefüge der Geld- und der Realwirtschaft, die Gesell als praktischer Kaufmann beobachtete und fortan als ökonomischer Autodidakt theoretisch durchdringen wollte. Seine Gedanken über die Anfänge der Aufspaltung von Geld- und Realwirtschaft hat er in seinen drei Frühschriften näher ausgeführt, die 1891/92 in Buenos Aires in deutscher Sprache erschienen. Fünf Jahre später hat er sie ebenfalls noch in Argentinien in einem Buch „Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs" systematisiert.[143]

Neben einer gewissen Affinität zu geld- und zinskritischen Aussagen in den Überlieferungen des Judentums, Christentums und Islams weisen Gesells Überlegungen eine noch deutlichere Parallele zu den Ausführungen des antiken Philosophen Aristoteles (384-322 v.Chr.) über die „Hausverwaltungskunst" (grch. oikono-

---

[141] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 74 - 75, 86 und 122 - 123 (Ursache der Anhäufung von Kapital in den Händen von Minderheiten). - „Unser Geld ist aus Edelmetall hergestellt, ein Material, welches von allen in Betracht kommenden Produkten und Elementen der Erde eine Ausnahmestellung einnimmt, insofern als es unverwüstlich ist. Nichts greift das Gold an; selbst die Zeit nicht." (1897/1988, S. 146)

[142] Vgl. das Kapitel 5 „Die Freigeld-, Zins- und Kapitaltheorie" in Gesells späterem Hauptwerk (1920/1991a), S. 319 - 380.

[143] Das Vorwort zu diesem Buch (1897/1988) enthielt eine genaue Schilderung der Entwicklung von Gesells ersten Gedanken über die Reformbedürftigkeit des Geldes. (S. 15 - 29)

mia = Haushalt) auf. Aristoteles machte einen Unterschied zwischen einer „natürlichen Erwerbskunst", bei der das Geld lediglich der „Hausverwaltung" dient, und einer „anderen Art der Erwerbskunst, die man als die Kunst des Gelderwerbs bezeichnet; im Hinblick auf sie scheint keine Grenze des Reichtums und des Erwerbs zu bestehen." Während das Geld innerhalb der „natürlichen Erwerbskunst" auf seine Rolle als Tauschmittel begrenzt ist, durchbricht es seine Grenze, sobald es in der sog. „Chrematistik" zusätzlich dazu verwendet wird, „Geld ... ins Unbegrenzte ... zu vermehren". In der Realität gehen die „natürliche Erwerbskunst" und die „Chrematistik" fließend ineinander über. In einer solchen „doppelten Erwerbskunst ... ist erst recht der Wucher hassenswert, der aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden; durch den Zins vermehrt es sich aber durch sich selbst. Daher hat es auch seinen Namen: das Geborene ist gleicher Art wie das Gebärende und durch den Zins (tokos) entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur."[144]

... und ihre Überwindung durch „rostende Banknoten"

Über eine Unterscheidung zwischen einem idealtypischen Geld, das den Menschen lediglich als Tausch- und Kreditmittel dient, und dem real existierenden, in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geld, das den Menschen sowohl dient als sie zugleich auch als Mittel der Spekulation und Geldvermehrung beherrscht, hinausgehend hat Gesell in seinen Frühschriften auch bereits die Grundgedanken einer Reform des Geldwesens beschrieben. Durch sie könne die Wirtschaft des klassischen Laissez-faire-Kapitalismus in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus übergehen.

Ein zukünftig nicht mehr hortbares nachkapitalistisches Geld stellte sich Gesell in der Form von „rostenden Banknoten" vor, die im Laufe eines Jahres etwa 5 – 6 % ihres Nennwerts verlieren. Auf diese Weise würde das Geld seine ihm innewohnende strukturelle Übermacht über die Kapital-, Arbeits- und Warenmärkte verlieren. Durch das Rosten des Geldes würde das Geld gewissermaßen entthront und mit der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen strukturell auf eine gleiche Stufe gestellt, so dass die von den Klassikern und Marx als schon bestehend unterstellte Äquivalenz zwischen den Waren und dem Geld tatsächlich hergestellt würde. „Wir brauchen Parität zwischen Ware und Geld, zwischen Angebot und Nachfrage. Und da wir diese Parität nicht durch Anpassung der Ware an das Geld herstellen können, so bleibt nichts anderes übrig als das Geld paritätisch mit der Ware zu machen. ... Die Ware musste früher das Geld aufsuchen. Jetzt geht das Geld der Ware auf halbem Weg entgegen. Das Geld ist natürlicher, normaler,

[144] Aristoteles (1978), S. 59–63. - Zur Verwandtschaft von Gesells Geld- und Zinskritik mit dem Judentum, Christentum und Islam vgl. Roland Geitmann (2016).

menschlicher geworden. ... Die rostenden Banknoten geben dem Menschen den Adel der Gesinnung zurück."[145]

Anti-capitalistisches Geld

mit materiellem Umlaufszwang und dauernd fester Währung.

Ein neues Tauschmittel zur Beschleunigung, Sicherung und Verbilligung des Waarenaustausches.

Zur Erzielung völliger Aequivalenz zwischen Waare und Geld und behufs Erzwingung der für die Währung unentbehrlichen Gleichmässigkeit im Geldumlauf, wird dieser Geldbrief zu Gunsten der Staatskasse und auf Kosten des Inhabers wie folgt an Tausch- und Zahlkraft abnehmen:

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
1—7	100.-	1—4	99.60	1—4	99.20	1	98.80	1—6	98.30	1—4	97.90
8—14	99.90	5—11	99.50	5—11	99.10	2—8	98.70	7—13	98.20	5—11	97.80
15—21	99.80	12—18	99.40	12—18	99.-	9—15	98.60	14—20	98.10	12—18	97.70
22—28	99.70	19—25	99.30	19—25	98.90	16—22	98.50	21—27	98.—	19—25	97.60
29—31	99.60	26—28	99.20	26—31	98.80	23—29	98.40	28—31	97.90	26—30	97.50
						30	98.30				

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
1—2	97.50	1—5	97.—	1—2	96.60	1—7	96.10	1—4	95.70	1—2	95.30
3—8	97.40	6—12	96.90	3—9	96.50	8—14	96.	5—11	95.60	3—9	95.20
9—15	97.30	13—19	96.80	10—16	96.40	15—21	95.90	12—18	95.50	10—16	95.10
16—22	97.20	20—26	96.70	17—23	96.30	22—28	95.80	19—25	95.40	17—23	95.-
23—29	97.10	27—31	96.60	24—30	96.20	29—31	95.70	26—30	95.30	24—30	94.90
30—31	97.-									31	94.80

Abb.: „Anti-capitalistisches Geld" (1899)[146]

Zuschlagsätze.

Januar	Pfg.	Februar	Pfg.	März	Pfg.	April	Pfg.
1—7	—	1—4	40	1—4	80	1	120
8—14	10	5—11	50	5—11	90	2—8	130
15—21	20	12—18	60	12—18	100	9—15	140
22—28	30	19—25	70	19—25	110	16—22	150
29—31	40	26—28	80	26—31	120	23—30	160

Mai	Pfg.	Juni	Pfg	Juli	Pfg	August	Pfg.
1—6	170	1—4	210	1—2	250	1—5	300
7—13	180	5—11	220	3—8	260	6—12	310
14—20	190	12—18	230	9—15	270	13—19	320
21—27	200	19—25	240	16—22	280	20—26	330
28—31	210	26—30	250	23—29	290	27—31	340
				30—31	300		

September	Pfg.	Oktober	Pfg.	November	Pfg.	Dezember	Pfg.
1—2	340	1—7	390	1—4	430	1—2	470
3—9	350	8—14	400	5—11	440	3—9	480
10—16	360	15—21	410	12—18	450	10—16	490
17—23	370	22—28	420	19—25	460	17—23	500
24—30	380	29—31	430	26—30	470	24—31	510

Mark 100. Mark 100.

Physiokratisches Geld

(Muster)

Dieser Zettel gilt mit den nebenan verzeichneten Zuschlagsätzen im Handel, an den Staatskassen und vor Gericht:

Ein Hundert Mark

Pythagoras

Die Geldverwaltung.

Ehret Lykurg; er tödtete das Gold und Silber, die Ursache aller sozialen Uebel. Pythagoras.

Lykurg

Nachdruck verboten.

Nachdruck verboten.

Abb.: „Physiokratisches Geld"[147] Muster einer „rostenden Banknote" (1912)

---

145 Silvio Gesell (1897/1988), S. 155 und 212. Die allerersten Geldscheinmuster zur Veranschaulichung des Reformgeldes finden sich auf den Seiten 178 und 180. Vgl. auch ders., (1892/1988a), S. 115 (Adel der Gesinnung).

146 Muster eines „Anti-capitalistischen Geldes", in: Silvio Gesell (1899/1988), S. 278 - 279.

147 Silvio Gesell (1912/1990e), S. 23.

Indem das Geld in Gestalt von nicht mehr hortbaren „rostenden Banknoten" in das Werden und Vergehen allen Lebens integriert wird, kann die für „die Kommunikation zwischen Produzent und Konsument" unerlässliche Einheit von Kauf und Verkauf, Sparen und Investieren nicht mehr vom Geld eigenmächtig aufgespalten werden. Mit „rostenden Banknoten" bleibt der Wirtschaftskreislauf unter allen Umständen geschlossen. Unter diesen Umständen lässt sich Gesell zufolge auch eine „Goldene Regel der Volkswirtschaft" einhalten, wonach sich entsprechend dem „kategorischen Imperativ" (Immanuel Kant) auch in der Wirtschaft freie Menschen auf gleicher wirtschaftlicher Augenhöhe begegnen und nach „Maximen ihres Willens handeln, die jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten können."[148]

Im Kern ging es Gesell mit den „rostenden Banknoten" als einer vom Gold und Silber völlig losgelösten Papierwährung darum, den Austausch der Erzeugnisse der menschlichen Arbeit auf Märkten und indirekt auch die Kreditbeziehungen und die Produktion der Waren von jeglichen Machteinflüssen und Ungerechtigkeiten zu befreien. Von der Einführung „rostender Banknoten" erhoffte er sich in mehrfacher Hinsicht positive Auswirkungen, deren Tragweite ihm freilich erst im Laufe der Zeit bewusst wurde. Und er vermochte auch noch nicht alle Auswirkungen systematisch darzustellen.

- Durch einen gleichmäßigen, nicht mehr durch spekulative Unterbrechungen gestörten Geldfluss würden - so lautete eine der ersten Schlussfolgerungen Gesells - die Zentralbanken in die Lage kommen, die Menge des zirkulierenden Papiergeldes mit Hilfe einer Preisstatistik ganz genau an die Bedürfnisse des Verkehrs anzupassen. Ohne Inflation und ohne Deflation könnten sie die Kaufkraft der Währungen dann absolut stabilisieren.[149] Bei vordergründiger Betrachtung konnte es zwar als ein Paradox erscheinen, dass einzelne „rostende Banknoten" kontinuierlich an Wert verlieren sollen und dass dadurch die Kaufkraft von Währungen stabilisierbar werden sollte. Gerade darin liegt jedoch - wie man mit einem Wort Hegels sagen könnte - eine „List der Vernunft". So wie die Stoffwechselkapazität der Menge des in einem erwachsenen menschlichen Körper zirkulierenden Blutes konstant bleibt, obwohl die einzelnen Blutkörperchen fortlaufend altern und erneuert werden, so könnten in ähnlicher Weise auch die „rostenden Banknoten" beständig altern und von den Zentralbanken erneuert werden, ohne dass dies einen Einfluss auf die Kaufkraft der gesamten in Verkehr gegebenen Geldmenge hätte. Die stetige, von niemandem mehr zeitweise zu unterbrechende Bewegung *aller* einzelnen Banknoten würde die Steuerbarkeit der Geldmenge entscheidend verbessern. Die Währungen könnten dann durch eine exakte Anpassung der Geldmengen an die Bedürfnisse des Verkehrs über lange Zeiträume genauso stabil

---

[148] Silvio Gesell (1892/1988b), S. 161, und ders. (1904/1989a), S. 317 - 320. - Zum „kategorischen Imperativ" vgl. Immanuel Kant, Kritik der praktischen Vernunft (1788), Stuttgart 1961/1998, S. 53 und 253.

[149] Die herkömmliche Quantitätstheorie des Geldes war ohne eine solche Verstetigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unvollständig. Vgl. hierzu Silvio Gesell (1902/1989b), S. 108 - 113. - Zur Kritik an der Goldwährung vgl. Silvio Gesell (1920/1991a), S. 190 - 191, 205 - 206, 212 - 233 und 308 - 311.

gehalten werden wie Meter, Liter oder Kilogramm. Das würde eine große Erwartungssicherheit und Verlässlichkeit in die Wirtschaft bringen – vor allem für Verträge mit langen Laufzeiten wie bei der Vorsorge für Krankheit und Alter.

Eine Verstetigung des Geldkreislaufs könnte das Tor zur absoluten Stabilisierung der Kaufkraft von Währungen öffnen und - wenn sie international abgestimmt würde - auch zur Stabilisierung der Wechselkurse. Der Spekulation mit Schwankungen von Währungen und Devisenkursen wäre der Nährboden entzogen. Nominallöhne und -zinsen würden identisch mit Reallöhnen und -zinsen. In der Tauschsphäre würde der Kreislauf W - G - W - G - W- ..... geschlossen und in der Kreditsphäre kämen Sparen und Investieren zum Ausgleich (S = I). Damit würde das von dem klassischen Ökonomen Jean Baptiste Say aufgestellte Theorem tatsächlich Gültigkeit erlangen, wonach es für jedes einzelne Warenangebot eine Nachfrage gibt und wonach das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage miteinander übereinstimmen.

Nach und nach erkannte Gesell, dass die Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte, die sich bislang in der kapitalistischen Marktwirtschaft in Schieflagen und Ungleichgewichten befunden hatten, fortan mit Hilfe einer verstetigten Geldzirkulation und einer exakten Dosierung der Geldmenge in ein stabiles Fließgleichgewicht bringen lassen könnten.

- Wenn auf dem *Kapitalmarkt* das Angebot und die Nachfrage von Geld- und Realkapital im Laufe der Zeit allmählich zum Ausgleich kommen, könnten die Renditen nach und nach gegen Null sinken und sich um einen neuen Gleichgewichtspunkt bei null einpendeln. Mit den „rostenden Banknoten" oder mit dem „Freigeld" – wie dieses reformierte Geld später genannt wurde – und ihrer exakten Mengensteuerung wollte Gesell den Zins also nicht wie die großen Religionen verbieten oder abschaffen, sondern dafür sorgen, dass er von allein in Richtung null sinken kann. Wenn der sog. „Urzins" und bei einer absolut stabilen Währung auch der Inflationsausgleich aus dem bisherigen Zins verschwinden, bleiben nur noch die Bankgebühren für die Einlagenverwaltung und Kreditvermittlung sowie die Risikoprämie übrig. Diese Bankgebühren und die Risikoprämie (die bei einem geschlossenen Geldkreislauf niedriger sein kann als bisher) bilden einen neuen nahe null liegenden Gleichgewichtspunkt, um den die Zinsen je nach der Dauer der Geldausleihungen schwanken. Diese Schwankungen der minimalen Zinsen bleiben notwendig, um die Ersparnisse dezentral in bedarfsgerechte Investitionen zu leiten. Die Lenkungsfunktion des Zinses wollte Gesell also erhalten; aber in seiner Broschüre „Zinsfreie Darlehen" (1904) entwickelte er den Gedanken, dass das Geld bei einem durchschnittlichen Zins von nahe null verteilungsneutral werden könnte, d.h. es würde dann seine geradezu diabolische Kraft verlieren, die arbeitsteilige Wirtschaft und Gesellschaft sowohl zu integrieren als sie auch zu spalten, indem es den Wirtschaftskreislauf zeitweise stört und über den Zins und Zinseszins die Verteilung von Einkommen und Vermögen leistungswidrig verzerrt.

Dem möglichen Einwand, dass die Nachfrage nach zinsfreien Darlehen „ins Fabelhafte, ins Blaue hineinwachsen würde", begegnete Gesell mit dem Hinweis,

dass mit der Investition solcher Darlehen Arbeits- und Materialkosten verbunden seien, die einer beliebigen Kreditaufnahme entgegen wirken würden. Außerdem widersprach er der neoklassischen These von der Notwendigkeit des Zinses als Anreiz zum Sparen. Aufgrund der mit dem Zins einhergehenden Umverteilung des Einkommens von Arbeitenden zu Vermögenden erschwere der Zins vielmehr das Sparen für große Teile der Bevölkerung. „So erweist sich die alte Theorie, dass der Zins das Sparen erleichtere, als Schwindel. Der Zins macht das Sparen für die große Masse unmöglich. Fällt der Zins auf null, so wird jeder sparen können."[150] Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von null und einer absolut stabilen Kaufkraft der Währung würden die Menschen in die Lage versetzt, größere Teile ihres vollen Arbeitsertrags zu sparen - und zwar nicht wegen der Aussicht auf eine Vermehrung ihrer Ersparnisse (bei gleichzeitiger inflationärer Wertminderung), sondern wegen der Aussicht, Vorsorge mit der Gewissheit einer langfristigen Werterhaltung betreiben zu können. Im Übrigen würden auch andere Lebewesen ohne Zinserwartungen sparen. „Die Bienen sparen, die Hamster sparen, der Bär spart, aber von Zinsen ist in der Natur nirgendwo eine Spur zu sehen."[151]

- Auch ahnte Gesell schon frühzeitig, welche weitreichenden Auswirkungen „rostende Banknoten" auf den *Arbeitsmarkt* haben könnten. So stand ihm bereits in seinen Frühschriften das ferne Ziel einer Überwindung der Lohnabhängigkeit von Proletariern vor Augen. „Alle Arbeiter sind durch die rostenden Banknoten von Lohnarbeitern zu selbstständigen Handwerkern geworden. ... Der wachsende Wohlstand der Arbeiter wird ihnen auch die Möglichkeit geben, die Produktionsmittel, welche ihnen das heutige Geldwesen aus der Hand gewunden, wieder zu erlangen und mit ihnen auch die vollkommene wirtschaftliche Selbstständigkeit." Eine solche Dezentralisierung der bislang in wenigen Händen konzentrierten Produktionsmittel und eine damit allmählich einhergehende Umwandlung von Proletariern in selbstständig wirtschaftende Bürger könnten sich mittel- und langfristig als Folge von „rostenden Banknoten" ergeben. Jedoch „würde es zu weit führen, diesen Vorgang in allen Details zu verfolgen. Ich bitte aber den Leser, auf der Spur, die ich ihm hier trassiert habe, weiter zu schreiten."[152]

Zunächst wandte sich Gesell den kurzfristigen Folgen einer Einführung von „rostenden Banknoten" für den Arbeitsmarkt zu, auf dem bis auf Weiteres die Fabrikanten dank ihres konzentrierten Privatkapitals noch über die Arbeitskraft der Proletarier als Ware verfügen.[153] Zum einen erschien ihm die Schließung des Wirt-

---

150 Silvio Gesell (1906/1989a), S. 136; vgl. auch ders. (1891/1988), S. 116.

151 Silvio Gesell (1903/1989b), S. 256 - 316, hier S. 308 - 311 (Bestandteile des Zinses), S. 275 - 277 (Sparen bei Nullzins und Nullinflation) und 301 - 307 (Ursachen des Zinses bzw. Urzinses). - Diese Broschüre arbeitete Gesell später zum Kapitel 5 seines Hauptwerks „Die Natürliche Wirtschaftsordnung" um; vgl. den Band 11 der GW (1920/1991a), S. 319 - 380.

152 Silvio Gesell (1892/1988a), S. 110 und 124 - 125. Anfänglich hatte Gesell sogar die Vorstellung, dass die privat angehäuften Kapitalien in die Hände des Staates übergehen könnten. „Das Zusammenschmelzen der Privatkapitalien wird dem Staat zugutekommen. In demselben Verhältnis, wie jene kleiner werden, wird das Staatskapital, das gemeinsame Kapital, größer." (1891/1988, S. 62)

153 Silvio Gesell (1892/1988a), S. 126 und 128 (Verfügung der Fabrikanten über die Ware Arbeitskraft).

schaftskreislaufs als ein wirksamer Schutz der Lohnarbeiter vor Entlassungen, d.h. als eine automatische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. „Rostende Banknoten lassen niemanden ohne Arbeit. ... Mit rostenden Banknoten gibt es ... keine Geschäftskrisen mehr. Liquidationen, Arbeitseinstellungen, Fallimente und Gerichtsvollziehungen, die sonstigen Blüten des heutigen närrischen Handels werden verdorren. Rostende Banknoten gleichen Nachfrage und Angebot stets ... und unter allen Umständen aus."[154] Und zum anderen würde den Fabrikanten mit dem Verschwinden der ‚industriellen Reservearmee' die Möglichkeit genommen, die Löhne nach unten zu drücken. „Die Münzreform nimmt dem Geldinhaber alle Vorrechte; sie reduziert die Verdienste der Fabrikanten auf die Summe, die dem Fabrikanten für seine Arbeit und als Entschädigung für die Verzichtleistung auf die Freizügigkeit zukommt. ... Die Münzreform sorgt auch dafür, dass der Verdienst der Fabrikanten niemals einen gewissen Prozentsatz übersteigen kann, denn die große Arbeiternachfrage wird die Löhne bis zum Äußersten herauftreiben." Außerdem könnten sich Lohnarbeiter auch selbstständig machen, wenn sie die Arbeitsbedingungen der Fabrikanten als bedrückend empfinden und „für eigene Rechnung arbeiten und den Fabrikanten Konkurrenz machen."[155]

In den „rostenden Banknoten" sah Gesell auch eine Möglichkeit, das Recht der Arbeiter auf eine gerecht entlohnte Arbeit zu verwirklichen, weil es dadurch mit einem Recht auf den gegenseitigen Austausch nützlicher Waren verbunden werde. Ohne diese Garantie eines Absatzes innerhalb des geschlossenen Wirtschaftskreislaufs könne das Recht auf Arbeit zu einem Recht werden, „dass der Staat Arbeiten machen ließe, welche von niemandem verlangt werden. ... Niemand hat das Recht, anderen seine Ware aufzudrängen, auch nicht dem Staate, sondern jeder muss die Wünsche der anderen berücksichtigen."[156]

Wenn schließlich unter den Bedingungen eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs und steigender Löhne niemand mehr aus diesem Kreislauf in Arbeitslosigkeit und Existenznöte herausfallen kann, könnten sich über die damaligen Forderungen der Arbeiterbewegung nach einem Achtstundentag hinaus auch noch Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Flexibilisierung der Arbeitszeiten ergeben. Die Menschen hätten unterschiedliche Bedürfnisse und müssten bzw. könnten je nach Fähigkeiten, Familienstand und Alter unterschiedlich viel arbeiten. „Warum soll ein Mann acht Stunden arbeiten, wenn er mit zwei genug für seine Bedürfnisse schaffen kann? ... Diogenes hatte wenig Bedürfnisse, Lucullus viele. Warum den ersten zwingen, mehr zu arbeiten als er nach seinen Ansichten braucht; warum den zweiten verhindern, weniger zu ernten, als er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nötig hat? ... Die Münzreform lässt jeden nach Belieben arbeiten."[157]

---

[154] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 112 - 113 und 148. Vgl. ders. (1920/1991a), S. 254 und 282 - 286 (Freigeld als selbsttätig wirkende Arbeitslosenversicherung).

[155] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 129 - 130 (sinkende Unternehmereinkommen und steigende Löhne); vgl. auch (1892/1988a), S. 109.

[156] Silvio Gesell (1892/1998a), S. 132 - 133 (Recht auf Arbeit und Recht auf den Tausch der Waren).

[157] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 134 - 135 (flexible Arbeitszeiten).

● Im Hinblick auf den *Warenmarkt* und den Handel, in dem Gesell als Kaufmann über eigene praktische Erfahrungen verfügte, erwartete er von der Einführung „rostender Banknoten" schließlich eine bessere und auch vereinfachte Integration der arbeitsteiligen Wirtschaft zu einem wohlproportionierten Ganzen. Unter dem sanften Druck des Rostens der Banknoten würde sich die Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen richten und es würde auch die Barzahlung von Waren zunehmen, „um möglichst wenig Geld in der Kasse zu haben". Und es könnten der Zwischenhandel und die Werbung reduziert werden oder gar ganz entfallen. „Mit rostenden Banknoten wandern die Waren in gerader Linie, ohne Aufenthalt, vom Produzenten zum Konsumenten. Keine Schaufenster, Handlungsreisende, ellenlange Annoncen sind mehr nötig, um die Ware an ihren Bestimmungsort zu bringen." Mit der Vereinfachung und Verbilligung des Handels könne zugleich eine deutliche Senkung der Handelsspesen einhergehen, was letztlich den Löhnen der Arbeiter ebenso zugutekomme wie das Sinken des Zinsniveaus. Und mit der Stabilisierung der Kaufkraft der Währung erhalte der Handel überhaupt erst jene solide Grundlage, auf der er von einem „Hazardspiel auf schwankendem Brett" zu einem „ehrlichen Handel" werden könne.[158]

Der „soziale Staat" als Garant von Recht, Gerechtigkeit und Freiheit

Mit einer Reform des Geldwesens wollte Gesell den sich bislang selbst überlassenen freien Märkten eine staatlich-institutionelle Rahmenordnung geben, die neutral über den einzelnen Interessen steht und gewährleistet, dass das Geld allen Menschen zu jeder Zeit und an jedem Ort gleichermaßen als Tausch- und Kreditmittel dient, ohne sie noch länger strukturell zu beherrschen und die Verteilung von Einkommen und Vermögen leistungswidrig zu verfälschen. „Mit den Währungsfragen sind Privatinteressen von ungezählten Milliarden verknüpft. Und das Recht fordert, dass der Staat diesen Interessen gegenüber parteifrei bleibe."[159]

Als zentrale ordnungspolitische Aufgabe eines „sozialen Staates" betrachtete Gesell die Einbettung aller privatwirtschaftlichen Interessen in eine rechtliche Rahmenordnung, welche den „Grundsatz suum cuique aufstellt" und allen Menschen mit Hilfe eines neutralisierten Geldes anstelle des „jetzigen vernunft- und rechtswidrigen Geldsystems" ein gleiches Recht auf Freiheit und Eigentum verbürgt, das „jedoch begrenzt wird von der Rücksicht auf die Freiheit anderer Menschen wie sein Eigentum begrenzt wird von dem Eigentum anderer. ... In der Garantie der individuellen Freiheit besteht auch die Garantie auf die gleichmäßige Verteilung der irdischen Güter." Darüber hinaus habe der Staat Bildungseinrich-

---

[158] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 107 (Barzahlung), 110 - 111 („Der Rost wird die Spürnase der Banknoten sein, womit sie die Waren auffinden werden.") sowie 127 und 148 (sinkende Handelsspesen). Ders. (1892/1988b), S. 160. Zum Wandel des Handels vgl. auch ders. (1906/1989), S. 149, und (1920/1991a), S. 245 und 266 (Produktion gemäß den menschlichen Bedürfnissen).

[159] Silvio Gesell (1897/1988), S. 93 - 96.

tungen zur Pflege des „unbändigen Freiheitsgeistes eines Volkes" und seines Gerechtigkeitssinns sowie ein öffentliches Verkehrswesen zu unterhalten und die äußere Sicherheit zu gewährleisten. Unter den Bedingungen einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung habe der „geordnete Staat" seine Tätigkeit allein durch Steuern und nicht durch die Aufnahme von Schulden zu finanzieren.[160]

Zwischen der klassisch-neoklassischen Ökonomie und dem Marxismus

Mit seinem Hinweis auf die Notwendigkeit eines das Geldwesen gerecht ordnenden Rechtsstaates trat Gesell der Annahme der klassischen und neoklassischen Ökonomie entgegen, dass allein eine „unsichtbare Hand" des Marktes (Adam Smith) alles wirtschaftliche Handeln von Anbietern und Nachfragern zum Wohle aller Menschen optimal aufeinander abstimmen könne. Nach seiner Ansicht bedurfte es vielmehr auch einer ‚sichtbaren' Rechtsordnung mit einem neutralisierten Geld als der „wichtigsten, unentbehrlichsten staatlichen Verkehrseinrichtung".[161] Erst wenn die Märkte eine solche rechtsstaatliche Rahmenordnung für ihre Selbstorganisation und Selbstheilung erhalten, sei gewährleistet, dass sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schaffen und dass diese Nachfrage auch tatsächlich wirksam werde und die Märkte räumen könne. Erst durch eine „organische Reform" des Geldwesens könne die von Klassik und Neoklassik verleugnete „Krankheit der sozialen Missverhältnisse" überwunden werden, so dass dann die Proportionen des Gebens und Nehmens sowohl mikro- als auch makroökonomisch in ein stabiles Gleichgewicht kommen können.[162]

Statt sich mit seinen Frühschriften an neoklassische Ökonomen zu wenden, brachte Gesell darin ausdrücklich seine Hoffnung zum Ausdruck, „die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf das Geldwesen zu lenken", deren „Führer sich von Marx auf eine falsche Spur haben leiten lassen", nämlich auf die im „Kommunistischen Manifest" und im Band 1 des „Kapital" angelegte falsche Spur, die zur Allmacht eines zentralistischen proletarischen Staates zu führen drohte. „Wer die heutige soziale Frage lösen will, darf nicht vergessen, dass die Lösung nicht auf Kosten der unbändigen Freiheit und Unabhängigkeit des Menschen stattfinden darf. ... Die Münzreform ermöglicht es, die soziale Frage zu lösen, ohne auf den kommunistischen Wirtschaftsbetrieb zurückgreifen zu müssen."[163]

---

[160] Silvio Gesell (1891/1988), S. 61 (vernunft- und rechtswidriges Geldsystem) - 62 (sozialer Staat), 64 (unbändiger Freiheitsgeist eines Volkes) und (1892/1988a), S. 131 (Grenzen von Freiheit und Eigentum), 135 - 138 (geordneter Staat mit Bildungs- und Verkehrswesen, Militär und Steuern) und 141 - 142 (Gesetze zum Schutz der Freiheit und inneren Sicherheit). Seine anfängliche Loyalität gegenüber dem Militär hat Gesell später aufgegeben.

[161] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 113.

[162] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 119 und 122 (Krankheit der sozialen Missverhältnisse) sowie (1897/1988), S. 115 (organische Reform des Geldwesens).

[163] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 73, 147 - 148 und 152.

Während des ersten Jahrzehnts seines Nachdenkens über eine Reform des Geldwesens von 1891 bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ahnte Gesell noch nicht, wie weit Marx & Engels seiner Kritik am kapitalistischen Geld in den 1885 und 1894 erschienenen Bänden 2 und 3 des „Kapital" schon entgegen gekommen waren und wie naheliegend es gewesen wäre, eine Verständigungsbrücke von deren späten zirkulationstheoretischen Einsichten zu seinem geldreformerischen Anliegen zu bauen. Seine Geldreform hätte er als dasjenige Mittel darstellen können, mit dem es möglich geworden wäre, den Geldfetisch zu entzaubern und nach mehreren periodisch wiederkehrenden Krisen auch noch die letzte Schranke wegzuräumen, die den endgültigen tendenziellen Fall der Profitrate auf null noch verhindert hatte. Allerdings spielten die Bände 2 und 3 des „Kapital" kaum eine Rolle in der Theorieentwicklung der Arbeiterbewegung und erst später erfuhr Gesell, dass er mit Pierre Proudhon in Frankreich einen Vorläufer hatte, dem es schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht gelungen war, sich mit Marx zu verständigen. So geriet er mit seinem Bestreben, den Geldreformansatz als einen freiheitlichen Ausweg aus dem Kapitalismus weiterzuentwickeln, rund 40 bis 50 Jahre nach Mill und Proudhon und noch vor Hilferding und Luxemburg zwischen die großen Orthodoxien der Neoklassik und des Marxismus. Während die neoklassische Orthodoxie die fortschreitende Konzentration des Kapitals unter dem Deckmantel der 'freien Konkurrenz' gewähren ließ und gegen jegliche Kritik abschirmte, hielt der Marxismus trotz seiner Kritik an der Konzentration von Privatkapitalien eben diese Konzentration dennoch für ein geschichtsnotwendiges Vorstadium einer 'höheren' Stufe der Konzentration des Kapitals in den Händen eines proletarischen Staates.

Zumindest ansatzweise enthielt Gesells Ziel einer Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals auch erste Ausblicke auf eine Überwindung des Lohnarbeitsverhältnisses. Sie hätten das Potenzial für eine tiefere Verbindung mit der vom Frühsozialismus ausgegangenen Genossenschaftsbewegung gehabt, waren aber noch kaum über die Vorstellung einer Besserstellung der Lohnarbeit bzw. einer Vielzahl von Einzelunternehmen hinausgekommen. Und wegen seiner Kritik an der von Marx im Band 1 des „Kapital" erhobenen Forderung nach einem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus blieben auch Gesells Hoffnungen unerfüllt, dass sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung ernsthaft mit seiner liberalen, kleinbürgerlich wirkenden Kapitalismuskritik und seinen Vorstellungen von einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft auseinandersetzen könnten. Die Rezeption seines Werkes sowohl von Seiten der Arbeiterbewegung als auch von Seiten der Ökonomie war zudem dadurch erschwert, dass Gesell seine Theorien „in einfachem kaufmännischem Stile geschrieben" hatte und keine Mitarbeiter fand, die sie „mit wissenschaftlichen Schnörkeln versehen wollten".[164]

---

[164] Silvio Gesell (1892/1988a), in: GW 1, S. 152.

Die Erde als Gemeinschaftsgut aller Menschen – Erweiterung der Geldreform um eine Reform des Bodenrechts

Gesells anfängliches Ziel, die „tief zu beklagende Kapitalansammlung“[165] und die Entblößung der Arbeiter von den Produktionsmitteln zu überwinden, trat bedauerlicherweise in den Hintergrund - aber nicht etwa, weil er es aufgegeben hätte, sondern weil ihm noch ein weiteres großes Ziel vor Augen trat. Ausgelöst durch die Bodenspekulation in Buenos Aires und den Großgrundbesitz in der argentinischen Pampa erkannte er nämlich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, dass ein freie Märkte gerecht ordnender „sozialer Staat“ zusammen mit der Geldordnung noch eine zweite große, die Märkte ordnende Aufgabe erfüllen müsste: nämlich die Schaffung eines gleichen und gerechten Zugangs für alle Menschen zum Boden und zu den natürlichen Ressourcen.

Bereits in seinen Frühschriften hatte Gesell beiläufig den Gedanken gestreift, dass „die Erde für alle Menschen bestimmt (ist); alle haben ein gleiches Recht auf die Schätze, die sie birgt“. Jedoch hatte er das private Bodeneigentum zunächst noch für unbedenklich gehalten und darauf verwiesen, dass das Land bei einem gegen null sinkenden Zinsniveau „zwar dem Bebauer gehört, dass es aber unverkäuflich wird ... wie das Licht, die Sonne und die Luft ..., weil keine Käufer vorhanden sind noch sein können.“ Vorerst hatte es Gesell bei der Annahme belassen, dass „die Aneignung großer Landkomplexe unmöglich (wird) und die bestehenden großen Güter bei jeder Erbschaft in Teile zerfallen werden“.[166]

Nachdem er sich noch während mehrerer Jahre ganz auf die Diagnose und Therapie der Störungen des Geldkreislaufs konzentriert hatte, reifte erst in den späten 1890er Jahren, als Gesell seine Rückkehr nach Europa plante, seine Einsicht in die Notwendigkeit der Schaffung einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung heran, die neben den „rostenden Banknoten“ auch einen für alle Menschen gleichen Zugang zum Boden und zu den Ressourcen gewährleistet. Kurz vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verpachtete er sein Geschäft in Buenos Aires und ließ sich nach einer kurzen Zwischenstation in Deutschland, wo ihm die geistig-politische Enge des wilhelminischen Kaiserreichs missfiel, auf einem Bauernhof im französischsprachigen Teil der Schweiz nieder. Dort betrieb er als Autodidakt ausgedehnte wissenschaftliche Studien; er vertiefte sich in die Werke der ökonomischen Klassiker und Neoklassiker, von Marx & Engels ebenso sowie von Proudhon und George, um seine eigenen Gedanken mit den gängigen wissenschaftlichen Lehrmeinungen und den Theorien der Arbeiterbewegung zu vergleichen. Dabei wurden ihm weitere Zusammenhänge zwischen dem herkömmlichen Geld und den Fehlentwicklungen der Wirtschaft sowie mögliche Auswirkungen einer Reform des

---

165 Silvio Gesell (1891/1988), S. 61 (Kapitalansammlung).

166 Silvio Gesell (1891/1988), S. 130 - 131 (Unverkäuflichkeit des im privaten Eigentum verbleibenden Bodens) und 135 (gleiches Recht aller Menschen auf die Erde und ihre Schätze).

Geldwesens bewusst.[167] Und durch die Lektüre von Henry Georges „Fortschritt und Armut" nahm fortan die Überlegung, die Reform des Geldwesens um eine Reform des Bodenrechts zu erweitern, einen breiten Raum in Gesells Denken ein. Das vorläufige Zwischenergebnis dieser Studien fasste er in seinem Buch „Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform" zusammen, das 1906 im Selbstverlag erschien. Im Vorwort bezeichnete sich Gesell selbst als einen „ehrlichen ... glücklichen Finder, den nur die Gewissenhaftigkeit veranlasst ..., seinen Fund dem rechtmäßigen Eigentümer, d.h. dem arbeitenden Volk, abzuliefern."[168]

Während er mit seiner Geldreform eine theoretische Pionierleistung vollbracht hatte und damit mehr als zehn Jahre ganz auf sich allein gestellt war, konnte Gesell mit seinen Gedanken zur Reform des Bodenrechts an Henry George, Michael Flürscheim und Adolf Damaschke anknüpfen und in kritischer Auseinandersetzung mit ihnen seine eigenen Vorstellungen entwickeln. Bei aller Hochachtung vor Henry George zweifelte Gesell an dessen Zuversicht, dass sich das mit dem bislang geltenden Bodenrecht verbundene Unrecht bei einem Fortbestand des privaten Bodeneigentums mit einer „Single Tax" überwinden lasse. Deshalb und weil Adolf Damaschke die Bodensteuer auch noch in der Form einer Bodenwertzuwachsteuer verwässerte[169], neigte Gesell zu der von Michael Flürscheim und anderen Bodenrechtsreformern erhobenen Forderung, 1. den Boden und die Ressourcen gegen eine Entschädigung der bisherigen Eigentümer in ein der ganzen Menschheit gehörendes unveräußerliches Gemeinschaftseigentum zu überführen, 2. nach dem Vorbild von Erbpacht und Erbbaurecht gegen Entgelt zeitlich befristete Rechte zur privaten Nutzung zu vergeben und schließlich 3. die Summe der Entgelte abzüglich der Entschädigungszahlungen und der Verwaltungskosten in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zurück zu verteilen.

- Henry George hatte ganz in der Tradition der jüdisch-christlichen Vorstellung gestanden, dass die Erde Gott gehört und dass die Menschen als nur vorübergehende Gäste auf ihr die Erde treuhänderisch zu verwalten haben. Dem entsprach auch die indianische Überlieferung, wonach die „Mutter Erde" nicht zur käuflichen Handelsware herabgewürdigt werden darf.[170] Mit weniger Nähe zu religiösen Überlieferungen verwies auch Gesell später in seinem Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld" auf den biblischen Satz „Die Erde

---

[167] Zu Gesells Vorstellungen von einer praktischen Handhabung des Reformgeldes und der exakten Dosierung seiner Menge anhand von Warenpreisindices sowie seiner Auswirkungen auf einzelne Wirtschaftsbereiche vgl. (1906/1989a), S. 89 - 237.

[168] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 14. Dieses Buch „Die Verwirklichung des vollen Arbeitsertrags durch die Geld- und Bodenreform" ist gleichsam ein Vorläufer von Gesells 10 Jahre später erschienenem Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld". Der Abschnitt über die Bodenrechtsreform (1906/1989a, S. 25 - 87) erfuhr im Hauptwerk noch einige - allerdings nicht nur sinnvolle - Veränderungen (1920/1991a, S. 53 - 107).

[169] Silvio Gesell (1904/1989b), S. 325 - 326 (Henry George, der „umsichtigste Stratege" und „amerikanische Napoleon") und (1906/1989a), S. 87 (Damaschkes „verwässerter Hof- und Salonsozialismus").

[170] Psalm 24.1. - Häuptling Seattle (1855/1992), S. 9 – 33.

schaftsordnung durch Freiland und Freigeld" auf den biblischen Satz „Die Erde gab ER den Menschenkindern". Hierin sah er den „Punkt eins aller Menschenrechte ... ER gab die Erde nicht den Amerikanern und Mongolen; den Menschen, der Menschheit, auch den Schreibunkundigen gab ER sie. ... Der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen - ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. ... Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen, allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt. ... Die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ jedes einzelnen Menschen". Daher werde jedem einzelnen Menschen mit der privaten Inbesitznahme von kleineren oder größeren Teilen der Erde eine schmerzhafte und unter Umständen sogar blutige Wunde zugefügt. „Alle Menschen, jeder einzelne Mensch, hat auf den ganzen Erdball die gleichen unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Urrechts bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg."[171]

Im Hinblick auf eine Reform des Bodenrechts innerhalb Deutschlands schloss die Umwandlung des gesamten Bodenprivateigentums in ein gemeinschaftliches Eigentum auch bei Gesell eine schon von Oppenheimer geforderte Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes mit ein. „Wir werden die Aufteilung der Großgrundbesitzungen vornehmen und den ganzen Osten Deutschlands für freie selbstständige Bauern erschließen." Ähnlich wie Oppenheimer überlegte auch Gesell, ob eine solche Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes dazu beitragen könnte, nicht nur die Republik vor der Reaktion zu schützen, sondern ebenfalls „die jetzige Landflucht in eine Flucht aus der Stadt zu verwandeln".[172]

Bei der Überführung des privaten Bodeneigentums in ein gemeinschaftliches Eigentum, das es vor seiner Privatisierung bereits in unvollkommenen Formen der Allmenden gegeben hatte, hielt Gesell eine Entschädigung für notwendig, denn auch wenn der Boden einstmals unrechtmäßig okkupiert worden ist, wurde er von seinen derzeitigen Eigentümern rechtmäßig erworben und sollte ihnen nicht von der Allgemeinheit geraubt werden. Zur Finanzierung dieser Entschädigungen sollten „verzinsliche Schuldscheine der Staatsanleihe" ausgegeben werden. „Wie kann aber der Staat solche gewaltigen Summen verzinsen? Antwort: Mit dem Pachtzins des Bodens, der ja nunmehr in die Staatskasse fließt." Außerdem werde die Verzinsung dieser staatlichen Schuldscheine im Laufe der Übergangszeit, in der eine Geldreform ein Sinken des gesamten Zinsniveaus bewirkt, ebenfalls sinken. Die dem Staat aus der Entschädigung der bisherigen privaten Bodeneigentümer erwachsenden Schulden würden sich in einem Zeitraum von 10 bis 20 oder maximal 25 Jahren tilgen lassen - also innerhalb desselben Zeitraums, in dem Gesell auch einen Ausgleich zwischen der Gesamtnachfrage nach Kapital und dem gesamten

---

171 Silvio Gesell (1920/1991a), S. 64, 67, 72, 99 und 101.

172 Silvio Gesell (1923/1993b), S. 272 (Land- und Stadtflucht), und ders. (1926/1995a), S. 170 - 171 (Rittergüter als „Brutherde der Reaktion").

Kapitalangebot erwartete.[173] Im Interesse der Rechtsstaatlichkeit der Bodenrechtsreform war also eine Entschädigung der bisherigen Bodeneigentümer unumgänglich. Doch würde dadurch die vom Kapitalismus übernommene Verteilungsungerechtigkeit vorerst nur aus dem Bereich der Immobilien in der Bereich der Mobilien verlagert?

- Die Zuordnung der entgeltlichen Rechte zur privaten Nutzung des Bodens für Wohn- und Arbeitszwecke stellte sich Gesell im Wege von „öffentlichen Pachtversteigerungen vor, an denen sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel."[174] Damit sollte jegliche Diskriminierung ausgeschlossen werden. Könnte deren Vermeidung vielleicht vorläufig zusätzliche Übergangsregelungen erfordern, um ungleiche Chancen bei der Teilnahme an den öffentlichen Pachtversteigerungen solange sozial abzufedern, bis die Einkommensverteilung im Laufe einer Übergangszeit gerechter geworden ist?[175]

Sobald aller Boden in ein Gemeinschaftseigentum überführt ist und die Entschädigungszahlungen aus den Pachteinnahmen abgegolten sind, soll „das Pachtgeld in eine gemeinsame Kasse wandern, um von hier aus wieder auf alle gleichmäßig verteilt zu werden." Damit werde schließlich das große Ziel der Bodenrechtsreform verwirklicht: nämlich jeden Menschen zu einem gleichen Teilhaber an der Erde zu machen, d.h. die Menschen nicht nur vor Gott und dem Gesetz gleich zu stellen, sondern ihnen allen auch gleiche wirtschaftliche Lebenschancen zu garantieren. „Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde."[176]

Mit der Erde als einem „einheitlichen, unteilbaren Wirtschaftsgebiet" meinte Gesell im Übrigen nicht nur die Grundstücke zum Wohnen und Arbeiten, sondern wie schon Henry George auch die darunter befindlichen Ressourcen, die zu jener Zeit genauso zum Zankapfel wurden wie die Bodenoberflächen. „Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig, welchem Staat er angehört, hat das gleiche Recht auf die ‚englische Kohle', das ‚amerikanische Erdöl' und das ‚deutsche Kali'."[177] Bereits 1906 zog Gesell deshalb eine internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcen als Menschheitseigentum in Erwägung, unterließ es damals jedoch, diese Überlegung weiter zu vertiefen „Die Frage, ob die Grundrente nicht, statt in die Staatskassen, in eine internationale Weltkasse abzuliefern sei, wollen wir hier nur berühren, die Beantwortung jedoch der nächsten Generation überlassen." Da „einzelne Länder von der Natur sehr begünstigt worden sind mit Kohlenlagern, Petrolquellen usw., sind sie imstande,

---

[173] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 60 - 65, und ders. (1920/1991a), S. 73 - 76 (Entschädigungszahlungen) und 78 - 79 (Allmenden) sowie ders. (1912/1990a), S. 21 - 22.

[174] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 76, und ders. (1920/1991a), S. 72 - 73.

[175] Zu diesen Fragen vgl. das Kap. 13.1 des vorliegenden Buches und Dirk Löhr (2019), S. 188 - 191.

[176] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 76, und ders. (1920/1991a), S. 72.

[177] Silvio Gesell (1919/1991b), S. 300 und 304, und ders. (1920/1991a), S. 72.

von den umliegenden Völkern unverhältnismäßig hohe Renten zu erheben. Dies würde vielleicht zu allerlei Reibungen Anlass geben." Konflikte um Ressourcen könnten verhindert werden, wenn „die Grundrenten, soweit sie eine auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Durchschnittssumme übersteigen, den stiefmütterlich bedachten Gegenden zugeführt würden, in Form von Bodenmeliorationen großen Stils - Berieselung von Wüsteneien, Kanalisierung von Landengen, Aufforstung der Gebirge usw." Auch später wiederholte Gesell noch mehrfach seine Forderung nach einer „Internationalisierung aller Kohlen-, Eisen-, Kali-, Petrolfundstätten und einem Verbot des Landerwerbs in Afrika und anderen als Kolonien bezeichneten Ländern".[178]

Ohne schon alle mit einer nationalen und internationalen Reform des Boden- und Ressourcenrechts verbundenen Fragen bis in letzte Details klären zu können, hielt Gesell auf jeden Fall - unabhängig von der Frage ‚George oder Flürscheim? Privateigentum mit einer Bodensteuer oder gemeinschaftliches Eigentum mit privaten Nutzungsrechten?' - eine Bodenrechtsreform ‚von oben' für erforderlich, also die Schaffung eines für alle Menschen auf staatlicher Ebene rechtlich geregelten gleichen Zugangs zum Boden und zu den Ressourcen. Eine Bodenrechtsreform ‚von unten' durch die Gründung von Siedlungsgenossenschaften, wie Hertzka und Oppenheimer - deren Werke er im Übrigen erst sehr viel später kennenlernte - angestrebt hatten, hielt Gesell allenfalls für sichtbare zeichenhafte Modelle, die aber den Anpassungszwängen ihrer kapitalistischen Umgebung nicht entkommen könnten. Deshalb ging er auf die Siedlungsgenossenschaften und auch auf die Gartenstädte nicht näher ein.[179]

Von einer Bodenrechtsreform ‚von oben', welche allen Menschen dieser Erde eine rechtlich garantierte gleiche Teilhabe am Boden und an den Ressourcen verschafft, erwartete Gesell auf der menschlichen wie auf den innen- und außenpolitischen Ebenen positive Auswirkungen, die er freilich erst andeuten konnte. Sobald sich die Menschen in ihrem Verhältnis zur Erde nicht mehr in hierarchischer Schichtung als Ungleiche, sondern als Ebenbürtige auf gleicher Augenhöhe begegnen, werde der aus den Zeiten der Leibeigenschaft stammende „gemeine Knechtsinn" durch ein allgemeines, in „wurzelecht, weil wirtschaftlich begründeter Freiheit" verankertes Selbstbewusstsein überwunden. „Die Bodenreform dringt

---

178 Silvio Gesell (1906/1989a), S. 78 - 79, und ders. (1919/1991b), S. 300 und 304 (Programmpunkt in dem gemeinsam mit Gustav Landauer geplanten „Sozialistischen Freiheits-Bund"); vgl. auch ders. (1921/1992a), S. 92 - 94, und (1921/1992b), S. 145 - 147.

179 Zwar lebte Gesell später zeitweise selbst in der bodenreformerischen Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg; aber er behielt seinen inneren Abstand zu Siedlungsprojekten bei und hielt der damaligen Jugendbewegung entgegen, dass sie sich in unrealistische Projekte flüchte, „die doch wie Seifenblasen in der kapitalistischen Pestluft zerplatzen müssen". (1926/1995b, S. 239) Gesells Zurückhaltung gegenüber solchen Siedlungsprojekten stimmte mit einer Einschätzung überein, die Theodor Adorno, der als junger Studierender bei Oppenheimer von Siedlungsgenossenschaften gehört haben dürfte, während der NS-Diktatur im Exil in einem ganz anderen zeitgeschichtlichen Kontext äußerte: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen" bzw. „Es lässt sich privat nicht mehr richtig leben." (1944-1947/1997), S. 43.

umgestaltend in das innerste Wesen des Menschen. ... Endgültig abschütteln" würde er den „gemeinen Knechtsinn, der aus der Zeit der Leibeigenschaft noch dem Menschen anhaftet (dem Herrn nicht weniger als dem Knechte)." Die „Abschaffung der Leibeigenschaft und Sklaverei" gehörte für Gesell zu den „selbstverständlichen Freiheiten, deren man sich heute erfreut. Sie mussten gegen die Grundrentner erkämpft werden, und zwar mit den Waffen. ... In Nordamerika war der lange mörderische Bürgerkrieg nur ein Kampf gegen die Grundrentner." Demgegenüber werde die Bodenreform „den gesamten Verkehr der Menschen umwandeln, die Sitten, Gebräuche, Redewendungen; selbst die Gesinnung, die Religion wird eine edlere, freiere werden."[180]

In der Innenpolitik werde die bislang - in der Monarchie wie in der Demokratie - von den Interessen „reaktionärer Agrarier" und anderer Interessengruppen geleitete Parteipolitik in eine überparteiliche wissenschaftliche Beratung gemeinschaftlicher Angelegenheiten übergehen. „Politik, die nicht mehr von Privatinteressen geleitet wird, sondern von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern angewandte Wissenschaft. ... Zwar wird damit die Volksvertretung nicht überflüssig, aber sie wird von jetzt ab ganz andere Aufgaben zu lösen haben - Aufgaben, bei denen eigensüchtige Sonderbestrebungen Einzelner völlig ausgeschlossen sein werden. Es werden wissenschaftliche Tagungen abgehalten werden, und statt dass man Vertreter in das Volkshaus schickt, die über alles und jedes zu urteilen haben und sich auch über alles ein Urteil erlauben, wird man Fachmänner für jede einzelne Frage entsenden."[181]

Schließlich werde sich mit dem inneren Frieden auch der Verkehr zwischen den Völkern verändern, wenn sie sich „als Menschen und Brüder gegenüberstehen" und nicht mehr als rivalisierende Privat- und Nationaleigentümer von Boden und Ressourcen. „Schafft man hüben und drüben den Privatgrundbesitz ab, so wird damit der Zankapfel beseitigt". Der Verkehr zwischen den Völkern werde dann nicht mehr durch die private Aneignung von Boden und Ressourcen und von den damit verbundenen Boden- und Ressourcenrenteneinkommen und infolgedessen auch nicht mehr durch sogenannte Schutzzölle beeinträchtigt. „Es bleiben dann an Stelle der Grundrentner nur Menschen, die vom gegenseitigen Verkehr nur Befruchtung ihrer Industrie, ihrer Religion, ihrer Kunst, Moral, Gesetzgebung, niemals aber Schaden erwarten können. Mit der Bodenreform wird jedes Privatinteresse an der Höhe der Grundrenten beseitigt. Und wenn das in allen Nachbarländern der Fall ist, wer würde dann noch ein Interesse haben an den Grenzzöllen, die den Verkehr der Völker verpesten, Zwietracht stiften, zu Repressalien führen und alle Interessen so verwirren, bis sich die Völker nicht anders als durch Pulver und Blei wieder Luft machen können." Nach wenigen Jahrzehnten eines solchen nicht mehr durch die private Aneignung von Boden- und Ressourcenrenten und nicht mehr durch Zölle gestörten und außerdem noch mit Hilfe eines gerecht geordne-

---

[180] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 71 - 72, und ders. (1920/1991a), S. 89 und 93 - 94.

[181] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 68 - 70, und ders. (1920/1991a), S. 89 - 91.

ten Geldwesens stattfindenden freien Welthandels „werden wir sehen ... , mit welcher Liebe gute Beziehungen zu den Nachbarvölkern vom ganzen Volke gepflegt werden, wie die Familien hüben und drüben durch Bande der Blutsverwandtschaft fest aneinander gekettet werden, wie die Freundschaft zwischen Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, Kaufleuten, Geistlichen alle Völker der Welt zu einer einzigen großen Gesellschaft verketten wird, zu einem Völkerbund, den die Zeit und die Einzelbestrebungen immer nur inniger und fester schnüren, bis zum Verschmelzen der Teile zusammenschweißen können."[182]

In der Schaffung einer interessenneutralen Boden- und Ressourcenordnung nicht nur für einzelne Länder, sondern auch auf internationaler Ebene sah Gesell also eine zweite große ordnungspolitische Aufgabe von „starken Staaten" und ihrem Zusammenschluss zu einem über Europa weit hinausgehenden „Menschheitsbund". Gegenüber George, Hertzka, Oppenheimer und anderen Bodenreformern betonte er jedoch ausdrücklich, dass eine Reform des Bodenrechts allein die soziale Frage nicht lösen könne. Dazu bedürfe es auch noch einer ergänzenden Reform des Geldwesens, für die Georges „etwas konfuse Zinstheorie" allerdings keine Grundlage bilden könne.[183]

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag als Anstoß zu einer Repolitisierung der Ökonomie

In seinem Buch über die „Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform" (1906) fügte Gesell der Geldreform nicht nur eine Bodenrechtsreform hinzu, sondern er verband diese beiden Reformen auch bereits ansatzweise zu einem einheitlichen Ganzen. Das Ausmaß ihrer innigen Verflechtung kam ihm dabei freilich noch gar nicht vollständig zum Bewusstsein.

Was Gesell im Hinblick auf die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung und auf die Fehlallokation der Ressourcen als Folge des zinstragenden Geldes darstellte, war zugleich auch eine Folge der privaten Aneignung der Bodenrente, wobei sich die Verteilungs- und Allokationswirkungen des Zinses und der

---

182 Silvio Gesell (1906/1989a), S. 72 - 73, und ders. (1920/1991a), S. 94.

183 Silvio Gesell (1921/1992c), S. 277 und 290 - 281 (Menschheitsbund), und ders.(1903/1989b), S. 201(Henry Georges Geld- und Zinstheorie), sowie ders. (1906/1989), S. 86, und (1920/1991a), S. 106 - 107. - Später berichtete Gesell von Gesprächen mit Michael Flürscheim, in denen dieser ihm erzählt habe, dass George ihm gegenüber auch selbst Zweifel an seiner Geld- und Kapitaltheorie geäußert habe. „Wir schätzen Georges Arbeiten hoch, sehr hoch ein. ... Wie wenig George selbst von ‚seiner' Zinstheorie hielt, erzählte mir Michael Flürscheim. Nicht lange vor Georges Tode hatte Flürscheim lange Gespräche mit George, um ihm zu zeigen, dass seine Kapitaltheorie nicht stichhaltig sei. Flürscheim suchte ihm zu beweisen, dass der Zins mit gewissen Mängeln in unserem Geldwesen zusammenhänge und dass mit ihrer Beseitigung auch der Kapitalzins fallen müsse. Hierauf erwiderte George hocherfreut: Umso besser! Flürscheim sagte mir wiederholt, dass aus seinen Gesprächen mit George es klar hervorging, wie unsicher er sich auf dem Gebiete des Kapitalzinses fühlte und dass es nur an dem Mangel an fremder Kritik gelegen habe, dass Henry George nicht auch das Zinsproblem umfassend behandelt habe." (1923/1993c, S. 373)

Bodenrente auch noch wechselseitig verstärkten. Und zur Konzentration des Geld- und Realkapitals in den Händen von Minderheiten trägt nicht nur der Zins, sondern - wie schon George und Oppenheimer betont haben - auch die private Aneignung der Bodenrente bei. Und so wie sich die negativen Auswirkungen der Zinsen und Bodenrenten gegenseitig aufschaukelten, so könnten sich auch die positiven Auswirkungen einer Geld- und einer Bodenrechtsreform wechselseitig verstärken. Beispielsweise wären Grundstücke dann nicht mehr beleihbar zur Absicherung von Krediten und bei der Errichtung von Gebäuden bedürfte es keiner Kredite mehr zur Kaufpreisfinanzierung von Grundstücken. Kredite sind dann nur noch zur Finanzierung von Realinvestitionen, aber nicht mehr für die Finanzierung von Grundstückskäufen erforderlich, und sie werden nicht mehr mit Grundstücken, sondern nur noch mit vertrauenswürdigen Fähigkeiten von Menschen und deren Arbeitserzeugnissen besichert.

Die Folgen des zinstragenden Geldes und der privaten Aneignung der Boden- und Ressourcenrenten ebenso wie die Auswirkungen einer Geld- und Bodenrechtsreform erkannte Gesell dort am klarsten, wo sie die Zirkulationssphäre betrafen. Weniger deutlich blieben seine Äußerungen über Zusammenhänge mit der Produktionssphäre; gleichwohl finden sich in seinen Werken zahlreiche, noch nicht systematisierte Gedanken und manchmal auch nur Gedankensplitter, die sich zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen, in dem die wirtschaftliche Ausbeutung als ein Vorgang erscheint, der nicht allein in der Zirkulationssphäre, sondern auch in der Produktionssphäre vonstattengeht. Während in der Zirkulationssphäre die Bedingungen für die Entstehung von leistungslosen Einkünften aus Kapitalzinsen und Bodenrenten vorgegeben werden, werden sie in der Produktionssphäre erarbeitet. Dementsprechend könnte eine Geld- und Bodenrechtsreform weitreichende Auswirkungen auf den Gesamtkomplex von Zirkulation und Produktion entfalten. -

Knapp zehn Jahre nach seiner Erweiterung der Geldreform um eine Bodenrechtsreform bezog Gesell zusätzlich zu den Zirkulations- und Produktionsprozessen auf kapitalistisch vermachteten Märkten auch noch den ebenfalls von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit befallenen Bereich der unbezahlten innerhäuslichen Reproduktionsarbeit in seine Betrachtungen ein. Dass sich die soziale Ungerechtigkeit und strukturelle Gewalt in der Wirtschaft schließlich auch zerstörerisch auf die Natur auswirkte, sah Gesell noch kaum. Zu jener Zeit wäre vielleicht auch erst in vagen Umrissen erkennbar gewesen, wie sehr das auf die Verwertung seiner selbst programmierte Geldkapital auf die private Verfügungsmacht über den Boden und die Ressourcen angewiesen war und wie sehr ein neutralisiertes Geld und ein gemeinschaftliches Eigentum an Boden und den Ressourcen sich gegenseitig bedingten.

Auch mit diesen Einschränkungen enthielt Gesells Geld- und Bodenrechtsreform genügend Substanz zur Legung eines Grundsteins für eine Re-Politisierung der Ökonomie - und das in einer Zeit, in der die Neoklassik die Ökonomie völlig entpolitisierte, indem sie

a) die Bodenproblematik aus der Theoriebildung verdrängte und den Boden unter das Kapital subsummierte, obwohl Gossen und Walras als maßgebliche Mitbegründer der Neoklassik den Boden ausdrücklich nicht als ein marktfähiges Handels- und Kapitalgut behandeln wollten, und indem sie
b) das Kapital als ein bloß dienendes Hilfsmittel der Produktion betrachtete, indem sie mit ihrer Theorie der Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren Löhne und Zinsen gleichermaßen als legitime Einkommensarten rechtfertigte und indem sie allein den subjektiven Nutzwert anstelle des klassischen und marxschen Arbeitswerts als Dreh- und Angelpunkt der Bildung von Marktpreisen ansah.

Nicht erst die Neoklassik, sondern schon Adam Smith hatte in den Anfängen der ökonomischen Theoriebildung einen großen und von der weiteren Theorieentwicklung noch lange weiter mitgeschleppten Fehler begangen, als er von den drei Einkommensarten Arbeitslohn, Bodenrente und Kapitalgewinn als den „drei Urquellen eines jeden Einkommens wie eines jeden Tauschwerts" ausging. Für sie hatte Smith jeweils die Existenz von „natürlichen Sätzen" unterstellt.[184] Genau dieser Kernaussage der Klassik stellte Gesell seine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der privaten Aneignung der Bodenrente und des dauerhaft positiven Zinsniveaus entgegen - ähnlich wie später Otto Conrad, aber anders als Conrad entwickelte Gesell in ersten Ansätzen auch praktische Wege zur Entwicklung einer freiheitlichen und gerechten Wirtschaft, in der im Gegensatz zur neoklassischen Lehre von den drei Produktionsfaktoren nur noch die menschliche Arbeit als einzige produktive und einkommensberechtigte Kraft anerkannt wird. Während das Zinsniveau auf durchschnittlich null absinken könne - die positiven und negativen Abweichungen von null würden sich dann gegenseitig aufheben, so dass sie verteilungs- und allokationsneutral würden und dennoch die Ersparnisse selbsttätig in bedarfsgerechte Investitionen leiten könnten - , hielt es Gesell anders als Oppenheimer wegen der natürlichen Knappheit des Bodens für ausgeschlossen, dass auch die Bodenrente auf null sinken könnte. Als Mittel einer dezentralen Zuordnung der unterschiedlichen Nutzer zu den jeweiligen Grundstücken erschienen ihm Entgelte für die privaten Nutzungsrechte unverzichtbar. Aber die mit ihrer Allokationsaufgabe verbundene Verteilungswirkung könne neutralisiert werden, wenn das Gesamtaufkommen der Nutzungsentgelte nicht mehr privat angeeignet wird, sondern auf dem Weg über den Staatshaushalt nach Abzug der Verwaltungskosten in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Bevölkerung zurückfließt. Während dann die Nutzung eines durchschnittlich großen Grundstücks kostenlos wird, weil sich Nutzungsgebühr und Rückverteilung ausgleichen, würde die Nutzung eines überdurchschnittlich großen Grundstücks tatsächliche Kosten verursachen und die Nutzung eines unterdurchschnittlich großen Grundstücks wäre dann sogar mit einer echten Einnahme verbunden.

Wenn auf diese Weise die Verteilungs- und Allokationswirkungen der in einer schmalen Bandbreite um Null schwankenden und sich zu Null ausgleichen Zinsen

---

[184] Adam Smith (1776/1978), S. 46 - 49.

und der positiv bleibenden, aber rückverteilten Bodenrente neutralisiert werden, könnten die bislang von Bodenrenten und Kapitalzinsen geschmälerten Löhne in volle, d.h. 100%ige Arbeitserträge übergehen. Das entsprach dem von Adam Smith aufgestellten, aber von ihm selbst nicht durchgehaltenen Postulat von der menschlichen Arbeit als der einzigen Quelle des „Wohlstands der Nationen". „Arbeit ist das wahre oder tatsächliche Maß für den Tauschwert aller Güter."[185] Jedoch verfing sich Gesell nicht wie Marx & Engels in arbeits- und mehrwerttheoretischen Versuchen, vermeintlich berechenbare gesellschaftlich-notwendige Durchschnittsarbeitszeiten zu ermitteln und auf dieser schwankenden Grundlage ‚objektive' Arbeitswerte verschiedener Waren vergleichbar zu machen. Ebenso wenig ließ er sich auf die neoklassische Theorie ein, wonach nur der subjektive Nutzen für die Wert- und Preisbildung auf den Märkten ausschlaggebend sei. Anstelle von solchen Werttheorien, die er für „reine Hirngespinste" hielt, war für ihn allein entscheidend, „dass die Arbeitserzeugnisse restlos unter die Arbeiter verteilt werden", ohne dass es noch länger möglich ist, durch Privilegien zu leistungslosen Einkünften zu gelangen. „Es dürfen keine Arbeitserzeugnisse für Rentiers für Zinsen" und an private Bodeneigentümer für „Renten abgegeben werden. Das ist die einzige Bedingung, die die Verwirklichung des Rechtes auf den gemeinsamen, vollen Arbeitsertrag stellt."[186]

Arbeitende waren für Gesell dabei nicht nur lohnabhängige Industrieproletarier, sondern alle Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch geistige und körperliche bzw. leitende und ausführende Arbeiten bestreiten. Und Rentiers waren für ihn auch nicht nur Finanzkapitalisten, sondern *alle* Menschen, die in irgendeiner Weise neben Arbeitseinkünften auch Bodenrenten und Kapitalzinsen beziehen. In unterschiedlichem Umfang sind alle Menschen sowohl Arbeiter als auch Kapitalisten. „Zum arbeitenden Volk gehört jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt – also sowohl die Land- und Fabrikarbeiter, wie auch die Beamten, Kaufleute, Unternehmer, Ingenieure, Ärzte, Lehrer usw. Die Unternehmer und Kaufleute rechnen hier zu den Arbeitern nur in ihrer persönlichen Eigenschaft als Unternehmer, nicht als Besitzer von Kapital. Als Arbeiter haben die Unternehmer das gleiche Interesse an der Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag wie jeder Proletarier; als Kapitalisten haben sie diesem Rechte entgegengesetzte Interessen."[187]

Dies gilt in gleicher Weise für Bankiers, Handwerker oder Angestellte. Es gibt also keine eindeutig voneinander abgrenzbaren Klassen von Ausbeutern und Ausgebeuteten, sondern die soziale Spaltung in Arbeiter und Kapitalisten geht durch jeden einzelnen Menschen hindurch. In diese vom kapitalistischen Geldwesen und Bodenrecht geschaffenen, in sich widersprüchlichen Arbeits- und Ausbeutungs-

---

[185] Adam Smith (1776/1978), S. 28.

[186] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 15 - 16, und ders. (1920/1991a), S. 121 - 126, hier: 124 (Wert als Hirngespinst) und 11 (voller Arbeitsertrag für alle Arbeitenden). Im Originaltext steht „Arbeiter und Rentner". Um eine Verwechslung mit Beziehern von Altersrenten zu vermeiden, wurde hier das Wort „Rentier" statt „Rentner" in das Zitat eingefügt.

[187] Silvio Gesell (1912/1990b), S. 85.

strukturen sind *alle* Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion verstrickt. Alle sind sie zugleich Arbeitende und sowohl Bezieher als auch Zahler von leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen. „Der Direktor einer Bergwerks-Aktiengesellschaft bezieht sein Gehalt ausschließlich für die von ihm geleistete Arbeit. Ist der Direktor gleichzeitig Aktionär, so erhöhen sich seine Einnahmen um den Betrag der Dividenden. Er ist dann Arbeiter und Rentier in einer Person. Meistens besteht das Einkommen der Bauern, Kaufleute und Unternehmer aus Arbeitserlös *und* Renten bzw. Zinsen. ... Der Unternehmergewinn und der Handelsprofit sind, sofern man die in ihnen meistens enthaltenen Kapitalzinsen oder Grundrenten in Abzug bringt, ebenfalls als Arbeitserlös anzusprechen."[188]

Je nachdem, ob die Bauern, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer, Bankiers, Freiberufler und andere Selbstständige mit mehr Eigenkapital oder mehr Fremdkapital wirtschaften, sind sie - wie es auch Marx & Engels im Band 3 ihres „Kapital" bereits analysiert haben - zugleich Arbeitende und in unterschiedlichem Umfang auch Kapitalisten. Ihren leistungslosen Einnahmen aus Bodenrenten und Kapitalzinsen stehen freilich auch entsprechende Ausgaben gegenüber, denn in allen Preisen, die sie für die Anschaffung von Konsum- und Produktionsgütern bezahlen, sind neben Arbeits- und Materialkosten auch Bodenrenten und Kapitalzinsen einkalkuliert. In geringerem Umfang sind auch unselbstständig beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte Kapitalisten, wenn sie als Sparer Zinsgutschriften oder als Kleinaktionäre Dividenden erhalten. Insgesamt zahlen sie als Konsumenten jedoch deutlich mehr Bodenrenten und Kapitalzinsen in den Preisen, besonders auch in den Wohnungsmieten, als sie sie umgekehrt als Sparer und Kleinaktionäre beziehen.

In unterschiedlichem Umfang sind *alle* sowohl selbstständig und als auch abhängig Arbeitenden zugleich auch als Kapitalisten in den widersprüchlichen Ausbeutungsstrukturen gefangen, die sich keineswegs nur auf die Zirkulationssphäre beschränken, sondern sich auf das komplex verflochtene Gesamtsystem von Zirkulations- und Produktionssphäre erstrecken. Und Gesells Ziel war es mit der Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, ausnahmslos alle Menschen aus ihrer sie von sich selbst entfremdenden widersprüchlichen Doppelrolle als Arbeitende und Kapitalisten zu befreien und ihr Dasein bei freier Gestaltung der Arbeitszeiten allein durch ihre ungeschmälerten Arbeitserträge zu sichern. Sobald die menschliche Arbeit nicht mehr dem Geld untergeordnet sei und von ihm bevormundet werde, werde sie ihren Charakter als „seelenlose Fron" verlieren; sie werde dann allgemein geachtet werden als Quelle eines „Gefühls der Kraft und Sicherheit, das jeden erfüllt, der sich bewusst ist, für sich selbst und die Seinen sorgen zu können."[189]

---

[188] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 10 (ebenfalls „Rentier" statt „Rentner"). Zu dem zu Unrecht gegen Gesell erhobenen Vorwurf des ‚strukturellen Antisemitismus' vgl. Werner Onken (2007a).

[189] Silvio Gesell (1916/1991), S. 26 (bevormundete Arbeit als seelenlose Fron) und ders. (1920/1991a), S. 226 (Arbeit als Quelle eines Kraft- und Sicherheitsgefühls) und 258 (Achtung vor der Arbeit).

Mangelhafte Funktion des Preissystems in der Zirkulationssphäre und ihre Verbesserung durch eine Geld- und Bodenrechtsreform

Sowohl die klassische und neoklassische Ökonomie als auch Simmel in seinen soziologisch-philosophischen Betrachtungen des Geldes haben hervorgehoben, dass der Austausch mit Hilfe von Geld im Vergleich zum Naturaltausch eine sehr viel höhere Komplexität und Rationalität von arbeitsteiligen Tausch- und Kreditbeziehungen zwischen selbstständig und unabhängig wirtschaftenden Menschen ermöglicht. Das Geld erweitert ihre persönlichen Freiheitsräume und die Differenzierung des arbeitsteiligen Wirtschaftens. Und es hält dieses weit verzweigte ökonomisch-soziale Netzwerk durch eine selbsttätige Übertragung von schier unermesslichen Preisinformationen ‚im Innersten' zusammen. So sehr Gesell diese positive Einstellung zum Geld einerseits teilte und die Preise als das „Fundament der Volkswirtschaft" ansah[190], so verwies er andererseits deutlich darauf, dass das Geld in seiner herkömmlichen, in sich widersprüchlichen kapitalistischen Gestalt zugleich auch die innere Einheit der Gesellschaft aufspaltet, indem es den Informationsfluss entweder zeitweise unterbricht oder indem es die Produktion mit einer widersprüchlichen Mischung aus unzureichenden Informationen über menschliche Bedürfnisse und aus übermäßigen ‚Falschinformationen' über die Interessen von privaten Eigentümern von Boden-, Geld- und Realkapital fehlleitet. Durch die Beimischung ständig positiver Zinsen und privat angeeigneter Bodenrenten in sämtliche Preiskalkulationen wird das ohnehin schon hochgradig komplexe Preisinformationssystem noch sehr viel komplexer und auch störanfälliger als es für einen reibungslosen Ablauf gerechter Tausch- und Kreditvorgänge nötig wäre.

Unter diesen Umständen kann das Geld- und Preisinformationssystem entgegen den Annahmen von Klassik, Neoklassik, Marx und Simmel keinen Austausch von Äquivalenten vermitteln. Stattdessen gerät es sowohl in mikro- als auch makroökonomischer Hinsicht im buchstäblichen Sinne durcheinander.

Bereits in seinen Frühschriften beklagte Gesell die Fehlsteuerung der Produktion durch das kapitalistisch deformierte Geld- und Preisinformationssystem, indem „die menschliche Tätigkeit in unrichtige Bahnen wie ... die Fabrikation von Luxusgegenständen etc. abgelenkt wird. ... Reiche verbauen Milliarden in Palästen, welche den Ausblick in die freie Natur begrenzen ... und Hunderte von Millionen geben sie für Kutscher, Köche, Kammerjungfern aus", während „Millionen von Arbeitern ... in ungesunden Werkstätten, gefährlichen Minen ihre Gesundheit, ihre Kräfte, ihr Leben hergeben müssen."[191]

Auch auf wirtschaftliche und soziale Folgekosten dieser Fehlsteuerung der Produktion machte Gesell in seinen Frühschriften aufmerksam. „Zählt die Tränen, welche arme Mütter beim Anblick ihrer hungrigen Kinder vergießen; zählt die

---

190 Silvio Gesell (1906/1989a), S. 289.

191 Silvio Gesell (1891/1988), S. 41 und 61.

Milliarden, welche für Paläste, Dienerschaft und sonstiges dummes Zeug ausgegeben werden; multipliziert dies mit der Zahl der Schwindsüchtigen, Selbstmörder und bankrotten Kaufleute; und dann habt ihr in Mark einen geringen Teil dieser Unkosten." Krankheiten wie auch Kriminalität und Korruption zählte Gesell zu den Folgekosten des kapitalistischen Geld- und Preissystems.[192] Allerdings hatte er noch kaum die Bürokratie im Blick, die notwendig wurde, um einzelne symptomatische Folgen des mangelhaften Funktionierens des Geld- und Preissystems zu bekämpfen.

Später streifte Gesell die Fehllenkung der Produktion nur noch einmal kurz als Folge des Vorrangs der Rentabilitätsinteressen des Geld- und Realkapitals vor dem Interesse der Arbeitenden an einem wirtschaftlichen Einsatz ihrer Arbeit und der dabei verwendeten Materialien. „Nicht die Frage nach bester Versorgung unserer Lebenshaltung bestimmt alle Erzeugung des Lebensbedarfes, sondern diejenige nach der ‚Rentabilität'". Unter den Bedingungen der Macht des Geldes über die abhängige Lohnarbeit „wird das Erzeugnis zum Massen-, Schund- und Scheinartikel".[193] Was einzelnen Produzenten als rational und rentabel erscheint, summiert sich keineswegs zu einer gesamtwirtschaftlichen Rationalität. Vielmehr ergeben die einzelwirtschaftlichen Rentabilitäten eine gesamtwirtschaftliche Mischung aus scheinbar rationaler, als effektiv kaschierter Rentabilität und Irrationalität bis hin zur Verschwendung von Arbeit und Materialien.

Das kapitalistische Preissystem, in das permanent leistungswidrige Kapitalzinsen und Bodenrenten einkalkuliert werden, verursacht aber nicht nur unzählige geradezu unvernünftige einzelwirtschaftliche Fehlallokationen, sondern es vermag auch seine Aufgabe als dezentraler Koordinator von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage, Sparen und Investieren nur sehr mangelhaft zu erfüllen. In Zeiten von Konjunkturschwankungen und Krisen verliert die Wirtschaft ihr Gleichgewicht so sehr, dass sie nicht mehr selbsttätig zu ihrem Gleichgewicht zurückfinden kann und infolgedessen in einem chronischen Ungleichgewicht verharrt, bis die Renditen von Geld- und Realkapital nach einer Phase seiner sog. Gesundschrumpfung wieder auf mehr als 2 - 3 % ansteigen und sich Investitionen daher wieder rentieren.[194]

Seine volle Funktionsfähigkeit könnte das Preissystem erst dann erreichen, wenn sich nach einer Reform des Geldwesens a) der Wirtschaftskreislauf schließt, b) die Menge des zirkulierenden Geldes so dosiert wird, dass Inflation und Deflation durch eine dauerhafte Kaufkraftstabilität der Währungseinheiten überwunden werden, c) die verbleibenden, in geringer Bandbreite um null pendelnden Kapitalzinsen sich zu null ausgleichen und wenn d) auch noch die Bodenrenten gleichmäßig an die Allgemeinheit zurückverteilt werden. Dann kann sich das moderne

---

192 Silvio Gesell (1892/1988a), S. 85, und ders. (1920/1991a), S. 233 (Kriminalität) und 277 (Korruption). - Sehr viel später untersuchte Karl William Kapp solche Missstände als „soziale Kosten der Marktwirtschaft".

193 Silvio Gesell (1916/1991), S. 26.

194 Silvio Gesell (1920/1991a), S. 185 - 189, 194 - 195, 246 und 295 - 303 (Krisentheorien).

Paradoxon, die Dialektik zwischen der vermeintlich rationalen einzelwirtschaftlichen Rentabilität und der gesamtwirtschaftlichen Mischung aus Vernunft und Unvernunft auflösen. Einzelwirtschaftlich rationale, nicht mehr rentable, aber wirtschaftliche Entscheidungen können dann gemäß der Bedeutung des Wortes „Ökonomie" als Kunst der Verwaltung des ganzen Hauses auch gesamtwirtschaftlich zu einem rationalen, wirtschaftlichen Umgang mit der menschlichen Arbeit und natürlichen Materialien führen.

Unter solchen Umständen wird tatsächlich ein Austausch von Äquivalenten auf den Märkten möglich, d.h. mit Worten von Proudhon wird die „Gegenseitigkeit zur Formel der Gerechtigkeit" und die Gebrauchs- und Tauschwerte einzelner Waren werden miteinander identisch. Sobald keine leistungswidrigen Kostenelemente mehr in die Preiskalkulationen einfließen, kann das gesamtwirtschaftliche Preissystem zu einem großen Gefüge von „gerechten Preisen" werden, nach denen Philosophen von Aristoteles über Thomas von Aquin bis zu neueren Wirtschaftsethik bislang vergeblich gesucht haben. Sobald das Preissystem frei wird von jeder Beimischung von ‚Falschinformationen' über Kapitalinteressen, kann es zum selbsttätig funktionierenden Übermittler von übersichtlichen Informationen über die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen und über die tatsächlichen Kosten der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen werden. Seine Aufgabe, die Produktion selbsttätig an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und für eine dezentrale Selbstorganisation der Märkte zu sorgen, kann das Preissystem dann deutlich besser erfüllen als bisher und damit auch den Bedarf an bürokratischen Regelungen der Folgen von Funktionsstörungen verringern.

Des Weiteren schaffen ein geschlossener Geldkreislauf (W - G - W - ...) mit einer unmittelbaren Resonanz zwischen Angebot und Nachfrage, Sparen und Investieren sowie eine absolute Stabilisierung der Währungskaufkraft und eine Rückverteilung der Bodenrente in gleichen pro-Kopf-Beträgen die Voraussetzung für ein mikro- und makroökonomisches Gleichgewicht. Sie schaffen damit auch eine Vertrauensgrundlage für die gesamte Wirtschaft, indem sie die Sicherheit der Erwartungen für alle Beteiligten erhöhen und ausschließen, dass einzelne Menschen aus ihrem Aufgehobensein in diesem wirtschaftlichen Gesamtgefüge in eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit und in existenzielle Nöte herausfallen. „Sucht die Ware das Geld, so sucht jetzt auch das Geld die Ware", ohne dass für die Waren noch viel Werbung gemacht werden muss. „Wenn sich zwei gegenseitig suchen, so treffen sie sich eher und sicherer, als wenn nur der eine sucht. ... Das Freigeld ist jetzt verkörperte Nachfrage, und Nachfrage ist Absatz, Absatz aber ist Arbeit. Die Geldreform hat also ... anstelle der behördlichen eine selbsttätig wirkende Arbeitslosenversicherung gesetzt."[195] Mit einer allgemeinen Existenzsicherheit erzeugt sie zugleich ein Grundvertrauen, dass auf jedes Loslassen und Geben auch ein Bekommen und Nehmen folgen wird. An die Stelle eines ängstlichen Festhaltens von Geld und des Klammerns an die ‚Sicherheit' des privaten Bodeneigentums kann sich im Ver-

[195] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 282 - 286.

trauen auf die Geschlossenheit des Geldkreislaufs und die gleiche Teilhabe an Boden und Ressourcen bei allen Menschen die Bereitschaft entwickeln, sich sowohl auf die eigenen Fähigkeiten als auch auf den sozialen Zusammenhalt zu verlassen.

Konzentration und wettbewerbsbeschränkende Monopole in der Produktionssphäre sowie Auswirkungen einer Geld- und Bodenrechtsreform auf Unternehmen, Börsen, Banken, Handel und Landwirtschaft

Nachdem Gesell seine Gedanken über eine Gesamtreform des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts dargestellt hatte, versäumte er es leider, auch noch ausführlicher und systematischer auszuführen, wie sehr das von ihm bereits in seinen Frühschriften angesprochene „Geheimnis der Kapitalanhäufungen", also die Konzentration von Realkapital in den Händen einer Minderheit von privaten Eigentümern[196], letztlich ebenfalls ursächlich mit der strukturellen Macht des Geldes über die Wirtschaft und mit der privaten Verfügungsmacht über den Boden und die Ressourcen zusammenhing und welche Perspektiven einer Dezentralisierung der Produktionsmittel sich aus einer Reform des Geldwesens und des Boden- und Ressourcenrechts ergeben könnten. Immerhin lassen sich in Gesells Werken zahlreiche Äußerungen und Randbemerkungen finden, die - zu einem Gesamtbild zusammengefügt - erkennen lassen, wie das bestehende Geldwesen und Bodenrecht auch zur Konzentration der Produktionsmittel führten und wie eine Geld- und Bodenrechtsreform dazu beitragen könnte, den Konzentrationsprozess in einen Prozess der Dezentralisierung der Produktionsmittel umzukehren.

Wichtige Überlegungen hierzu finden sich im 5., dem letzten Kapitel von Gesells Hauptwerk über die „Freigeld-, Zins- und Kapitaltheorie". Es wurde von seinen Nachfolgern und von seinen Kritikern ebenso wenig beachtet wie der Band 3 des „Kapitals" von Marx & Engels, so dass der schon allein wegen der Bodenrechtsreform falsche Eindruck bei Nachfolgern von Marx & Engels entstehen konnte, dass Gesell hauptsächlich auf das Geldwesen fixiert gewesen sei und seine angeblich „verkürzte Kapitalismuskritik" daher keinerlei Kritik an der Konzentration von Produktionsmitteln in privaten Händen enthalte.[197]

Unabhängig davon, ob man wie Gesell aus der Sicht des Kaufmanns die Wurzel des Urzinses allein im Warenaustausch oder ob man sie im Gesamtzusammenhang von Tauschen und Sparen/Investieren verortet, sind seine Hinweise auf die

---

[196] Silvio Gesell (1891/1988), S. 61 (tief beklagenswerte Kapitalansammlung) und ders. (1892/1988a), S. 119 (Geheimnis der Kapitalanhäufung) und (1892/1988b), S. 252 („Die ganze heutige Produktionsweise ist nur eine der Folgen der Einführung des heutigen Geldwesens ... und nur das letzte Stadium der sozialen Krankheit.").

[197] Elmar Altvater (2004). - Peter Bierl (2004) und (2012), S. 13 - 15 (Unmöglichkeit einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus), 17 (Produktionsmittel) und 21 (Kleinbürgerlichkeit).

„Übertragung des Urzinses auf das sog. Realkapital" hilfreich für das Verständnis des Charakters der Produktionsmittel als ‚Mehrwert' heckende Kapitalgüter. Anders als Marx & Engels, die die Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel im Band 1 des „Kapital" auf den Umstand zurückführten, dass sie sich im privaten Eigentum befinden, und für die infolgedessen nur ihre Verstaatlichung als Weg zur Überwindung ihrer Kapitaleigenschaft in Frage kam, betrachtete Gesell - ähnlich wie Marx & Engels später im Band 3 des „Kapital" - das für Investitionszwecke verfügbare Geld bzw. Geldkapital als das primäre Kapital und die Produktionsmittel, Mietshäuser usw. als sekundäre Kapitalgüter, deren Kapitalcharakter sich vom Geldkapital auf sie übertragen hat. „Das Grundkapital jedes kapitalistischen Unternehmens besteht aus einer Summe Geldes. Für alle die Millionen Mietshäuser, Fabriken, Schiffe usw. gilt das Wort: Im Anfang war das Geld." Und dieses Geld bzw. Geldkapital stellt sich für reale Investitionen in Mietshäuser, Produktionsanlagen und Transportmittel nur so lange zur Verfügung, wie es dafür mindestens dieselbe Verzinsung erhält wie sie andernorts in der Tausch- und - wie hinzuzufügen wäre - Kreditsphäre erhältlich wäre. Die untere Rentabilitätsgrenze veranschlagte Gesell bei etwa 2,5 bis 3 %. „Das Geld stellt also für das Zustandekommen eines Hauses, einer Fabrik usw. die selbstverständliche Bedingung, dass das Haus von den Mietern, die Fabrik von den Arbeitern, das Schiff von den Frachten denselben Zins zu erheben vermag, den es selber von den Waren jederzeit einziehen kann. ... Also muss es gesetzmäßig dahin kommen, dass die Häuser, Schiffe, Fabriken, kurz, das gesamte sogenannte Realkapital den gleichen Zins einträgt, den das Geld dem Warenaustausch als Urzins aufbürden kann" und den es auch als Geldanlage bei Banken erhalten könnte. „Kein Zins = kein Geld für Häuser, Fabriken, Schiffe. ... Das Geld allein ist das wirkliche Urkapital. Alle anderen Kapitalgegenstände (Sachgüter) sind durchaus von der Beschaffenheit des Geldes abhängig, sind dessen Geschöpfe, sind vom Geld in den Adel-, in den Kapitalstand erhoben worden"[198], in dem sie genauso ‚Mehrwert' aus der selbstständigen und lohnabhängigen Arbeit herausholen können wie das Geldkapital.

Gesells Zinserklärung war insofern unvollständig, als er den Urzins nur aus der Tauschsphäre und nicht aus dem Gesamtkomplex von Tausch- und Kreditsphäre ableitete und als er in diesem Zusammenhang nicht nochmals betonte, dass der Urzins letztlich in der Produktionssphäre erarbeitet wird. Dennoch gab er den entscheidenden Hinweis, dass das Geldkapital die äußeren Bedingungen für den Produktionsprozess schafft und immer nur so lange zur Herstellung von Mietshäusern, Fabriken und anderen Produktions- und Transportmitteln bereit gestellt wird, „dass deren Zinsertrag nie unter den Urzins fallen kann." Würde nämlich auch noch nach einer Unterschreitung dieser unteren Rentabilitätsgrenze weiteres Geldkapital real investiert, dann „wächst das Angebot dieser Dinge und sie verlieren ihre Eigenschaft als Kapital."[199] Sobald die Nachfrage und das Angebot nach

---

[198] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 338 - 339.
[199] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 338 - 339.

bzw. von Realkapital nach und nach zum Ausgleich kämen, würde ihre ‚Mehrwert' heckende Kraft allmählich schwinden. Die Produktionsmittel wären dann kein ‚Real*kapital*' mehr, sondern nur noch reale Hilfsmittel der Produktion, mit denen sich keine Macht mehr über die Arbeitenden ausüben ließe.

Die Kapitaleigenschaft von Produktionsmitteln hat ihre Ursache also nicht in dem Umstand, dass sie sich im privaten Eigentum befinden, sondern im chronischen Ungleichgewicht zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Realkapital und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot an Realkapital. Solange die Nachfrage dieses Angebot übersteigt, sind nicht nur die in privaten Händen befindlichen Produktionsmittel, sondern auch die in genossenschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen oder staatlichen Händen befindlichen Produktionsmittel Mehrwert heckende Kapitalgüter. Und wenn das Angebot an realen Kapitalgütern unabhängig von seinen jeweiligen Eigentumsformen im Laufe einer anhaltenden Konjunktur zunimmt und wenn seine Rentabilität dementsprechend abnimmt und sich der Untergrenze von etwa 2,5 bis 3 % nähert, hat das Geld bzw. Geldkapital dank seiner Hortbarkeit die Möglichkeit, sich vorübergehend aus der Realwirtschaft zurückzuziehen und die Bildung von weiterem Realkapital solange zu unterbrechen, bis sich nach einer Phase der ‚Gesundschrumpfung' die Marktverhältnisse wieder zugunsten des Kapitals verschieben und seine Rentabilität wieder auf ein höheres Niveau steigt. Gesell sprach von „erzwungenen Marktverhältnissen, von einer selbsttätig wirkenden, künstlichen Beschränkung in der Erzeugung sogenannter Realkapitalien, so dass deren Angebot niemals die Nachfrage decken kann. ... Sobald das Kapital den herkömmlichen Zins nicht mehr abwirft, streikt das Geld und unterbricht die Arbeit."[200]

Indem Gesell die Kapitaleigenschaft der Mietshäuser, Produktions- und Transportmittel nicht auf das private Eigentum an diesen realen Gütern zurückführte, sondern auf das chronische Ungleichgewicht auf dem Kapitalmarkt, widersprach er Marx und führte seine Gedanken aus seinen Frühschriften weiter aus, die - wie er mittlerweile feststellte - schon vor ihm Pierre Proudhon in ähnlicher Form gehabt hatte, dass nämlich das Geld nicht nur „ein Schlüssel des Marktes" ist, der den inneren Zusammenhalt der arbeitsteiligen Wirtschaft gewährleistet, sondern auch ein „Riegel", der ihn untergräbt oder sogar weitgehend auflösen kann. „Als Proudhon diese Riegel- und Sperrnatur des Geldes erkannt hatte, stellte er die Forderung: Bekämpfen wir dieses Vorrecht des Geldes, indem wir die Ware und Arbeit zu barem Gelde erheben. ... Das war Proudhons Gedanke und Vorschlag und um diesen auszuführen, gründete er die Tauschbank." Gesell zweifelte an der Möglichkeit, die menschliche Arbeit und ihre Erzeugnisse in den Rang des Geldes anzuheben. Umgekehrt hielt er es für einen besser „gangbaren Weg zu dem Proudhonschen Ziel" [201], das Geld in Gestalt von „rostenden Banknoten" an die

---

[200] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 340 und ders. (1892/1988a), S. 61 und 120 („An dem Eigentumsrecht an und für sich liegt es also nicht.")

[201] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 4 - 9.

Arbeit und die von ihr produzierten Waren anzupassen und dafür zu sorgen, dass es seine widersprüchliche Doppelrolle als Schlüssel und Riegel des Marktes verliert und nur noch seine Schlüsselfunktion behält.

Mit einer solchen Maßnahme innerhalb der Zirkulationssphäre könnten auch die Bedingungen für die Produktionssphäre so verändert werden, dass sich das Angebot an Realkapitalien auch dann noch vergrößern lässt, wenn sich der „tendenzielle Fall der Profitrate" (Marx & Engels im „Kapital" Band 3) unterhalb der Schwelle von 2,5 bis 3 % bis gegen durchschnittlich 0 % fortsetzt und die Mietshäuser, Produktions- und Transportmittel bei einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage ihren Kapitalcharakter verlieren. „Wenn wir gewisse künstliche Hemmungen beseitigen, die von unserem verkehrten Bodenrecht und unserem ebenso verkehrten Geldwesen herrühren ..., haben es die Arbeiter ganz in der Hand, durch ihre Arbeit die Marktverhältnisse in kürzester Zeit (10 - 20 Jahre) für das Kapital so zu gestalten, dass der Mehrwert restlos verschwindet und die Produktionsmittel die Kapitaleigenschaft einbüßen." Privates Eigentum an Häusern, Produktions- und Transportmitteln beruht dann ebenso wie genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum nicht mehr auf einer widersprüchlichen Mischung aus ersparten Arbeits- und leistungslosen Einkünften, sondern nur noch aus erarbeiteten Ersparnissen. Unter solchen Umständen würde Proudhons Parole „Eigentum ist Diebstahl" ihre Gültigkeit verlieren und Eigentum würde dann tatsächlich nur noch auf Arbeit beruhen.[202] -

Solange jedoch dieses Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt noch nicht erreicht ist und solange das Geld- und Realkapital noch Renditen erzielen kann, erschien es Gesell nebenbei bemerkt kaum möglich, dass sozial eingestellte Unternehmer die Lage ihrer Arbeiter durch eine Beteiligung am Gewinn verbessern könnten. Eher sei die Gewinnbeteiligung ähnlich wie der Stücklohn ein Weg der Unternehmer, „die Arbeiter zu höheren Leistungen anzuspornen". Beide Wirkungen könnten allenfalls bei beträchtlichen Gewinnbeteiligungen in kleineren Unternehmen erzielt werden, weil in großen Unternehmen nur relativ kleine Beträge auf die einzelnen Arbeiter entfallen. Aber „wo soll das Geld zu einem irgendwie namhaften Gewinnanteil herkommen, wenn einerseits der regelrechte Lohn bezahlt werden muss, andererseits das Kapital regelrecht verzinst werden soll? ... Zins und Grundrente fließen in breitem Strome weiter." Gewinnbeteiligungen könnten allenfalls aus einem teilweisen Verzicht einzelner Unternehmer auf ihren Unternehmerlohn und die Verzinsung ihres Eigenkapitals finanziert werden. Im Endeffekt „lässt sich die Lage des Arbeiters nur auf Kosten des Kapitalzinses und der Grundrente bessern."[203]

Erst wenn ein Gleichgewicht zwischen dem Angebot und der Nachfrage von bzw. nach Real'kapital' erreicht sei und die Bodenrente nicht mehr privat angeeignet

---

[202] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 9 - 10. - Vgl. auch ders (1906/1989), S. 67 („Mit der Bodenreform wird Eigentum nicht mehr Diebstahl, sondern Arbeit sein.") und Pierre Joseph Proudhon (1840).

[203] Silvio Gesell (1921/1992f), S. 174 - 175.

werden könne, werde es möglich, die Lage der lohnabhängig Arbeitenden nicht nur zu verbessern, sondern überhaupt ihre Lohnabhängigkeit zu überwinden. „Das Lohnverhältnis der Arbeiter zum Unternehmer will ich durch Sicherung ihrer wirtschaftlichen Unterlagen, durch Auflösung der Arbeiterreservearmee zu einem gewöhnlichen Handelsvertrag gestalten, bei dem keinem der beiden Teile ein Übergewicht verbleiben wird."[204] Schon in der vom Kapitalismus ererbten Ausgangslage, in der die Produktionsmittel noch in den Händen von privaten Einzelunternehmern oder Aktiengesellschaften konzentriert sind und in der die leitenden noch von den ausführenden Arbeiten getrennt sind, würde das Kapital seine Übermacht über die Arbeiterschaft nach und nach verlieren und es müsste auf gleicher Augenhöhe mit den Arbeitern über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln. Dank ihrer steigenden Löhne könnten die Arbeiter im Laufe der Zeit auch noch in die Lage kommen, „die Aktien ihrer eigenen Unternehmungen zu erwerben, allerdings ohne von diesen Aktien dann noch mehr als die gewöhnlichen Abschreibungen erwarten zu dürfen."[205] Im Erwerb solcher Unternehmensanteile, deren Wert sich nicht mehr durch Dividenden und Kurssteigerungen erhöht (oder durch Kursstürze vermindert), sondern bei stabiler Kaufkraft der Währungen langfristig gleich bleibt, sah Gesell die sinnvollste Form des Sparens im Sinne einer Aufbewahrung von Werten über längere Zeiträume, bis sie für Krankheitsfälle oder im Alter benötigt werden.[206]

Bei einer durchschnittlichen Nullverzinsung von mittel- und langfristigem Geld- und Real'kapital' sowie einer Stabilität der Währungen ohne Inflation oder Deflation würde obendrein dem spekulativen Handel mit Unternehmensanteilen an den Börsen jeglicher Nährboden entzogen. Dabei verurteilte Gesell keineswegs das persönliche Verhalten von Börsenhändlern, sondern er richtete seine Kritik gegen das herkömmliche Geldwesen, welches bislang den strukturellen Nährboden für solche Spekulationsgeschäfte bereitet hat. „Man flucht über die Börse, man nennt sie einen Giftbaum und niemand sieht ein, dass das Geld ... der wirkliche Giftbaum ist. Die ewige Verwechslung der Wirkung mit der Ursache wird auch hier nicht erkannt." Nach einer Reform des Geldwesens werde es weder Preisniveau- noch Devisenkursschwankungen und auch keine Aktienkursschwankungen mehr geben, auf die es sich noch lohnen könnte, in den „Spielhöllen" der Börsen auf Differenzen zu spekulieren. „Die alte Börsenherrlichkeit hat jetzt ein Ende."[207]

Unabhängig davon, ob Arbeiter und Angestellte vorläufig noch Aktien von Industrie- und Handelsunternehmen erwerben, ob sie sich mit kleineren Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben selbstständig machen oder ob sie sich mit anderen Arbeitern, Ingenieuren, Ärzten usw. zu Genossenschaften zusammenschließen: bei gegen null sinkenden Geld- und Real'kapital'renditen verlieren *alle* Unternehmen

---

[204] Silvio Gesell (1920/1991b), S. 35.

[205] Silvio Gesell (1922/1992b), S. 396 - 397, sowie ders. (1926/1995c), S. 208 - 209.

[206] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 349.

[207] Silvio Gesell (1892/1988b), S. 202 - 204 (Geldwesen als Ursache und Börsen als Wirkung); ders. (1920/1991a), S. 269 - 272, und ders. (1922/1992a), S. 224 - 225 (Börsen als Spielhöllen).

ihren widersprüchlichen Doppelcharakter als Erzeuger von Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und zugleich als Erzeuger von Renditen für die Geld- und Realkapitaleigner.

Inhaber von privaten Unternehmen, deren Eigentümer eigenes Kapital investiert und fremdes Kapital geliehen hatten und die deshalb bislang Unternehmer und Kapitalisten in einer Person waren[208], können nunmehr ihre Rolle als Kapitalisten ablegen und zu bloßen Unternehmern werden. Ohne noch länger zuerst den Zins des eigenen und fremden Kapitals vom Unternehmensgewinn abzuzweigen, wird ihr Unternehmensgewinn zu einer Quelle, aus der sie den Unternehmerlohn für ihre leitende Arbeit erhalten, den Arbeitern ihre Löhne für ihre ausführenden Arbeiten auszahlen und die Kosten für die bei der Produktion verwendeten Materialien tragen. In ähnlicher Weise ändert sich der Charakter der Manager von Aktiengesellschaften, die nur noch die Aufgabe haben, die Produktion zu organisieren, aber nicht mehr unter dem Druck stehen, höhere Dividenden für ihre Aktionäre erzielen zu müssen. Und die Arbeitenden legen schließlich ihren Doppelcharakter als Arbeitende und Kleinkapitalisten ab, sobald sie neben ihrem vollen Arbeitsertrag keine leistungslosen Einkünfte aus Sparbuchzinsen bzw. Dividenden und Bodenrenten mehr beziehen.

Die Schaffung eines Gleichgewichts auf dem ‚Kapital'markt werde auch den Charakter des Arbeitsmarkts grundlegend verändern, wenn Arbeiter und Angestellte nicht mehr von ihren ‚Arbeitgebern' abhängig und deren Übermacht ausgeliefert sind, sondern freie Entscheidungsmöglichkeiten bekommen, entweder freiwillig bei ihren ‚Arbeitgebern' zu bleiben oder ihnen den Rücken zu kehren und sich entweder selbstständig zu machen oder sich mit anderen zu Genossenschaften zu vereinigen. Gesell erwartete, dass sich vorerst noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte freiwillig für eine zumindest teilzeitmäßige Lohn- und Gehaltsarbeit entscheiden, weil sie mit der Selbstständigkeit noch keine Erfahrungen haben und sie erst erlernen müssten oder weil sie neben einer Teilzeitbeschäftigung mit gesichertem Einkommen zum Beispiel eine Nebenerwerbslandwirtschaft betreiben oder sich künstlerisch oder wissenschaftlich betätigen wollen.[209] Der Zusammenschluss zu Genossenschaften erfordere neben fachlichen Kenntnissen auch charakterliche Qualitäten wie Hilfsbereitschaft, Solidarität und Nachsicht mit menschlichen Schwächen, die im Kapitalismus verkümmert seien, aber sich in einer gerechter geordneten Wirtschaft stärker ausbreiten könnten. „Dann vielleicht ... wird die Zeit kommen, wo sich größere Gruppen von Menschen finden werden, die geistig auf der Höhe stehen, um genossenschaftlich zu wirtschaften. Ich persönlich glaube nicht, dass es je viele sein werden. Aber dennoch bin ich der Meinung, dass es ein Gewinn für alle sein wird, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen den freiwilligen Zusammenschluss aller kommunistisch-genossenschaftlich gesinnten

---

[208] Silvio Gesell (1912/1990b), S. 85.

[209] Silvio Gesell (1927/1995), S. 298 und 300 (freiwillige Lohn- und Gehaltsarbeit in Verbindung mit anderen Tätigkeiten).

Menschen ermöglichen." Besonders dort, wo Unternehmen größer sein müssen wie zum Beispiel im Bergbau oder auch im Bereich landwirtschaftlicher Maschinen und Molkereien, stellte sich Gesell die Bildung von „Arbeitergenossenschaften" vor, die „die Vorteile des Großbetriebes mit den tausend kleinen Vorzügen des Kleinbetriebes verbinden".[210]

Während er Produktionsgenossenschaften befürwortete, war er gegenüber Konsumgenossenschaften skeptisch eingestellt. Deren Ziel, die Kosten des Handels für ihre Mitglieder zu verringern, könne besser durch eine Reform des Geldwesens erreicht werden als durch solche Genossenschaften und Konsumvereine, und zwar nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für die gesamte Gesellschaft. „Als Pflanzstätte gemeinsinniger Gedanken haben sie sich nicht bewährt, weil sie schon als Verein sich in Gegensatz zum übrigen Volke setzten."[211]

Alles in allem stellte sich Gesell als Auswirkung einer Geld- und Bodenrechtsreform auf die Arbeitswelt die Entstehung einer bunten Vielfalt von privaten, genossenschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Eigentums- und Unternehmensformen in vorwiegend kleineren und mittleren Größenordnungen vor. „Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauer. Also kleine Ackerteile für kleine Familien und große Ackerteile für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden. ... Ich halte es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich, dass die Mehrzahl der Großbetriebe, in erster Linie die Metall- und Holzindustrie und die Warenhäuser, in naher Zukunft in Millionen von Kleinbetrieben zerfallen werden, die sich dann durch genossenschaftlichen Zusammenschluss für den Kraft- und Rohstoffbezug sowie für den Absatz auch leistungsfähig werden machen können."[212]

Innerhalb dieser Vielfalt von Eigentums- und Unternehmensformen könnten auch selbstverwaltete Unternehmen ihren Platz finden, in denen alle Teilhaber sowohl als Mitunternehmer als auch als Mitarbeiter an leitenden und ausführenden Tätigkeiten beteiligt werden. Und unabhängig von den verschiedenen Rechtsformen, in denen sich die Menschen entweder allein oder in Verbindung mit anderen Menschen wirtschaftlich betätigen, sollte ihr selbstbestimmtes Handeln immer auch mit einer „persönlichen Haftbarkeit für alles Tun und Lassen" verbunden sein, damit niemand die Folgen unverantwortlichen Handelns auf die Allgemeinheit abwälzen kann.[213] -

Von einer Geld- und Bodenrechtsreform erwartete Gesell mittel- und langfristig nicht nur für produzierende Unternehmen, sondern auch für Banken, Handel und

---

[210] Silvio Gesell (1926/1995d), S. 40, und ders. (1920/1991a), S. 84 (Arbeitergenossenschaften im Bergbau) und 367 - 368 (genossenschaftliche Verbindungen der Vorteile von Klein- und Großbetrieben).

[211] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 276.

[212] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72, sowie ders. (1920/1996), S. 262 (Zerfall von Großbetrieben zu Kleinbetrieben).

[213] Silvio Gesell (1912/1990d), S. 54 (Haftung).

Landwirtschaft weitreichende Änderungen im Sinne ihrer Entkapitalisierung als Folge der Schaffung eines Gleichgewichts auf den ‚Kapital'- und Arbeitsmärkten.

Mit Begriffen wie „Bankpaläste" und „Bankokratie" kritisierte er, dass die *Banken* zu sichtbaren Abbildern der sich in ihnen vollziehenden Akkumulation von eigenem und von ihnen verwaltetem fremdem Geldkapital geworden waren und dass sie einen mächtigen Einfluss auf produzierende Unternehmen ausübten. Dennoch richtete Gesell ebenso wenig wie gegen Börsianer auch keine Angriffe gegen das persönliche Verhalten von Bankiers, weil er deren Verhalten als Folge falscher Strukturen des Geldwesens betrachtete. Deshalb wollte er mit einem gerecht geordneten staatlichen Geldwesen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Banken ihren Doppelcharakter als Dienstleister und Geldvermehrer ablegen und sich in privaten und anderen Rechtsformen allein auf ihre Aufgabe als Verwalter von wertstabilen Spareinlagen und Vermittler von zinslosen Krediten beschränken können. Unter den Bedingungen eines stetigen und störungsfrei zirkulierenden Geldes nehme die Notwendigkeit ab, größere Geldreserven anzulegen, „weil die Regelmäßigkeit, mit der das Geld jetzt umläuft, solche überflüssig macht. War die Rücklage eine Zisterne, d.h. ein bloßer Behälter, so wird die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes zur ewig sprudelnden Geldquelle. ... Das Geld bleibt eben im Verkehr, auf dem Markte, in den Händen der Käufer, der Kaufleute, der Unternehmer. Es geht von Hand zu Hand, ununterbrochen, es hat gar keine Zeit sich in den Banken anzusammeln. Das Geld ist keine Ruhebank mehr."[214] -

Ebenso wie gegenüber einzelnen Bankiers und Börsianern verzichtete Gesell auch gegenüber einzelnen Händlern und Warenhäusern auf jegliche falsche Strukturen personalisierenden Angriffe. Die durch Absatzstockungen und Kaufkraftschwankungen ausgelösten Unsicherheiten machten den *Handel* zu einem Vabanquespiel und die Konzentration von Kapital auch im Handel führte zur Entstehung von überdimensionierten, marktbeherrschenden Handelshäusern und von überhöhten Handelsprofiten. Sobald der Geldkreislauf geschlossen und die Geldmenge stabilitätsgerecht dosiert werde und sobald der Handel keine Geld- und Realkapitalrenditen und Bodenrenten (über Ladenmieten) mehr aufbringen müsse, werde das Gleichgewicht auf den Arbeits- und ‚Kapital'märkten auch zu einer soliden Grundlage für einen „ehrlichen Handel", der seine „soziale Aufgabe" als Bindeglied zwischen Produktion und Konsum einfacher und billiger erfüllen könne als bisher. Ebenso wie in produzierenden Unternehmen der Unternehmensgewinn zu einem Lohn für die leitend und ausführend Arbeitenden werde, so werde sich auch der Handelsgewinn auf den Lohn für die Arbeit des Kaufmanns reduzieren. Wenn die Konsumenten nicht mehr den Wunsch hätten, zu jeder Zeit alles aus einem großen Angebot auswählen zu können, sondern „rechtzeitig überlegen, was sie an Waren wohl brauchen werden, um sich diese Waren durch Vorausbestellung rechtzeitig zu sichern", könnten der Umfang des Warenangebots und die Lagerhaltung verringert werden. „Der Kaufmann ... hält ein Musterlager und jeder bestellt

[214] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 253 und 259.

ihm das Gewünschte." So werde „endlich erreicht, dass die Abschätzung des Warenbedarfs nicht mehr von den Kaufleuten, sondern von den Käufern selbst vorgenommen wird. Der Kaufmann musste bisher merkwürdigerweise im Voraus den Bedarf der Käufer abschätzen, um seine Bestellungen zu machen. Dass er sich dabei irren konnte, ist klar. Jetzt schätzt der Käufer selbst seinen Bedarf ab, und da jeder schließlich den eigenen Bedarf besser kennt als der Kaufmann, so kommen Irrtümer sicherlich seltener vor. So ist nun der Kaufmann ein bloßer Musterreiter geworden und der Fabrikant ist sicher, dass die Aufträge, die ihm vom Kaufmann zugehen, nicht dessen persönliche Ansicht über den Warenbedarf widerspiegeln, sondern den unmittelbaren Bedarf der Verbraucher, den wirklichen Warenbedarf."[215] Gesell erwartete also eine Stärkung der Souveränität der Konsumenten und eine Schwächung des Einflusses von Produzenten und Händlern auf die Art und den Umfang der Produktion. -

Im Hinblick auf die Landwirtschaft wollte Gesell mit der Geld- und Bodenrechtsreform einschließlich einer auch schon von Oppernheimer geforderten Aufteilung von Großgrundbesitzungen verhindern, dass die Bauern nach ihrer Befreiung aus der feudalen Leibeigenschaft durch das Privateigentum am Boden und das zinstragende Geld in neue Abhängigkeiten geraten. „Keine Grundherren, keine Knechte. Allgemeine Ebenbürtigkeit. ... Mit der Bodenverstaatlichung geht die ganze Klasse der Junker in der Allgemeinheit auf." Damit sich eine „blühende Landwirtschaft mit einem gesunden Bauernstand" entwickeln könne, sollten bäuerliche Familien- oder Mehrfamilienbetriebe eigenverantwortlich und selbstständig auf gepachtetem gemeinschaftlichem Boden wirtschaften, ohne befürchten zu müssen, dass sie in die Abhängigkeit von Hypothekenbanken geraten oder infolge von Erbteilungen zu „Zwergwirtschaften" schrumpfen müssten. „Kein Eigentum am Boden, daher auch keine Bodenverschuldung, keine Teilung und Abfindung bei Erbschaft. ... Das Sondereigentum am Boden führt durch das Erbrecht mit Notwendigkeit zur Zerstückelung oder zur Bodenverschuldung. Die Zerstückelung führt zu den Zwergwirtschaften und damit zur allgemeinen Verarmung." Nach einer Reform des Bodenrechts könne der Boden nicht mehr verpfändet werden und die Hypothekenbanken würden nach und nach verschwinden. Und auch eine Reform des Geldwesens könnte dazu beitragen, die Landwirtschaft auf einer gleichen ‚naturnäheren' Ebene neben anderen Wirtschaftszweigen in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zu integrieren und sie von Renditezwängen zu befreien. Wegen der nur saisonalen Verfügbarkeit und schnellen Verderblichkeit ihrer Erzeugnisse war sie bislang trotz ihrer Unentbehrlichkeit das schwächste Glied in der ganzen kapitalistischen Warenwelt, gegenüber dem hortbaren und jederzeit

---

[215] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 245 (ehrlicher Handel), 255 (Vereinfachung und Verbilligung des Handels), 284 (Handel als Vabanquespiel). - In der 1. Auflage seines Hauptwerks (1916/1991a, S. 123 - 125) hat Gesell die Vereinfachung des Handels ausführlicher beschrieben als in der letztmalig von ihm überarbeiteten 4. Auflage. - Silvio Gesell & Ernst Frankfurt (1921/1992b), S. 141 (soziale Aufgaben des Handels). - Zur Geschichte des Leitbildes der ehrbaren Kaufleute vgl. Joachim Schwalbach (2016), S. 216 - 229.

wie überall einsetzbaren Geld besonders benachteiligt und deshalb auch einem besonderen Druck zur Anpassung an die Rentabilitätszwänge der kapitalistischen Geldwirtschaft und Industrie ausgesetzt. Von diesem Anpassungsdruck wird die Landwirtschaft befreit, wenn das Geld in Gestalt „rostender Banknoten" gleichsam in das rhythmische Werden und Vergehen alles Lebendigen integriert wird. Und mit einer Reform des Bodenrechts und einem Sinken der Geld- und Real-'kapital'renditen gegen null verlieren alle landwirtschaftlichen Produktionsmittel, also sowohl die Böden und Landmaschinen als auch die Tiere und Pflanzen ihren Charakter als Kapitalgüter. Sie werden dann pfleglich zu behandelnde Wirtschaftsgüter innerhalb einer weniger kapital- und energieintensiven und dafür arbeitsintensiveren Landwirtschaft.[216] Und könnte vielleicht ein geschlossener Kreislauf der Gesamtwirtschaft mit gerechten Proportionen des Gebens und Nehmens auch die Entstehung überwiegend regionaler Mensch-, Tier- und Pflanzenkreisläufe in der Landwirtschaft begünstigen? -

In Bezug auf die Auswirkungen einer Geld- und Bodenrechtsreform auf die räumlichen Siedlungsstrukturen und das Verhältnis zwischen den Städten und dem Land machte Gesell nur sporadische Andeutungen. Die Städte seien zu „Wasserköpfen" geworden, weil „Hypothekenbanken die Landbevölkerung auspumpten"[217] und zu einer Flucht vom Land in die Städte beigetragen hätten. Ansonsten erkannte er die Konzentration von Geld- und Realkapital noch nicht als tiefere Ursache für die zunehmende Konzentration von Kapital und Menschen in großstädtischen Ballungsräumen und für die Entleerung ländlicher Räume. Immerhin werde eine Rückverteilung der ländlichen und städtischen Bodenrenten in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zu einer ökonomischen Neutralisierung der Vor- und Nachteile des gesünderen Landlebens und des kulturell mehr anregenden Lebens in Städten führen. „Landwirtschaft und Industrie werden durch die Bodenverstaatlichung erst zu einer gleichartigen wirtschaftlichen und politischen Masse verschmolzen werden." Proudhons und Kropotkins Idee landwirtschaftlich-industrieller Föderationen tauchte bei Gesell nicht wieder auf; dafür stellte er sich vor, dass die Städte mit dem Sinken der Geld- und Realkapitalrenditen gegen Null ihren „Jahrmarktcharakter" verlieren würden.[218]

Sowohl auf dem Land als auch in den Städten würden die Menschen in Zukunft größtenteils in eigenen Häusern bzw. in eigenen Wohnungen innerhalb von Mehrfamilienhäusern wohnen. „Eine geräumige Wohnung ist der Herzenswunsch eines jeden Menschen." Mit der Erfüllung dieses Wunsches wären die Zeiten des Wohnens in ungesunden Mietskasernen oder gar der Obdachlosigkeit vorüber. Zudem hielt Gesell Wohneigentum neben der Beteiligung an Unternehmen für eine sinn-

---

[216] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 77 (gesunder Bauernstand), 80, 84 und 90 (Junker gehen in der Allgemeinheit auf), sowie ders. (1923/1993d), S. 272 (Aufteilung des Großgrundbesitzes). Vgl. auch Werner Onken (2004), S. 30 - 35.

[217] Silvio Gesell (1924/1993), S. 354.

[218] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 49 - 51 (gesünderes Landleben), 91 (Landwirtschaft und Industrie als Einheit) und ders. (1916/1991a), S. 124 (Jahrmarktcharakter der Städte).

volle Form des Sparens. Nur in den Fällen, in denen die Lebensplanung von Menschen eine höhere Beweglichkeit erfordert, würden sie Wohnraum mieten, wobei die Mieten dann keine Bodenrenten und Zinsen mehr enthalten, sondern nur noch die Bau- und Unterhaltungskosten decken müssen.[219]

Egalitäre nachkapitalistisch-bürgerliche Marktgesellschaft ohne Kapitalisten und ohne Proletarier

Was Gesell mehr oder weniger ausführlich oder auch nur in etlichen über sein Werk verstreuten beiläufigen Bemerkungen über die Konzentrationskraft des herkömmlichen zinstragenden Geldes als tiefere Wurzel der Konzentration von Mietshäusern, Produktions- und Transportmitteln in den Händen von wenigen Unternehmerkapitalisten äußerte und was er über eine Geld- und Bodenrechtsreform als Weg zu deren Dezentralisierung und Entkapitalisierung von Unternehmen, Banken, Handel und Landwirtschaft andeutete, hätte Ausgangspunkt für eine systematische Ausformulierung einer Konzentrations-, Monopol- und Wettbewerbstheorie werden können. Was er in seinen Frühschriften und im 5. Kapitel seines Hauptwerks über die „akkumulatorischen Eigenschaften"[220] des Geldes darlegte, hätte sich mit Georges und Oppenheimers Hinweisen auf die Akkumulationskraft der privat angeeigneten Bodenrente verbinden lassen. Auf dieser Grundlage hätte sich - auch unter Einbeziehung von Dividenden aus Börsengeschäften und von Einnahmen aus dem privaten Eigentum an Patenten[221] - eine Konzentrations- und Monopoltheorie entwickeln lassen. Unter diesen Aspekten hat Gesell seine Theorie allerdings noch nicht weiter ausgebaut.

Hinzu kam im Laufe der Zeit schließlich noch der wichtige, aber ebenfalls noch nicht detaillierter ausgeführte Hinweis von Gesell auf die private Verfügung über Ressourcen und Ressourcenrenten als Mittel der Konzentration von Geld- und Realkapital und der Bildung von großen Monopolunternehmen. „In der Bildung von Monopolen, Trusts, Syndikaten erblicken wir Auswirkungen des herkömmlichen Bodenrechts. ... Die amerikanischen Trusts (Petroleum, Eisenbahnen, Stahl, Kupfer) bauen sich direkt auf dem Monopol der Bodenschätze auf." Durch die Kontrolle über natürliche Ressourcen und technisches Wissen konnten Produzenten ihre Möglichkeiten erweitern, sich zu Kartellen, Syndikaten und Trusts zu verbinden

---

[219] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 260 (menschenwürdiger Wohnungsbau); ders. (1920/1991a), S. 348 („Oft mag der Zins 70 oder 80 % der Miete ausmachen, oft im Inneren der Großstadt auch nur 20 - 30 %. Wenn also der Zins ganz aus der Miete ausscheidet, so bleibt immer noch ein genügender Rückstand an Ausgaben, um zu verhüten, dass jeder einen Palast für sich beansprucht.") sowie ders. (1922/1992a), S. 226 (Wunsch nach eigenem Wohnraum vs. Obdachlosigkeit).

[220] Silvio Gesell (1892/1988b), S. 169.

[221] Silvio Gesell (1892/1988b), S. 202 - 203 (Akkumulation von Gewinnen aus Börsenspekulationen) sowie ders. (1922/1992a), S. 269 (Patentmonopole) und (1926/1995e), S. 324 („Wir wissen, wie wenig die Patentrechte die Interessen der Erfinder zu schützen vermochten. ... Wir haben kein Patentamt, keine Patentanwälte, keine Patentprozesse und keine Erfinder, die sich aus Not vergiften.")

und wettbewerbsbeschränkende mono- und oligopolistische Machtpositionen auf den Märkten auszubauen. „Das alles fällt mit Freiland in Staub auseinander."[222]

Ähnlich dem Liberalsozialismus von Oppenheimer war es auch Gesells Ziel, die Freiheit der Märkte nicht wie Marx & Engels vorschnell zu verurteilen und sie durch eine staatlich-bürokratische Zentralverwaltung der Wirtschaft zu ersetzen, sondern die Märkte von jeglichen mono- und oligopolistischen Verfälschungen des Wettbewerbs zu befreien. Die von den Klassikern nicht vorausgesehene Tendenz zur Konzentration von Geld- und Realkapital wollte Gesell in die Richtung einer Dezentralisierung der Produktionsmittel umkehren und die von Monopolen befreiten Märkte in eine gerechte rechtsstaatliche Rahmenordnung einbetten. Wie Oppenheimer war Gesell der Ansicht, dass sich während des 19. Jahrhunderts noch gar keine wirklich freie Marktwirtschaft entwickelt hatte, sondern nur deren kapitalistisches Zerrbild. „Monopole nehmen heute den Platz der Gewerbefreiheit ein. ... Unsere sogenannte Gewerbe- und Handelsfreiheit ist nicht wurzelecht, darum trägt sie Dornen statt Rosen. ... Die hässlichen Begleiterscheinungen der heutigen Wirtschaft sind nur eine Folge künstlich beschränkter Freiheit. ... Räumen wir also zunächst mit den Monopolen auf, geben wir der Freiheit die Freiheit und dann mögen wir für das, was sich entwickeln mag, die Freiheit, den Individualismus, die Privatverantwortung verantwortlich machen."[223]

Mit der Geld- und Bodenrechtsreform strebte Gesell also eine nachträgliche Korrektur der ökonomischen Klassik im Sinne einer Verbindung eines nicht mehr kapitalistisch pervertierten Liberalismus mit einem freiheitlichen Sozialismus an. Statt wie es Marx & Engels forderten, den privatkapitalistisch begonnenen Konzentrationsprozess auf eine staatszentralistische Spitze zu treiben und alle Arbeitenden zu Proletariern zu machen, wollte Gesell ähnlich wie Oppenheimer mit dem Liberalsozialismus das ursprüngliche Ideal der Französischen Revolution mit historischer Verspätung doch noch erreichen: nämlich einen Weg aus der kapitalistischen Klassengesellschaft mit ihrer hierarchischen Schichtung des Groß- und Kleinbürgertums einschließlich des Adels und der Kirchen sowie des Industrieproletariats bahnen, der in eine egalitär-klassenlose, nachkapitalistisch-bürgerliche Marktgesellschaft mit einem in sich homogenen „Dritten Stand" (Sièyes) führt.

In Fortführung der Gedanken von Mill, Proudhon und George sollten freie und gleiche Bürger nicht nur vor Gott und dem Gesetz gleich gestellt werden, sondern nach den Verirrungen des Laissez-faire-Kapitalismus und des Kommunismus sollte eine rechtsstaatliche Ordnung auch ihre wirtschaftliche Gleichheit vor dem Boden und den Ressourcen sowie vor dem Geld herstellen. Und innerhalb dieser Ordnung sollte der freie Wettbewerb zwischen den Produzenten von jeglichen Privilegien und Mono- oder Oligopolen frei sein. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel der Geld- und Bodenrechtsreform war es letztlich, die hierarchische

---

[222] Silvio Gesell (1919/1991b), S. 300 und 304 sowie ders. (1925/1997), S. 302, und (1902/1989c), S. 70 - 71.

[223] Silvio Gesell (1906/1989b), S. 253 - 254, sowie ders. (1902/1989a), S. 56 - 58.

Schichtung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft 1. von ihrer Spitze her durch eine „Rückverwandlung der Großindustrie in Kleinbetriebe" oder auch in genossenschaftliche Unternehmen in mittleren Größenordnungen und 2. von ihrer Basis her durch eine „Rückverwandlung des Proletariats in selbstständige, unabhängige Bürger und Eigentümer" einzuebnen, bis eines Tages „der letzte Proletarier zur letzten Ruhe neben dem letzten Kapitalisten bestattet" wird. Aus allen Kapitalisten und Proletariern sollen gleichermaßen freie und wohlhabende, „selbstständige, selbstverantwortliche Vollbürger" werden, die – da sie ihren nicht mehr durch leistungslose Einkünfte geschmälerten vollen Arbeitsertrag erhalten und über leistungsgerecht verteiltes (Mit-)Eigentum an Produktionsmitteln verfügen – gleichsam im Vollbesitz ihrer ökonomischen und politischen Kräfte sein werden. In einer egalitären Bürgergesellschaft sind solche „Vollbürger" nicht mehr wie die kleinbürgerlichen Schichten im Kapitalismus innerhalb einer sozialen Hierarchie zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat bzw. dem Prekariat eingezwängt. Sie brauchen weder Ängste vor einem Abstieg nach unten und vor sozialer Ausgrenzung noch Ambitionen auf einen Aufstieg nach oben haben. „Die schönste, wirklich umstürzlerische Leistung des Freigeldes" - und auch des „Freilandes" - „wird die sein ..., dass eine Stätte bereitet wird für ein stolzes Geschlecht freier und selbstständiger Bürger" mit einem wirtschaftlich fundierten Selbstbewusstsein und gegenseitiger Achtung voreinander.[224]

In einer solchen egalitären Bürgergesellschaft mit entkapitalisierten Formen von Arbeitsteilung, Warenproduktion, Geld und einer Vielfalt von privaten und anderen Eigentumsformen wären die einzelnen Individuen nicht mehr wie in der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft voneinander getrennt und massenhaft atomisiert, sondern sie wären individuell frei und könnten sich zugleich auf gleicher Augenhöhe frei assoziieren. Allerdings äußerte sich Gesell nicht näher dazu, in welchem Umfang es neben dem zwar geldvermittelten, aber entkapitalisierten Markt und den vom Staat oder von den Gemeinden bereitgestellten öffentlichen Gütern auch noch Bereiche der subsistenzwirtschaftlichen Selbstversorgung oder anderer außermarktmäßiger Tätigkeiten geben könnte.

Abgesehen davon dürfte mit einer solchen gesellschaftlichen Transformation auch ein weitreichender Wandel der bisherigen Funktionen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einhergehen, über den Gesell noch kaum nachgedacht hat. Einerseits verwies er darauf, dass die gewerkschaftlich organisierten Streiks innerhalb der widersprüchlichen kapitalistischen Strukturen insofern auch einen kontraproduktiven Nebeneffekt haben, als dass sie den Weg bis zum Erreichen eines Gleichgewichts von Real'kapital'angebot und -nachfrage verlängern. Damit könnten Streiks die Arbeit mittel- und langfristig vielleicht sogar mehr schwächen als stärken; auf jeden Fall aber könnten sie die Übermacht des Kapitals nicht brechen. Andererseits achtete Gesell den in vielen Streiks unter Beweis

[224] Silvio Gesell (1920/1996), S. 262; ders. (1920/1991a), S. 226 und 255 sowie ders. (1921/1992h), S. 150.

gestellten entbehrungsreichen Kampfgeist der Arbeiter. „Sie haben solche heldenhafte Enthaltsamkeit in tausend Streiks gezeigt."[225]

Im Laufe der gesellschaftlichen Transformation sollten die Gewerkschaften ihre Funktion als Gegenmacht zur Macht des Kapitals vorerst weiter ausüben, um die Arbeiter und Angestellten vor der erst allmählich schwindenden Übermacht des Kapitals zu schützen. So zog Gesell auch eine Mitbeteiligung der Gewerkschaften an der Aufsicht über ein reformiertes staatliches Geldwesen in Erwägung.[226] Sobald sich dann im Zuge einer Dezentralisierung der Produktionsmittel die historisch gewachsene klassenkämpferische Konstellation von Kapitalmacht und Gegenmacht der Arbeit auflöst und sobald es dann nicht mehr um eine Beteiligung von Arbeitervertretern an der Verfügung über hochgradig konzentriertes Kapital geht, könnten sich die Gewerkschaften und auch die Arbeitgeberverbände mehr und mehr zu Hospizdiensten für Kapitalgesellschaften und zu Geburtshelfern für Unternehmen mit innerbetrieblicher Demokratie und Selbstverwaltung wandeln.

Von der Evolutionstheorie beeinflusstes, korrekturbedürftiges Menschenbild

Ohne eine eigene tragfähige philosophische Grundlage orientierte sich Gesell bei der Formulierung seines Menschenbildes an Zeitströmungen wie dem Individualanarchismus im „Einzigen und sein Eigentum" von Max Stirner und an philosophischen Werken wie „Also sprach Zarathustra" und „Götzendämmerung" von Friedrich Nietzsche. Nach eigenem Bekunden fühlte er sich jedoch unsicher in philosophischen Fragen und interessierte sich mehr für die Naturwissenschaften. „Eine einzige naturwissenschaftliche Tatsache gibt mir mehr Anregung als 1000 philosophische Werke. ... Für mich sind die Philosophen Literaten. Aber ich gestehe, dass ich mir kein Urteil erlauben kann, solange ich ihre Werke nicht studiert habe. ... Der positive Fortschritt in der Erkenntnis geht von der Naturerkenntnis aus. Darüber hinaus ist alles Märchen, Glaube, Hoffnung - manchmal aber, ich will es nicht leugnen - haben die Philosophen bessere Fühlhörner als die Astronomen."[227]

Zu Gesells mangelnder Kenntnis der Philosophie, dem Fehlen eines in philosophischer Hinsicht besser gebildeten Mitarbeiters, der ihm hätte Orientierungshilfen geben können, und seinem ohnehin stärkeren Interesse an den Naturwissenschaften führten noch zwei weitere Faktoren dazu, dass er sich der Evolutionslehre stärker zuwandte und von dort nachträglich Einflüsse in seine ökonomische Gedankenwelt aufnahm, die nicht wirklich zur Geld- und Bodenrechtsreform pass-

---

[225] Silvio Gesell (1916/1991a), S. 292 (Streiks schwächen die Arbeit eher als dass sie sie stärken), und ders. (1920/1991a), S. 365 (Entsagungsbereitschaft streikender Arbeiter).

[226] Dementsprechend zog Gesell eine Mitbeteiligung der Gewerkschaften sowie der Handels- und Landwirtschaftskammern an der staatlichen Verwaltung des Geldwesens in Erwägung; vgl. dazu (1920/1992d), S. 55.

[227] Silvio Gesell (1922/1997c), S. 261 - 262.

ten und die im Nachhinein einen dunklen Schatten auf sie legten. Zum einen wandte sich Gesell von den damaligen Kirchen ab, weil sie die Religion für Machtzwecke instrumentalisierten und weil sie keine Anzeichen für eine ernsthafte Absicht erkennen ließen, für Gerechtigkeit auf Erden einzutreten.[228] Und zum anderen weckte die Tatsache, dass sich Alfred Russel Wallace, der neben Charles Darwin zweite bedeutende britische Evolutionsforscher, für Reformen des Bodenrechts und des Geldwesens einsetzte, Gesells Erwartung, von Seiten der Evolutionsforschung endlich eine größere Unterstützung für seine eigenen Reformbestrebungen zu erhalten, auf die er bis dahin vergeblich gehofft hatte.[229]

Statt wie Mill und Proudhon den qualitativen Wandel von monopolkapitalistisch vermachteten Märkten mit einem rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb hin zu monopolfreien Märkten mit einem gerechten Leistungswettbewerb als große Chance für eine Balance von Eigeninteresse und Gemeinwohl sowie für eine Ergänzung von Wettbewerb und Kooperation darzustellen, hob Gesell 1. unter dem Einfluss von Stirner das Streben der Menschen nach ihrem eigenen Nutzen als stärkste Antriebskraft ihres Verhaltens hervor. Und 2. charakterisierte er unter dem Einfluss der Evolutionslehre den wirtschaftlichen Wettbewerb nicht mehr nur wie die Klassiker als ein „freies Spiel der wirtschaftlichen Kräfte", sondern als einen „Kampf ums Dasein" und als eine „natürliche Auslese", die freilich von kapitalistischen Privilegien zu befreien seien.

Seinem erstmals 1916 erschienenen Hauptwerk gab Gesell den Titel „Die Natürliche Wirtschaftsordnung", weil er sich zum einen an der Vorstellung der französischen Physiokraten von einer „natürlichen Ordnung" des Wirtschaftens orientierte und weil zum anderen eine solche Ordnung gemäß seinem Verständnis der Evolutionslehre jener ‚Natur' des Menschen entsprechen sollte, die dann zum Vorschein kommen werde, wenn die Menschen nicht mehr von kirchlichen, staatlichen und privatwirtschaftlichen Mächten beherrscht werden. Im sozialdarwinistisch eingefärbten und darum befremdlichen Vorwort zur 3. Auflage seines Hauptwerks (1919) vertrat Gesell die an die Evolutionslehre angelehnte Ansicht, dass eine nachkapitalistische, von jeglichen Privilegien und Machtpositionen befreite Marktwirtschaft in erster Linie auf dem sowohl von den christlichen Kirchen als auch vom Kommunismus beargwöhnten Eigennutz aufgebaut sein werde. Darin könne „der Tüchtigste ..., dem Eigennutz folgend, geradeaus auf sein Ziel lossteuern, ohne sich in seiner Tatkraft durch Rücksichten ankränkeln zu lassen, die nicht zur Wirtschaft gehören. ... Der Volkswirtschaftler, der mit dem Eigennutz rechnet und auf ihn baut, rechnet richtig und baut feste Burgen. Die religiösen Forderungen des Christentums dürfen wir darum nicht auf die Wirtschaft übertragen; sie versagen hier

---

[228] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 67(Missbrauch mit den „heiligsten Gefühlen" von Menschen) und 225 („Christentum und Zins sind glatte Widersprüche.") Vgl. auch ders. (1891/1988), S. 32 und 66 (die „große herrliche Schöpfung", die durch das ungerechte kapitalistische Geld in eine „Hölle" verwandelt wurde) und (1921/1992i), S. 58 - 59 (Staatskirchen als Machtinstrumente).

[229] Mit Alfred Russel Wallace könnte Gesell in brieflicher Verbindung gestanden haben; vgl. hierzu Werner Onken (2007b), Abschnitt 2.

und schaffen nur Heuchler", welche Moralpredigten über christliche Nächstenliebe und Brüderlichkeit halten, aber selbst nicht dementsprechend handeln. Die Unterdrückung des Eigennutzes im Kommunismus hielt Gesell für einen Verstoß gegen die ‚Natur' des Menschen, weil „der Menschenschlag, der den Maßgebenden im Staate gefällt - der herrscht dann vor. Dann erobert sich der Mensch seine Stellung nicht mehr kraft seiner persönlichen Fähigkeiten, nicht mehr durch sein Verhältnis zur Menschheit und zur Welt; sein Verhältnis zu den herrschenden Parteihäuptlingen gibt dann vielmehr die Entscheidung. Er erschleicht seine Stellung. ... Die Staatsschablone formt den Menschen."[230]

Mit diesem nicht ganz falschen, aber überpointierten Plädoyer für den Eigennutz kam Gesell auch dem Menschenbild der neoklassischen Ökonomie nahe, die mit ihrer Fiktion vom homo oeconomicus unterstellte, dass die Menschen mit rationalen Kalkülen ausschließlich ihre persönlichen Vorteile in der Wirtschaft maximieren wollen. Allerdings dürfe - so seine Einschränkung - der „Eigennutz nicht mit Selbstsucht verwechselt werden. Der Kurzsichtige ist selbstsüchtig, der Weitsichtige wird in der Regel bald einsehen, dass im Gedeihen des Ganzen der eigene Nutz am besten verankert ist." Gesell stimmte also auch mit der von der Neoklassik verdrängten Annahme Adam Smiths überein, dass es neben dem Eigennutzstreben noch zwischenmenschliche Sympathiegefühle gebe. Ähnlich wie Smith ging er von der Existenz eines „sozialen Richtsinns" im Menschen aus. Und eine sowohl auf dem ‚natürlichen' Eigennutz als auch auf dem vollen Arbeitsertrag aufgebaute Wirtschaft liefere „dem Menschen nicht nur die Gelegenheit zu uneigennützigen Taten, sondern auch die Mittel dazu. ... Gemeinsinn und Opferfreudigkeit gedeihen dort am besten, wo mit Erfolg gearbeitet wird. Opferfreudigkeit ist eine Nebenerscheinung persönlichen Kraft- und Sicherheitsgefühls." Niemand werde zur Freigebigkeit gezwungen; aber „die größte Strafe, die dem Menschen auferlegt werden kann, ist die, ihn in eine Gesellschaft von Hilfsbedürftigen zu bringen, die die Hände nach ihm ringen und denen er nicht helfen kann."[231]

Demnach war in der Geld- und Bodenrechtsreform entgegen dem ersten sozialdarwinistischen Anschein durchaus eine wechselseitige Ergänzung von Eigennutz und Mitmenschlichkeit angelegt. Sie in den Schatten eines überbetonten Eigennutzes gestellt zu haben, war ein Fehler Gesells. Gerade eine von Privilegien und Monopolen freie Wirtschaft, in der alle Menschen ihre vollen Arbeitserträge erhalten und sich ökonomisch auf gleicher Augenhöhe begegnen, eröffnet sehr viel mehr Möglichkeiten für eine Balance von Egoismus und Altruismus sowie eine wechselseitige Ergänzung von Wettbewerb und Kooperation als der bestehende monopolkapitalistische und de facto sozialdarwinistische Verdrängungswettbewerb.

---

[230] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVI und XXI - XXII.

[231] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVI - XVII (Uneigennützigkeit) und 67 (sozialer Richtsinn); ders. (1920/1991d), S. 77.

Gesells ursprüngliche Intention, das vom klassischen Liberalismus postulierte ‚freie Spiel der Kräfte' von kapitalistischen Privilegien und Machtballungen zu befreien und nach gerechten Spielregeln ablaufen zu lassen, vermischte sich unter dem Einfluss der Evolutionstheorie mit der Vorstellung eines privilegien- und machtfreien ‚Kampfes ums Dasein', an dem teilzunehmen alle Menschen gleiche Chancen bekommen müssten, „denn die Arbeit ist die einzige Waffe des gesitteten Menschen in seinem ‚Kampfe ums Dasein'. ... Man darf sich diesen Wettstreit nicht als Ringkampf ... vorstellen. Diese Art der Auslese hat beim Menschen ... keinen Sinn. ... Das ganze unübersehbare Gebiet friedlicher Betätigung in Gewerbe, Kunst, Wissenschaft, Gesetzgebung, geselligem Leben, im Landbau, in der Tierzucht, das ist die Kampfbahn des Wettstreites."[232]

Wenn Gesell die von Engels geschilderte bedrückende „Lage der arbeitenden Klassen in England" besser gekannt hätte, hätte er im Vorwort zur 3. Auflage seines Hauptwerks vielleicht auch nicht so unbekümmert geschrieben, dass „die Manchesterschule ... auf dem richtigen Wege ... war und auch das, was man von Darwin her später in diese Lehre hinein trug, richtig war." Man habe „nur ... die erste und wichtigste Voraussetzung des Systems ungeprüft gelassen und sich nicht um die Kampfbahn gekümmert, auf der nun die Kräfte frei sich messen sollten."[233] Damit leistete Gesell selbst dem späteren Eindruck insbesondere von linken Intellektuellen Vorschub, dass er ein Wegbereiter des unbarmherzig-rücksichtslosen ‚Marktliberalismus' gewesen sein könnte. Auch wenn sich Gesell die „natürliche Auslese" in der Wirtschaft als ein Geschehen „auf vollkommener Ebene" vorgestellt hat, „wo jedes Vorrecht aufgehoben ist", war es ein folgenschwerer Fehler, dieses freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auf einem ganz und gar ebenen Spielfeld in eine „natürliche Auslese" auf einer gleichen „Kampfbahn" umzudeuten, auf der die stärkeren „Tüchtigen" sich gegen die Schwächeren behaupten. Daran ändert auch der Hinweis nichts, dass „der Wettstreit für die Unterliegenden nicht die grausamen Folgen" haben sollte wie bei Wettkämpfen in der Tierwelt.[234] Anstelle von Kämpfen mit Siegen von tüchtigen Starken und Niederlagen von Schwachen kann es in der menschlichen Gesellschaft nur um eine freie und spielerische Entfaltung unterschiedlicher individueller Fähigkeiten von Menschen gehen, die frei über die Aufteilung ihrer Zeit auf Zeiten der Bildung, der Arbeit, der Muße und der Freizeit entscheiden und die auch die Intensität ihrer Arbeit selbst bestimmen und je nach ihrem Interesse an der Höhe ihres vollen Arbeitsertrags frei entscheiden, ob ihnen ihr erreichter Leistungsstand genügt oder ob sie ihn vielleicht wie in der Kunst oder im Sport zu einer virtuosen Meisterschaft steigern wollen.

So oder so ist jedoch die Übertragung der Vorstellung eines - auch friedlichen - ‚Kampfes ums Dasein' auf die menschliche Gesellschaft abwegig, weil Menschen,

---

232 Silvio Gesell (1920/1991a), S. XXII, sowie ders. (1920/1991b), S. 35 – 36.

233 Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVIII.

234 Silvio Gesell (1920/1991a), S. XVIII und XXI.

denen ihr Leben geschenkt wurde, unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit gar nicht um ihr *Da*sein kämpfen sollen. Vielmehr soll sich durch einen machtfreien Wettbewerb und durch Kooperation innerhalb eines geschlossenen Geldkreislaufs, aus dem niemand herausfallen kann und der die kapitalistische Gewinner-Verlierer-Gesellschaft gerade überwinden soll, ‚nur' von selbst ergeben, *wo* innerhalb der egalitären Bürgergesellschaft die einzelnen Menschen den ihren Fähigkeiten am besten entsprechenden Platz finden können. Bei der Lektüre von Henry Georges Hauptwerk „Progress and Poverty", das ihn ansonsten sehr stark beeinflusste, hätte Gesell auffallen können, dass George sich der Übertragung der Evolutionslehre auf die menschliche Gesellschaft klugerweise widersetzt hatte. George hatte nämlich deutlich erkannt, dass die Evolutionslehre nicht nur aus der Biologie kam und ihre Übertragung auf die menschliche Gesellschaft unzulässig war, sondern dass sie zum großen Teil der falschen - auch von Gesell als falsch kritisierten - Bevölkerungstheorie von Malthus entsprungen war.[235]

Schließlich übernahm Gesell auch noch das abstoßende Vokabular der Evolutionstheorie, indem er die körperlichen, seelischen und geistigen Folgen der hierarchischen Schichtung der Gesellschaft wie Machtstreben und Untertanengeist, Charakterschwächen, Kriminalität und Suchtverhalten als „kapitalistische Fehlzucht" bezeichnete. Und im Einklang mit dem Fortschrittsglauben der Aufklärung und dem Glauben der Evolutionstheorie an eine *Höher*entwicklung der Menschen verband Gesell mit der Geld- und Bodenrechtsreform die Hoffnung, dass sich nur „angeborene Eigenschaften" weitervererben und nicht die den Menschen durch die soziale Ungleichheit im Kapitalismus zugefügten Deformationen. „Nicht dem Geld, nicht verbrieften Vorrechten, sondern der Tüchtigkeit der Kraft, der Liebe, der Weisheit der Eltern müssen die Kinder ihre Erfolge verdanken. Dann darf man hoffen, dass mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden vom Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat ... , und dass die Menschheit unter der Führung der Edelsten den schon lange unterbrochenen Aufstieg zu göttlichen Zielen wieder aufnehmen wird."[236]

Auf dem Weg zur „Veredelung der Sitten" dürfe die Führung auf keinen Fall „den Gewaltmenschen, den Strebern, den Demagogen" überlassen werden. Allein auf dem Wege der freiwilligen Selbsterziehung eines jeden einzelnen Menschen sollte die gesamte Menschheit ihrer „Hochzucht" zur „persönlichen Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstverantwortung" entgegen gehen können, ohne dass diese Höherentwicklung durch die „irrende Vernunft des Menschen" und durch „irgendwelchen Kunstgriff irrender Behörden" in eine bestimmte Richtung gelenkt werde dürfe. Und erst recht trat Gesell „rassezüchterischen Irrlehren" von selbsternann-

---

[235] Vgl. hierzu die Ausführungen zu Henry Georges Menschenbild im Kap. 7.1 des vorliegenden Buches sowie Werner Onken (2007b), bes. den Abschnitt 4; auf der Website http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/Kritik___Antwort_4/Sozialdarwinismus-Nachbearbeit/sozialdarwinismus-nachbearbeit.HTM (Zugriff: 23.9.2016).

[236] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XV.

ten ‚Übermenschen' entgegen, die sich anmaßen, über Leben und Tod von vermeintlichen ‚Untermenschen' wie Kranken, Behinderten oder Menschen aus anderen Teilen der Erde zu verfügen.[237]

Und dennoch - das Denken in den Kategorien von „Minderwertigkeit", „Fehl- und Hochzucht" mitsamt ihrer vererbungstheoretischen Erweiterungen stellte eine zeitgeistbedingte Verirrung dar, die im Übrigen keineswegs nur eine Schwäche von Gesell war. Nicht nur in konservativen Kreisen, sondern auch innerhalb der Arbeiterbewegung fanden die Evolutionstheorie und ihre Übertragung auf die menschliche Gesellschaft eine starke Resonanz. Auch Karl Marx beklagte im Band 1 des „Kapital" unter Hinweis auf die „allmächtig waltenden principle of natural selection", dass die kapitalistische Produktionsweise „die Volkskraft an der Lebenswurzel ergriffen hat. ... Die Degeneration der industriellen Bevölkerung wird nur durch beständige Absorption naturwüchsiger Lebenselemente vom Lande verlangsamt." Selbst durch die „Aussicht auf eine zukünftige Verfaulung der Menschheit" lasse sich das Kapital nicht davon abbringen, „die Leiden der es umgebenden Arbeitergeneration zu leugnen".[238] Unabhängig davon hat Gesells Aufnahme von Einflüssen aus der Evolutionstheorie in seine Geld- und Bodenrechtsreform ihrem Selbstverständnis als Weg zu sozialer Gleichheit und seelischer Gesundung von Menschen ohne jede Über- oder Unterschätzung von anderen Menschen und von sich selbst stärker beschädigt als vertieft.[239]

Traditionell-konservatives (Un-)Verständnis der Geschlechterrollen

So wie die Menschenrechte für die französischen Revolutionäre zunächst nur Männerrechte waren - Olympe de Gouges wurde 1793 hingerichtet, weil sie sie auch für Frauen erkämpfen wollte - , waren auch Gesells Gedanken über das Geschlechterverhältnis ohne Kenntnis der frauenrechtlichen Aussagen von Fourier sowie des Buches „Die Hörigkeit der Frauen" von John Stuart Mill & Herriet & Helen Taylor noch weitgehend in patriarchalischen Traditionen verhaftet. Sein Idealbild einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft war das Bild eines „stolzen Geschlechts freier und selbstständiger Bürger", von „Männern, die man jedem in der Welt, ohne zu erröten, als Landsleute vorstellen kann."[240]

---

[237] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XX (irrende Vernunft des Menschen); ders. (1920/1991b), S. 36 (Kunstgriff irrender Behörden; Veredelung der Sitten, Laster und Kriminalität, Führung der Menschheit nicht durch Gewaltmenschen und Demagogen) und ders. (1916/1990), S. 298 (rassezüchterische Irrlehren). - Zur kritischen Aufarbeitung von Gesells evolutionstheoretisch beeinflusstem Menschenbild vgl. Werner Onken (2007b).

[238] Karl Marx (1867/1972), S. 285. - Vgl. auch Friedrich Engels (1845/1969), S. 331 -336 und 429 - 430 („Untergrabung der menschlichen Natur in körperlicher wie geistiger Beziehung", „Vertierung des Menschen").

[239] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XX (irrende Vernunft des Menschen); ders. (1920/1991b), S. 36 (Kunstgriff irrender Behörden) und ders. (1916/1990), S. 298 (rassezüchterische Irrlehren).

[240] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 255.

Während die außerhäuslichen Bereiche der Politik und der Wirtschaft den Männern vorbehalten sein sollten, wies Gesell entsprechend seinen konservativen Vorstellungen von den Geschlechterrollen den Frauen die Aufgabe zu, sich um die privaten Haushalte und um die Erziehung der Kinder zu kümmern. In seinen Frühschriften verschloss er sich leider der Einsicht in die Notwendigkeit eines politischen Frauenwahlrechts und er unterstützte auch nicht die Forderungen von Mill & Taylor & Taylor nach einer gleichberechtigten Mitwirkung von Frauen in Genossenschaften oder nach anderen Formen der beruflichen Entfaltung.

Von den möglichen Auswirkungen einer Geldreform auf das Geschlechterverhältnis sah Gesell in seinen Frühschriften nur erst die Überwindbarkeit von „Konvenienz- und Geldheiraten". Sobald alle Männer einen leistungsgerechten vollen Arbeitsertrag erhalten, schwinden Standes- und Vermögensunterschiede, die bislang die Partnerwahl neben der persönlichen Zuneigung mehr oder weniger stark mit beeinflussten. Frauen bräuchten dann keine sympathischen Männer mehr zurückweisen, nur weil sie finanziell nicht ausreichend in der Lage sind, eine Familie zu unterhalten. Und sie bräuchten auch keine Versorgungsehen mehr mit Männern einzugehen, nur weil sie ihnen mehr finanzielle Sicherheit als menschliche Reife bieten. Unter solchen Umständen wären Ehegatten nicht mehr durch finanzielle Kalküle, sondern nur noch durch ihre persönliche Zuneigung miteinander zu einem „einzigen harmonischen Wesen" verbunden. Deshalb sei es nicht notwendig, „für eine Seele zwei Stimmzettel bei der Wahl abzugeben" und die Frauen einen „besonderen Beruf" erlernen zu lassen.[241]

Unbestritten war Gesells Verständnis der Geschlechterrollen konservativ-patriarchalisch. Immerhin wurzelte es nicht in einem Frauen massiv diskriminierenden Zweifel an ihren geistigen Fähigkeiten, den sogar Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts wie Rousseau, Hegel, Schopenhauer und am schlimmsten Nietzsche verbreiteten.[242] Auch Marx erkannte als produktive Arbeit nur die von Männern geleistete industrielle Lohnarbeit an, sah aber keine Ausbeutung in der von Frauen unentgeltlich geleisteten Familienarbeit. Statt die Forderung nach gleichen Löhnen für Industriearbeiterinnen zu unterstützen oder gar die Geschlechterhierarchie genauso zu kritisieren wie die Hierarchie von Kapital und Lohnabhängigkeit, beklagten Marx & Engels im „Kommunistischen Manifest" sogar, dass die ‚billigeren' Frauen den Männern Arbeitsplätze wegnahmen. „Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftäußerung erheischt, d.h. je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber und Kinder verdrängt."[243] Und im „Kapital" Band 1 bezeichnete Marx zwar die „Auflösung des alten Familienwesens" dadurch, dass auch Frauen und Kinder in den kapitalistischen Produktionsprozess mit hineingezogen wurden, als „furchtbar und

---

[241] Silvio Gesell (1892/1988a), S. 139 - 140.

[242] Annegret Stopczyk (1980), S. 118 (Rousseau), 167 (Hegel), 182 - 183 (Schopenhauer) und 223 - 226 (Nietzsche).

[243] Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 469.

ekelhaft". Dennoch schaffe die einerseits beklagte Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften andererseits nicht nur die Voraussetzung für die „Expropriation der Expropriateure", sondern auch „mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter".[244] Die Überwindung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern stellte sich Marx also in der Weise vor, dass Frauen und Männer nicht mehr in eigenen Familien leben, sondern in die große Familie des Proletariats aufgehen und in verstaatlichten Industrien arbeiten, während staatliche Einrichtungen ihnen die Erziehung ihrer Kinder abnehmen. Auch Rosa Luxemburg glaubte, dass die Frauen erst als Industrieproletarierinnen zu wirklichen Menschen würden.[245]

Im frühen 20. Jahrhundert führten Beobachtungen mühseliger Schicksale von Frauen, besonders von schwangeren Frauen, als Industrieproletarierinnen und unglücklicher, oftmals durch den Alkohol zerrütteter Ehen Gesell zu der Überlegung, dass Frauen - besonders wenn sie Kinder und Haushalte umsorgen - eine eigene finanzielle Grundlage benötigen, die sie von den Vätern ihrer Kinder finanziell unabhängig macht. Freilich zog er dafür noch immer keine außerhäusliche Berufstätigkeit von Frauen als Quelle eines eigenen Einkommens in Erwägung, sondern kam wenige Jahre vor dem ersten Weltkrieg zu der Überlegung, die vergesellschaftete Bodenrente, die er ursprünglich in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Bevölkerung zurück verteilen wollte, als „Mütterrente ... in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl der Kinder zu verteilen", und zwar nicht nur während ihrer frühen Kindheit, sondern bis zum Erreichen ihrer Volljährigkeit bzw. ihrer eigenen Selbstständigkeit. Gleichsam nach dem Verursacherprinzip stehe die Bodenrente den Müttern zu, denn sie seien diejenigen, von deren Bereitschaft, Kinder zu gebären und zu erziehen, die Bevölkerungsdichte und damit auch die Gesamthöhe der Bodenrente abhänge. „Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden." Demnach sollten alle Mütter unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion ein Entgelt für ihre Familienarbeit erhalten und Gesell wollte auch keinen Unterschied zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern machen. „Indem als Entgelt für die aus der Kinderpflege entstehende Mehrbelastung die Grundrente unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt wird", glaubte er erreichen zu können, „dass auch die Vorrechte bei den Geschlechtern aufgehoben sind. ... Das dürfte genügen, um die Frauen wirtschaftlich so weit unabhängig zu machen, dass sie keine Ehe aus Not einzugehen, auch nicht eine bereits geschlossene gegen ihr Empfinden fortzu-

[244] Karl Marx (1867/1972), S. 514.
[245] Rosa Luxemburg (1914/1973), S. 410 - 413.

führen oder nach einem ‚Fehltritt' in das Dirnentum zu versinken brauchen."[246] Es ging Gesell mit der „Mütterrente" also nicht darum, Kinder zur Quelle von Verdienstmöglichkeiten zu machen, sondern es sollten damit die mit der Sorge um die Kinder verbundenen Kosten neutralisiert werden.

Jedoch ließ sich Gesell unter dem Einfluss der Evolutionstheorie dazu verleiten, in der „Mütterrente" ein Mittel zu sehen, das die Frauen als Mütter nicht nur vor der Abhängigkeit von lasterhaften oder gar gewalttätigen Männern oder vor der Prostitution schützt, sondern ihnen auch zu ihrem schauerlich klingenden „großen Zuchtwahlrecht" verhilft. Die Mütter sollten in die Lage versetzt werden, selbstbewusster gegenüber den Vätern ihrer Kinder aufzutreten und ihre Kinder - notfalls auch allein - zu integren Persönlichkeiten zu erziehen und ihnen eine gute Bildung angedeihen zu lassen. „Das genügt, um die Fortpflanzung der Menschheit in aufsteigender Linie zu verbürgen." Als während des ersten Weltkriegs die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung besonders in den Städten schwierig wurde und zudem viele zum Kriegsdienst einberufene Industriearbeiter durch schlechter bezahlte Arbeiterinnen ersetzt wurden, stellte Gesell einmal die Frage - ohne sie zu beantworten oder später noch einmal aufzugreifen -, ob vielleicht eine „Rückkehr der Frauen in die Landwirtschaft" in Verbindung mit den „Mütterrenten" und einer Entlastung von den Zinsen in den Preisen für die Güter des täglichen Bedarfs „nicht der ‚Frauenfrage' die glücklichste Lösung geben würde".[247]

Unzweifelhaft ist es notwendig, auch den Einfluss der Evolutionstheorie auf Gesells Vorstellung von den Geschlechterrollen und sein evolutionstheoretisch-ideologisch überhöhtes Bild von den Frauen bzw. Müttern als Trägerinnen einer seelisch-geistigen und sittlichen Höherentwicklung der gesamten Menschheit zu korrigieren. Für die Partnerwahl und das Wohl der gemeinsamen Kinder sind schließlich nicht nur die Frauen bzw. die Mütter, sondern auch die Männer bzw. die Väter gleichermaßen verantwortlich.[248]

In der Ökonomie gehörte Gesell neben Fourier und Mill & Taylor & Taylor immerhin zu den ganz wenigen, die überhaupt neben der Produktion und der Zirkulation auch noch den Bereich der Reproduktion in den Blick nahmen. Und es lässt sich nicht leugnen, dass die Erfüllung der selbstverständlich berechtigten Forderung nach einer vollen politischen Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch nicht ausreicht, um den ‚kleinen Unterschied' zwischen ihnen wirklich auszugleichen und die beide Geschlechter von sich selbst entfremdende Geschlech-

---

[246] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XXI und 92 (Mütterrente für alle Mütter unabhängig von ihrer Herkunft), und ders. (1916/1991a), S. 72 (eheliche und nichteheliche Kinder).

[247] Silvio Gesell (1920/1991a), S. XXI und 92 (Frauen und Landwirtschaft) sowie ders. (1923/1993a), S. 208 - 215. Was für Europa und Nordamerika absurd klingt, nämlich die Rückkehr der Frauen in die Landwirtschaft, ist für den Erhalt von kleinbäuerlichen (Subsistenz-)Landwirtschaften in Lateinamerika, Afrika und Asien keineswegs völlig abwegig.

[248] Vgl. hierzu Werner Onken (2007b), Kapitel 4.3.2, auf der Website http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/Kritik___Antwort_4/Sozialdarwinismus-Nachbearbeit/sozialdarwinismus-nachbearbeit.HTM (Zugriff: 24.9.2016)

terhierarchie zu überwinden. Schwangerschaft, Geburt und frühe Kindheit der Kinder bleiben - was auch Mill & Taylor & Taylor nicht zu ändern wussten - ein struktureller ökonomischer Nachteil für Frauen, solange

a) ihre Familienarbeit unbezahlt bleibt, auch weil ihre Bezahlung von Frauenrechtlerinnen als diskriminierende Rollenfixierung und als Kommerzialisierung der Haus- und Familienarbeit gefürchtet wird, und solange

b) Frauen als Mütter entweder in einer völligen finanziellen Abhängigkeit von ihren sog. ‚Ernährern' bleiben oder sie durch zusätzliche außerhäusliche (Teilzeit-)Arbeiten in eine Doppelbelastung durch unbezahlte Familienarbeit und schlechter bezahlte Berufe geraten.

Trotz seiner fragwürdigen evolutionstheoretischen Einkleidung bzw. auch nach deren Beseitigung wird Gesells Grundgedanke, Männer und Frauen in Produktion, Zirkulation und Reproduktion in ökonomischer Hinsicht auf eine gleiche Stufe zu stellen, nicht obsolet. Die bislang vorwiegend von Frauen geleistete Familienarbeit darf kein ‚freies Gut' bleiben, das sich das konzentrierte Kapital auf unsichtbare Weise zu seiner weiteren Akkumulation und Konzentration aneignen kann. Eine wie auch immer gestaltete finanzielle Sichtbarkeit der Familienarbeit anzustreben, ist ein Gebot der Gerechtigkeit und - ohne dass sie sonstiger ideologischer Begründungen bedarf - zugleich ein Beitrag zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Sie lässt sich auch keineswegs nur durch die Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente" verwirklichen. Die Bodenrente ließe sich - wie von Gesell ursprünglich angestrebt - in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bevölkerung zurückverteilen, um das Grundrecht *aller* Menschen auf eine gleiche Teilhabe am Boden und an den Ressourcen zu gewährleisten. Statt aus der Bodenrente ließe sich ein Entgelt für die innerhäusliche Familienarbeit auch aus dem Steueraufkommen der Allgemeinheit oder aus Beiträgen in eine erweiterte Sozialversicherung finanzieren. Außerdem ließe es sich nicht nur an Mütter auszahlen, um sie etwa an Haus und Herd zu binden, sondern auch an Väter, die ihre außerhäusliche Berufstätigkeit einschränken oder gar ganz aufgeben, um sich dem Haushalt und den Kindern zu widmen, während ihre Frauen nach den Geburten der Kinder die Familienarbeit mit einer außerhäuslichen Teilzeitarbeit verbinden oder ganz in ihren Beruf zurückkehren. Damit würde die Familienarbeit anderen Berufen gleichgestellt und genauso frei wählbar wie andere Berufe. So wie Gesell den Frauen auch einen Verzicht auf die Mutterschaft zubilligte[249], könnten alle Frauen und Männer bei einer gerechten Verteilung der Erwerbseinkommen und einem Entgelt für die Familienarbeit die unbeschränkte Freiheit bekommen, die ihren Vorstellungen gemäße Lebensform zu wählen - entweder in Kleinfamilien zu leben oder sich gemeinschaftlichen Wohnformen anzuschließen - und als Eltern die Sorge für ihre Kinder entweder miteinander zu teilen oder sie auch - vielleicht

[249] Silvio Gesell (1923/1993a), S. 213.

zeitweise - an staatliche, kirchliche und betriebliche Einrichtungen oder an Nachbarschaften abzugeben.[250]

Vom widersprüchlichen kapitalistischen Rechts- und Machtstaat zur Verirrung in die Richtung eines „abgebauten Staates"

Ähnlich der Umwidmung der an alle Menschen zurück zu verteilenden Bodenrente zu einer „Mütterrente" entfernte sich schließlich auch Gesells Staatsverständnis im Laufe der Zeit vom dem, was er in seinen Frühschriften viel klarer über einen Rechtsstaat als notwendigen Garanten eines gerecht geordneten staatlichen Geldwesens und als Rahmenordnung für die wirtschaftliche Freiheit dargelegt hatte.

Mit dem Staatsverständnis des klassischen Liberalismus stimmte Gesell insofern überein, als er es zunächst ebenso wie Adam Smith als Aufgabe eines bürgerlichen Rechtsstaates ansah, für alle Staatsbürger eine Rechtsordnung zu schaffen, welche die Ausübung von feudaler Macht überwindet, die innere und äußere Sicherheit garantiert und öffentliche Bildungs- und Verkehrseinrichtungen unterhält. Über Smith und die Klassiker hinausgehend sollte der Rechtsstaat Gesell zufolge außer der „Garantie der individuellen Freiheit" mit Hilfe eines gerecht geordneten Geldwesens als öffentlichem Gut auch eine „gleichmäßige Verteilung der irdischen Güter" garantieren.[251] Und als weitere öffentliche Güter sollte der Rechtsstaat die gleiche Teilhabe aller Menschen am Boden und an den Ressourcen garantieren sowie die Finanzierung der Reproduktionsarbeit organisieren.

Als ein Weltbürger, der abwechselnd im deutschen Kaiserreich sowie in den argentinischen und schweizerischen Republiken lebte und der nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland den schwierigen Übergang von der Monarchie zur Demokratie miterlebte, veränderte sich Gesells Staatsbild im Laufe der Zeit jedoch, wobei sich seine Unkenntnis der für die Entstehung des modernen Rechtsstaats maßgeblichen philosophischen Werke von Rousseau, Montesquieu, Locke u.a. sehr nachteilig auswirkte.

Aus der Bodenreform ergab sich für Gesell eine eindeutige Ablehnung der Monarchie und der reaktionären Interessenpolitik von (Groß-)Agrariern. „Die Bodenreform ist der schönste und reinste Ausdruck der Demokratie und wer für die Bodenreform arbeitet, der ist bewusst oder unbewusst dem innersten Wesen nach Demokrat." Und aus der Geldreform ergaben sich für ihn eine kritische Einstellung zur unheiligen Allianz von dem in Städten konzentrierten Geld- und Realkapital und politischen Eliten sowohl in Monarchien als auch in demokratischen Republiken und die Hoffnung, dass die bestehende, noch vom konzentrierten Boden-,

---

[250] Vgl. hierzu das Kap. 13.6 im vorliegenden Buch.

[251] Adam Smith (1776/1978, S. 587 – 819. - Silvio Gesell (1891/1988a), S. 135 – 137, sowie (1906/1989a), S. 45 - 64.

Geld- und Realkapital beeinflusste „sogenannte Demokratie" in eine „wahre Demokratie" übergehen werde.[252]

Sobald sich als Folge einer Geld- und Bodenrechtsreform eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung ausbreitet und die Arbeitslosigkeit überwunden wird, könnte der Bedarf an staatlichen Reparaturen in Gestalt von sozialpolitischer Umverteilung, Bekämpfung von Krankheiten und Kriminalität usw. tatsächlich zurückgehen. In einer weniger turbulenten Zeit als in den 1920er Jahren hätte Gesell bei ruhigerem Nachdenken zur Vorstellung einer von Machteinflüssen befreiten und von mancherlei Reparaturaufgaben entlasteten rechtsstaatlichen Ordnung kommen können, die sich dem vom Kathedersozialismus der Historischen Schule postulierten „Wagnerschen Gesetz der wachsenden Staatsausgaben" und dem totalitär-kommunistischen Staat in Russland hätte entgegen stellen lassen. Jedoch verstärkte sich seine Aversion gegen den kapitalistischen Klassenstaat unter dem Einfluss von Stirners extremem Individualanarchismus. In „Der Einzige und sein Eigentum" hatte Stirner das Individuum innerhalb eines staatenlosen „Vereins von Egoisten" über alles gestellt und „meine Macht" gegen die Gleichheit eines staatlichen Rechts für alle beansprucht. Und vor allem auch durch Nietzsches Generalangriff auf den Staat als „kältestes aller kalten Ungeheuer, der in allen Zungen des Guten und Bösen lügt"[253], verstärkte sich Gesells Aversion gegen den Staat so sehr, dass er dessen innere Widersprüchlichkeit als Rechts- und Machtstaat aus den Augen verlor. In übersteigerten Reaktion gegen den nur noch als Klassenstaat wahrgenommenen Staat erhoffte er sich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zunächst noch einen „Abbau des Staates" bis auf ein öffentliches Geld- und Verkehrswesen und gegen Ende seines Lebens verirrte er sich in die absurde Vorstellung eines ganz und gar „abgebauten Staates", in dem nicht nur Macht und Herrschaft aufhören, sondern auch das Recht verloren geht.[254]

Nachdem schon Marx, Engels und Lenin der Arbeiterbewegung ein „Absterben des Staates" für die Zeit nach einer „Diktatur des Proletariats" wie eine Fata Morgana vor Augen gestellt hatten, sprach Gesell ähnlich wie Oppenheimer und unabhängig von ihm von einem Übergang des Klassenstaates in eine „Akratie", um seine diffusen Vorstellungen von einem „abgebauten Staat" von denjenigen Anarchisten abzugrenzen, die ihre Ziele mit politischen Attentaten durchsetzen wollten.[255] Während Oppenheimers „Freibürgerschaft" den widersprüchlichen kapitalistischen Rechts- und Machtstaat auf seine Aufgaben als herrschaftsfreiem Rechtsstaat beschränken wollte, entgleiste Gesell gegen Ende seines Lebens aus nicht näher bekannten Gründen vollends in die utopische Schilderung eines - so der Untertitel seiner Schrift „Der abgebaute Staat" - „Lebens und Treibens in ei-

---

[252] Silvio Gesell (1904/1997), S. 36 (Bodenreform und Demokratie); ders. (1920/1991a), S. 56 (sogenannte und wahre Demokratie) und 90 (Adel und Monarchie).

[253] Max Stirner (1844-45/1981), S. 171 – 188, 196 und 204 – 231, bes. S. 226. - Friedrich Nietzsche (1883 - 1885/1987), S. 42.

[254] Silvio Gesell (1921/1992i), S. 45 - 78, und ders. (1927/1995), S. 296 - 306.

[255] Silvio Gesell (1921/1992i), S. 48 - 49 und 52, und ders. (1927/1995), S. 254 - 256.

nem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk". Sie stellt gleichsam einen Rückfall aus dem kapitalistischen „Gesellschaftszustand" in einen vordemokratischen, als herrschaftsfrei missverstandenen „Naturzustand" (Rousseau[256]) dar, weshalb Gesells Mitarbeiter hierzu auf Distanz gingen und seine späteren Nachfolger bestrebt waren, die Geld- und Bodenrechtsreform mit dem Rechtsstaatsverständnis des Ordoliberalismus zu verbinden.[257]

Wegen der Unbrauchbarkeit von Gesells späteren Gedanken über den Staat und eine „Akratie" bedarf die Geld- und Bodenrechtsreform einer anderen rechtsphilosophischen Fundierung, um sie - wie er es zuvor im Vorwort zu seinem Hauptwerk ausgedrückt hatte - als eine „bewusste und gewollte Tat" ansehen zu können, mit der ein demokratisch-republikanischer Rechtsstaat den Laissez-faire-Kapitalismus in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft transformiert und mit der er zugleich seine bisherige Deformation durch Macht und Herrschaft abstreift.[258] Dabei werden auch Gesells Überlegungen über die Sozialpolitik und das Bildungswesen zu überdenken sein. In einem demokratischen Rechtsstaat, in dem die Wirtschaft gerecht geordnet wird, könnte sich der Bedarf an einer Sozialpolitik à la Bismarck tatsächlich nach und nach verringern; jedoch würde die Notwendigkeit einer staatlich organisierten Vorsorge für Krankheit, Behinderung und Alter bestehen bleiben und es käme als neue sozialpolitische Aufgabe die finanzielle Absicherung der Kindheit und Jugend hinzu. Noch lässt sich nicht absehen, welchen Umfang eine Umschichtung der Sozialpolitik im Laufe eines Übergangs zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft annehmen könnte und in welchem Umfang auf längere Sicht eine staatliche Familien-, Sozial- und Gesundheitspolitik notwendig bleibt, die sich nicht durch private oder „gegenseitige Hilfe" (Kropotkin) in Nachbarschaften und Genossenschaften bewältigen lässt.

Ebenso viel Vorsicht ist auch im Hinblick auf das Bildungswesen angebracht, dessen Privatisierung Gesell forderte, weil das staatliche Bildungswesen die Jugend sowohl im deutschen Kaiserreich als auch noch in der Weimarer Demokratie mehr zu autoritätsgläubigen Untertanen als zu freien und selbstverantwortlichen Menschen erzog.[259] Allerdings sollte die private Bildung kein Privileg von Wohlhabenden und Reichen sein. Ebenso verfehlt ist der Einfluss privatwirtschaftlicher Interessen sowohl auf die öffentliche als auch auf die private Bildung. Im Laufe eines Übergangs zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft könnten sich auf mittlere und längere Sicht neben der von Gesell geforderten Trennung von Kirchen und Staat tatsächlich Perspektiven für eine zumindest teilweise Entstaatlichung des Bildungswesens ergeben. Es lässt sich jedoch nicht voraussehen, in welchem Umfang Schulen und Universitäten oder auch Theater, Museen und Krankenhäuser in privater oder genossenschaftlicher Trägerschaft entstehen können. Anstelle

---

256 Jean-Jacques Rousseau (1762/1987), S. 53 - 54.

257 Vgl. hierzu Werner Onken (1999), S. 113 - 116.

258 Silvio Gesell (1920/1991a), S. XV (Geld- und Bodenreform als bewusste und gewollte Tat).

259 Silvio Gesell (1921/1992i), S. 57 - 61, und ders. (1927/1995), S. 332 - 336.

übereilter Privatisierungen könnten vorläufig staatliche und nichtstaatliche Bildungs-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen nebeneinander existieren, bis sie im Laufe der Zeit ebenso wie die Produktionsbetriebe allesamt aus ihrer kapitalistischen Doppelgestalt herauswachsen und neben ihrer eigentlichen Aufgabe nicht mehr zusätzlich noch Renditen erwirtschaften brauchen oder auf öffentliche Gelder angewiesen sind.

Bei einem sich mit stetig zirkulierendem Geld schließenden Wirtschaftskreislauf und einem Sinken des Zinsniveaus gegen null würde der Staat mittel- und langfristig sowohl von den Kosten der Arbeitslosigkeit auch vom Zinsendienst entlastet. Seine sich neu formierenden Aufgaben könnte der Rechtsstaat dann weniger durch die Aufnahme von Schulden als durch laufende Steuereinnahmen finanzieren. Bei der Entwicklung neuer Vorstellungen über den Charakter und die Aufgaben eines herrschaftsfreien demokratisch-republikanischen Rechtsstaates in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft waren die Vorüberlegungen von Proudhon, George und Oppenheimer allemal konstruktiver als Gesells Verirrung in eine Abkehr von jeglicher Staatlichkeit, die er hätte vermeiden können, wenn er sich bewusst gemacht hätte, dass der Staat im Kapitalismus in sich genau so widersprüchlich und reformbedürftig war wie das Geld, das er schließlich zu Recht auch nicht ‚abbauen' wollte.

Krieg & Frieden und Vorschläge zur Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg

Unabhängig von den Schwächen seines Menschenbildes und der Abwegigkeit seiner Vorstellungen von einer „Akratie" in seinen späten Lebensjahren baute Gesell seine ökonomischen Reformvorschläge und seine Vorstellungen von einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft weiter aus, indem er unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs ihre friedenspolitische Bedeutung herausstellte und indem er die Geld- und Bodenrechtsreform während der frühen Nachkriegszeit auch noch im Hinblick auf eine Integration der Weltwirtschaft erweiterte.

Schon zwei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg hatte Gesell für den Fall vor einem schrecklichen Krieg gewarnt, dass es der Politik nicht gelinge, noch rechtzeitig in die Richtung einer Schaffung von sozialer Gerechtigkeit umzusteuern: „So besteht also tatsächlich die Gefahr, dass dasselbe Geld, das die Arbeitsteilung entwickelte und uns dadurch aus der Barbarei heraushob, uns durch die ihm anhaftenden Fehler mit blutigen Köpfen wieder in die Barbarei zurückstoßen wird. Das herkömmliche Geld kann mit einer schadhaften Leiter verglichen werden: je höher wir steigen, umso tiefer stürzen wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen. Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zurückführt. ... Wer es aber vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen, der trachte da-

nach, die ‚unbegrenzten Möglichkeiten', die in der Arbeitsteilung liegen, dadurch der Menschheit und der Friedensidee dienstbar zu machen, dass er für diese Arbeitsteilung ein zweckentsprechendes Geldwesen schafft."[260]

Dennoch gehörte auch Gesell leider zu denjenigen, die sich 1914 von dem weit verbreiteten Hurrapatriotismus anstecken ließen und kurzzeitig glaubten, dass der Krieg eine Erneuerung des verfahrenen Lebens bewirken würde.[261] Aber schon bald besann er sich auf seine eigentliche friedensökonomische Grundhaltung. Als Zwischenschritt auf dem Weg zu einem zukünftigen weltweiten Staatenbund beschrieb er 1916 eine kontinentaleuropäische „Weltkraftzentrale VIER" - „VIER", weil dieser neben dem britischen Empire und den aufstrebenden Mächten Russlands und der USA entstehende Staatenbund seinen souverän bleibenden Mitgliedsstaaten bei voller Wahrung ihrer jeweiligen Individualität die Vorteile ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit erschließen sollte. „VIER hat nur eine einzige Anziehungskraft: die wirtschaftliche Anziehungskraft seiner Masse", wobei diese Anziehungskraft allein aus der durch eine Geld- und Bodenrechtsreform geschaffenen gerechten inneren Ordnung VIERs und seiner allgemeinen Bürgerrechte zur Wirkung kommen sollte. „Räume man die wüsten philosophischen, patriotischen, religiösen, rassezüchterischen Irrlehren ... weg. ... So können sich dann dieser neuen Kraftzentrale unbegrenzt viele Staaten, auch ... exotische, schwarze und gelbe anschließen, ohne dass sich der einzelne dabei etwas vergibt." Der Beitritt zu diesem Staatenbund sollte genauso freiwillig erfolgen wie es auch möglich sein sollte, ihn ungehindert wieder zu verlassen. „Nur keine Gewalt. Sie kehren alle wieder, die die gehen, wie die Kometen, die sich vom Gängelband der Sonne frei machen wollen, auch wiederkehren." Wenn alle Einzelstaaten die Ressourcen gemeinschaftlich verwalten, auf die Erhebung von Zöllen verzichten und ihre Binnenwährungen stabil halten, ergebe sich daraus automatisch auch ein Gesamtsystem stabiler Wechselkurse. So werde die Zugehörigkeit zu diesem Staatenbund für alle Mitgliedsstaaten wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen.[262]

Als Gesell seine Schriften wegen der Kriegszensur in Deutschland nicht mehr verbreiten konnte, siedelte er 1916 wieder in die Schweiz über und stellte in zwei Vorträgen „Gold und Frieden?" und „Freiland - die eherne Forderung des Friedens", die auch Bestandteile seines Hauptwerks „Die Natürliche Wirtschaftsordnung" wurden, die besondere friedenspolitische Bedeutung der Geld- und Bodenrechtsreform heraus. Da ihm die Friedensbewegung zu sehr auf Fragen der Rüstung und Abrüstung sowie des Völkerrechts fixiert war, wollte Gesell ihre Aufmerksamkeit stärker auf die wirtschaftlichen Ursachen von Bürger- und Völkerkriegen lenken. Die bestehenden ungerechten Strukturen des Bodenrechts und des Geldwesens spalten die ganze „Menschenfamilie" in Reiche und Arme auf und verwandeln den wirtschaftlichen Wettbewerb in einen „bürgerlichen Wirtschafts-

---

260 Silvio Gesell (1912/1990c), S. 169 - 170.

261 Silvio Gesell (1914/1990), S. 166 und 172 - 173.

262 Silvio Gesell (1916/1990), S. 295 - 306.

krieg". In der privaten Aneignung von Boden- und Ressourcenrenten sowie von Kapitalzinsen erblickte Gesell „soziale Spaltpilze und Sprengkörper, die schon die Staaten des Altertums in Trümmer legten und auch wieder mit unserer Kultur fertig werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig davon noch befreien." Hier und nicht etwa in „Gegensätzen aus der geistigen Welt" oder gar Merkmalen einzelner Menschen und Völker lagen für ihn die eigentlichen Ursachen von Kriegen. „Selbst die sog. Religionskriege hatten recht nüchterne wirtschaftliche Beweggründe. Auch Rasse und Sprache veranlassen keinen Krieg, wie denn überhaupt der Krieg nichts mit den Lebenserscheinungen zu tun hat. ... Ist die Wirtschaft in Ordnung, so ist auch der Friede gesichert."[263]

Mit seiner Deutung des Krieges als „eheliches Kind der sozialen Zustände" in den modernen Industrieländern ging es Gesell nicht darum, die Verantwortung des deutschen Kaiserreiches für den Ersten Weltkrieg zu relativieren. Auch wenn „die Schuldfrage ... für uns keine Frage einzelner Personen (ist)", sondern „eine Frage der Organisation der menschlichen Gesellschaft", so stellte der deutsche Einmarsch in Belgien für ihn sehr wohl ein Verbrechen dar: „Unser Staat brach mitten im Frieden in das Land der mit uns in Frieden und Freundschaft lebenden Belgier ein, sengend und brennend verwüstete unser Staat das Land des friedlichsten aller Völker."[264] Den gesamten Ersten Weltkrieg betrachtete Gesell als einen „verbrecherischen nationalistischen Krieg", der letztlich um die Sicherung von „Zugängen zu lebenswichtigen Rohstoffquellen" geführt worden sei, und als das „schrecklichste Ereignis der Weltgeschichte". Im Zuge einer Entmilitarisierung Deutschlands und anderer Länder könnten die Staatshaushalte in beträchtlichem Umfang von Rüstungsetats entlastet werden.[265]

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs teilte Gesell kurzzeitig die Hoffnungen auf eine Revision des Versailler Friedensvertrags, trat dann aber schon bald der nationalistischen Propaganda von der sog. ‚Kriegsschuldlüge' und vom ‚Schmachfrieden von Versailles' mit der Forderung entgegen, dass Deutschland die Reparationsforderungen der Siegermächte erfüllen und sich - ohne verlorene Gebiete zurückzufordern - mit Frankreich, Polen, Tschechien und anderen ehemaligen Kriegsgegnern aussöhnen solle.[266] Die Tilgung der durch die Kriegsfinanzierung aufgeblähten Staatschulden und die Reparationslasten wollte Gesell mit einer gestaffelten, bis zu 75%igen Vermögensabgabe finanzieren und ausdrücklich keine zusätzlichen Auslandsanleihen aufnehmen. In der Notwendigkeit, die finanziellen Folgen des Krieges zu bewältigen, sah er geradezu eine Chance für Deutschland, hierzu alle Bevölkerungsschichten entsprechend ihrer jeweiligen Leistungsfähig-

---

[263] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 55 - 59 sowie 225 und 231.

[264] Silvio Gesell (1921/1992a), S. 291 - 293 (Kriege als eheliche Kinder der sozialen Zustände). - Ders. (1921/1992i), S. 72 (deutscher Einmarsch in Belgien). - Ders. (1923/1993e), S. 324 (Kriegsschuldfrage).

[265] Silvio Gesell (1916/1991b), S. 22. - Ders. (1921/1992d), S. 146 - 147. - Ders. (1921/1992i), S. 65 - 68. - Ders., (1926/1995e), S. 186 - 188.

[266] Silvio Gesell (1921/1992k), S. 109 - 110. - Ders. (1923/1993f), S. 310 - 320. - Ders. (1926/1995f), S. 96 - 97.

keit heranzuziehen und dem politischen Neubeginn ein gerechtes und darum auch tragfähiges wirtschaftliches Fundament zu geben.[267] Im Zuge einer Bodenrechtsreform sollte insbesondere eine Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes die noch junge demokratische Republik vor der politischen Reaktion schützen. Und mit Hilfe einer Geldreform sollte die deutsche Binnenwirtschaft eine absolut stabile Währung als Fundament für die Weimarer Demokratie erhalten. Im späteren historischen Rückblick „werden viele dann vielleicht sagen, dass die schwere Last der Reparationen ein Glück fürs deutsche Volk gewesen ist."[268]

Während die Gedanken der Bodenrechtsreformbewegung auf Betreiben von Adolf Damaschke und dem „Bund Deutscher Bodenreformer" in der Weimarer Nationalversammlung debattiert wurden und im § 155 zumindest teilweise Eingang in die Weimarer Verfassung fanden, gab es in der Person des Nürnberger Amtsrichters Alexander Schneider von der Zentrumspartei nur ein einziges Mitglied der Nationalversammlung, das verständnisvolle Sympathien für Gesells Geldreform hegte, dafür aber in der Nationalversammlung keinerlei Gehör fand.[269]

Wirtschaftliche Dauerkonjunktur als Fundament für Frieden und Kultur

Während Ökonomen wie Hayek, Schumpeter, Kondratjew u.a. vielerlei Erklärungen für das komplexe zyklische Auf und Ab der Konjunkturen gaben, wollte Gesell mit seiner Reform des Bodenrechts und des Geldes sowohl innerhalb einzelner Länder und als auch weltweit eine Voraussetzung dafür schaffen, dass sich die zyklisch wiederkehrenden Konjunkturschwankungen mit Arbeitslosigkeit, Inflationen und Deflationen, Aufstiegen und Niedergängen von Kulturen oder gar Kriegen überwinden und durch eine stabile Dauerkonjunktur ersetzen lassen. Über lange Zeiträume hinweg sollte die Konjunktur bei einer Inflation und Deflation von null und einem durchschnittlichen Zinsniveau von null stabil bleiben, d.h. die langen Konjunkturwellen sollten in eine gerade Linie übergehen, die sich zugleich als ein Fundament für ein dauerhaftes Gedeihen einer friedlichen Kultur erweisen könnte.

Unter solchen Umständen könnte die durch die Arbeitsteilung und das Geld möglich gewordene Produktivität der menschlichen Arbeit zu einer „Wiege aller Kultur" werden und ungeahnte kulturell-künstlerische Potenziale aller Menschen zur Entfaltung kommen lassen - aber eben nur, wenn ihre gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen sichergestellt wird und wenn die Entfaltung der Kultur nicht immer wieder durch wirtschaftliche Krisen und Kriege zurückgeworfen wird. Die in der privaten Aneignung von Bodenrenten und Kapital-

---

[267] Silvio Gesell (1922/1993), S. 95 - 114, hier: S. 114 (Reparationen als Chance für Deutschland).

[268] Silvio Gesell (1919/1991c), S. 249. - Ders. (1922/1993), S. 114. - Ders. (1926/1995g), S. 191 - 192 (Schutz der Republik vor der Reaktion).

[269] Zum Art. 155 der Weimarer Verfassung vgl. die Website http://www.zum.de/psm/weimar/weimar_vv.php#F%C3%BCnfter%20Abschnitt.%20Das%20Wirtschaftsleben (Zugriff: 20.5.2017). - Alexander Schneider (1919). Silvio Gesell (1922/1997e), S. 241 - 242 und 245 - 246.

zinsen wurzelnde Ungleichheit dieser Teilhabe und die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft betrachtete Gesell deshalb nicht nur als „großen Friedensstörer", sondern auch als „Erzfeind aller Kultur". Die Kürzung der Arbeitserträge durch Bodenrenten und Kapitalzinsen zwingt die große Mehrheit der Menschen in erster Linie zur Sicherung ihrer materiellen Existenz und hindert sie an der vollen Entfaltung ihrer geistigen und kulturell-künstlerischen Potenziale. Und auch Privilegierte tendieren vielfach mehr zum Prestige- und Luxuskonsum als zur Kultur bzw. sie instrumentalisieren diese als Mäzene für ihre Zwecke. Allzu oft werden die Künste wie auch die Religionen und Wissenschaften, diese „heiligsten Gefühle" der Menschen, „zu Machtzwecken missbraucht".[270] Unter diesen Umständen bleiben MalerInnen, MusikerInnen, DichterInnen und andere KünstlerInnen oftmals finanziell abhängig von Geldgebern aus den Kreisen des Adels, der Kirchen sowie von Banken und Industriellen oder vom Staat. Überhaupt beeinflusst das kapitalistische Geld die Art und den Umfang der Produktion so, dass sie in erster Linie auf die Kapitalrentabilität versprechende Produktion von materiellen Gütern und weniger auf die Schaffung von unrentablen Kunstwerken ausgerichtet ist.

In seinen Überlegungen zum Einfluss des Geldes auf den Gang der Geschichte führte Gesell besonders den Untergang des römischen Reiches, den Rückfall in die mittelalterliche Naturaltauschwirtschaft und den Wiederaufstieg von Arbeitsteilung und Geldwirtschaft zu Beginn der frühen Neuzeit mitsamt einigen weiteren Blüte- und Verfallszeiten auf Funde von münzbaren Edelmetallen bzw. deren Ausbleiben und auf das mangelhafte Funktionieren des kapitalistischen Geldwesens zurück. „Es ist noch heute vielen vollkommen rätselhaft, wie fabelhaft schnell die alten Kulturvölker die höchsten Höhen des Menschentums erklommen hatten. Man staunt über das, was die Griechen, Römer und ältere Völker vor ihnen in oft verblüffend kurzen Zeiträumen geleistet haben. Dieses Rätsel löst das Geld und die damit verbundene Arbeitsteilung. ... Das Geld ist die Grundmauer der Kultur. Seine alles überragende Bedeutung sagt uns aber auch, was es bedeuten würde, wenn diese Grundmauer einmal versagte. Alles, was darauf gebaut wurde, stürzt dann wieder in sich zusammen. ... Roms Glanz war wie der Glanz Babylons, Griechenlands, Jerusalems nur ein Abglanz der im Geldwesen verborgenen urgewaltigen Kulturkräfte."[271]

Eine gerecht und stabil geordnete Wirtschaft sollte ein Flussbett für diese „urgewaltigen Kulturkräfte" schaffen, in dem die bisherige Bedürfnispyramide von ‚niederen' materiellen und ‚höheren' geistig-kulturellen Bedürfnissen und die Hierarchie von rentabel produzierbaren materiellen Gütern und unrentablen ‚brotlosen Künsten' in eine Gleichrangigkeit *aller* Bedürfnisse des *ganzen* Menschen übergehen. Sobald es nicht mehr um die Rentabilität des menschlichen Tätigseins

---

[270] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 67 (Missbrauch von Religion, Wissenschaft und Kunst zu Machtzwecken) und 217 - 220 (Arbeitsteilung als Wiege bzw. Hebamme aller Kultur). - Ders. (1921/1992b), S. 390 (Zins als Erzfeind aller Kultur).

[271] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 217 - 218. - Vgl. hierzu Werner Onken (2010), S. 88 - 95.

geht, sondern ‚nur' noch um seine Wirtschaftlichkeit bei einem durchschnittlichen Nullzins und rückverteilten Bodenrenten, können freie und finanziell unabhängige Menschen genauso als kulturell-künstlerisch Kreative existieren wie als Produzenten von materiellen Konsumgütern oder von Dienstleistungen - entweder als Selbstständige oder auch als Teilhaber von kulturell-künstlerischen Einrichtungen in unterschiedlichen Trägerschaften. Und eine dauerhaft verlässliche Zirkulation eines wertstabilen Geldes sollte jene Krisenzyklen beenden, die in der Vergangenheit immer wieder dazu führten, dass dieses Flussbett der kulturell-künstlerischen Entfaltung zeitweise mehr oder weniger austrocknete.

Freier und gerechter Welthandel mit Hilfe einer „Internationalen Valuta-Assoziation"

In der Überzeugung, dass der „zivilisierte Mensch ... Individualist und Weltbürger ist" und dass „die ganze Erde ein einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet" bildet[272], entwarf Gesell unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg auch noch Grundgedanken für eine freiheitliche, gerechte und friedliche Weltwirtschaft. Sie gingen noch über jene Gedanken hinaus, die er 1916 über einen zunächst kontinentaleuropäischen und sich nach und nach weltweit ausdehnenden Staatenbund angedeutet hatte. Das Bestreben europäischer Staaten, ihre jeweiligen „nationalen Wirtschaftsgebiete durch Kolonien und Eroberungen zu erweitern" und sich mit Zöllen voneinander abzuschotten, erschien ihm als ein „gefährlicher und krankhafter Gedanke, geradezu als ein Wahngebilde". Für ebenso unsinnig hielt Gesell die Bildung eines europäischen Zollvereins, der wie vormals ein einzelnes Land nunmehr als Festung Europa Zollschranken gegenüber der übrigen Welt aufrichtet. „Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat. Wer den Frieden wirklich will, der fordere die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen."[273]

Im Gegensatz zu Wirtschaftskriegen zwischen starken und schwachen Staaten oder Staatenblöcken sollte die Hierarchie von ‚entwickelten' Industriestaaten und ‚unterentwickelten' Kolonien im Laufe einer Übergangszeit genauso eingeebnet werden wie die sozialen Hierarchien innerhalb der kapitalistischen Industrieländer. Im Hinblick auf dieses noch ferne Ziel einer nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen Weltbürgergesellschaft griff Gesell seinen schon 1906 erstmals geäußerten Gedanken wieder auf, sämtliche Ressourcen der Erde unter die Verwaltung einer neu zu schaffenden internationalen Institution zu stellen. Die den Frieden fördernde Kraft einer solchen Internationalisierung der Ressourcen versuchte er am Beispiel des Konflikts zwischen Deutschland und Polen um die Kohle in

---

[272] Silvio Gesell (1898/1988), S. 222 und 224. - Ders. (1919/1991b), S. 300.

[273] Silvio Gesell (1919/1991c), S. 254; ders. (1920/1992c), S. 150; ders. (1921/1992j), S. 303 – 305 (Völkerbund), und ders. (1926/1995h), S. 72 - 78 (Widersinn der europäischen Zollunion).

Oberschlesien zu verdeutlichen. Und einmal verwies er sogar darauf, dass es bei einem durchschnittlichen Nullzins rentabel bzw. wirtschaftlich werden könnte, Energie mit Hilfe von Gezeitenkraftwerken zu gewinnen statt Kohle abzubauen und zu verbrennen. Die Sachverständigen „behaupten die technische Möglichkeit und die wirtschaftliche Unmöglichkeit solcher Anlagen". Aber sie würden nicht sagen, „dass die wirtschaftliche Unmöglichkeit nichts anderes ist als die Unmöglichkeit, den regelrechten Zins herauszuwirtschaften". Während der Kohlepreis überwiegend aus Löhnen bestehe, bestehe der Preis für die „aus Ebbe und Flut zu gewinnende Kraft ... fast ausschließlich aus dem Zins der Anlagekosten. Und da der Zins jetzt ganz besonders hoch ist, so ist die Wasserkraft zurzeit trotz der hohen Kohlenpreise noch nicht ‚wirtschaftlich'. ... Ohne diese Bedingung der Rentabilität würde man schon lange Ebbe und Flut wirtschaftlich ausgenutzt haben."[274]

Jedoch führte Gesell nicht näher aus, wie eine internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcen hätte aussehen können. Und er beschäftigte sich auch nicht weiter mit Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Gewinnung von nichtfossilen Energien. Stattdessen baute er seine erstmals 1909 angedeuteten Überlegungen zur Notwendigkeit einer weltweiten Währungsordnung als „koordiniertem Akt internationaler Brüderlichkeit" weiter zu einem Konzept für eine „Internationale Valuta-Assoziation" aus - auch weil ihm immer deutlicher wurde, dass der Kapitalzins und die Löhne „internationale Größen" sind, die sich nicht in einzelnen Ländern als Inseln in einer kapitalistischen Weltwirtschaft auf durchschnittlich 0 bzw. 100 % bringen lassen. Ohne jedes internationale Gefälle können Zinsen und Löhne erst dann in stabile Gleichgewichte von durchschnittlichen Nullzinsen und 100%ig vollen Arbeitserträgen gelangen, wenn über nationale Geld- und Bodenrechtsreformen hinausgehend auch noch eine internationale Währungsordnung für einen Ausgleich der weltweiten Handelsbeziehungen und für stabile Wechselkurse zwischen den vielen Landeswährungen sorgt.[275]

Als in sich gerecht geordnete, stabile und nicht mehr nach Expansion strebende Gemeinwesen sollten sich europäische und auch außereuropäische Staaten freiwillig zu einer „Internationalen Valuta-Assoziation" (IVA) zusammenschließen, die den freien, d.h. von kapitalistischen Monopolen ebenso wie von Zöllen und Subventionen befreiten Welthandel mit Hilfe eines neutralen Weltgeldes in ein Gleichgewicht bringt. „Der IVA kann sich jeder Staat, auch außereuropäische, ohne Weiteres anschließen." Unter der Voraussetzung, dass die Zentralbanken der einzelnen IVA-Mitgliedstaaten für eine absolute Stabilität der Landeswährungen sorgen, sollte eine in der Schweiz einzurichtende Weltzentralbank „eine besondere inter-

---

[274] Silvio Gesell (1906/1989a), S. 78 - 79 (internationale Verwaltung der Ressourcen); ders. (1919/1991b), S. 300 – 301; ders. (1920/1991a), S. 72 (Internationalität der Ressourcen); ders. (1921/1992c), S. 92 - 94 (Freikohle in Oberschlesien) und ders., (1921/1992g), S. 150 - 151 (Wasserkraft statt Kohle).

[275] Silvio Gesell (1909/1989), S. 245 (internationale Währungsordnung als Akt der Brüderlichkeit), sowie ders. (1920/1991a), S. 342 (Zinsen als internationale Größe) und ders. (1921/1992l), S. 90 - 92 (Löhne als internationale Größe).

nationale Valuta-Note schaffen, für die alle IVA-Staaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und gesetzliche Zahlkraft pari mit dem nationalen Geld haben soll. ... Die Menge dieser Valuta-Noten wird ausschließlich durch ihren regulatorischen Zweck bemessen werden", und zwar durch eine internationale Preisstatistik. „Etwa 20 Prozent des nationalen Notenumlaufes dürften genügen."[276] Als Weltzentralbank sollte die IVA die Zirkulation der IVA-Banknoten so steuern, dass die auch bei stabilen Landeswährungen noch verbleibenden Schwankungen der Devisenkurse ausgeglichen werden.

Gesells Konzept für eine „Internationale Valuta-Assoziation", die er als Mittelpunkt eines weltweiten ‚Systems währungspolitisch kommunizierender Röhren' sah, entsprach noch ganz dem Vorrang, den Banknoten in der damaligen Zeit gegenüber unbaren Zahlungsformen hatten. Davon abgesehen gehörte Gesell zweifellos zu den allerersten Wegbereitern eines neutralen, unparteiisch über allen Landeswährungen stehenden Weltgeldes, das die Weltwirtschaft so zu einem Ganzen miteinander verbinden sollte, dass ihre größeren, mittleren und kleineren Teile sich einander auf einer in ökonomischer Hinsicht gleichen Stufe begegnen können. „Führt den Weltfreihandel ein, stellt ihn an die Spitze aller allgemeinen Menschenrechte und damit in den Schutz aller Staaten, so wird euch alles Übrige: Friede, Freiheit, Demokratie, Sicherheit der Meere, Schutz der kleinen Nationen als Zugabe in den Schoß fallen." Dieser Schutz sollte in gleicher Weise auch den in der Diaspora lebenden Juden und den von Ort zu Ort ziehenden ‚Zigeunern' zugutekommen.[277]

Bei einem gerecht geordneten freien Welthandel ohne Monopole und ohne Zölle würden die Grenzen zwischen den Staaten, die die Völker bislang voneinander getrennt haben, mehr und mehr zu „einfachen Verwaltungsgrenzen" wie die Grenzen zwischen den Kantonen der Schweiz. „Dann fließen die Staaten mehr oder weniger unvermittelt ineinander über und allen Menschen ist es dann gleichgültig, wie die Grenzen der verschiedenen Staaten verlaufen." Der gesamte Welthandel werde dann zu einem Weltbinnenhandel, so dass die traditionellen Begriffe Import und Export allmählich hinfällig werden. Und ohne jede Einwanderungsbeschränkung wie die US-amerikanische Monroe-Doktrin sollten alle Menschen das Recht haben, ihre Wohn- und Arbeitsorte völlig frei zu wählen. „Vom gegenseitigen Verkehr werden die Menschen nur Befruchtung ihrer Berufstätigkeit, ihrer Religion, ihrer Kunst, Gesittung, Gesetzgebung, niemals aber Schaden erwarten können."[278]

---

[276] Silvio Gesell (1920/1992c), S. 186 - 195.

[277] Silvio Gesell (1920/1992c), S. 153 - 154.

[278] Silvio Gesell (1920/1991a), S. 72 (Import und Export, völlige Ansiedlungs- und Wanderfreiheit) und S. 94 (Weltoffenheit) sowie ders. (1920/1992c), S. 152 (Grenzen als einfache Verwaltungsgrenzen).

Kommentare zum Zeitgeschehen in der Weimarer Republik und frühe Warnungen vor kommendem Unheil

Die tatsächliche Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg nahm einen ganz anderen Verlauf als den, den Gesell erhoffte. Statt mit einer gestaffelten Vermögensabgabe entschuldete sich der deutsche Staat im Wege einer gigantischen Inflation, bei der die mittleren und unteren Schichten materiell ausgeraubt und seelisch-geistig entwurzelt wurden. Diese Inflation betrachtete Gesell als eine „Sabotage an der Demokratie. ... Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn - je nach dem. Wird hier gepfuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, wie wir es jetzt erleben, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land ..., Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner ... - bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren."[279]

Unter diesen Umständen ahnte Gesell schon in den frühen 1920er Jahren, dass der „bürgerliche Wirtschaftskrieg" früher oder später wieder in ein großes Blutvergießen übergehen würde. Mitte 1923, auf dem Höhepunkt der großen Inflation, warnte er vor den „sogenannten Patrioten, die die allgemeine Zerfahrenheit benutzen werden, um den Mangel an Nationalgefühl für die Zustände verantwortlich zu machen. Dann wird man zur Hebung solchen Nationalgefühls zu dem bewährten Mittel greifen, die Völker zu verhetzen, und an die niedrigsten Instinkte wird man appellieren. Alles, was das Ausland Gutes schafft, wird entweder verschwiegen oder herabgesetzt, während das Ungünstige breitgetreten wird. Dann ist die Stimmung bald wieder reif für einen Krieg."[280]

Auch wenn Gesell noch keine schlüssige Antwort auf die Frage nach einem geeigneten politischen Weg zur Verwirklichung der Geld- und Bodenrechtsreform geben konnte, so hegte er bei aller Kritik am Kommunismus von Anbeginn seines sozialreformerischen Wirkens und besonders nach dem Ersten Weltkrieg die Hoffnung, gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eine „sozialistische Einheitsfront" gegen den „nationalistischen Wahn" der konservativen und reaktionären politischen Kräfte in der Gesellschaft bilden zu können.[281] Während er von der bürgerlichen Ökonomie nichts anderes als Ablehnungen erwartete - Böhm-Bawerk hielt seinen Denkansatz für eine „naive Ausbeutungstheorie", auf die er nicht näher eingehen wollte - , schmerzten ihn die Abwehrreaktionen der beiden sozialdemokratischen Theoretiker Emil Lederer und Conrad Schmidt sowie

---

[279] Silvio Gesell (1919/1991d), S. 340 (Inflation als Sabotage an der Demokratie); ders. (1920/1991b), S. 28 (Kriege als Folge von Währungspfuschereien).

[280] Silvio Gesell (1923/1993a), S. 205 - 206. - Zum Verhältnis Gesells zur damaligen Friedensbewegung vgl. Werner Onken, Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit, Lütjenburg 2000, S. 34 - 40.

[281] Silvio Gesell (1919/1991a), S. 323 - 328 (sozialistische Einheitsfront), und ders. (1923/1993g), S. 397 (nationalistischer Wahn).

das Ausbleiben einer Reaktion auf seine beiden Denkschriften an die deutschen Gewerkschaften sehr.[282]

Symptomatisch für das Unverständnis vonseiten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften waren auch die Erfahrungen von Gesells serbischem Mitarbeiter Paul Stanišić mit Karl Kautsky. Im Sommer 1913 war Stanišić von Belgrad nach Berlin gereist, um mit ihm über Mängel der Geldtheorie von Marx & Engels zu sprechen und ihm zu erläutern, wie sich diese Mängel unter Zuhilfenahme der Geldtheorie von Gesell beheben lassen könnten. Kautsky hatte „diese Lehre lächerlich" genannt, obwohl sie ihm nach eigener Aussage „nur ein wenig vom Hören bekannt" war. Rund ein Jahrzehnt später berichtete Stanišić in einem „Mahnruf an Karl Kautsky und die deutschen Sozialistenführer" über sein Erlebnis mit Kautsky und zeigte anhand von Zitaten, wo Marx & Engels selbst schon in ihren späteren Schriften die der Ware-Geld-Äquivalenz widersprechende Sonderstellung des Geldes verdeutlicht hätten. Es sei deshalb ein Versäumnis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, Gesells Geldtheorie nicht ernst zu nehmen. Gerade weil „die Welt ... vor dem Abgrund eines neuen, noch schrecklicheren und blutigeren Völker- und Welt-Bürgerkrieges ... steht", müsse das Geldproblem nach dem Ersten Weltkrieg und der Hyperinflation endlich gelöst werden, um „die ganze Kultur vor dem Zusammenbruch zu retten".[283]

Obwohl sich seine in die Sozialdemokratie und in die Gewerkschaften gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, gab Gesell sie nicht auf und versuchte darum auch nicht, rechts von der politischen Mitte Unterstützung für seine Ziele zu finden. Freilich sah er in seinen zahlreichen Kommentaren zum Zeitgeschehen in der Weimarer Republik auch noch nicht das ganze Ausmaß der barbarisch-zerstörerischen Kräfte voraus, die schon wenige Jahre später vom Nationalsozialismus entfacht werden sollten. Kurz vor dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise bezeichnete Gesell einen Einsatz für die Schaffung einer „Internationalen Valuta-Assoziation" als Möglichkeit, die „Kinder gegen das Verscharrtwerden in Massengräbern" zu schützen. Und im Winter 1929/30, gleich nach dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise und kurz vor seinem Tod, warnte Gesell im Entwurf

---

[282] Eugen von Böhm-Bawerk (1884/1921), S. 463. - Als Reaktion auf einen Aufsatz „Zur Kritik der absoluten Währung" von Theophil Christen in der „Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft" (1920, S. 61 - 66) lud die Redaktion 19 Ökonomieprofessoren zu einer kritischen „Enquete über die Freigeldlehre" ein. Sieben Professoren, darunter Robert Liefmann und Karl Diehl, beteiligten sich an dieser Enquete (1920, S. 67 - 97) Die übrigen Professoren reagierten nicht oder sie lehnten wie Georg Knapp, Gustav Cassel und Vilfredo Pareto ihre Mitwirkung ab. Vgl. hierzu Silvio Gesell (1921/1992e), S. 232 - 274. - Emil Lederer (1922) und Conrad Schmidt (1924). Conrad Schmidt war ein älterer Bruder der Bildhauerin Käthe Kollwitz.

[283] Pavel Stanišić (1924), S. 5 (Begegnung mit Karl Kautsky in Berlin 1913) und 11 (Lösung des Geldproblems zur Verhütung eines neuen Krieges). - Danach hat Gesells Mitarbeiter Martin Hoffmann („Diogenes") noch einen Versuch unternommen, einen Dialog mit dem Kommunisten Karl Korsch anzuknüpfen; vgl. dazu Martin Hoffmann (1926). - Vgl. auch Gesells Briefe an Karl Kautsky vom 30.3. und 10.4.1922, in: ders. (1922/1997d), S. 248 - 250. - Auch Franz Oppenheimer war von Kautsky enttäuscht, weil dieser kein Verständnis für den Liberalsozialismus zeigte.

eines Vorworts zur geplanten Neuauflage seines Hauptwerks vor der Gefahr nicht nur eines plötzlichen Zusammenbruchs der Wirtschaft, sondern ihrer länger andauernden „Schwindsucht ... mit einer langen, langen Reihe von Leidensstationen und Martersteinen. ... Wenn wir unfähig bleiben, die Aufgabe, die uns gestellt wurde, zu lösen", d.h. die Wirtschaft gerecht und stabil zu ordnen, „werden die Empörungen und Verzweiflungstaten nicht ausbleiben können ..., die Hungerrevolten werden kein Ende mehr nehmen, die Regierung wird von links nach rechts und von rechts nach links pendeln und jeder Pendelschlag wird nur die Verwirrung, die Hilf- und Ratlosigkeit vermehren."[284]

Unterdessen vertiefte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung weiter und ihre verschiedenen Flügel bekämpften sich gegenseitig als sog. Sozialfaschisten, während es notwendig gewesen wäre, gemeinsam einen Damm gegen die heraufziehende Gefahr eines Absturzes in den Nationalsozialismus zu errichten.[285] Wie viel unermessliches Leid hätte der Menschheit in den folgenden 12 Jahren der NS-Barbarei und auch noch danach vielleicht erspart bleiben können, wenn es rechtzeitig gelungen wäre, den sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert anbahnenden völligen Verlust der wirtschaftlichen und politischen Stabilität aufzuhalten.

7.4 Rudolf Steiner und die Dreigliederung des Sozialen Organismus

Nach zunächst mathematisch-naturwissenschaftlichen und dann philosophischen Studien in Wien begeisterte sich Rudolf Steiner (1861-1925) für das den klassischen Naturwissenschaften entgegengesetzte integrative Naturverständnis Goethes; er wurde Mitarbeiter am Goethe-Schiller-Archiv in Weimar und gab die „Naturwissenschaftlichen Schriften Goethes" in „Kürschners Nationalliteratur" heraus. Sodann begründete er in seiner erkenntnistheoretischen „Philosophie der Freiheit" (1894) einen „ethischen Individualismus" als Grundlage für sein Menschen- und Weltbild. Begabt mit einem „freien Geist" solle der Mensch die Welt erkennen und verantwortlich gestalten, dabei aber nicht einer äußeren Moral folgen, sondern sich ganz von seinem eigenen inneren Sittlichkeitsempfinden leiten lassen. „Das menschliche Individuum ist Quell aller Sittlichkeit und Mittelpunkt des Erdenlebens." Zudem solle der von der Natur entfremdete Mensch nicht länger ‚von außen' auf die Natur blicken, sondern sich mit seinem Denken und Fühlen

---

[284] Silvio Gesell (1929/1996), S. 197; ders. (1920/1991a), S. 401 - 402 (Vorwort zur geplanten 7. Auflage der „Natürlichen Wirtschaftsordnung" - Fragment).

[285] Auch eine von Gesells Nachfolgern im „Freiwirtschaftsbund FFF" an den damaligen Reichspräsidenten, an die Reichsregierung und an sämtliche Reichstagsabgeordneten gerichtete Denkschrift „Das befreiende Regierungsprogramm" (Essen 1932) blieb unbeachtet, ebenso ein „Letzter Appell" von Hans Schumann und Erich Mäder an den SPD-Vorsitzenden Otto Wels, in: Arbeit und Geldpolitik Nr. 6/Juni 1932, S. 3 - 7. Vgl. auch Erich Mäder, Aus Gottfried Feders „Irrgarten", in: Arbeiterklasse und Geldpolitik Nr. 1/1931, S. 16 - 23. - Von der SPD enttäuscht, verirrte sich Schumann nach 1933 in die Ideologie des Nationalsozialismus.

im Sinne von Goethes Naturverständnis wieder mit ihr verbinden. „Wir fühlen: wir sind in ihr und gehören zu ihr. ... Wir müssen den Weg zu ihr zurück wieder finden".[286]

„Soziales Hauptgesetz" (1906)

Nachdem sich Steiner intensiv mit den philosophischen Werken von Friedrich Nietzsche, Max Stirner und John Henry Mackay sowie mit den evolutionstheoretischen „Welträtseln" von Ernst Haeckel beschäftigt hatte, folgte von 1899 bis 1904 eine Tätigkeit als Dozent an der Berliner Arbeiterbildungsschule, wo zu jener Zeit auch Rosa Luxemburg unterrichtete.[287] Jedoch blieb Steiner auf Distanz sowohl zur Philosophie des historisch-dialektischen Materialismus als auch zur theoretischen Kapitalismuskritik von Marx & Engels, Kautsky, Bernstein oder Luxemburg. Ohne sich näher mit deren ökonomischen Schriften auseinanderzusetzen, wollte Steiner etwa zur selben Zeit wie Simmel und Weber, aber auch unabhängig von ihnen, den Kapitalismus geisteswissenschaftlich ergründen.[288]

Zunächst befasste er sich eingehend mit den praktischen Projekten des englischen Frühsozialisten Robert Owen, der als Mitbegründer des sozialen Unternehmertums die Arbeitszeiten für seine Arbeiter verkürzt und soziale Einrichtungen für sie geschaffen und der auf politischer Ebene auch für Arbeiterschutzgesetze gekämpft hatte. Einerseits schätzte Steiner Owen als „einen der edelsten Sozialreformatoren", weil er die Lebensverhältnisse der Arbeiter verbessern wollte. Andererseits könne „ein durchgreifender Fortschritt ... durch alle solche Mittel nimmermehr bewirkt werden". Zuerst müsse die Geisteswissenschaft gleichsam durch die Oberfläche der sozialen Verhältnisse hindurch den von Steiner in der Tiefe der menschlichen Natur vermuteten Ursachen der Ausbeutung auf den Grund gehen. „Diese Verhältnisse sind nämlich nur der Ausdruck eines inneren Lebens" und „nichts anderes als das Geschöpf der Menschenseelen". Viel mehr als

---

[286] Rudolf Steiner (1894/1962), S. 30 (Ablehnung des Materialismus), 33 - 34 (Verhältnis zur Natur), 160 (ethischer Individualismus) und 170 - 172 (äußere Moral vs. innerem Sittlichkeitsempfinden).

[287] Die Steiner-Biografie von Walter Kugler enthält eine Abbildung eines Briefes, den Rosa Luxemburg am 14.10.1902 an Rudolf Steiner geschrieben hat; vgl. Walter Kugler (1978/2010), S. 274 - 275.

[288] Außer Engels' „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" sind im Verzeichnis von Steiners eigener Bibliothek zahlreiche kleinere Schriften von Bebel, Bernstein, Lassalle und Kautsky aufgeführt; vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 310 (Engels G 211), 292 (Bebel G 34), 294 (Bernstein G 53), S. 332 (Kautsky), S. 341 (Lassalles „Reden und Schriften", S. 341, G 519) und S. 391 (Clara Zetkins „Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus" G 1006). - Steiner war mit den großen Utopien von Thomas Morus (S. 349, G 602) und Campanella (S. 301, G 122) ebenso vertraut wie mit einigen Standardwerken des Anarchismus von Bakunin („Gott und der Staat, S. 291, G 25), Kropotkin („Gegenseitige Hilfe", S. 337, G 481) und John Henry Mackay (Die Anarchisten", S. 344, G 556). - Von den Soziologen kannte Steiner offenbar Max Webers „Die Börse" aus dem Jahr 1894 (S. 385, G 956) und einige Werke von Werner Sombart wie „Sozialismus und soziale Bewegung" (S. 371, G 825), „Der Bourgeois" (G 826), „Die Zukunft der Juden" (G 828) und „Die gewerbliche Arbeiterfrage" (G 829). Als Gegenstück dazu beschäftigte er sich mit Martin Bubers Studie über „Die jüdische Bewegung" (S. 299, G 95). - Simmels „Philosophie des Geldes" ist allerdings nicht verzeichnet.

mit dem äußeren Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital habe die wirtschaftliche Ausbeutung damit zu tun, „dass ein Mensch unter dem Gesichtspunkt des Eigennutzes sich die Arbeitsprodukte des anderen erwirbt" und dafür zu wenig bezahlt. „Unsere Einrichtungen oder die uns umgebenden Verhältnisse sind auf dem persönlichen Eigennutz aufgebaut."[289]

Owen sei „in gewissem Sinne ein Genie der praktischen sozialen Wirksamkeit gewesen"; aber das Scheitern seiner Versuche, die Verhältnisse für die Arbeiter in New Lanarck und New Harmony zu verbessern, hielt Steiner für einen hinlänglichen Beweis dafür, dass der Schlüssel zur Überwindung der wirtschaftlichen Ausbeutung nicht im Bestreben von einzelnen sozialen Unternehmern liegen könne, die „schlechten Einrichtungen" zu verbessern. Vielmehr liege er in einer generellen Umbildung der menschlichen Natur im Sinne einer Überwindung des Egoismus, denn „ganz anders würde sich die Sache stellen, wenn die uneigennützige Arbeit eine allgemeine wäre." Über Owens „bloßen Glauben an die Güte der Menschennatur ... muss man ... zu wirklicher Menschenkenntnis voranschreiten". Eine solche „tiefere Erkenntnis des Menschen und der Welt" erblickte Steiner im „Okkultismus ..., der gerade zeigt, dass alles menschliche Elend lediglich eine Folge des Egoismus ist."[290]

Auf dieser okkulten Grundlage formulierte er nach dem Ende seiner Tätigkeit an der Berliner Arbeiterbildungsschule ein „Soziales Hauptgesetz" (1906), das sich gegen den frühen Laissez-faire-Kapitalismus und ganz besonders gegen jegliches vom Liberalismus gerechtfertigte Eigennutzstreben von wirtschaftlich freien Individuen richtete. Diesem Gesetz zufolge sei „das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden."[291]

Für das seiner Ansicht nach „durch den Okkultismus aufgewiesene ... soziale Hauptgesetz" erhob Steiner sogar den Anspruch, dass es „für das soziale Leben mit einer solchen Ausschließlichkeit und Notwendigkeit ... gilt, wie nur irgendein Naturgesetz in Bezug auf irgendein gewisses Gebiet von Naturwirkungen". Wo es durch egoistisches Verhalten missachtet werde, komme es zwangsläufig zu Not und Elend. Deshalb seien „solche Einrichtungen zu schaffen, dass niemals jemand die Früchte seiner eigenen Arbeit für sich selber in Anspruch nehmen kann, sondern diese möglichst ohne Rest der Gesamtheit zugutekommen. Er selbst muss dafür wiederum durch die Arbeit seiner Mitmenschen erhalten werden. ... Die Menschenwohlfahrt ist umso größer, je geringer der Egoismus ist. ... Wer für sich

---

[289] Rudolf Steiner (1906/1960), S. 203 (Owen), 205 (äußere Verhältnisse als Ausdruck des inneren Lebens) - 207 (Eigennutz als Ursache der Ausbeutung).

[290] Rudolf Steiner (1906/1960), S. 208 - 212 (durch Owens Erfahrung zum Okkultismus).

[291] Rudolf Steiner (1906/1960), S. 213 (soziales Hauptgesetz).

arbeitet, muss allmählich dem Egoismus verfallen. Nur wer ganz für die anderen arbeitet, kann nach und nach ein unegoistischer Arbeiter werden." Während Adam Smith die Vorstellung hatte, dass einzelne Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft aus eigenem Interesse etwas produzieren, was für andere Menschen nützlich ist, und von ihnen Waren eintauschen, die für sie selbst nützlich sind, sollten die einzelnen Menschen Steiner zufolge ganz von einem „Geist der Gesamtheit" erfüllt sein und ohne jedes Eigeninteresse nur für die Gesellschaft arbeiten. Und die Gesellschaft sollte den Einzelnen das für ihre Existenzsicherung Notwendige zuteilen - wobei Steiner völlig im Unklaren ließ, wer das von allen uneigennützig erzeugte Gesamtprodukt stellvertretend für ‚die Gesellschaft' an die Einzelnen verteilen und nach welchen Kriterien im Einzelfall ‚das Notwendige' bestimmt werden sollte.[292]

Offenbar war sich Steiner dessen bewusst, dass sich die Menschen nicht im Handumdrehen und in einem quasi revolutionären Akt in „unegoistische Arbeiter" umwandeln lassen. Ähnlich wie der von ihm kritisierte Robert Owen stellte er sich auch selbst vor, dass einzelne von einem „Gesamtgeist" erfüllte Menschen mit dem gutem Beispiel ihrer „geistigen Weltanschauung" vorangehen, um den übrigen Menschen ein nachahmenswertes „geistig-zielvolles Bild von der einheitlichen Mission des ganzen Menschengeschlechtes" vorzuleben. „Es gibt auch schon jetzt bestimmte Menschengemeinschaften, in deren Anlagen sich dergleichen vorbereitet. ... Dem Okkultismus sind solche Menschengemeinschaften bekannt. ... Sie werden es möglich machen, dass mit ihrer Hilfe die Menschheit gleichsam einen Ruck, einen Sprung in sozialer Entwicklung vollbringt." Die „geistige Weltanschauung" müsse „erst irgendwo Fuß fassen" und sich von dort weiter ausbreiten, indem sie „Mensch nach Mensch erobert". Ähnlich wie Marx eine zwangsläufige historische Entwicklung bis zu einem Sprung aus dem Reich der kapitalistischen Notwendigkeit in ein zukünftiges kommunistisches Reich der Freiheit annahm, so war sich auch Steiner sicher, dass „nicht ausbleiben ... kann, dass die richtige geisteswissenschaftliche Vorstellungsart immer weitere Kreise zieht". Ohne eine solche allmähliche „innere Seelenarbeit" könne „kein Parlament, keine Demokratie, keine Massenagitation" die seelisch-geistigen Voraussetzungen für ein wirtschaftliches Leben gemäß dem „Sozialen Hauptgesetz" schaffen. „Die Gesamtheit muss eine geistige Mission haben; und jeder Einzelne muss beitragen wollen, dass diese Mission erfüllt werde."[293]

Tatsächlich hat die geschichtliche Entwicklung gezeigt, dass der Frühsozialismus mit seinem sozialen Unternehmertum und seinen Genossenschaften nicht in der Lage war, die Grundstrukturen des kapitalistischen Wirtschaftens aus den Angeln zu heben. Insofern waren Steiners Kritik und auch die Kritik von Marx & Engels an

---

[292] Rudolf Steiner (1906/1960), S. 213 - 215 (okkultistisch erwiesenes soziales Hauptgesetz mit quasi naturwissenschaftlichem Geltungsanspruch / lat. occultus = verborgen, geheim, übersinnlich).

[293] Rudolf Steiner (1906/1960), S. 215 - 216 (Gesamtgeist und geistige Weltanschauung), 218 (bestimmte menschengemeinschaften als Vorbereiter eines geschichtlichen Sprungs) - 221 (innere Seelenarbeit).

Owen und den anderen Frühsozialisten nicht völlig falsch. Aber diese Erfahrung spricht keineswegs für einen Okkultismus und dessen Verlegung der Ursachen des Kapitalismus in die Eigennützigkeit des menschlichen Handelns, die Steiner - übrigens im Widerspruch zu seiner Kritik an Owen - ebenfalls durch die Schaffung von „Einrichtungen" ändern wollte. Vielmehr sollte sie zu der Frage führen, welche Änderungen der Verhältnisse noch zusätzlich zum sozialen Unternehmertum und zu genossenschaftlichen Unternehmensformen notwendig werden könnten, um die kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft - ohne in die Sackgasse einer zentralistischen Planwirtschaft zu geraten - in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft zu transformieren, in der das soziale Unternehmertum und das Genossenschaftswesen einen noch sehr viel breiteren Raum einnehmen könnten als im Monopolkapitalismus.

Nicht zu Unrecht widersprach Steiner mit seinem „Sozialen Hauptgesetz" der zentralen These des klassischen Liberalismus, dass sich das Allgemeinwohl durch das Wirken einer unsichtbaren Hand gleichsam von selbst aus dem Streben der Individuen nach ihrem eigenen Nutzen ergebe. Seine von ihm angedeutete, aber nicht in Einzelheiten ausgeführte Änderung der bestehenden Verhältnisse ging jedoch nicht in die Richtung einer sozialen Korrektur des kapitalistisch verfälschten Liberalismus und einer Suche nach einer Balance von Eigeninteresse und Gemeinsinn. Stattdessen ging sie in die Richtung einer völligen Überwindung des menschlichen Egoismus und einer restlosen Auflösung der ohnehin schon durch Vermögenseinkünfte gestörten Verbindung zwischen Arbeit und Einkommen zugunsten einer kollektivistischen Verteilung nach einem wie auch immer festgelegten Bedarf. Wie bei Marx & Engels, Luxemburg & Co., aber mit einer anderen Begründung liefen Steiners Vorstellungen letztlich auf eine Wiederaufhebung der vom Liberalismus gegen die alten Feudalmächte erkämpften wirtschaftlichen Freiheit hinaus. Sein Ziel, „die Menschen in eine solche Lage zu bringen, dass ein jeder aus seinem innersten Antriebe heraus die Arbeit für die Gesamtheit leistet"[294], ist zwar nicht völlig abwegig, aber eine einseitige Verabsolutierung des Gemeinsinns als Reaktion auf die einseitige Verabsolutierung des Eigennutzens im klassischen Liberalismus, denn es ist unmöglich, die Menschen mit einer ihre ‚Natur' verändernden geistigen Weltanschauung von übertriebenen Egoisten zu hundertprozentigen Altruisten umzuerziehen. Eine ausgewogene Verbindung von Eigeninteressen und Gemeinwohlorientierung lässt sich freilich nicht erreichen, ohne dass die strukturellen Privilegien der Eigentümer von Boden-, Geld- und Realkapital überwunden werden. Dass diese strukturellen Privilegien die von Adam Smith erwartete Entstehung einer Balance von Eigennutz und Gemeinwohl verhinderten und dass sie das Eigennutzstreben auf Kosten der Gemeinwohlorientierung zu einer Jagd nach maximalen Renditen pervertierten, sah Steiner ebenso wenig wie einen Zusammenhang zwischen dem Rentabilitätsstreben des kapita-

[294] Rudolf Steiner (1906/1960), S. 215.

listischen Geldes und der von ihm aus goetheanischer Perspektive kritisierten mechanistischen Denkweise der klassischen Naturwissenschaften.

Von der Theosophie zur Anthroposophie

Mit seiner Zusammenschau von Religion und Wissenschaft ging Steiner über den damals unüberbrückbar erscheinenden Gegensatz zwischen dem traditionellen (Kirchen-)Glauben und den materialistischen Naturwissenschaften hinaus. Eine Erkenntnis der *ganzen* Wirklichkeit des Lebens, von Erde und Kosmos werde mit Hilfe einer Geisteswissenschaft möglich, wenn diese sowohl die sichtbare als auch die unsichtbare Welt mit den Methoden der Naturwissenschaft untersuche.

Schon während seiner Tätigkeit in der Berliner Arbeiterbildungsschule war es für Steiner immer wichtiger geworden, der materialistisch-atheistischen Grundorientierung der Arbeiterbewegung eine geisteswissenschaftliche Sicht auf die Welt gegenüberzustellen.[295] Vorerst noch ohne Bezug zu sozialen Fragen vertiefte er sich ganz in den Okkultismus und auch in die Theosophie mitsamt ihren Wurzeln in indischen Religionen einschließlich der Karma- und Wiedergeburtslehren. Im Interesse einer Verständigung zwischen dem Westen und dem fernen Osten trachtete Steiner danach, indische Überlieferungen auf seine eigene Weise mit dem westlichen Christentum zu verbinden - auch unter Einbeziehung der antiken Gnosis (der aus dem Griechischen stammende Begriff bedeutet „Erkenntnis"), die von den christlichen Kirchen wegen theologischer Differenzen als Häresie abgelehnt wurde.

In seinen Büchern „Das Christentum als mystische Tatsache und die Mysterien des Altertums" (1902), „Theosophie - Einführung in übersinnliche Welterkenntnis und Menschenbestimmung" (1904), „Wie erlangt man Erkenntnisse der höheren Welten?" (1904), „Akasha-Chronik" (1904-1908[296]) und „Die Geheimwissenschaft im Umriss" (1909) sowie in weiteren Büchern, Aufsätzen und Reden legte Steiner seine Gedanken über die Einheit der physischen und geistigen bzw. der sichtbaren und unsichtbaren Welten sowie über Welterkenntnis, Menschenbestimmung und die Idee wiederholter Erdenleben dar. Insbesondere in der „Akasha-Chronik", die in Fortsetzungen in einer Zeitschrift „Lucifer-Gnosis" erschien, breitete er eine über die „gewöhnliche Geschichte" hinausgehende „geistige Anschauung" der „urfernen Vergangenheit" von Kosmos und Mensch aus. Anhand einer - wie er für sich in Anspruch nahm - „Wahrnehmung des Ewigen" und „übersinnlicher Erkenntnisse" aus dem „Schoße der theosophischen Strömung" gelangte Steiner zu der geozentrisch wirkenden Vorstellung, dass es in einer urgeschichtlichen „Feu-

---

[295] Rudolf Steiner (1919/1985), S. 84 (Proletarierseelen in der Berliner Arbeiterbildungsschule) und 118 - 119. - Vgl. ders. (1919/1981), S. 32 - 33 („Es wurde mir vorgeworfen, dass ich kein richtiger Dogmenlehrer des sozialistischen Systems sei.")

[296] Das aus dem Sanskrit stammende Wort „Akasha" bedeutet „Äther". Steiner verwendete es als Bezeichnung für die Universalgeschichte und Kosmologie als „Weltgedächtnis".

ernebelzeit" zuerst zu einem „Heraustreten der Sonne" und danach auch noch zu einem „Austritt des Mondes von der Erde" gekommen sei.[297] Die Menschheitsgeschichte habe in der schon von Platon vermuteten Inselwelt Atlantis begonnen, die untergegangen sei, als Amerika und Europa zu eigenständigen, durch einen Ozean voneinander getrennten Kontinenten wurden. Aus ursprünglich eingeschlechtlichen Wesen seien Frauen und Männer hervorgegangen und für die weitere Entwicklung seien „Wurzelrassen der Menschheit" mit unterschiedlichen „Volks- und Rassengeistern" bestimmend gewesen.[298]

Den gegenwärtigen Menschen stellte sich Steiner als ein dreigliedriges ganzheitliches Wesen vor, das aus dem physischen Körper als einem den Pflanzen entsprechenden „Ätherleib", einem den Tieren verwandten, seelischen, auch mit dem Kosmos verbundenen „Astralleib" und dem geistigen „Ich" bestehe, das ihn aus der übrigen Natur heraushebe. Der Mensch könne „seine Erkenntniskräfte, seine Seelenkräfte so ausbilden, so entwickeln, dass sie in eine geistige Welt hineinzuschauen vermögen." Gemäß persischer Überlieferungen spiele sich das Leben in einem Spannungsfeld zwischen ‚finsteren' ahrimanischen und ‚lichtvollen' luciferischen Gewalten ab. Dementsprechend gebe es „soziale und antisoziale Triebe im Menschen".[299]

Wegen des von Theosophen nicht geteilten Glaubens an die weltgeschichtliche Einmaligkeit des „Mysteriums von Golgatha" verließ Steiner die Theosophische Gesellschaft und gründete 1913 die Anthroposophische Gesellschaft. Er lebte fortan abwechselnd in Berlin und in Dornach bei Basel, wo das Goetheanum als geistiger Mittelpunkt der anthroposophischen Bewegung entstand. „Anthroposophie appelliert an ein in jeder Seele Selbsttätiges ... , nicht an etwas anderes als an die gesunde Vernunft, die nicht durch Massensuggestion hervorgerufen werden kann." Ihr gehe es um „Tatsachen, Wahrheiten aus dem Bereich der höheren, der übersinnlichen Welten", also um „dasjenige, was das helleseherische Bewusstsein in diesen höheren Welten erforschen kann."[300]

Während des Ersten Weltkriegs, an dessen Beginn Steiner mit Helmuth von Moltke als dem Chef des deutschen Generalstabs in Verbindung gestanden hat-

---

[297] Rudolf Steiner (1904-1908/1975), S. 16 (gewöhnliche Geschichte, Wahrnehmung des Ewigen), 17 (geistige Anschauung), 19 (Schoß der theosophischen Strömung), 86 (urferne Vergangenheit) sowie 91 („Die Sonne scheidet sich aus. Es gehen damit gewisse Kräfte aus der Erde einfach fort.") - 92 (Erde, Sonne und Mond), 96 (Feuernebelzeit) und 159 (ursprüngliche Einheit von Erde, Sonne und Mond), 160 - 163 (Erde, Sonne und Mond), 102 (übersinnliche Erkenntnisse), 195 (Lucifer-Gnosis).

[298] Rudolf Steiner (1904-1908/1975), S. 18 (Atlantis); S. 25 (Wurzelrassen), 49 - 50, 58 und 60 (ursprüngliche Eingeschlechtlichkeit, Frauen und Männer, Wurzelrassen) sowie 108 (Volks- und Rassengeister).

[299] Zu Steiners Menschenbild vgl. (1904 - 1908/1975), S. 152 und 165; ders. (1910/1978), S. 206 (Wesensglieder des Menschen); ders. (1913/1973), S. 12 - 13; ders. (1918/1979), S. 158 - 187 (soziale und antisoziale Triebe).

[300] Rudolf Steiner (1909/1986), S. 73 - 74 (Selbstverständnis der Anthroposophie); ders. (1910/1962), S. 205 - 226 (Golgatha); ders. (1910/1973), S. 228 (Karma) und ders. (1919/1972), S. 116 - 118 (Verhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften in der Anthroposophie).

te[301], baute er die Anthroposophie auf den Gebieten der Kunst und Architektur sowie der Bewegungskunst (Eurythmie) weiter aus, wodurch sich unter anderen die expressionistischen Maler Wassily Kandinsky und Alexej Jawlensky sowie der Dichter Christian Morgenstern beeinflussen ließen. Bei seinem Ringen um Erkenntnisse höherer Welten glaubte Steiner weiterhin an die „Mission einzelner Volksseelen" - im Falle Deutschlands an seine Mission, im Sinne Goethes und Schillers sowie der Philosophie des Idealismus in der Welt zu wirken. Dennoch spiegelten seine Spekulationen über „Volksgeister und Wurzelrassen"[302] auch den Ungeist der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder, in dem sich ein mit rassistischen Ressentiments verbundener Kult der Größe von Nationen und ihrer Herrscher zu einer geistigen Epidemie ausweitete. So seien beispielsweise die „Alexanderzüge", also die Eroberungsfeldzüge von Alexander d. Gr. in der griechischen Antike, „durchsetzt von einem wirklichen hohen geistigen Ziel" gewesen. Steiner verlieh ihnen geradezu eine späte geisteswissenschaftliche Legitimation. Die „historische Mission in der Seele Alexanders" habe in einer „Harmonisierung ... zwischen hellenischer und orientalischer Zivilisation" und in einer Verbindung von Abend- und Morgenland bestanden.[303] Auch feudale Herrschaftsverhältnisse im späteren Europa und die koloniale Macht Europas über Asien und andere Erdteile hatte er bei seiner geisteswissenschaftlichen Deutung der Menschheitsgeschichte nicht im Blick.

Von den zu seinem ansonsten individualistischen Menschenbild nicht passenden Aussagen über sog. „Volksgeister und Wurzelrassen" begann sich Steiner im Laufe des Ersten Weltkriegs schrittweise zu lösen. „Ein Mensch, der heute (1917) von dem Ideal von Rassen und Nationen und Stammeszusammengehörigkeiten spricht, der spricht von Niedergangsimpulsen der Menschheit. ... Durch nichts wird sich die Menschheit mehr in den Niedergang hineinbringen, als wenn sich die Rassen-, Volks- und Blutsideale fortpflanzen. Durch nichts wird der wirkliche Fortschritt der Menschheit mehr aufgehalten."[304] Gleichwohl glaubte Steiner auch in seinen letzten Lebensjahren noch an eine angebliche Überlegenheit von Weißen gegenüber Nichtweißen[305] - allerdings im Widerspruch zu seiner sich verstärkenden Erwartung, dass Unterschiede zwischen den menschlichen Rassen in der Zu-

---

301 Vgl. hierzu Walter Kugler (1978/2010), S. 253 - 258.

302 Rudolf Steiner (1910/1962), S. 25 - 29 (Volksgeister und Völkerindividualitäten), 64 - 81 (Rassen), 100 - 115 (Rassen) und 163 - 180 (germanisch-nordischer Volksgeist); ders. (1914/1982), S. 215 - 242). - Ders. (1919/1972), S. 80 - 82 (Goethe, Schiller und Herman Grimm). - Vgl. hierzu Ansgar Martins (2012), S. 44 - 48.

303 Rudolf Steiner (1924/1991), S. 74 - 75 (geistiges Ziel der Alexanderzüge), 88 und 92 - 94 (Alexanders Mission).

304 Rudolf Steiner (1917/1968), S. 204 - 205 (Rassismus als Niedergangsphänomen).

305 Rudolf Steiner (1923/1961), S. 57 („Die Weißen sind eigentlich diejenigen, die das Menschliche in sich entwickeln.").

kunft hinter die Bedeutung der Individualität eines jeden einzelnen Menschen zurücktreten werden.[306]

Vom zentralistischen Einheitsstaat zur Dreigliederung des Sozialen Organismus

Während eines Zeitraums von rund zehn Jahren nach seiner Formulierung trat das „Soziale Hauptgesetz" bei Steiner ganz in den Hintergrund. Erst während des Ersten Weltkriegs kam er hierauf in einer Kritik am 14-Punkte-Friedensplan des US-Präsidenten Wilson zurück. Das von Wilson geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker verbürge noch keine friedliche Zukunft, solange sie ihr wirtschaftliches Zusammenleben innerhalb der Staaten nicht auf eine neue, nicht länger kapitalistische Grundlage stellten. In einem Aufruf „An das deutsche Volk und an die Kulturwelt" (1919), zu dessen Mitunterzeichnern Theologen, Philosophen, Juristen sowie die beiden Dichter Hermann Hesse und Georg Kaiser gehörten, konstatierte Steiner, dass es 1871 bei der Gründung des zentralistischen deutschen Einheitsstaates versäumt worden sei, „diesem Reich eine aus dem Wesensinhalt der deutschen Volkheit entspringende Aufgabe zu stellen. ... Sicher gefügt für unbegrenzte Zeiten glaubte das deutsche Volk seinem vor einem halben Jahrhundert aufgeführten Reichsbau. Im August meinte es, die kriegerische Katastrophe ... werde diesen Bau als unbesieglich erweisen. Heute kann es nur auf dessen Trümmer blicken." Das deutsche Kaiserreich habe eine „äußere Machtstellung" angestrebt, aber nichts aufgebaut, worin die übrige Welt eine „weltgeschichtliche Sendung" der Deutschen hätten erblicken können. So brach es unweigerlich zusammen.[307]

Den „schönen Programmen" von „Menschen mit guter sozialer Meinung" wie den Frühsozialisten Owen, Saint-Simon und Fourier stand Steiner nach wie vor sehr skeptisch gegenüber. „Mit guten Meinungen wandelt man die sozialen Umstände nicht um." Und trotz seines Mitgefühls für die im Januar 1919 „so tragisch geendete Rosa Luxemburg" hielt Steiner auch die seit der Revolution im Oktober 1917 in Russland aufgerichtete proletarische Diktatur mit ihrer „Karl Marxens Denksystem" entsprungenen zentralistischen Planwirtschaft für einen Irrweg. „Traurige Erfahrungen hat die Menschheit gemacht mit den extremen sozialen Revolutionen

---

[306] Schon in der „Akasha-Chronik" erwartete Steiner, dass „das Wort ‚Rasse' ... am Ende des fünften Zeitalters ... wieder allen Sinn verlieren wird." (1904-1908/1975), S. 162. - Zu Steiners problematischen Aussagen über menschliche Rassen vgl. Wolfgang Weirauch (1993), S. 54 - 106 (anthroposophische Sichtweise) und Ansgar Martins (2012), S. 141 - 144 („Steiner als Kind seiner Zeit zu verstehen, mindert seine Leistungen nicht. Die Verweigerungshaltung vieler Anthroposophen dagegen sehr wohl"; kritische Darstellung eines Außenstehenden in einem anthroposophischen Verlag).

[307] Rudolf Steiner (1919/1980a), S. 125 - 126. - Von einem „Volksbewusstsein" und dergleichen ist ansonsten in Steiners Schriften zur Sozialen Dreigliederung nur sehr selten die Rede, vgl. hierzu (1919/1980b), S. 113, und ders. (1919/1972), S. 82. Vgl. auch Rudolf Steiner (1919/1985), S. 13 - 15 (Weltkriegskatastrophe) sowie 13 und 19 (Völkerbund); ders. (1920), S. 80 - 82 (deutsche Mission im Seelisch-Geistigen statt im Militärischen).

im Osten von Europa, in Ungarn, und eine große Lehre der Weltgeschichte müsste das Scheitern dieser sozialen Revolutionen sein. ... Lenin und Trotzki ... sind ... die Totengräber, nicht die Neubegründer eines sozialen Lebens. ... Diese Sozialisierung wird kein Heilungsprozess, sondern ein Kurpfuscherprozess am sozialen Organismus sein." Als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in Deutschland die Novemberrevolution und - ausgelöst durch die Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner - die kurze Zeit der Münchener Räteregierung folgten, distanzierte sich Steiner von der „heutigen realen Utopie" und sprach schon wenige Monate später von einer „versandenden Revolution".[308]

Im Gegensatz sowohl zum untergegangenen Kaiserreich als auch zur proletarischen Diktatur müsse Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat werden, in dem die drei Lebensbereiche des Staates, der Wirtschaft und der Kultur aus ihrer einheitlich-zentralistischen Verflechtung wieder gelöst werden. Steiner hielt es für „unmöglich ... , diese Ideen von Brüderlichkeit, Gleichheit, Freiheit ... in einem einheitlichen sozialen Organismus ... zu verwirklichen" und ihnen allen in allen Bereichen einer herrschaftsfreien Gesellschaft Geltung zu verschaffen. „Wie der natürliche Organismus das Denken durch den Kopf und nicht durch die Lunge besorgen muss, so ist dem sozialen Organismus die Gliederung in Systeme notwendig, von denen keines die Aufgabe des anderen übernehmen kann, jedes aber unter Wahrung seiner Selbstständigkeit mit den anderen zusammenwirken muss." Deshalb könne „nicht ein abstrakt zentralisiertes Sozialgebilde ... durcheinander die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen." Mithin ordnete Steiner diese Leitbilder der Französischen Revolution den wirtschaftlichen, rechtlichen und geistig-kulturellen Teilbereichen des Lebens jeweils einzeln zu.[309] Dem alten und neuen zentralistischen „Einheitsfanatismus" stellte er also eine „Dreigliederung des sozialen Organismus" gegenüber, mit der er ganz bewusst an sein früheres „Soziales Hauptgesetz" und die darin vertretene Auffassung anknüpfte, dass das arbeitsteilige Wirtschaften vom Altruismus statt vom Egoismus bestimmt wer-

---

[308] Rudolf Steiner (1919/1985), S. 65 und 120 („Ich stand vor vielen Jahren einmal in Spandau auf dem gleichen Podium mit der jetzt so tragisch geendeten Rosa Luxemburg."), 176 (Eisner), 205 und 251 („schöne Programme" und „gute Meinungen" der Frühsozialisten), 234 (Lenin und Trotzki) und 276 (traurige Erfahrungen mit Revolutionen, versandende Revolution in Deutschland). Bemerkenswerterweise sah Steiner gewisse Ähnlichkeiten zwischen Lenins und Trotzkis Vorstellungen und dem „Geschlossenen Handelsstaat" von Johann Gottlieb Fichte; vgl. hierzu ders. (1919/1985, S. 52). - Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 37 (Marx), 50 (Sozialisierung als Kurpfuscherei) und 117 (Frühsozialisten). - Ders. (1919/1972), S. 10 (Marx und die proletarisch-sozialistische Bewegung). - Ders. (1919/1981), S. 13 - 16 (Frühsozialisten). - Ders. (1920/1999a), S. 123 („Kernpunkte" im Juli 1919 als Gegenprogramm zu den Frühsozialisten Saint-Simon, Fourier und Proudhon). - Ders. (1919/1983), S. 383 - 416 (Kritik an den Frühsozialisten und Proudhon). - Steiner kannte Lenins „Staat und Revolution" und auch Otto Neuraths „Wesen und Weg des Sozialismus" sowie Walter Rathenaus „Vom kommenden Dingen" und „Die neue Wirtschaft"; vgl. dazu Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 314 (Lenin G 524), S. 351 (Neurath G 621) und S. 358 (Rathenau G 703a und 705).

[309] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 70 - 72 (keine universelle Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität); ders. (1919/1980a), S. 47 - 48 (Dreigliedrigkeit von natürlichen und sozialen Organismen) und 127.

den müsse. Im Gegensatz zum mechanistischen Denken der klassischen Naturwissenschaften und dem Egoismus der klassischen Ökonomie fasste er die menschliche Gesellschaft im Sinne von Goethes Naturverständnis als einen „sozialen Organismus" auf, allerdings nicht wie Othmar Spann in seinem konservativen Universalismus als ein großes hierarchisch-ständestaatliches Gebilde. Stattdessen betonte Steiner die Notwendigkeit, dass die drei Lebensbereiche des Rechts-, Wirtschafts- und Geisteslebens auf *gleicher* Ebene und „in einer gewissen Selbstständigkeit" *nebeneinander* im sozialen Organismus stehen. Jedenfalls müsse die „Abhängigkeit des Geistes- und Rechtslebens vom Wirtschaftsleben" beendet werden.[310]

Diesen Gedanken einer den zentralistischen Einheitsstaat entflechtenden „sozialen Dreigliederung" entfaltete Steiner unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkriegs in seinem Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage" sowie in mehreren Aufsätzen und Vorträgen. Darin empfahl er jedoch praktische Mittel, mit denen er sich teilweise von seinem eigentlichen Ziel entfernte.

- In Anknüpfung an die Ideale der Französischen Revolution von 1789 und ähnlich dem Staatsverständnis von Wilhelm von Humboldt sollte der Staat ein demokratischer Rechtsstaat werden, der allen Menschen ihre volle Gleichheit von dem Gesetz gewährleistet und der neben seinen Kernaufgaben der Legislative, Exekutive und Judikative keinen vormundschaftlichen Einfluss mehr auf das Wirtschafts- und Geistesleben ausübt. Jedoch ließ Steiner offen, wie die politischen Institutionen in einer „wahren Demokratie" aussehen und welche Steuern zu ihrer Finanzierung erhoben werden sollten.[311]
- Religion, Wissenschaft und Kultur sollten als „freies Geistesleben" von jeder Bevormundung durch den Staat und durch die Wirtschaft befreit werden. „Im gesunden sozialen Organismus muss alles Geistesleben dem Staate und der Wirtschaft gegenüber ... ‚Privatsache' sein. ... Kunst, Wissenschaft, Weltanschauung und alles, was damit zusammenhängt, bedarf einer solchen selbstständigen Stellung in der menschlichen Gesellschaft."[312]

---

[310] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 47 (Selbstständigkeit der Glieder des sozialen Organismus) und 115 (Einheitsfanatismus). Ders. (1919/1972), S. 12 - 13 (keine Anhängigkeit des Rechts- und Geisteslebens vom Wirtschaftsleben). - Zur Verbindung zwischen dem Sozialen Hauptgesetz und der sozialen Dreigliederung vgl. Rudolf Steiner (1919/1985), S. 170 - 171, und ders. (1922/1979), S. 59. - Zu Spann äußerte sich Steiner nicht direkt und bezog sich nur wenige Male kritisch auf die Vorstellung des Kathedersozialisten Albert Schäffle vom sozialen Organismus; vgl. ders. (1919/1980b, S. 48) und (1919/1985), S. 185. Zu Othmar Spann vgl. das Kap.8.6.1 des vorliegenden Buches. Steiner und Spann wandten sich auf unterschiedliche Weisen gegen das mechanistische Denken der von der klassischen Physik beeinflussten Klassik und Neoklassik, in denen die Vorstellung eines die Wirtschaft von selbst steuernden „Preismechanismus" vorherrschte. Auch Schumpeter übernahm übrigens in seiner Theorie der kapitalistischen Entwicklung das Bild von einem „Organismus der Volkswirtschaft" (1911/1926, S. 126) und stellte ihm später in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" die „kapitalistische Maschine" gegenüber. (1942/1987, S. 111 und 113)

[311] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 56 - 57 (politische Rechtsgleichheit in der Demokratie), 70 (Steuern), 98 und 101. - Ders. (1919/1972), S. 89 - 93 (wahre Demokratie) und 98.

[312] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 67 (freies Geistesleben mit „Privatsachen").

Unter anderem soll das Geistesleben der Wirtschaft technisches Wissen zur Verfügung stellen und dafür entsprechend honoriert werden. Überhaupt soll für alle im Geistesleben Tätigen die „Möglichkeit entstehen, dass dessen Hervorbringer von den Erträgnissen ihrer Leistungen auch leben" können. Besonders das Bildungswesen wollte Steiner aus dem alten Einheitsstaat herauslösen. „Nicht der Staat oder das Wirtschaftsleben haben zu sagen: so brauchen wir den Menschen für ein bestimmtes Amt. ... Sie sollen nicht deren Bildungsgang vorschreiben können. ... Der werdende Mensch soll erwachsen durch die Kraft des von Staat und Wirtschaft unabhängigen Erziehers und Lehrers, der die individuellen Fähigkeiten frei entwickeln kann". Die Bildungseinrichtungen sollten auch nicht länger vom Staat verwaltet werden; stattdessen sollten sie sich selbst verwalten durch „Personen ... , die zugleich lehren oder sonst produktiv im Geistesleben sich betätigen." Die Schulen erhalten - „angegliedert an eine industrielle Unternehmung" (!?) - die besondere Aufgabe, Menschen ebenso zur „Verwirklichung des Impulses der Freiheit" zu erziehen wie für die Entwicklung eines „sozialen Verständnisses" in der Wirtschaft. Dort sei es einerseits im Interesse einer Achtung vor der Individualität eines jeden Menschen ganz besonders wichtig, ihn ohne jede Zweckorientierung bei der Entfaltung seiner ureigenen Begabungen fördernd zu begleiten; andererseits solle das Bildungswesen den Egoismus der Menschen überwinden und sie dazu befähigen, im Wirtschaftsleben die „alten wirtschaftlichen Antriebe der Kapitalrentabilität und des Lohnerträgnisses" durch „einen neuen Arbeitsantrieb" zu ersetzen. Anstelle der alten „Gewinnsucht" sollten die Menschen lernen, ihre „Einzelarbeit wegen ihres Wertes für das Ganze (zu) lieben. ... Wer daran zweifelt, dass die Menschen zu solcher Liebe erziehbar sind, der muss auch zweifeln an der Möglichkeit, den persönlichen Gewinn aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten."[313]

- Und im ebenfalls nicht mehr staatlich reglementierten Wirtschaftsleben sollte fortan - wie schon 1906 im „Sozialen Hauptgesetz" postuliert - der Grundsatz der Brüderlichkeit gelten. Damit grenzte sich Steiner gegen Adam Smith und die klassische Ökonomie ab. Smith habe den Menschen nur als einen „wirtschaftlichen Automaten" betrachtet, der mit wirtschaftlicher Freiheit und mit „einem Stück Privateigentum" ausgestattet sei. Dabei hatte Smith ausdrücklich betont, dass er die Menschen nicht nur als eigennützige Nutzenmaximierer sah, sondern auch als Wesen, die durch „Sympathiegefühle" miteinander verbunden seien. Sobald das freie Geistesleben mit seinem Erziehungswesen „fortwährend Quellen bloßlegt für soziale Antriebe", werde sich „soziales Verständnis ganz notwendig aus sich selbst entwickeln". Dann könnten „sittliche Antriebe im Menschen" stärker werden als

---

[313] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 69 (finanzielle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit im Geistesleben), 70 (technische Kenntnisse), 72 (Impuls der Freiheit), 86 (soziales Verständnis), 95 (Entstaatlichung des Bildungswesens) und 107 (Egoismus). - Ders. (1919/1972), S. 31 (alte wirtschaftliche Antriebe), 34 (neue wirtschaftliche Antriebe ohne Gewinnstreben) und 36 (Erziehung zur Liebe zum Ganzen). Vgl. auch ders. (1919/1972), S. 48 (Profitstreben), 59 (an Industrieunternehmen angegliederte Schulen), und ders. (1920), S. 19 - 23, 47 und 78 sowie S. 56 - 65 (Waldorfpädagogik).

die „persönliche Gewinnsucht" und an die Stelle des alten kapitalistischen „egoistischen Wettbewerbs" werde eine neue Wirtschaft treten, die auf dem Grundprinzip brüderlich handelnder Assoziationen aufgebaut sein werde.[314]

Wirtschaftliche Assoziationen als Ersatz für die Preisbildung auf freien Märkten

Das von der Klassik und Neoklassik postulierte Gesetz von Angebot und Nachfrage, wonach das Wirtschaftsleben selbsttätig durch eine freie Bildung von Marktpreisen gesteuert werde und sich ebenso selbsttätig in einem Gleichgewicht stabilisiere, lehnte Steiner ebenso kategorisch ab wie Marx. „Die Zeit ist abgelaufen" - so bekräftigte Steiner seine Kritik an der von Adam Smith angenommenen Existenz einer die Wirtschaft ‚unbewusst' steuernden „unsichtbaren Hand" - , „in der der Menschheit genügen kann, was bisher die instinktive Lenkung zustande gebracht hat. ... Die Tatsachen ... müssen ... bewusst gelenkt werden." Jedoch teilte Steiner nicht Marx' im Materialismus verwurzelten Glauben, wonach das Wirtschaftsleben ‚von oben' durch einen zentralistischen Einheitsstaat geplant werden könne. Stattdessen zog er aus seiner geisteswissenschaftlichen Kritik am Kapitalismus die Schlussfolgerung, dass sich innerhalb eines dreigliedrigen sozialen Organismus die Produzenten und Konsumenten im Wirtschaftsleben zu sog. „Assoziationen" zusammenschließen und die Wirtschaft im Geiste der Brüderlichkeit ‚von unten' planen sollten. Es sollten also nicht mehr wie im Kapitalismus „Gesetze ... die Erzeugung, die Zirkulation und den Verbrauch der Güter ... regeln ... , sondern die Menschen aus ihrer unmittelbaren Einsicht und ihrem Interesse heraus." Durch ihr „Darinnenstehen im assoziativen Leben" und ihre Praxiserfahrungen hätten die wirtschaftenden Menschen die „notwendige Einsicht", wie sie als „geistige Leiter der Produktion ..., Handarbeiter" und Konsumenten Informationen über ihre Bedürfnisse austauschen und dementsprechend die Produktion durch einvernehmlich-kooperative „Abmachungen von Mensch zu Mensch" und durch „Preisregulierungen" steuern könnten. Der Preis einer Ware bzw. ihr „Warenwert ... muss ... davon abhängig werden, welche Art und welches Maß von Arbeit zum Hervorbringen der Ware nach der Rechtsordnung aufgebracht werden dürfen. Die Zukunft wird danach streben müssen, durch Assoziationen aus der notwendigen Konsumtion die beste Art der Produktion und die Wege von dem Produzenten zu dem Konsumenten zu finden".[315] Die Koordination von Angebot und Nachfrage sollte also nach Steiners Vorstellungen nicht mehr durch den Markt erfolgen und auch

---

[314] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 72 und 86 (Brüderlichkeit und soziales Verständnis in der Wirtschaft); ders. (1919/1972), S. 36 (persönliche Gewinnsucht), 42 (egoistischer Wettbewerb), 51 (soziale Antriebe) und 119 (sittliche Antriebe im Menschen). - Rudolf Steiner (1920/1988), S. 116 - 119 (Adam Smith). - Vgl. hierzu Adam Smith (1959/1977), S. 1 - 40.

[315] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 14 (Gesetz von Angebot und Nachfrage) - 15 (assoziative Abmachungen und Preisregulierungen), 64 (Warenwert gemäß der aufgebrachten Arbeit), 75 (bewusste statt instinktive Lenkung der Wirtschaft) und 99.

nicht von einem proletarischen Staat übernommen werden; vielmehr sollte sie zur Aufgabe der assoziierten Produzenten und Konsumenten werden.

Diesen in den „Kernpunkten" im Hinblick auf ein zukünftiges Wirtschaftsleben angeschlagenen antiliberalen Grundton hat Steiner in seinen Aufsätzen und Vorträgen über eine Dreigliederung des Sozialen Organismus noch vielfach wiederholt und verschärft. Darin wurde noch deutlicher, dass er mit den „Assoziationen aus den Berufsständen" ein hierarchisches „Netz von Korporationen" meinte, die „aus den miteinander verschlungenen Interessen der Produzenten und der Konsumenten sich bilden und die sich nach oben hin zu einer Zentralwirtschaftsverwaltung zuspitzen". Anstelle des schon von Marx & Engels als ‚anarchisch' verworfenen „ungeregelten Marktes" wollte auch Steiner den bewusst planenden „Menschengeist zum wirklichen Leiter des Wirtschaftskreislaufs" erhöhen. Er werde „in vernunftgemäßer Weise ... feststellen können, welches der Umfang der Konsumbedürfnisse ist", und im Gegensatz zu den in den Preisen ausgedrückten „Egoismuswert" den „sozial richtigen Wert eines Gutes (einer Ware)" bzw. die „sozial gerechtfertigten Preise" bestimmen. Schließlich sollten die Assoziationen nicht nur die „Bewertung der einzelnen Lebensgüter" vornehmen und den Austausch der Güter organisieren, sondern auch „die Entscheidungen haben über die Kreditgewährung und Kreditentgegennahme".[316]

Mit dem Assoziationsgedanken nahm Steiner für sich selbst in Anspruch, einen Weg zur Überwindung des Kapitalismus zu weisen, der im Gegensatz zum Marxismus nicht auf einer theoretischen Kopfgeburt beruhe, sondern auf einer lebenspraktisch fundierten geisteswissenschaftlichen Erkenntnis von dem, was sich aus den „unterbewussten Tiefen des Seelenlebens" verwirklichen wolle. „Nach dieser Orientierung", d.h. nach einer Dreigliederung des sozialen Organismus, so glaubte er, „strebt in den unbewussten Tiefen des Seelischen die moderne Menschheit."[317]

Auch ohne theoretische Grundlage gelangte Steiner auf geisteswissenschaftlich-gnostischen statt wie Marx auf materialistischen Wegen zu ähnlich lebensfremd konstruierten Vorstellungen von einer Verwaltung der Wirtschaft jenseits von (kapitalistisch verfälschtem) Markt und Wettbewerb. Letztlich trug auch Steiners assoziative Verwaltung der Wirtschaft zentralistische Züge - zwar nicht im marx-

---

[316] Rudolf Steiner (1919/1972), S. 13 (Zentralwirtschaftsverwaltung), 23 (Menschengeist), 35 (Ermittlung von Bedürfnissen), 44 (ungeregelter Markt), 49 (Vernunft), 100 (Netz von Korporationen, sozial richtiger Wert), 107 (sozial gerechtfertigte Preise), 127 (Preise als Egoismuswerte), 130 - 131 (Kredite) und 135 (Bewertung der Lebensgüter). Vgl. auch ders. (1920), S. 39 und 44 - 45 (Beseitigung des von Zufällen gesteuerten ungeregelten Markts) und (1921/1962), S. 32 - 34.

[317] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 12, 18 - 20, 37, 39, 41 und 72 (Seelenleben); ders. (1919/1972), S. 7 und 11). - Steiner sagte von sich, er sei „kein Programm-Mensch. ... Was ich hier entwickelt habe, ist keine soziale Theorie." (1919/1985, S. 47 und 77). Zu Steiners Aversion gegen Theorien (vgl. (1919/1980b), S. 12, 39 und 50; ders. (1919/1972), S. 7 und 9; ders. (1919/1981), S. 8 - 10 (Klassik, Marx, Roscher und Wagner); ders. (1919/1985), S. 180 („Mein Bestreben geht dahin ... , überall nicht Theorien zu suchen, sondern aus dem unmittelbaren Leben heraus das Lebensmögliche zu suchen."), 215 und 246; ders. (1919/1981), S. 25 (Lebenspraxis statt Theorien); ders. (1920), S. V - VII, und (1922/1979), S. 34 („Mir ist jeder Theorie ganz gleichgültig").

schen Sinne einer Zentralverwaltung durch einen proletarischen Einheitsstaat, der das gesamte Rechts-, Wirtschafts- und Geistesleben verstaatlicht, aber doch im Sinne einer Verwaltung des neben dem Rechts- und Geistesleben stehenden Wirtschaftslebens.

Kapitalkonzentration ohne Lohnabhängigkeit?

Eng verbunden mit der Einrichtung von wirtschaftlichen Assoziationen anstelle einer dezentralen Steuerung der Produktion durch Marktpreise war auch Steiners Hoffnung, dass es in diesen Assoziationen auch möglich werden könnte, die Lohnabhängigkeit der menschlichen Arbeit und ihre Behandlung als Ware zu überwinden.

Als „bedeutsamster Denker der proletarischen Welt" war ihm zufolge schon Marx „der Interpret desjenigen" gewesen, „was mehr oder weniger unbewusst oder bewusst in Millionen von Menschen heute lebt". Die von Marx „schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dann später ausgesprochenen ... Impulse ... , die ... in den letzten siebzig Jahren in den Seelen dieser Millionen Menschen herangereift sind", fand Steiner unmittelbar „einleuchtend. ... Was Karl Marx in seiner Theorie von dem Mehrwert gesagt hat, es schlug zündend ein in die Proletarierseelen. ... Derjenige, der seine menschliche Arbeitskraft zum Markte zu tragen hat, der empfindet trotz des Vorhandenseins des modernen Arbeitsvertrags das Entwürdigende für seinen Menschenwert, wenn er also die Arbeitskraft zur Ware gemacht sieht. ... Es ist eine Lebenslüge, dass menschliche Arbeitskraft überhaupt jemals Ware werden kann."[318]

Dieses für ihn bereits während seiner Zeit in der Berliner Arbeiterbildungsschule spürbar gewordene Sehnen des Proletariats nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen war Steiners zentrales Motiv bei der Niederschrift seiner „Kernpunkte der sozialen Frage" und seiner Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus.[319] In ihrem Mittelpunkt stand die Schlüsselfrage, wie sich der Warencharakter der menschlichen Arbeit und ihre Lohnabhängigkeit in einem brüderlich-assoziativen Wirtschaftsleben überwinden lassen könnten. Wie könnten „geistige Leiter der Produktion" und „Handarbeiter" so zusammenarbeiten, dass sie einander auf gleicher Augenhöhe begegnen und nicht wie in früheren Zeiten der Sklaverei und im Kapitalismus ein Überlegener einen Unterlegenen wie eine Ware behandelt? „Damit ist der letzte Rest des alten Sklaventums ... heute noch da in dieser ‚humanen' Zeit. ... Wie befreit man also die menschliche Arbeitskraft von dem Charakter der Ware und wie kommt man dahin, dass ‚Mehrwert' nicht Vor-

---

[318] Rudolf Steiner (1919/1985), S. 22 (Mehrwerttheorie, Ware Arbeitskraft), 59 (Marx' Mehrwerttheorie) - 60 (Lebenslüge), 119 (Marx als großer Lehrer des Proletariats), 123 (Marx' Botschaft an die Proletarierseelen), 146 - 147 (Marx).

[319] Rudolf Steiner (1919/1985), S. 118 und 189 („Kernpunkte" als Nachwirkungen von Eindrücken während Steiners Zeit in der Arbeiterbildungsschule).

recht bleibt, sondern zum Recht wird", d. h. der Allgemeinheit und nicht nur wenigen Unternehmern bzw. Kapitalisten zufließt?[320]

Die von Marx geforderte „Überführung allen Privatbesitzes an Produktionsmitteln in gemeinschaftlichen Betrieb oder gar gemeinschaftliches Eigentum" hielt Steiner nicht für einen geeigneten Weg zu diesem Ziel. Die Erwartung, dass eine sozialistische Gesellschaftsordnung entstehen könne, sobald „die immer mehr angesammelten Kapitalmassen" aus den Händen von Privateigentümern in die Hände eines proletarischen Staates übergehen, war für ihn eine „sozialistische Illusion. ... In Wahrheit müsste durch einen solchen Übergang die wirtschaftliche Fruchtbarkeit des Kapitals verloren gehen."[321]

Der Hinweis auf eine „Fruchtbarkeit" von konzentriertem Kapital zeigt, dass Steiner eigenartigerweise auch die privatkapitalistische Konzentration von Produktionsmitteln noch nicht als die tiefere Ursache der Lohnabhängigkeit vieler Arbeiter von wenigen Unternehmern betrachtete. Weder wandte er gegen Marx ein, dass dieser die Lohnabhängigkeit durch das untaugliche Mittel einer noch stärkeren Konzentration des Produktionsmitteleigentums in den Händen eines proletarischen Staates überwinden wollte, noch wollte er wie Proudhon und Kropotkin die Konzentration durch eine Dezentralisierung des Produktionsmitteleigentums in privaten und anderen Rechtsformen überwinden. Wie die Klassik und die Neoklassik stellte Steiner die Existenz von Großunternehmen mit „großen Kapitalmassen" gar nicht in Frage. Vielmehr nahm er die Konzentration als selbstverständliche Begleiterscheinung der modernen „technischen Errungenschaften" hin und dachte dabei besonders an das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, aber nicht zugleich auch an die Schwer- und Chemieindustrien, die damals gerade zu ressourcen- und energieintensiven Schlüsselindustrien aufstiegen. Steiner hielt es für „notwendig ... , dass diejenigen Wunden, die von dieser Seite her" - gemeint war von der Seite der modernen Technik - „*notwendig* der menschlichen Gesellschaft geschlagen worden sind, dadurch geheilt werden, dass man den Menschen und das menschliche Gemeinschaftsleben in ein richtiges Verhältnis bringt zu den drei Gliedern dieses sozialen Organismus. ... Und so braucht gerade ein solches Zeitalter, das vom Industrialismus durchsetzt ist, einen Menscheninhalt ... , der die Seelen erfüllt aus der spirituellen Welt heraus." Die Welt der „kalten Maschinen" sollte also gewissermaßen geisteswissenschaftlich erwärmt werden. Aber - obwohl Steiner auch die „Naturgrundlage" des Wirtschaftens einige Male erwähnte, ging er darauf noch nicht näher ein. Und er betrachtete, nebenbei bemerkt, auch die „Reste der Selbstproduktion" noch nicht als erhaltenswerte Inseln einer suffizienten Eigenarbeit im Meer der kapitalistischen Industrieproduktion; im Gegen-

---

[320] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 15 (geistige Leiter der Produktion und Handarbeiter); ders. (1919/1985), S. 66 und 124 (Rest an Sklaverei in ‚humaner' Zeit).

[321] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 41 (keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel) sowie S. 80 (Großunternehmen mit großen Kapitalansammlungen), und ders. (1920), S. 48 - 50 (Fruchtbarkeit des konzentrierten Kapitals).

teil, sie erschienen ihm in Zeiten der industriellen Arbeitsteilung als „zu kostspielig".[322]

Steiner zufolge „sollte klar sein, dass man das Kapital nicht ‚abschaffen' kann, insofern als es in nichts anderem besteht als in den für die soziale Gemeinschaft arbeitenden Produktionsmitteln." Daraus war für ihn nur eine Schlussfolgerung möglich: „Schädlich wirkt nicht das Kapital, sondern seine Verwaltung aus den Privatbesitzverhältnissen heraus."[323] Fragwürdig erschien ihm also nicht die private Konzentration des Kapitals - weshalb er auch nicht nach Wegen zu einer Dezentralisierung der Unternehmen in kleineren und mittleren Größen suchte - , sondern entscheidend war für ihn nur die Frage, *wer* in Zukunft die Verfügungsgewalt über das in privaten Händen konzentrierte Kapital innehaben sollte. Anders als Marx wollte Steiner nicht das private Eigentum an den konzentrierten Produktionsmitteln aufheben, sondern nur ihre „privatkapitalistische Verwaltung" durch Eigentümer, die lediglich Rentabilitätsinteressen haben. „Wir stehen im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick der Menschheit vor der Notwendigkeit, dass abgetrennt werden muss der Besitz des Kapitals von der Verwaltung des Kapitals." D.h. das Produktionsmittel*eigentum* sollte bei seinen bisherigen Eigentümern verbleiben; aber die *Verfügung* darüber sollte auf die Assoziationen von Produzenten und Konsumenten übergehen. „Nicht ein Mittel ist zu finden, wie das Eigentum an der Kapitalgrundlage ausgetilgt werden kann, sondern ein solches, wie dieses Eigentum so verwaltet werden kann, dass es in der besten Weise der Gesamtheit diene." Innerhalb der Assoziationen „gibt es nur das fachkundige und fachtüchtige Stehen in einem Betriebszweige und das Verbundensein der eigenen Position mit anderen in der sozial zweckmäßigsten Weise." Anstelle von Gewinnerwartungen werden sich „Anreize ganz anderer Art ergeben als derjenige, der in der Hoffnung auf wirtschaftlichen Vorteil liegt."[324]

Sobald die Assoziationen die Verfügungsgewalt über die in privaten Händen bleibenden Produktionsmittel erhalten, werden sie - wie bereits dargestellt - die Vernunft an die Stelle des „Zufallsmarktes" setzen. Und die menschliche Vernunft werde dann die „Bedürfnisse studieren" und im Sinnes eines „sozialen Wollens"

---

322 Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 46, 52 (die der Menschheit durch die Technik geschlagenen Wunden) und 57 (Technik); S. 53 und 73 (Naturgrundlage). - Rudolf Steiner (1919/1972) S. 27 und 68 (Technik), 53 - 54 (große Kapitalmassen) und 111 (technische Errungenschaften). - Rudolf Steiner (1919/1985), S. 27 (Großunternehmen in den Bereichen des Eisenbahn- und Telegraphenwesens), 32 (Naturgrundlage), 63 und 68 (moderne Technik), 119 (Technik), 231 (große Kapitalansammlungen). - Ders. (1921/1962), S. 17 (zu teure Selbstproduktion) und 38 (Naturgrundlage), und ders.(1922/1979), S. 40 - 41 (kalte Maschinen und spirituelle Welt).

323 Rudolf Steiner (1919/1972), S. 99

324 Rudolf Steiner (1919/1972), S. 31 und 98 (Rentabilität), 44 (soziales Verbundensein in den Assoziationen), 72 (privatkapitalistische Verwaltung der Produktionsmittel); ders. (1919/1980b), S. 85 - 92 (privates Produktionsmitteleigentum und soziale Verwendung), hier: S. 86 (andere Anreize als Gewinnerwartungen) und 88 (Privateigentum nicht abschaffen). - Ders. (1919/1985), S. 21 (Trennung von Kapitalbesitz und Verfügung üb er Kapital). Vgl. auch Rudolf Steiner (1919/1981), S. 21 und 48 (geisteswissenschaftliche Überformung der Verwaltung des privaten Kapitals) und 165.

die Marktpreise gemäß den Werten der Arbeitsprodukte in „gesunde Preise" umformen.[325] Außerdem werden sie - und das ist die ihnen von Steiner zugedachte Hauptaufgabe - das „Zusammenwirken des Arbeitgebers und Arbeitnehmers" auf eine neue Grundlage jenseits des kapitalistischen Lohnverhältnisses stellen, das er geradezu für eine „Lebenslüge" hielt, „denn in Wirklichkeit ist Arbeit nicht vergleichbar mit irgendeiner Ware." Abgelöst von ihren privaten Eigentümern, die aber nicht enteignet werden, werden die Assoziationen für eine „Überleitung" der Verfügung über die Produktionsmittel an diejenigen Arbeitsleiter mit „menschlichen Fähigkeiten" sorgen, die „ihre fruchtbare Kraft für die Gesamtheit des sozialen Organismus entfalten". Wenn sich im Laufe der Zeit herausstellen sollte, dass es noch andere besser befähigte Arbeitsleiter (und Arbeitsleister?) gibt, werden diesen dann die jeweiligen Produktionsmittel im Zuge eines „Kreislaufs des Kapitals" zur Verfügung gestellt. „Statt dem Gemeineigentum der Produktionsmittel wird im sozialen Organismus ein Kreislauf dieser Mittel eintreten, der sie immer von neuem zu denjenigen Personen bringt, deren individuelle Fähigkeiten sie in der möglichst besten Art der Gemeinschaft nutzbar machen können. ... Die Gegenstände des Eigentums werden in den Fluss des sozialen Lebens gebracht. ... Immer wird derjenige Verwalter gewisser Produktionsmittel sein, der dazu die meisten Fähigkeiten hat." Und wenn sich dann unter diesen Umständen einmal herausstellt, dass die fachlichen Kompetenzen eines Arbeitsleiters nicht mehr genügen, haben die Assoziationen die Aufgabe des „Herausfindens desjenigen als Nachfolger, der vom sozialen Gesichtspunkte der geeignetste ist". Dabei sollen die Produktionsmittel nicht durch Verkauf oder Vererbung in andere Hände übergehen, d.h. beim „kauflosen Übertragen" sollen sie keinen „Kaufwert" haben.[326] Eine besondere Behandlung hielt Steiner übrigens schon für das Wissen als „geistiges Eigentum" für erforderlich. „Deshalb ist es gerecht, dass dieses Geistesgut nicht bei den Erben verbleibt" - oder bei den Inhabern von Patenten - , „sondern wenigstens nach einer Anzahl von Jahren ... Gemeineigentum wird."[327]

Mit der Bildung von Assoziationen könne das kapitalistische „Zwangsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" in ein ebenbürtiges „freies Vertragsverhältnis" zwischen ihnen übergehen. „Der Arbeiter steht im Wirtschaftsleben als freier Vertragschließender denen gegenüber, mit denen er gemeinsam produzieren muss. ... Ob sie geistige oder Handarbeiter sind, sie gehen auf dem Boden des Rechtsstaates ein Verhältnis ein, in dem die Gleichheit der Menschen untereinan-

---

[325] Rudolf Steiner (1919/1981), S. 54 - 58 (vernünftiges soziales Wollen als Ersatz für Zufallsmärkte und gesunde Preise).

[326] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 63 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), 89 (Überleitung des Kapitals an Befähigte), 99 - 100 (Kreislauf des Kapitals). - Ders. (1919/1972), S. 100 („kaufloses Übertragen" von Produktionsmitteln) und 129. - Ders. (1919/1985), S. 76, 132 und 134 - 135 (Lohnarbeitsverhältnis als Lebenslüge). Vgl. auch ders. (1919/1981), S. 165; ders. (1920), S. 48 (Nachfolgeregelungen) und ders. (1921/1962), S. 37 - 40.

[327] Rudolf Steiner (1919/1985), S. 132 und 180 (Wissen als Gemeineigentum).

der in Betracht kommt. ... Arbeiter und Arbeitsleiter wird es geben, Unternehmer und Arbeitnehmer nicht mehr."[328]

Und zu guter Letzt würden sich die „Arbeitsleiter und die Arbeitsleister" innerhalb der Assoziationen auf eine „Ablösung des Verhältnisses durch das vertragsgemäße Teilungsverhältnis in Bezug auf das ... gemeinsam Geleistete" verständigen. Aus mächtigen Subjekten und ohnmächtigen Objekten sollen beide Seiten zu ebenbürtigen Subjekten werden, die ihre Verträge „nicht über den Lohn" abschließen, sondern „lediglich ... über dasjenige, was von dem physischen und dem geistigen Arbeiter gemeinschaftlich produziert wird. ... Ein freier Gesellschafter wird der Handarbeiter dem geistigen Leiter seines Betriebes sein können." Und die gemeinschaftlich erwirtschafteten Betriebsinnahmen würden alle Beteiligten dann ‚brüderlich' miteinander teilen.[329]

Erwartung einer evolutionären statt revolutionären Verwirklichung der sozialen Dreigliederung

Im Gegensatz zu den revolutionären Ambitionen der kommunistischen Teile der Arbeiterbewegung stellte sich Steiner eine evolutionäre Überwindung des Kapitalismus vor - aber nicht wie die demokratischen Sozialisten auf parlamentarischen Wegen, sondern durch einen schrittweisen Aufbau von Assoziationen inmitten des Bestehenden, der „im Weiterbauen den Abbau des Ungesunden herbeiführt. ... Das Neue stellt sich neben das Alte hin. ... Wir können in der Gegenwart nicht gleich die höchsten Berggipfel einer Neuordnung in der menschlichen gesellschaftlichen Ordnung besteigen; wir müssen Schritt für Schritt vorwärts gehen." Abgesehen von diesen Unterschieden zu den revolutionären und revisionistischen Flügeln der Arbeiterbewegung glaubte jedoch auch Steiner ähnlich wie Marx an eine historische Gesetzmäßigkeit, der zufolge „die Dinge so weit reif" seien - nicht für den Sozialismus, aber für die Dreigliederung des sozialen Organismus. „Dieser Impuls von der Dreigliederung des sozialen Organismus ergibt sich aus einer objektiven Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit in der neueren Zeit, so dass man sagen kann: Eigentlich schon seit Jahrhunderten tendiert unbewusst die Menschheit in den wichtigsten Antrieben nach dieser Dreigliederung."[330]

Während des Übergangs vom wilhelminischen Kaiserreich zur Weimarer Republik stellte sich jedoch bald heraus, dass die „Dreigliederung des sozialen Orga-

---

[328] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 79 (freies Vertragsverhältnis). Ders. (1919/1972), S. 13 und 41. - Ders. (1919/1985), S. 32 und 60 (Rechtsgleichheit) sowie 130 - 131 (Zwangsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und 136 (Brüderlichkeit).

[329] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 108 (Teilungsverhältnis); ders. (1919/1972), S. 98 (Arbeiter als freie Gesellschafter der Arbeitsleiter); ders. (1919/1985), S. 124 (Verträge über Aufteilung der Arbeitsprodukte statt über Löhne).

[330] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 70 und 95 (im Weiterbauen das Alte abbauen und durch Neues ersetzen); ders. (1919/1972), S. 132 - 133 (Neues neben dem Alten); ders. (1919/1985), S. 14 (schrittweise Veränderung); ders. (1919/1981), S. 153 - 154 (geschichtliche Notwendigkeit der Dreigliederung).

nismus“ die Gestalt des neuen demokratischen Staates nicht mit beeinflussen konnte. Nach Kriegsende formierten sich Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und am 9. November 1919 begann die deutsche Novemberrevolution. Vom Rat der Volksbeauftragten wurde in Berlin eine Sozialisierungskommission zur Vorbereitung einer Sozialisierung großer Teile der Industrie eingesetzt. Dieser von Karl Kautsky geleiteten Kommission gehörten Vertreter der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, auch einige Wissenschaftler wie Joseph Schumpeter und Rudolf Hilferding sowie bürgerliche Sozialreformer an. In Stuttgart entstand eine zweite, weniger theoretisch ausgerichtete Sozialisierungskommission, der u.a. sozial engagierte Unternehmer wie der Elektro- und Automobilfabrikant Robert Bosch und der Zigarettenfabrikant Emil Molt angehörten.[331] Damals befand sich gerade ein erster Gesetzesentwurf für die Bildung von Betriebsräten in Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern in der politischen Debatte. Inmitten der aufgeheizten klassenkämpferischen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern, die sich den Betriebsräten widersetzten, und der Arbeiterschaft wandte sich Steiner gegen eine Politisierung der Kämpfe um die Betriebsräte. In zahlreichen Vorträgen, die er zuerst in Dornach und danach in Württemberg vor mehreren Tausend Arbeitern und Angestellten von Molts Waldorf Astoria Zigarettenfabrik sowie der Bosch-, Delmonte- und Daimlerwerke über die soziale Frage und die Dreigliederung hielt, forderte er Unternehmer und Arbeiter dazu auf, unabhängig von den sich verschärfenden politischen Kämpfen um eine Mitbestimmung von Kapital und Arbeit in einzelnen Unternehmen auf freiwilliger Basis mit der Schaffung von Betriebsräten zu beginnen. Steiner hatte die Befürchtung, dass die betriebliche Mitbestimmung in der von den Parteien und Gewerkschaften angestrebten Form zu einer „Dekoration für eine geheimnisvolle Fortsetzung des alten kapitalistischen Systems“ werden könnte. Demgegenüber sollten die Betriebsräte aus seiner Sicht ein erster Schritt auf dem Weg zur Umwandlung der kapitalistischen in eine assoziative Wirtschaft sein und zu einem kooperativen statt konfrontativen Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitern werden.[332]

Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland entstanden Bünde zur Dreigliederung des sozialen Organismus, die sich sogleich für eine „Berufung Rudolf Steiners in die Regierung zwecks sofortiger Inangriffnahme der Dreigliederung“ einsetzten. Jedoch stießen ihre Bestrebungen auf Widerstände von Seiten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften wie auch von Seiten der Syndikalisten. Alle misstrauten sie Steiners Vorstellungen von einer Zusammenarbeit von ‚Arbeitsleitern

---

[331] Vgl. hierzu Walter Kugler (1978/2010), S. 268 - 282, hier : S. 270 - 272.

[332] Rudolf Steiner (1919/1983), S. 55 - 74 (Vortrag vor Arbeitern der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik am 23.4.1919) und 75 - 107 (Vortrag vor Arbeitern der Daimler-Werke am 25.4.1919). Zu Steiners Vorbehalten gegen eine Politisierung der Betriebsräten vgl. auch Rudolf Steiner (1919/1972), S. 42, und ders. (1920), S. 37 - 38.- Vgl. außerdem Walter Kugler (1978/2010), S. 274 - 280.

und Arbeitsleistern', weil sie nicht zu ihrer eigenen klassenkämpferischen Einstellung passten.[333]

Auch war dem Versuch, zwei assoziative Unternehmen aufzubauen, in den Turbulenzen der frühen Nachkriegszeit kein Erfolg beschieden. „Der kommende Tag" in Deutschland und die „Futurum AG" in der Schweiz, die beide nicht als Genossenschaften, sondern als Aktiengesellschaften organisiert waren, mussten alsbald wieder liquidiert werden. Besonders in Deutschland erwies sich aus Steiners Sicht die Hyperinflation der frühen Nachkriegsjahre als ein unüberwindbares Hindernis für den Aufbau von Assoziationen. So sagte er in einem seiner im Sommer 1922 in Oxford gehaltenen Vorträge: „Der Zeitpunkt, wo man das, was in den ‚Kernpunkten der sozialen Frage' steht, realisieren sollte, ist vorüber in Mitteleuropa. Der ist in dem Augenblick vorüber gewesen, als jener starke Valutaniedergang eingetreten ist, der der deutschen Wirtschaft völlig die Hände bindet. ... Deshalb glaube ich, dass in der Zukunft meine ‚Kernpunkte' mehr gelesen werden sollten im Westen und in Russland, dass sie in Deutschland heute eigentlich ohne eine Möglichkeit des Wirkens dastehen."[334] Warum gerade Russland? Abgesehen davon, dass es damals in Russland noch wenig konzentriertes und assoziierbares Kapital gab, litt das Land gerade unter den Folgen eines verheerenden Kriegskommunismus und einer gigantischen Inflation.

Konzeptionelle Unzulänglichkeiten der Dreigliederung des sozialen Organismus

Es waren aber keineswegs nur äußere Hindernisse, die der Verwirklichung der sozialen Dreigliederung im Weg standen. Aufgrund von Steiners bewusstem Verzicht auf jede theoretische Gedankenarbeit und seiner Erwartung, dass sich die Assoziationen schon von allein aus der Lebenspraxis ergeben würden, stieß die soziale Dreigliederung auch auf innere Hindernisse in Gestalt ihrer konzeptionellen Unzulänglichkeiten. Daran änderte auch Steiners Broschüre „In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus", deren Titel konkrete Schritte erwarten ließ, letztlich nichts.[335]

Das Ziel, die Dominanz der Wirtschaft über das Rechts- und Geistesleben überwinden und alle drei Lebensbereiche auf gleicher Ebene nebeneinander stellen zu wollen, war zweifellos berechtigt. Aber die Mittel, mit denen Steiner es erreichen

---

[333] Walter Kugler (1978/2010), S. 272 - 273 (Widerstand seitens der Arbeiterparteien und Gewerkschaften). Zum Verhältnis zum Syndikalismus vgl. Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 188 (Syndikalismus).

[334] Walter Kugler (1978/2010), S. 258 - 298, bes. S. 289 (Der Kommende Tag AG) und 296 (Futurum AG). - Rudolf Steiner (1922/1979a), S. 29 - 30 (Inflation in Deutschland) und 31 (Goldwährung). Zu Russland vgl. Rudolf Steiner (1919/1981), S. 69 („Ich weiß, dass im russischen Volk gerade die Elemente darinnen liegen, um zuallererst ... die Idee von der Dreigliederung zu fassen." Der Leninismus sei nur ein den Russen fremder Import aus Deutschland gewesen.)

[335] Rudolf Steiner (1920), S. V - VII („meine Lebensbeobachtung, die glaubt, alles Theoretische zu meiden und nur das Praktische ins Auge zu fassen"); ders. (1921/1962), S. 33 (Lebenspraxis statt Theorie).

wollte, beruhten von Beginn an auf zwei miteinander zusammenhängenden Irrtümern. Er stellte nämlich das kapitalistische Grundprinzip der Akkumulation und Konzentration von Kapital und damit die von Marx beschriebene, aber nicht behobene ursprüngliche Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln gar nicht ernsthaft in Frage und suchte deshalb die Ursache der sozialen Missstände an einer falschen Stelle. „Alle Kapitalmacht ... geht schließlich ... auf die Übermacht des Geistigen ... zurück."[336] Statt die tiefere Ursache der Abhängigkeit des Rechts- und Geisteslebens vom Wirtschaftsleben in der strukturellen Dominanz des alle drei Lebensbereiche beherrschenden konzentrierten Geld-, Boden- und Realkapitals zu suchen, machte Steiner die unter diesen Rahmenbedingungen historisch gewachsene kapitalistische Form der Einheitlichkeit des Wirtschafts-, Rechts- und Geisteslebens für die Missstände verantwortlich. Er glaubte deshalb an die Notwendigkeit einer Dreigliederung des sozialen Organismus in ein freiheitliches Geistesleben, in ein gleichheitliches Rechtsleben und in ein brüderliches Wirtschaftsleben, obwohl sich die Gesellschaft aufgrund der Unteilbarkeit allen Lebens nicht in drei Lebensbereiche mit unterschiedlichen Leitprinzipien aufteilen lässt. Stattdessen hätte die unauflösliche Einheit des Wirtschafts-, Rechts- und Geisteslebens einer nachkapitalistischen Rahmenrechtsordnung bedurft, welche *alle* Lebensbereiche von den primär wirtschaftlichen und sekundär rechtlich verfestigten Machtstrukturen befreit und dafür sorgt, dass die drei eine Einheit bildenden Lebensbereiche sich im Sinne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bzw. Geschwisterlichkeit in einer herrschaftsfreien Gesamtordnung erneuern können.

- Dass die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Ideale der Französischen Revolution bis 1918 in zentralistischen Einheitsstaaten nicht universell verwirklicht wurden, beweist noch nicht die Unmöglichkeit ihrer aller Verwirklichung in allen Lebensbereichen eines nachkapitalistisch-demokratischen Rechtsstaats. Lässt sich die Brüderlichkeit bzw. die geschwisterliche Solidarität zwischen den Menschen aus dem Geistesleben ausschließen und nur auf die Wirtschaft beschränken? Lässt sich die Freiheit auf das Geistesleben beschränken und vom Wirtschaftsleben fernhalten? Und muss die Rechtsgleichheit aller Menschen nicht auch im Wirtschafts- und im Geistesleben gelten?

Neben der Willkürlichkeit der Zuordnung der Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu den drei Gliedern des sozialen Organismus weist Steiners Vorstellung von deren Nebeneinander insofern noch einen eklatanten Widerspruch auf, als „ein jedes der drei sozialen Glieder ... in sich zentralisiert", also hierarchisch statt egalitär strukturiert sein sollte.[337] Damit stellte Steiners Vorstellung von einem dreigliedrigen sozialen Organismus eine in sich widersprüchliche Mischung dar - und zwar enthielt sie einerseits notwendige Elemente der modernen demokratischen Rechtsstaatlichkeit und das Nebeneinander seiner drei Glieder unterschied sich gewiss von der mittelalterlichen Ständeordnung aus Wehrstand (Adel), Lehrstand (Klerus)

---

336 Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 134 (Übermacht des Geistigen).

337 Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 71 (egalitäres Nebeneinander von zentralisierten sozialen Gliedern).

und Nährstand (Bauern). Andererseits trug das Nebeneinander von Rechts-, Wirtschafts- und Geistesleben insofern noch vormoderne Züge, als diese drei Glieder des sozialen Organismus für sich genommen noch wie Stände hierarchisch strukturiert bleiben sollten. Nicht zufällig sah sich Steiner mehrfach veranlasst, dem Eindruck entgegenzutreten, dass es sich bei seiner „Dreigliederung des sozialen Organismus" letztlich doch um eine Wiederkehr des alten Ständesystems in neuer Form handeln könnte. Er verwies darauf, dass es ihm nicht um eine „absolute Zentralisation" des dreigliedrigen sozialen Organismus ging und dass er sich sogar höchst komplizierte Verhältnisse vorstellte, „in denen nicht ein Parlament ist, sondern drei Parlamente, ein geistiges, ein wirtschaftliches und ein Staatsparlament, in welchen nicht *eine* Verwaltung ist, sondern drei Verwaltungen sind, die zusammenwirken", obwohl sie „gewissermaßen wie souveräne Staaten nebeneinander" stehen. Dennoch tauchte bei ihm schließlich gleichsam durch die Hintertür auch wieder die Vorstellung eines „Zusammenschlusses der drei Glieder durch eine Gesamtkörperschaft" auf, „die aus den Delegierten der drei Zentralverwaltungen und Zentralvertretungen sich ergibt".[338]

- Obwohl Steiner im Gegensatz zum mechanistischen Denken der Klassik und Neoklassik und ähnlich wie Oppenheimer immer wieder den streitbaren Charakter von Wirtschaft und Gesellschaft als sozialem Organismus betonte und eine „gesunde soziale Physiologie" anstrebte, fehlte ihm ein - tatsächlich auch erst später vom Ordoliberalismus entwickeltes - tieferes Verständnis für die Notwendigkeit einer rechtlichen Rahmenordnung, in der sich ein sozialer Gesamtorganismus einschließlich der Interdependenz seiner rechtlichen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Teilordnungen auf dezentrale Weise selbsttätig ordnen könnte.

Bei Steiner fehlte auch die von Gesell entwickelte Einsicht in die Notwendigkeit eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aller Märkte innerhalb dieser Gesamtordnung. Insbesondere bedarf es eines (Fließ-)Gleichgewichts zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach Kapital bzw. nach entkapitalisierten Produktionsmitteln, um die von Steiner zu Recht beklagte bisherige „wirtschaftliche Übermacht des Arbeitgebers über die Arbeiter" zu überwinden. Es genügt nicht, die „Arbeitskraft aus dem Wirtschaftsprozess herausreißen" und sodann im Rechtsleben einfach nur ein „freies Vertragsverhältnis zwischen Arbeitsleiter und Arbeitsleister" zu formulieren. Vielmehr brauchen beide Seiten auch ein in ökonomischer Hinsicht gleichgewichtiges Kräfteverhältnis, um beide als Freie und Gleiche in dezentralisierten Unternehmen solidarisch zusammenzuarbeiten zu lassen

---

[338] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 47 (keine absolute Zentralisation) und 111 (Dreigliederung keine Ständeordnung); ders. (1919/1972), S. 101 (Gesamtkörperschaft); ders. (1919/1985), S. 37 (drei Parlamente) - 38 (Dreigliederung keine Ständeordnung), S. 73 (drei Glieder wie souveräne Staaten nebeneinander; zu Steiners Abgrenzung von Ständen vgl. außerdem (1919/1985), S. 108, 137 und 174 , sowie (1922/1979a), S. 55.

und im Laufe der Zeit auch leitende wie ausführende Tätigkeiten in nichthierarchischen Formen miteinander zu verbinden.[339]

Statt die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln durch deren Dezentralisierung überwinden zu wollen, blieben Steiners Gedanken über eine Trennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln von seiner assoziativen Verfügung über sie ganz in den Bahnen der Kapitalkonzentration und der Organisation von wirtschaftlichen Interessen in Verbänden stecken. Dabei hatte er wie der junge Marx durchweg nur erst die frühkapitalistische Personalunion von Unternehmern und Kapitalisten im Blick. Inzwischen waren aber im Laufe der Verschiebung der ökonomischen Gewichte vom Real- zum Finanzkapital - wie Marx & Engels im Band 3 ihres „Kapital" sowie Rosa Luxemburg und Rudolf Hilferding verdeutlicht hatten - aus Unternehmerkapitalisten entweder bei Banken verschuldete Unternehmer oder Manager von Groß- und Kleinaktionären geworden. Nur ein einziges Mal erwähnte Steiner die „unter dem Einfluss der Geldwirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts besonders hervorgetretenen ... Trustbildungen ... (und) ... Kartellbildungen". Jedoch kritisierte er die Monopolisierung der Märkte nicht als eine Pervertierung der von ihm weiterhin pauschal abgelehnten Marktwirtschaft, sondern er blieb bei seiner Auffassung, dass sich die mit angehäuftem Kapital „gleichartig Produzierenden miteinander ... zu Assoziationen" verbinden und sich zusammenschließen (sollen) mit den übrigen Produktionszweigen und den entsprechenden Konsumenten."[340]

Während die marxistische Arbeiterbewegung den Organisierten Kapitalismus als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer staatszentralistisch verwalteten sozialistischen Produktionsweise ansah, glaubte auch Steiner grundsätzlich nicht mehr an die Fähigkeit der Marktwirtschaft zur inneren Selbstorganisation, sondern nur noch an die äußere Organisierbarkeit der Wirtschaft durch Korporationen wie die Wirtschafts- und Berufsverbände, die Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kammern als berufsständische Körperschaften. Anders als die Arbeiterbewegung wollte er den Organisierten Kapitalismus nicht durch eine sozialistische Produktionsweise ersetzen, sondern er glaubte an die Möglichkeit, den Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Interessenverbänden durch eine Umerziehung der Menschen von Egoisten zu Altruisten und durch eine Bildung von assoziierten Verbänden in eine interessenneutrale Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse übergehen lassen zu können. „Das Assoziationswesen ist dasjenige, was allein den volkswirtschaftlichen Prozess gesund machen" und „auch in der richtigen Weise dirigieren" kann. In den Assoziationen wirke anders als in den bisheri-

---

[339] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 43 (Arbeitskraft vom Wirtschafts- in das Rechtsleben verlegen), 63 (Arbeitgeber und -nehmer) und 79 (freies Vertragsverhältnis). - Ders. (1921/1962), S. 28 (soziale Physiologie). - Ders. (1922/1979a), S. 9 (Oppenheimer).

[340] Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 149 („Dieser bloße Kapitalismus ist durchaus für die moderne Volkswirtschaft notwendig und gegen ihn zu wettern ist Unsinn.") - 151 (Trusts und Kartelle).

gen Verbänden ein „objektiver Gemeinsinn", der sie zur richtigen „Erkenntnis der Notwendigkeit" befähige.[341]

Zwischen der privatkapitalistischen und der staatszentralistischen Konzentration der Produktionsmittel stellten Steiners Assoziationen eine Zwischenstufe dar, auf der die Verfügung über konzentriertes Kapital von privatkapitalistischen Unternehmern und Managern gewissermaßen auf ‚soziale Manager' übergehen sollte. Diese ‚sozialen Manager' sollten sich dann auf scheinbar gleicher Augenhöhe ‚brüderlich' mit den „Arbeitsleistern" über Produktionsziele und die Aufteilung der Erlöse aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse verständigen, obwohl die strukturelle Schieflage in ihrem ökonomischen Untergrund noch gar nicht begradigt wurde. Im Übrigen hat Steiner aufgrund seiner Abneigung gegen Theorien weder das Verhältnis zwischen den Assoziationen und den privaten Eigentümern von Produktionsmitteln noch den inneren Aufbau der Assoziationen konkreter dargestellt.[342] Überhaupt hat er die Gefahr einer Bürokratisierung der Wirtschaft als unvermeidliche Folge der Ersetzung von Marktpreisen durch Verhandlungen nicht gesehen. Und wie sollten die Fähigkeiten von Arbeitsleitern beurteilt werden? Nach welchen objektiven (?) Kriterien sollten die Arbeitsprodukte ‚brüderlich' aufgeteilt werden? Und wie sollte die Bildung von Kapital vonstattengehen?

Weder erkannte Steiner, dass die dezentrale marktwirtschaftliche Selbstordnung durch frei bewegliche Preise nur deshalb mangelhaft funktionierte, weil mit den Bodenrenten, Kapitalzinsen, Dividenden und Monopolrenten auch leistungsfremde Kostenfaktoren in die Preisbildung einflossen und die Preise deshalb falsche Signale setzten, noch berücksichtigte er bei seiner Kritik am privaten Eigentum an den Produktionsmitteln, dass sich dieses Eigentum aus widersprüchlichen Quellen speist, nämlich aus der Investition von erspartem Arbeitseinkommen und aus der Investition von erspartem leistungslosen Vermögenseinkommen. Ohne diesen dem privaten Realkapital innewohnenden und seine Konzentration begünstigenden inneren Widerspruch wahrzunehmen, wollte Steiner das privat bleibende Eigentum an konzentrierten Produktionsmitteln in eine gemeinnützige Verwaltung überführen, wobei ihn immerhin die sympathische Hoffnung leitete, die unwürdige Behandlung der menschlichen Arbeitskraft als käufliche Handelsware überwinden zu können. Die war jedoch genauso unrealistisch wie die Erwartung der Arbeiterbewegung, das Lohnverhältnis durch eine Fortsetzung der Konzentration in den Händen eines proletarischen Staates überwinden zu können.

Im Hinblick auf die assoziative Umgestaltung der Wirtschaft gelangte Steiner zu falschen Schlussfolgerungen, die den antiliberalen Vorstellungen von konservativen oder revolutionären Kapitalismuskritikern nicht unähnlich waren. Obwohl sich Steiner vielfach von Marx' materialistischer Weltanschauung und der staatlichen

---

[341] Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 85, 94, 111 - 112 und 153. In diesem Zusammenhang erwähnte Steiner auch einmal Rudolf Hilferdings Hauptwerk „Das Finanzkapital", vgl. S. 139. Die moderne Arbeitsteilung erschien ihm per se als Basis des Altruismus; vgl. S. 46.

[342] Im „Nationalökonomischen Kurs" brachte Steiner seine Abneigung gegen Theorien nochmals genau so zum Ausdruck wie in seinen vorherigen Schriften; vgl. (1922/1979b), S. 150 und die Anm. 289.

Zentralverwaltungswirtschaft distanzierte, fand er letztlich auch auf geisteswissenschaftlicher Grundlage keinen Ausweg aus dem „Stahlgehäuse des Kapitalismus" (Max Weber). Er blieb einer antiliberalen Aversion gegen den Markt und den Wettbewerb verhaftet anstatt zu erkennen, dass beide nicht als solche, sondern dass ihre kapitalistischen Perversionen einer Überwindung bedurften. Aus Steiners Darlegungen lässt sich übrigens nicht entnehmen, ob neben den Männern auch Frauen in den Assoziationen tätig werden sollten. In allen seinen Schriften über die soziale Dreigliederung findet sich nur ein einziger Hinweis, dass die Frauen selbst zu ihrem Rollenverständnis zu befragen wären. Allerdings kritisierte er, dass die frühe Frauenbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert nur danach gestrebt habe, „nun auch Beinkleider anzuziehen wie die Männer" und „geradeso auch Mediziner, Juristen, Kleriker und Schulmeister zu werden, wie die Männer geworden sind". Sie hätten es versäumt, „das Frauenhafte einzufügen in den sozialen Organismus." In seinen reformpädagogischen Vorträgen trat Steiner dann doch für ein gleiches Recht auf Bildung für Mädchen und Jungen ein.[343]

Berührungspunkte mit der Bodenrechts- und Geldreform

Trotz der ordnungspolitischen Defizite von Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus" enthielten seine Schriften auch einige Aussagen zum Bodenrecht und zum Geldwesen. Auch der erst danach erschienene „Nationalökonomische Kurs" und das „Nationalökonomische Seminar" (beide 1922) behandelten diese Themen. Über Steiners Vorstellungen von den Assoziationen gingen seine Ausführungen zum Bodenrecht und Geldwesen aber nicht hinaus, obwohl er sich bereits im Juni 1920 selbst eingestand, dass die öffentliche Wirkung seiner Dreigliederungsidee nach dem Erscheinen von „neunundvierzig Nummern der Dreigliederungszeitung verpufft" war.[344]

Steiners weitere Gedanken zum Bodenrecht und zum Geldwesen waren von ihm keineswegs als Bausteine einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft gemeint und besonders hinsichtlich des Geldes blieb im Unklaren, wie in einer assoziativen Wirtschaft das Verhältnis zwischen dem die Wirtschaft bewusst lenkenden Menschengeist und ihrer Selbststeuerung durch das Geld aussehen sollte.

- In den „Kernpunkten der sozialen Frage" und in den Aufsätzen zur sozialen Dreigliederung finden sich vereinzelte Randnotizen zur Behandlung des Bodens als ‚normale' Handelsware. „Es wird von Persönlichkeiten, deren Lebensaufgabe mit der Bodenbewirtschaftung zusammenhängt und die daher Erfahrung auf diesem Gebiete haben, mit Recht behauptet, dass, wer Grund und Boden zu verwalten hat, diesen nicht wie eine beliebige Ware betrachten dürfe und dass auch der Landkredit auf andere Art gewährt werden müsse als der Warenkredit."

---

[343] Rudolf Steiner (1922/1979a), S. 33 (Frauen) und ders. (1922/1979b), S. 111 - 112 (Abneigung gegen liberale Denkmuster). - Ders. (1922/1978), S. 136 und 162 (gleiche Rechte der Geschlechter).

[344] Rudolf Steiner (1920/1999), S. 181 - 182 (verpuffte Wirkung der Dreigliederungszeitung).

Im kapitalistischen „gegenwärtigen Wirtschaftskreislauf" sei es jedoch nicht möglich, „solche Erkenntnisse eine praktische Bedeutung gewinnen" zu lassen. Dafür müssten erst die Assoziationen gebildet werden, die den Boden nicht mehr als „beliebige Ware" behandeln würden.[345]

Aber wie ein anderer Umgang der Assoziationen mit dem Boden aussehen könnte, beschrieb Steiner nicht. Dabei hatte er die Bodenreformgedanken schon vor seiner Zeit in der Berliner Arbeiterbildungsschule kennengelernt und sogar einen Nachruf für den 1897 verstorbenen „originellsten Bodenreformer" Henry George verfasst. „Männer meines Alters ... verdanken ... den Schriften dieser energischen gedankenreichen Persönlichkeit außerordentlich viel. Sein eindringlich geschriebenes ... Buch ‚Fortschritt und Armut' hat uns zu gründlichem Nachdenken über die Bedeutung von Grund und Boden innerhalb des staatlichen Organismus angeregt. Ob wir ihm zustimmten oder widersprachen: Henry Georges Ausführungen sind für unsere Einsicht in ökonomischen Dingen in hohem Grade fruchtbar geworden."[346]

In der Diskussion nach einem am 11. März 1919 in Bern gehaltenen Vortrag berichtete Steiner auch noch über eine „Unterredung, die ich vor langen Jahren in Berlin einmal mit Damaschke hatte", der damals den „Bund Deutscher Bodenreformer" leitete, der aber die Single Tax von George insofern verwässerte, als er von der Bodenwertsteuer abrückte und nur eine geringere als 100%ige Bodenwertzuwachssteuer forderte. „Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass seine Gedanken ganz gewiss sehr viel Tragkraft haben, dass sie aber deshalb nicht ins wirkliche Leben voll eingreifen können und es durchgreifend verstehen können, weil der Boden nicht elastisch ist", weil er also mit anderen Worten nicht vermehrbar ist. Was für die Bodenrechtsreformer das zentrale Argument für eine nicht warenförmige Behandlung des Bodens (und der Ressourcen) als Gemeinschaftsgut war - nämlich seine Knappheit und Unvermehrbarkeit - , war für Steiner offenbar ein Grund zur Zurückhaltung ihr gegenüber. Außerdem sah er den Boden nur als „agrarisches Produktionsmittel" neben den „industriellen Produktionsmitteln" und gar nicht als Gesamtheit von ländlichen und städtischen Flächen.[347]

Schließlich hielt Steiner den Bodenrechtsreformern entgegen, dass „man da mit der alten Form des Staates ... rechnet", wenn Henry George's Single Tax oder eine

---

[345] Rudolf Steiner (1919/1972), S. 124 und 134; vgl. auch ders. (1919/1980b), S. 58.

[346] Rudolf Steiner (1919/1981), S. 177 (Henry George als originellster Bodenreformer), und ders. (1957), S. 11 (Nachruf auf George). - In Steiners Privatbibliothek befanden sich ein Original der deutschen Übersetzung von Henry Georges „Fortschritt und Armut" sowie ein Exemplar der Broschüre von Karl Schmidt „Henry George's „Fortschritt und Armut" - Der kleine George, des großen Amerikaners Meisterwerk, Leipzig 1892. - Vgl. hierzu Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 316 (Nr. G 272 und Nr. G 272a).

[347] Rudolf Steiner (1919/1985), S. 48 (Damaschke), und ders. (1919/1981), S. 165 - 166 und 177 - 178 (Damaschke, Boden als agrarisches Produktionsmittel). - Ders. (1920/1999a), S. 196 - 198 (George und Damaschke).

von Adolf Damaschke geforderte Bodenwertzuwachssteuer[348] in den Staatshaushalt fließen soll. Zudem gebe es „allerlei Hintertüren, dasjenige wiederum unwirksam zu machen, was als Gesetze in die Welt tritt". Aus all diesen Gründen müsse der Boden „allmählich übergeleitet werden in die sozialen Strukturen", d.h. in die Verfügung von Assoziationen gestellt werden, „so dass seine Verteilung ... für die menschliche Arbeit eine demokratische Angelegenheit des politischen Staates wird und der Übergang vom einen zum anderen eine Angelegenheit des geistigen Gliedes des sozialen Organismus." Ob er das private Eigentum am Boden und die assoziative Verfügung darüber genauso voneinander trennen wollte wie das Eigentum an bzw. die Verfügung über die Produktionsmittel, führte Steiner nicht näher aus und er machte auch weiterhin keinerlei Angaben darüber, wie denn die Assoziationen anders mit dem Boden umgehen sollten als mit Handelswaren. Er meinte lediglich, dass Verträge abgeschlossen werden müssten zwischen der Bodenverwaltung und denen, die eine „einzelne Bodenfläche" erhalten. „Was geschieht, wenn eine einzelne Bodenfläche übergeht von dem einen Menschen auf den anderen, das unterliegt dem geistigen Gesetz, das in einem selbstständigen, sich emanzipierenden Geistesleben gebildet wird und einfließt in die Bodenverwaltung."[349]

Im „Nationalökonomischen Kurs" findet sich der sehr bemerkenswerte Hinweis, dass - wenn der Boden wie im Kapitalismus als gewöhnliche Handelsware und als ein mit Hypotheken beleihbares Kapitalgut behandelt wird - das in Grundstücken angelegte Geldkapital immobilisiert wird, obwohl es dem Wirtschaftskreislauf in mobiler Form zur Verfügung stehen sollte. „Wenn wir Grund und Boden verbinden mit dem Kapital, dann staut sich das Kapital" im Boden. „Eine der schlimmsten Stauungen im volkswirtschaftlichen Prozess ist diejenige, wo Kapital sich einfach mit der Natur verbindet, wo also ... das Kapital in die Lage kommt, sich der Natur zu bemächtigen statt sich in die Natur hinein zu verlieren." Demnach sollte Geldkapital in Zukunft gar nicht mehr in Grundstücken angelegt werden und sich dort „stauen" können, sondern es sollte zur Finanzierung mobiler Güter in einem stetigen Fluss gehalten werden. Jedoch distanzierte sich Steiner ein weiteres Mal von den Bodenrechtsreformern und ließ erneut offen, wie die Assoziationen den Boden entkapitalisieren und wie sie das Eigentum an ihm und seine Nutzung regeln könnten.[350] So gelangte er nicht zu der Vorstellung der Bodenrechtsreformer, dass einerseits sowohl durch Henry Georges Single Tax als auch durch Silvio Gesells Vergesellschaftung des Bodens und seine anschließende entgeltliche private Nutzung

---

[348] In Steiners Bibliothek befand sich neben Henry George's Hauptwerk auch eine Kurzfassung von Damaschkes „Die Bodenreform"; vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 305 (G 160 und 161).

[349] Rudolf Steiner (1957), S. 86 und 91- 92 (Hintertüren, alte Form des Staates, Überleitung des Bodens in Assoziationen). Vgl. außerdem Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 195 - 229, bes. S. 197 - 200 (Träume und Illusionen von Bodenreformern), 212 - 213 (Kauf und Verkauf von Boden als Lüge) 222 (Bodenverwaltung durch ein geistiges Gesetz) und 227 - 228 (Bindung an den „alten Staat" durch eine Bodensteuer bzw. Bodenwertzuwachssteuer).

[350] Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 73 - 75 (Stauungen von Kapital im Boden).

jegliche Stauung von Kapital im Boden unmöglich gemacht würde und dass der Boden dann andererseits vom Kreislauf des Geldes nur noch durch die Zahlungen der Single Tax bzw. der Nutzungsentgelte gestreift würde.

- In einem am 25. Oktober 1919 in Zürich gehaltenen Vortrag erinnerte Steiner daran, dass die Edelmetallzuflüsse aus Mittel- und Südamerika die Menschen seit den Zeiten der Renaissance und Reformation in den „zivilisierten Ländern ... vom Naturaltausch ... emanzipiert" hätten. „Das Geld tyrannisiert die Menschen" allerdings auch. Man könne es deshalb für eine „religiös und ethisch ... noch so schlimme Sache" halten, müsse aber bedenken, dass es im volkswirtschaftlichen Prozess auch Träger eines „wirksamen Geistes" ist.[351] Sein Gebrauch müsse folglich durch die Assoziationen verändert werden.

Bereits im Frühjahr 1919 hatte Steiner während seiner Arbeit an den „Kernpunkten der sozialen Frage" begonnen, Vorträge über die darin dargelegten Gedanken in Bern und Basel zu halten. Dort wurde er von dem Basler Musiker Otto Studer auf die Geld- und Bodenrechtsreform von Gesell angesprochen. „Ein Herr kam dazumal, nicht nur in der Diskussion, sondern am nächsten Tag zu einer Unterredung zu mir, sprach auch über ‚Freiland, Freigeld'." Steiner äußerte gegenüber Studer, dass er „ganz mit dieser Bewegung einverstanden" sei, dass sie aber nur eine „partielle" Lösung des Geldproblems bieten könne. Das Anliegen der Geldreform ließe sich erst dann erreichen, „wenn einfach die Verwaltung der Werte, die Verwaltung des Geldes weggenommen wird vom politischen Staate und in das Wirtschaftsleben hineinversetzt wird", d.h. wenn das Geldwesen von den Assoziationen statt vom demokratischen Staat organisiert werde und wenn dann die Assoziationen die Preise festsetzen. Von sich selbst sagte Steiner, dass er „immer versuche, die einzelnen Bewegungen in ihrer Berechtigung einzusehen. Und ich möchte sie in einen gemeinsamen großen Strom leiten, weil ich eben nicht glaube, dass ein Mensch oder selbst eine Gruppe von Menschen das Richtige finden kann." Im Übrigen wolle er in seinen „Kernpunkten" genauer ausführen, „dass dann die

---

[351] Rudolf Steiner (1919/1981), S. 24, 35 und 49 (Edelmetallzuflüsse) sowie 50 - 52 (Geld emanzipiert und tyrannisiert die Menschen); ders. (1922/1979b), S. 58 - 59 (Geld als „realisierter Geist"). - Die Formulierungen, wonach das Geld einerseits religiös-ethisch bedenklich bedenklich sei und es andererseits aber auch Träger eines „wirksamen Geistes" sei, könnten an Max Webers religionssoziologische Studien erinnern. - Die Ausführungen über die Rolle des Geldes im ausgehenden Mittelalter sowie in der Reformation und Renaissance beruhten auf entsprechenden Darlegungen in Gesells Broschüre „Gold und Frieden?", die Steiner ebenso in seiner Bibliothek hatte wie Gesells Broschüren „Freiland, die eherne Forderung des Friedens", „Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die Absolute Währung" und „Internationale Valuta-Assoziation"; vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung & Martina Maria Sam (2019), S. 314 (G 250 „absolute Währung"), S. 316 (G 277 „IVA"; G 278 „Gold und Frieden?" und G 279 /Freiland") Da sich Gesells Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung" nicht in Steiners Bibliothek befand, ist davon auszugehen, dass Steiner sich nicht gründlicher mit den theoretischen Grundlagen der Geld- und Bodenreform auseinander gesetzt hat. Übrigens kannte Steiner auch Gottfried Feders antisemitische Hetzschrift „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" und die „Money Problems" des englischen Geldreformers Arthur Kitson, ließ sich hierauf aber nicht näher ein. Vgl. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung (2019), S. 311 (Feder G 225) und S. 334 (Kitson G 452).

Grundlage der Währung eine ganz andere sein wird als dasjenige, was sie heute ist, außerdem international wird."[352]

Inwieweit Steiners Äußerungen zum Geld und zum Zins in den „Kernpunkten" und auch in späteren Veröffentlichungen tatsächlich durch Studer beeinflusst wurden oder ob Steiner sich schon vorher eigenständig mit dieser Thematik beschäftigt hatte, lässt sich nicht genau sagen. Zumindest bezeichnete er den Umstand, dass „Geld sich vermehrt, wenn man es bloß hat", bereits in einem am 30.11.1918 in Dornach gehaltenen Vortrag als „etwas höchst Unnatürliches in der sozialen Ordnung. Man legt es auf eine Bank und bekommt Zinsen. Das ist das Unnatürlichste, was es geben kann."[353] Andererseits war in den „Kernpunkten" auch noch von einem „rechtmäßigen Zins" die Rede und im „Nationalökonomischen Kurs" wiederholte Steiner, „dass ich nicht der Überzeugung bin, dass der Zins als solcher wegfallen muss von dem Geld". Unabhängig von seiner widersprüchlichen Haltung zum Zins brachte er dessen Existenz jedenfalls nicht mit problematischen Strukturmerkmalen des Geldes in Verbindung. Einmal personalisierte er dieses Problem sogar, indem er auf den „Bankier ... (und) ... Geldwechsler" als „herrschenden Menschen" verwies. Aber auch ohne eine tiefere Einsicht in den von Personen unabhängigen strukturellen Liquiditätsvorteil des herkömmlichen Geldes und ohne seine kausale Verknüpfung mit dem Zins kam Steiner in den „Kernpunkten" zu dem Ergebnis, dass das Geld in einem zukünftigen „gesunden sozialen Organismus nichts anderes als eine Anweisung auf Waren ... und wirklich nur ein Wertmesser" sein solle. „Und damit Geld, das nicht in Produktionsbetrieben arbeitet, nicht ... von Inhabern zurückbehalten werde, kann Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden. Aus solchen Verhältnissen heraus ... wird sich ergeben, dass der Zinsbezug von einem Kapitale im Laufe der Jahre sich immer verringere." Ganz im Sinne von Gesells „rostenden Banknoten" fügte Steiner sogar noch hinzu: „Das Geld wird sich abnützen wie sich Waren abnützen. ... ‚Zins auf Zins' wird es nicht geben können."[354]

Allerdings erwähnte Steiner Gesell nicht als den gedanklichen Urheber dieses in seiner inneren Struktur veränderten Geldes und in einem am 9. Juni 1920 in Stuttgart gehaltenen Vortrag distanzierte er sich überaus schroff von Gesell. „Wir erleben es heute, dass allerlei Leute, Gesell und andere - es gibt ja sonderbare ‚Gesellen' des Lebens - herumtanzen und vom freien Gelde reden. Das sind Utopisten. Das sind Abstraktlinge." Gegen Gesell, dem übrigens Steiner und die soziale Drei-

---

[352] Rudolf Steiner (1919/1985), S. 139 -140 (Freiland-Freigeld als partielle Lösung des Geldproblems).

[353] Rudolf Steiner (1918/1979), S. 50 - 51 (unnatürliche Zinsen).

[354] Rudolf Steiner (1919/1980b), S. 92 (rechtmäßiger Zins) und 103 - 105 (Geld als Anweisung auf Waren und Wertmesser, sich abnützendes Geld, Zinseszins). - Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 146 (Bankiers und Geldwechsler als herrschende Menschen; Vortrag am 3.3.1920) und ders. (1922/1979b), S. 200 (Zins muss nicht wegfallen von dem Geld). Vgl. auch Rudolf Steiners Äußerungen über das Judentum am 8.5.1924, in: GA Band 353, S. 179 - 196, bes. S. 183 („Juden haben die christliche Entwicklung stark vorbereitet") und 192 („Heute ist es notwendig, dass man ... nicht dieses Rassenmäßige, nicht dieses Volksmäßige, sondern das allgemein Menschliche hervorhebt.")

gliederung unbekannt geblieben sind, wandte Steiner ein, dass es gar nicht darauf ankomme, Institutionen zu verändern. Vielmehr handele es sich beim Geld um ein geistiges Menschheitsproblem und das bestehe hauptsächlich darin, „dass etwa seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts das Geld im Wirtschaftsleben der modernen Zivilisation eine ähnliche Rolle spielt wie die abstrakten Begriffe in unserem Denken, dass es allmählich ausgelöscht hat alles konkrete Streben, dass es wie ein verdeckender Schleier sich hinüber legt über das, was sich in wirtschaftlichen Kräften ausleben muss." Steiner wollte das Konkrete des Wirtschaftens allein durch ein anderes privatwirtschaftliches Handeln gegenüber dem Abstrakten stärken und übersah dabei völlig, dass es die dem kapitalistischen Geld inhärente strukturelle Macht und seine Ausrichtung auf eine Maximierung der Rentabilität waren, welche dazu führten, dass den abstrakten Tauschwerten eine höhere Bedeutung zugemessen wurde als den konkreten Gebrauchswerten. Und er übersah deshalb auch, dass es zusätzlich zu persönlichen Verhaltensänderungen auch auf der institutionellen Ebene einer Veränderung der Geldstruktur bedurft hätte, um die konkreten und abstrakten Ziele des Wirtschaftens in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen.[355]

Als Steiner im Anschluss an einen am 5. Oktober 1920 in Dornach gehaltenen Vortrag nochmals von dem schweizerischen Reformpädagogen Werner Zimmermann auf Gesells Geldreform angesprochen wurde, wies er solche „Lieblingsmeinungen" vehement zurück. „Wer zum Beispiel meint, dass man einfach durch eine Reduktion oder Expansion der Geldmenge, je nachdem, ob die Preise steigen oder sinken, irgendetwas erreichen kann, der zeigt, dass er wenig reale Vorstellungen vom Wirtschaftsprozesse hat. Mit einer solchen Festsetzung des Geldwerts ... ist ja gar nichts getan. ... Der ganze gesellsche Gedanke ist nichts als ein Gedanke, der heraus geboren ist aus einer vollständigen Unkenntnis des Wirtschaftslebens. Wenn man wirklich ins Wirtschaftsleben eingreifen will, dass dabei etwas herauskommt, so handelt es sich darum, dass man nicht beim Geld eingreift, sondern dass man in die Konsumtion und Produktion in lebendiger Weise eingreift. Da kommt es darauf an, dass Assoziationen sich bilden."[356] Währenddessen lief die Notenpresse der damaligen Deutschen Reichsbank auf Hochtouren und die Inflation der frühen Nachkriegsjahre, die die vom Krieg geschundenen mittleren und unteren Schichten vollends entwurzelte, nahm gigantische Ausmaße an.

Auf dem Höhepunkt der großen Inflation wandte sich Steiner in seinem „Nationalökonomischen Kurs" (1922) nochmals gegen Gesells Forderung, die Kaufkraft der Währung durch eine exakte Anpassung der Geldmenge an das Sozialprodukt zu stabilisieren. „Was für Ansichten zuweilen heute herrschen, wo man überall die Tendenz hat, lieber mit Begriffen zu arbeiten als mit Realitäten, das zeigen Ihnen manche Freigeldleute. ... Sie kurieren da nur an den Symptomen herum."[357] Das

---

355 Rudolf Steiner (1920/1999a), S. 190 - 191 (Gesell als Abstraktling und Utopist).

356 Rudolf Steiner (1920/1999b), S. 149 - 150 (Steiners Antwort an Werner Zimmermann).

357 Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 80 (Freigeld als Symptomkur).

hielt Steiner jedoch nicht davon ab, ähnlich wie Gesell darauf hinzuweisen, dass das Geld der menschlichen Arbeit und den Waren auf den Märkten als „unreeller Konkurrent" gegenübertritt, weil es nicht dem Zahn der Zeit bzw. der Notwendigkeit einer Instandhaltung ausgesetzt ist wie die menschliche Arbeit und die Waren. Damit werde eine „soziale Unrichtigkeit in den sozialen Körper hineingebracht", die zu strukturellen Verwerfungen führe. Um ein reeller Konkurrent auf den Märkten zu werden, müsse das Geld „altern". „Wenn das Geld in Äquivalenz steht mit den Gütern ... , so müsste es sich abnützen" und man müsste es „alt werden lassen". Im Widerspruch zu einigen seiner eigenen Aussagen tendierte Steiner also letztlich doch zu einer institutionellen Änderung des Geldes - freilich ohne dazu konkrete Hinweise zu geben.[358]

Schließlich entwickelte er in seinem „Nationalökonomischen Kurs" auch noch insofern einen differenzierteren Geldbegriff, als er im Hinblick auf verschiedene Verwendungsmöglichkeiten des Geldes zwischen Kaufgeld, Leihgeld und Schenkungsgeld unterschied. Mit der „Trinität von Zahlen, Leihen und Schenken" ging Steiner über die Vorstellungen der Ökonomie von der Verwendung von Geld für Konsum- und Investitionszwecke hinaus und rückte die in der Ökonomie fehlende Kategorie des Schenkens ins Blickfeld - allerdings auf eine ganz andere Weise als Marcel Mauss mit seiner archaischen Schenkökonomie und es ging Steiner auch nicht um das Schenken zwischen Privatpersonen, sondern um das Schenken von Unternehmen an die Gesellschaft. Mit dem Schenkungsgeld meinte Steiner nämlich dasjenige Geld, das fortan von den assoziierten Unternehmen für das freie Geistesleben bereitgestellt werden sollte - insbesondere für Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, aber auch für kulturelle Einrichtungen, die im bisherigen Einheitsstaat im „allgemeinen Nebel des Wirtschaftens" durch Zwangsschenkungen in Form von Steuern finanziert werden. Vor allem dasjenige Geld, des sich bislang aufgrund von Grundstückskäufen „im Boden staute", sollte von den Assoziationen als Schenkungsgeld in Form von Stiftungen in das freie Geistesleben geleitet werden und dem Unterhalt von „geistigen Institutionen" dienen. „Schenkungskapitalien" hielt Steiner für das „Allerproduktivste im volkswirtschaftlichen Prozess", während er die Verwendung des Geldes als Kaufgeld für den Austausch von Waren als das „Unfruchtbarste im volkswirtschaftlichen Prozess" ansah. Und zwischen diesen beiden Geldverwendungsarten sei das Leihgeld „von mittlerer Produktivität".[359]

---

[358] Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 164 - 165 (Geld müsste sich abnützen wie die Waren) sowie 174 (Geld als unreeller Konkurrent der Ware) und 179 - 181 (neues und alt werdendes Geld).

[359] Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 90 - 91 (Trinität), 92 (Erbschaften) - 95 (Assoziationen lenken das Schenkungsgeld), 129 (Schenkungskapitalien) - 130 (unproduktives Kaufgeld und Leihgeld von mittlerer Produktivität), 168 - 169 (Stauung von Geld im Boden), 176 - 177 (Stiftungen), 181 (Steuern als Teil eines allgemeinen wirtschaftlichen Nebels). „Lassen Sie die Assoziationen dafür sorgen, dass das Geld, das die Tendenz hat, in die Hypotheken hinein zu gehen, den Weg in freie geistige Institutionen hinein findet." (S. 95)

Mit dem Schenkungsgeld kehrte in Steiners Denken zurück, was er im Hinblick auf einzelne Privatunternehmer immer kritisch gesehen hatte - nämlich das von Frühsozialisten wie Robert Owen oder später von Unternehmern wie Ernst Abbe, Robert Bosch und Emil Molt vorgelebte sozialverantwortliche Unternehmertum. Nur ging es ihm nach wie vor nicht um ein soziales Unternehmertum von einzelnen privaten Unternehmern, sondern er stellte sich ein gleichsam institutionell verallgemeinertes soziales Unternehmertum aller in Assoziationen zusammengeschlossenen Unternehmen vor. Ohne dass es ihm vollständig bewusst geworden wäre, kam Steiners Schenkungsgeld der Überlegung von Bodenrechtsreformern entgegen, die Bodenrente für die Finanzierung öffentlicher Güter zu verwenden.[360] Davon abgesehen blieb aber unklar, nach welchen Richtlinien Schenkungsgelder für das Geistesleben bereit gestellt werden sollten.

Hinzu kam eine weitere praktische Schwierigkeit. Steiner dachte nämlich nicht an ein gleichzeitiges Altern *allen* Geldes, sondern er machte eine abermals unkonkrete Andeutung, dass die Kauf-, Leih- und Schenkungsgelder entsprechend ihrer unterschiedlichen Produktivitäten unterschiedlich schnell altern sollten. „Altes Geld" sollte demnach das Schenkungsgeld sein, das Leihgeld sollte in mittlerem Tempo altern und das Kaufgeld „junges Geld" bleiben. Im „Nationalökonomischen Seminar" legte Steiner im Widerspruch zu seiner generellen Forderung, „dass das Geld alt werden muss", besonderen Wert auf die Feststellung, dass das Geld „als Kaufgeld ... bis zuletzt denselben Wert hat". Wollte man ein „allmähliches Abnützen" des Kaufgeldes erreichen, sei dies „auf keine andere Weise" möglich „als dadurch, dass Sie den Scheinen Coupons anhängen, die abgerissen werden müssen zu bestimmten Zeiten. Dadurch würde ein sehr komplizierter bürokratischer Apparat herauskommen."[361]

Steiners „alterndes Geld" und Gesells „rostende Banknoten" waren nur auf den ersten Blick miteinander verwandt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen ihnen größer waren als ihre Gemeinsamkeiten. Abgesehen davon, dass Steiner nicht näher ausführte, wie das Altern des Geldes in der Praxis vonstattengehen sollte, blieb das „alternde Geld" bei ihm ein Bestandteil der marktfremden Assoziationen und es erhielt nicht etwa die Aufgabe, die kapitalistisch vermachteten Märkte zu entmonopolisieren und ihre Fähigkeit zur dezentralen Selbstordnung der Märkte durch frei bewegliche und von leistungsfremden Kostenbestandteilen bereinigte Preise in vollem Umfang herzustellen. Dementsprechend mühsam gestalteten sich in der Vergangenheit einige Versuche, Verständigungsbrücken zwischen der sozialen Dreigliederung und der Bodenrechts- und Geldreform zu bauen.[362]

---

[360] Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 102 („Es handelt sich darum, wie man die Bodenrente unschädlich macht im volkswirtschaftlichen Prozess").

[361] Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 129 - 130 (unterschiedliche Produktivitäten von Kauf-, Leih und Schenkungsgeld), 179 - 181 (neues und altes Geld). - Ders. (1922/1973), S. 77 -78.

[362] Vgl. hierzu Dieter Suhr (1988c), Stefan Leber (1989) und ders. (2000). - Werner Onken (1990), S. 4 - 38.

Erfolgreiche Nachwirkungen

Der Ökonomie, insbesondere der Historischen Schule, hielt Steiner mit Recht entgegen, dass sie nur eine empirisch-deskriptive „Seinswissenschaft", aber keine normativ-konstruktive „Sollwissenschaft" sei.[363] Jedoch wäre es kein erstrebenswertes Ziel der Ökonomie gewesen, den die Marktwirtschaft untergrabenden Organisierten Kapitalismus zu einer assoziativen, vermeintlich brüderlichen Verwaltungswirtschaft umzuformen. Andere von Steiner in seinen letzten Lebensjahren gegebene Impulse in den Bereichen der Pädagogik, Medizin und Landwirtschaft hatten im Gegensatz zur sozialen Dreigliederung sehr viel erfolgreichere Nachwirkungen.

Auf Initiative von Emil Molt entstand in dessen Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik in Stuttgart als Ergänzung zu den von ihm in seinem Unternehmen eingerichteten Arbeiterbildungskursen, dem Kindergarten und sozialen Maßnahmen für die Belegschaft auch eine erste Freie Waldorfschule, in der Steiner die Lehrer in seine Reformpädagogik einwies. Neben anderen reformpädagogischen Bewegungen entstanden danach in Deutschland und bald auch in vielen anderen Ländern private Waldorfschulen.[364] Da sich die Gesellschaft indessen nicht zu einem dreigliedrigen Organismus wandelte, löste sich die Waldorfpädagogik schon bald von Steiners ursprünglicher Intention, junge Menschen zu Altruisten zu erziehen und sie zur Mitwirkung in den Assoziationen zu befähigen. Hinzu kam, dass der Besuch von Privatschulen im Laufe der Zeit häufig zu einem Privileg von Wohlhabenden wurde. Schließlich bleibt fraglich, ob die traditionell autoritäre Erziehung zum politischen Untertanengeist und zum Funktionieren im großen Getriebe der Wirtschaft ihre tiefere Ursache wirklich in der Staatlichkeit des damaligen Bildungswesens hatte und ob die staatlichen Schulen und Hochschulen überhaupt noch den aufgeklärten Bildungsidealen von Leibniz, Pestalozzi, Humboldt, Fröbel oder anderen Pionieren eines öffentlichen Bildungswesens entsprachen.[365] Statt ein privates oder staatliches Bildungswesen per se für besser oder schlechter zu halten, wäre zu fragen, ob die wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen im Kapitalismus vielleicht *beide* Formen des Bildungswesens prägen. Dann würde vorstellbar, dass im Laufe eines Übergangs von der kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft eine bunte Vielfalt von Bildungs- und Kultureinrichtungen in staatlichen, privaten, kirchlichen, gewerkschaftlichen oder anderen Trägerschaften entstehen kann, in denen junge Menschen verschiedenste Möglichkeiten einer Bildung zu autonomen Persönlichkeiten und BürgerInnen finden können.

---

363 Rudolf Steiner (1922/1979b), S. 39.

364 Rudolf Steiner (1922/1978), S. 10 (Emil Molt), 12, 65, 70 - 72, 125 - 136 und 148 - 153.
Über die Waldorfpädagogik und andere Richtungen innerhalb der Reformpädagogik vgl. Jürgen Reulecke & Diethart Kerbs (1998), S. 315 - 330 (Bruno Schoning über die Reformpädagogik der 1920er Jahre) und 411 - 424 (Heiner Ullrich über die Waldorfpädagogik) sowie Ralf Koerrenz (2014).

365 Zur Entwicklung des öffentlichen Bildungswesens vgl. Herwig Blankertz (1982) und Dietrich Benner & Friedhelm Brüggen (2011).

Neben der Waldorfpädagogik begann Steiner in den frühen 1920er Jahren in Zusammenarbeit mit der niederländischen Ärztin Ita Wegmann, die Schulmedizin um eine geisteswissenschaftliche Heilkunst zu erweitern, woraus in Arlesheim bei Basel sowie Stuttgart und Schwäbisch Gmünd erste Kliniken und die Weleda AG als Hersteller von anthroposophischen Arzneien und Kosmetika hervorgingen. Parallel dazu entstanden auf Initiative von Anthroposophen im In- und Ausland auch viele heilpädagogische und sozialtherapeutische Einrichtungen wie die englischen Camphill-Gemeinschaften, in denen Menschen mit Handicaps hilfreiche Zuwendung und Förderung erhalten.

1922 entstand eine Christengemeinschaft als anthroposophische Glaubensrichtung, die übrigens als erste Kirche auch Frauen zum Pfarramt zuließ. Und 1924 begann schließlich mit einem von Steiner auf einem schlesischen Landgut gehaltenen „Landwirtschaftlichen Kurs" die Entwicklung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft mit dem Ziel, natürliche Lebensmittel in möglichst geschlossenen Kreisläufen zwischen Pflanzen, Tieren und Menschen zu erzeugen und die der Erde durch die sich allmählich industrialisierende Landwirtschaft geschlagenen Wunden wieder heilen zu lassen. Die biologisch-dynamische „Demeter"-Landwirtschaft war einer von mehreren Wegbereitern des späteren ökologischen Landbaus. Allerdings hatte sie noch keine unmittelbare Verbindung mit den Bodenrechtsreformbewegungen und Steiners Vorstellungen von natürlichen Kreisläufen in der Landwirtschaft waren noch nicht in die Vorstellung von gesamtwirtschaftlichen Kreisläufen eingebettet.[366]

Sehr viel später ging aus der anthroposophischen Bewegung schließlich noch die „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken" (GLS) mit ihrem Hauptsitz in Bochum hervor. Ihre Gründung erfolgte in den 1970er Jahren zeitgleich mit der Gründung der kirchlichen „Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft" (EDCS, später: „Oikocredit") in einer Zeit, als Geschäfte der Deutschen Bank mit dem rassistischen Apartheidsregime in Südafrika Proteste hervorriefen und ein Nachdenken darüber auslösten, wie Menschen anders mit ihrem ersparten Geld umgehen könnten als es kapitalistischen (Groß-)Banken zu überlassen, die es in die Rüstungs- und andere zweifelhafte Industrien investieren oder damit spekulieren. GLS-KundInnen können freiwillig ganz oder teilweise auf marktübliche Zinsen verzichten und entscheiden, wo ihre ersparten Gelder bis zur eigenen Verwendung zwischenzeitlich ‚arbeiten' - zum Beispiel in der ökologischen Landwirtschaft, in der regenerativen Energieerzeugung oder in den Bereichen von Bildung und Kultur. Während die GLS-Bank genossenschaftlich organisiert ist und im Bereich des ethisch-ökologischen Bankings den größten Zulauf hat, agieren anthroposophisch fundierte Unternehmen wie die dm-Drogerien des Grundeinkommensverfechters

---

[366] Zu den mittlerweile zahlreichen Unternehmen mit einem aus der Anthroposophie abgeleiteten Selbstverständnis vgl. die Übersicht bei Jens Heisterkamp (2009), u.a. S. 15 - 28 (Weleda), 29 - 44 (Wala), 57 - 68 (Voelkel), 103 - 111 (Demeter-Produkte), 115 - 126 (GLS-Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken), 146 - 154 (dm-Drogeriekette) und 155 - 164 (Hess Naturtextilien).

Götz Werner oder die Handelsketten Alnatura, tegut und Denn's wie Konzerne auf dem Markt für öko-faire Produkte. Zwar stehen sie auf dem kapitalistisch verzerrten Markt auch selbst im Wettbewerb mit großen Discountern; ebenso wie diese mit ihren Öko-Regalen erschweren sie jedoch ebenfalls die Existenz kleinerer und mittlerer Bioläden. Auf dem Markt für öko-faire Produkte sind sie jedenfalls keine Vorreiter eines monopolfreien Wirtschaftens.[367]

7.5 Religiöser Sozialismus

Eine weitere Variante einer nicht materialistisch-atheistischen Kapitalismuskritik war der Religiöse Sozialismus. Während die Anthroposophie das Christentum mit religiösen Überlieferungen Indiens verband, knüpfte der Religiöse Sozialismus an das abendländische Christentum an - besonders an den Bericht der Apostelgeschichte über die urchristliche Gütergemeinschaft. Deren Deutung als eine frühe Form des Kommunismus begünstigte eine Verbindung des Religiösen Sozialismus mit der marxistischen Kapitalismusanalyse. Dabei hätten ihm der französische Frühsozialismus mit Saint-Simons „Neuem Christentum", Proudhons Anknüpfungen an die mosaische Gesetzgebung und George's Offener Brief an Papst Leo XIII. mit der Charakterisierung der privaten Aneignung der Bodenrente als „Verletzung der wohlwollenden Absichten des Schöpfers", der allen Menschen ein Recht auf die gleiche Teilhabe an den Naturschätzen geben wollte, eigentlich viel mehr zu ihm passende gemeinsame Schnittmengen geboten. Die „Hinwegsteuerung der Bodenrente" betrachtete George sogar als „eine Reform, welche die menschlichen Einrichtungen mit dem Willen Gottes in Übereinstimmung bringen soll", und die Forderung nach ihr als eine „Aufgabe der Religion".[368]

Die Wahrnehmung der religiös-sozialistischen Ansätze bei Saint-Simon, Proudhon und George war jedoch dadurch erschwert, dass Marx innerhalb der Arbeiterbewegung die intellektuelle Hegemonie gegenüber den Frühsozialisten und Proudhon errungen hatte. So verband der Religiöse Sozialismus die biblischen Überlieferungen des Hall- und Jobeljahrs im alten Israel, der urchristlichen Gemeinde in Jerusalem, die Kritik am Mammon und das Gebot der Nächstenliebe aus der Bergpredigt sowie die Traditionen freiwillig armer Klostergemeinschaften wie die von Franz von Assisi mit Marx' Kapitalismusanalyse. Während Marx in jeder Form von Religion nur einen „Seufzer der bedrängten Kreatur und Opium des Volkes" gesehen hatte[369], wandelte sich der materialistische Glaube an eine historische Mission

---

[367] Vgl. hierzu Michael Lühmann (2013), S. 80 - 89.

[368] Vgl. Claude Henri Saint-Simons „Nouveaux Christianisme" (1825) und das Kap. 2.2.2.1 des vorliegenden Buches. - Zu Proudhons religiös-sozialistischen Aussagen vgl. das Kap. 4.2 im vorliegenden Buch. - Vgl. Henry George (1893/1981), S. 15 und 23 (Boden und alle Naturschätze); 15 - 17 (soziales Unrecht der privaten Bodenrente als tiefere Ursache des Missbrauchs der Religion zu Machtzwecken und der Verbreitung des Materialismus), 28, 47 und 65 (private Vereinnahmung als Verstoß gegen Gottes Absichten), 35 (Mose) sowie 6, 19 und 94 (Bodenrechtsreform als Aufgabe der Religion).

[369] Karl Marx (1843-1844/1970), S. 378 (Religion als Opium des Volkes).

des Proletariats durch die Verbindung mit der christlichen „Option für die Armen" zur religiös-sozialistischen Hoffnung auf die Verwirklichung eines zukünftigen Reiches Gottes auf Erden.

Im Vergleich zu den katholischen und evangelischen Soziallehren, die stärker auf eine sozialpolitische Einhegung des Kapitalismus ausgerichtet waren, verstand sich der Religiöse Sozialismus mehr als ein entschieden auf eine Überwindung des Kapitalismus hinarbeitendes Christentum. Eine zentrale Figur in seinen Anfängen war der im württembergischen Pietismus verwurzelte Theologe Christoph Blumhardt (1842-1919). In der Sozialdemokratie, in der er sich engagierte, hatte er die Spannung zwischen Atheismus und Christentum auszuhalten. Und die evangelische Kirche suspendierte ihn schließlich von seinem Dienst, weil es ihm nicht nur um das individuelle Seelenheil der Menschen ging, sondern auch um eine Erlösung der gesamten Gesellschaft von kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen. „Das Kapital ist der Tyrann der heutigen Menschen", schrieb Blumhardt im Jahr 1899. „In unserer Zeit wird alles zu Geld, alles wird danach geschätzt. Der Teufel des Kapitals, die Spekulation, kommt überall hin. Und zuletzt kommen wir in Verschuldung. Das ist die Herrschaft des Kapitals. Christus will nichts von dieser Kapitalwirtschaft wissen." Während Blumhardts Kritik am Geld mit derjenigen von Marx übereinstimmte, teilte er nicht dessen Ziel einer Abschaffung von Markt und Geld. Vielmehr war er überzeugt, dass „in Christi Reich ... das Geld auch eine Rolle spielen ... muss, aber keine größere als das Leben. Das Geld dem Leben und nicht das Leben dem Geld! ... In unserem zukünftigen Reich wird nicht mehr das Geld benützt werden können zur Unterdrückung der anderen."[370] Allerdings hatte Blumhardt noch keine Vorstellung, wie das Geld so verändert werden könnte, dass es nur noch dem Leben dient und nicht mehr zu Herrschaftszwecken instrumentalisiert werden kann. Unabhängig davon übte er einen starken Einfluss auf die schweizerischen Theologen Hermann Kutter und Leonhard Ragaz aus, die zusammen mit den Theologen Karl Barth und Paul Tillich zu den führenden Persönlichkeiten des Religiösen Sozialismus wurden. Für Barth galt der Grundsatz: „Ein wirklicher Christ muss Sozialist werden (wenn er mit der Reformation des Christentums Ernst machen will). Ein wirklicher Sozialist muss Christ sein, wenn ihm an der Reformation des Sozialismus gelegen ist."[371]

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah Barth die Welt vor einer Entscheidung „zwischen den verschiedenen sozialistischen Möglichkeiten (Liberal-Sozialismus? Genossenschaftswesen? Syndikalismus? Freigeldwirtschaft? Gemäßigter – Radikaler Marxismus?)." Und auch Ragaz erinnerte an das biblisch-kanonische Zinsverbot, das erst im Zuge der Reformation schrittweise gelockert und schließlich ganz aufgehoben worden sei, um „damit jener Entwicklung zum Kapitalismus die Bahn ...

---

[370] Zu den christlichen Soziallehren vgl. Helga Grebing (1970/1975), S. 76 - 86 und 120 - 133. - Zum Religiösen Sozialismus und insbesondere zu Blumhardt vgl. Günter Ewald Hrsg. (1977), S. 21 - 38. - Christoph Blumhardt, zitiert nach Johannes Harder (1978), S. 194 – 195 (Geld vom Herrscher zum Diener).

[371] Karl Barth (1915/2012), S. 117.

öffnen, welche die Geldherrschaft zuletzt auf den Gipfel bringt, Gott und den Menschen durch den Mammon verdrängend." In der Geld- und Bodenrechtsreform sah Ragaz ein erneutes „Erwachen der Revolution des Mose. ... In diesem Sinne darf man das Buch von Silvio Gesell ‚Die Natürliche Wirtschaftsordnung' neben ‚Das Kapital', ‚Fortschritt und Armut' und ‚Das Ur-Eigentum' stellen."[372]

Trotz der Wertschätzung durch Barth und Ragaz konnten die Gedanken von George und Gesell im Religiösen Sozialismus, von dem vor allem in England eine Bruderhofbewegung ausging, ebenso wenig wie in der späteren lateinamerikanischen Befreiungstheologie Fuß fassen. In beiden Bewegungen blieb die Orientierung an Marx' Kapitalismusanalyse vorherrschend. Nur Eugen Drewermann erkannte später, während der 1990er Jahre, noch einmal die Notwendigkeit, „das Geld zu sich selbst zu erlösen", es von seiner „menschenversklavenden, dämonischen Kraft" zu befreien und es auf ein „neutrales Zahlungsmittel" zu reduzieren. Es ging ihm aber vorläufig „nicht darum, die Freigeldtheorie Silvio Gesells, auf welcher das Wörglsche Experiment basierte, ausführlich als Alternative zu den Fehlern des derzeitigen monetären Systems zu diskutierten; es genügt der Hinweis, dass eine solche Alternative möglich ist." 2000 Jahre nach der Bergpredigt Jesu könne man nicht mehr behaupten, dass deren Befolgung aus ökonomischen Gründen unmöglich sei.[373]

Erst zwanzig Jahre später drängte Drewermann in seinem mehrbändigen Werk „Finanzkapitalismus" darauf, dass es nunmehr „hohe Zeit" sei, „über eine Wirtschaft ohne Zinsnahme nachzudenken und dabei auf Gedanken zurückzugreifen, die vor rund 100 Jahren der deutsch-argentinische Sozialreformer Silvio Gesell in einer Vielzahl von Schriften vorgetragen hat."[374]

7.6 Nachwirkungen

Trotz teilweise verwandter und sich gegenseitig ergänzender Ziele konnten Oppenheimer und andere Bodenreformer sowie Gesell oder Steiner keine geistige Arbeitsgemeinschaft bilden und auch ihre Kräfte nicht zu einem stärkeren Dritten Weg als Alternative zum Kapitalismus und zum Kommunismus bündeln. Sie blieben Einzelkämpfer, die sich kaum gegenseitig beachteten oder sich sogar voneinander distanzierten.

---

[372] Karl Barth (1946), S. 34 - 35. - Leonhard Ragaz (1947), S. 133 - 134. - Karl Barth äußerte sich auch zum Zusammenhang zwischen dem zinstragenden Geld sowie Rüstung und Krieg: „Wo nicht der Mensch, sondern das zinstragende Kapital der Gegenstand ist, dessen Erhaltung und Mehrung der Sinn und das Ziel der politischen Ordnung ist, da ist der Automatismus schon im Gang, der eines Tages die Menschen zum Töten und Getötetwerden auf die Jagd schicken wird." (Die kirchliche Dogmatik Band III/4, Zürich 1951, S. 525)

[373] Eugen Drewermann (1996), S. 474 - 475 und 498 - 500. - Zu späteren Bemühungen um Verständigungsbrücken vgl. Werner Onken (2015), Roland Geitmann (2016) und Christoph Körner (2017).

[374] Eugen Drewermann (2017), S. 140, 157 - 158 (Ökonomie und Zins), 199 (Gesell), 219 und 343 (Freigeld und Vollgeld).

Obwohl Henry Georges Gedanken weltweite Kreise zogen und obwohl einige Doktoranden Oppenheimers später politischen Einfluss erlangten - Erik Nölting wurde nach 1945 sozialdemokratischer Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen und Ludwig Erhard wurde während der Nachkriegsjahre des sog. Wirtschaftswunders christdemokratischer Bundeswirtschaftsminister und sogar Bundeskanzler - gerieten die ordnungspolitischen Grundgedanken des Liberalsozialismus in Vergessenheit. Und obwohl die Soziologen Max Horkheimer und Theodor Adorno in den frühen 1920er Jahren als Studierende einige von Oppenheimers Seminaren besucht hatten, sprang auch kein liberalsozialistischer Funke auf das 1923 in Frankfurt gegründete Institut für Sozialforschung über, denn die Gründergeneration der Kritischen Theorie orientierte sich von vornherein sehr stark an Marx. Weder unterzog sie Oppenheimers These vom Gegensatz zwischen einem „feindlichen Wettkampf" zwischen marktbeherrschenden Monopolen und einem „friedlichen Wettbewerb" auf monopolfreien Märkten einer näheren Prüfung noch stellte sie wie Gesell in seinem Denkansatz einer Geld- und Bodenrechtsreform die Frage, ob der Gegensatz zwischen diesen beiden Marktformen nicht nur durch eine „Bodensperre", sondern vielleicht auch noch durch eine ungelöste Geld- und Kapitalproblematik bedingt sein könnte. Dementsprechend enthielten Publikationen der Frankfurter Schule zwar Analysen der inneren Widersprüchlichkeit der modernen kapitalistischen Zivilisation, aber keinerlei Hinweise auf einen Kausalzusammenhang mit der privaten Aneignung der Bodenrente und der inneren Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Geldes. Folglich unterließ die Kritische Theorie auch jede Suche nach Übergängen vom Monopolkapitalismus in eine nichtkapitalistische Marktwirtschaft mit dezentralisierten Geld- und Realvermögen und genossenschaftlichen Formen der Produktion.[375]

Als Mitbegründer der Frankfurter Schule und ihrer Kritischen Theorie galt Friedrich Pollock als ihr Fachmann für ökonomische Fragen. In seiner Dissertation über Marx' Geldtheorie hatte er sich eng an den Band 1 des „Kapital" angelehnt. Über weite Strecken rekapitulierte er Marx' Äußerungen über das Geld als Mittel eines Äquivalententausches und ließ sich auch durch die „Schatzbildung als erste Verselbstständigung des Tauschwertes als Geld" nicht zu der Frage anregen, ob das Geld die Möglichkeit haben könnte, das gesamte Gefüge aus Produktion und Zirku-

---

[375] Die Unterschiede zwischen dem monopolistischen Wettbewerb und einem von Monopolen befreiten Wettbewerb legte Oppenheimer 1938 nochmals detaillierter in einem Buch „Das Kapital - Kritik der Politischen Ökonomie" dar (1938/1998, S. 449 - 801, hier: S. 744). - Zur Verbindung zwischen Oppenheimer und Horkheimer/Adorno vgl. Volker Caspari & Klaus Lichtblau (2014), S. 119. Während der NS-Diktatur wollte Horkheimer von New York aus die Veröffentlichung englischer Übersetzungen von Oppenheimers Werken fördern, aber es fehlten ihm dazu die finanziellen Mittel. (S. 166) Als Angehörige des Kuratoriums der „Freunde der Universität Jerusalem in Deutschland" unterstützten Horkheimer und Adorno den Neubau eines Instituts der Universität Jerusalem, an dem eine Oppenheimer-Gedenktafel angebracht wurde. (S. 170) - Vgl. auch Rolf Wiggershaus (1987), S. 34 - 35 (mangelnde Eignung Oppenheimers für eine Funktion innerhalb der Frankfurter Schule, weil er Marx nicht nahe genug stand) und 76 - 80 (Friedrich Pollock). - Zur Frankfurter Schule vgl. außerdem Michael Schwandt (2010) und Emil Walter-Busch (2010).

lation eigenmächtig zu beeinflussen und zu stören. Während die Schatzbildung in der einfachen Warenproduktion noch eine größere Rolle gespielt habe, werde sie „in der kapitalistischen Produktionsweise ... als Selbstzweck immer seltener", weil ein Kapitalist, der der Zirkulation Geld entziehe, sehr wohl wisse, dass er damit ein „verrückter Kapitalist" ist, während der „rationelle Kapitalist sehr wohl weiß, dass Geld in Schatzform keinen Anteil am Verwertungsprozesse hat". Darum werde es in der kapitalistischen Produktionsweise zu „einer immer dringenderen Forderung des Systems selbst, das in Schatzform untätig Daliegende zum ‚arbeiten' zu zwingen."[376]

Pollock verteidigte Marx' Geldtheorie gegen Kritik von bürgerlichen Ökonomen wie Knapp oder Wicksell, ohne in seine Argumentation einzubeziehen, was Marx & Engels im Band 3 des „Kapital" über den zunehmenden Vorrang des Finanz- über das Industriekapital und über den tendenziellen Fall der Profitraten ausgeführt hatten. Er nahm auch kein einziges Mal Bezug auf die Vorschläge von Proudhon oder Gesell, die Struktur des Geldes zu verändern. Auch der KPD-Reichstagsabgeordnete und Parteitheoretiker Karl Korsch und der Sinologe Karl August Wittvogel, der Marx' Ausführungen zur „asiatischen Produktionsweise" fortführte - beide gehörten in der Anfangszeit der Frankfurter Schule zu ihrem äußeren Mitarbeiterkreis - , entwickelten keinerlei Verständnis für die Geldreformansätze, als sie darüber 1926 auf Tagungen eines „Revolutionären Jugend-Rings" in Kassel mit Gesells Mitarbeiter Martin („Diogenes") Hoffmann diskutierten.[377]

In seinen weiteren Überlegungen als führender Ökonom der Frankfurter Schule blieb Pollock - dem übrigens Horkheimer & Adorno später ihre „Dialektik der Aufklärung" widmeten - ähnlich wie Hilferding und andere marxistische Theoretiker ganz in der Vorstellung gefangen, dass es nur noch eines Schrittes von der monopol- und staatskapitalistischen Planung der Wirtschaft im „Organisierten Kapitalismus" zu ihrer sozialistischen Planung bedurfte. Aufgrund der mit dem Monopolkapitalismus einhergegangenen „Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts zu den Großbetrieben und den Riesenunternehmungen in der Industrie, im Handel und im Bankwesen" seien die „ökonomischen Voraussetzungen für eine planwirtschaftliche Ordnung der Gesamtwirtschaft bereits im Schoße des heutigen Wirtschaftssystems entwickelt" worden. Ein im Vergleich zum Monopolkapitalismus besseres System der Wirtschaft „sehen wir nur in der Richtung auf die Ersetzung der ‚partiellen' durch eine ‚totale' Organisation". Es machte Pollock auch nicht stutzig, dass „bahnbrechend hier die Kriegswirtschaft wirkte", d.h. die weitgehende Militarisierung der deutschen Wirtschaft während des ersten Weltkriegs wurde mehr als 10 Jahre später zum Vorbild für eine sozialistische Planwirtschaft![378] Tragischer Weise versäumten es Pollock und andere Theoretiker der

---

[376] Friedrich Pollock (1923), S. 59, 61 und 64 - 65.

[377] Zur Rolle von Karl Korsch und Karl August Wittvogel in der Frankfurter Schule vgl. Michael Schwandt (2010), S. 55, und Emil Walter-Busch (2010), S. 26 - 28, 69 und 231. - Zu Martin („Diogenes") Hoffmann und dem „Revolutionärer Jugend-Ring" vgl. Werner Onken (1999), S. 111 - 112.

[378] Friedrich Pollock (1932/1975), S. 23, 29 und 32 - 33.

marxistischen Arbeiterbewegung, die als kleinbürgerlich missverstandenen Gedanken von Mill, Proudhon, George, Oppenheimer und Gesell aufzugreifen und eigenständig weiterzudenken.

Während die von Oppenheimer mit gegründeten Siedlungsgenossenschaften außer den Kibbuz-Siedlungen in Palästina nicht die erhoffte Außenwirkung erzielen konnten, erlangte das von Gesell konzipierte Freigeld unmittelbar nach seinem Tod während der frühen 1930er Jahre eine größere Bekanntheit durch praktische Modellversuche mit einem solchen Freigeld in Schwanenkirchen im Bayerischen Wald sowie in der Stadt Wörgl bei Innsbruck in Tirol. Unter den zahlreichen Anfragen, die der damalige sozialdemokratische Wörgler Bürgermeister Michael Unterguggenberger als Initiator dieses kommunalen Freigeldexperiments[379] aus Österreich und mehreren anderen Ländern erhielt, befand sich übrigens auch eine Anfrage von Adolf Pinkas aus Palästina, das damals nach dem Ende des Osmanischen Reiches britisches Mandatsgebiet war. Als Delegierter der „Religious Zionist Party" hatte er 1923 am 13. Zionistischen Kongress in Karlsbad teilgenommen und leitete die Zweigstelle der „Mizrachi Bank" in Tel Aviv. Möglicherweise erwog er die Durchführung eines Freigeldexperiments in Palästina; jedoch ist nicht bekannt, ob es zustande kam.[380]

Nach einer gewissen Laufzeit wurden diese Freigeldexperimente trotz oder wegen ihrer Anfangserfolge behördlich verboten; dennoch trugen sie dazu bei, dass das Wissen um die Geldreformgedanken nach 1945 nicht völlig in Vergessenheit geriet.[381] Einen großen Anteil hatte daran auch die wohlwollend-kritische Würdigung, die Gesell um die Mitte der 1930er Jahre durch den britischen Ökonomen John Maynard Keynes in dessen Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" erfuhr.[382] Allerdings erschwerten die sozialdarwinistischen Einflüsse der Evolutionslehre auf Gesells Menschenbild den Zugang zu seinen ökonomischen Reformgedanken und führten zu Versuchen seiner völligen Diskreditierung statt zu historisch-kritischen Weiterentwicklungen.[383]

---

379 Vgl. hierzu Werner Onken (1997), S. 3 - 33, und Gebhard Ottacher (2007).

380 In einem Brief an Michael Unterguggenberger vom 13.8.1932 aus Tel Aviv erwähnte Adolf Pinkas, dass er in einer Zeitschrift bzw. einer Zeitschriftenrubrik „Kurzberichterstatter" Nr. 26 vom 30.7.1932 von dem Wörgler Freigeldexperiment erfahren hatte, und bat um nähere Informationen. Das Original dieses Briefes befindet sich in den Korrespondenzen Michael Unterguggernbergers, die im Unterguggenberger-Institut in Wörgl verwahrt werden. Eine Kopie befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform" in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. - Gemäß einer Email des Philosophen und Historikers Prof. Dr. Yigal Wagner (University of Tel Aviv) vom 23.9.2016 an den Verfasser war Adolf Pinkas verwandt mit David Tswi Pinkas, dem Generaldirektor der „Mizrachi Bank". David Tswi Pinkas gehörte 1948 zu den Mitunterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung Israels und gehörte den ersten drei Regierungen Israels an. Eine Kopie dieser Email befindet sich ebenfalls im „Archiv für Geld- und Bodenreform".

381 Vgl. hierzu Werner Onken (1997).

382 Zur Rezeption von Gesells Theorieansätzen in der Ökonomie vgl. die Zusammenstellung einschlägiger Textquellen auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html

383 Vgl. Elmar Altvater (2004) sowie Peter Bierl (2005) und (2012).

George, Oppenheimer und Gesell haben einerseits die marktwirtschaftliche Grundorientierung der Klassik übernommen und andererseits begonnen, deren Ahnungslosigkeit gegenüber monopolistischen Machtballungen zu korrigieren. So lag im Zwischenraum zwischen der Klassik und Neoklassik einerseits und dem Marxismus andererseits, gleichsam im Windschatten von beiden, ein Potenzial zur antikapitalistischen Kurskorrektur der Marktwirtschaft. Von allen späteren Denkrichtungen, die sich wie die Historische Schule oder der Institutionalismus mehr oder weniger weit von der Klassik/Neoklassik und vom Marxismus entfernten, wurde es übersehen. In mancher Hinsicht waren George, Oppenheimer und Gesell bereits frühe Vorläufer des späteren Ordoliberalismus und sie nahmen auch schon Teile des Leitbildes „Small is beautiful" vorweg, das Kohr, Schumacher und Illich später neu formulierten, nachdem sich auch der Ordoliberalismus im Dickicht der Kapitalakkumulation und -konzentration verfangen hatte.